Grundriß der Geschichte

Teubners Geschichtliches Unterrichtswerk

für höhere Lehranstalten

Grundriß der Geschichte

für die Oberstufe

herausgegeben von

Dr. G. Bonwetsch, Studiendirektor in Detmold
Prof. Dr. H. Kania, Studienrat in Potsdam
Dr. E. Neustadt, Studienrat in Berlin
Dr. G. Röhm, Studienrat in Berlin
Prof. Dr. F. Schnabel, in Karlsruhe

Teil IV A/B

1929

Verlag und Druck von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

2. 50

Geschichte der neuesten Zeit

Von

Dr. Franz Schnabel

o. Prof. an der Techn. Hochschule in Karlsruhe

Neunte Auflage

Mit Skizzen und Diagrammen

1929

Vorwort.

Der Grundriß der Geschichte für die Oberstufe hat in allen deutschen Ländern eine so überraschend große Verbreitung gefunden, daß wohl angenommen werden darf, daß die für seine Anlage bestimmenden Erwägungen die richtigen gewesen sind. Sie sind in der Selbstanzeige in „Vergangenheit und Gegenwart“ 1923, Heft 4, ausführlich dargelegt. Ergänzend sei noch auf den Aufsatz von Professor Schnabel in den „Südwestdeutschen Schulblättern“, Jahrgang 1924, Nr. 8/9, hingewiesen, der insbesondere den Unterschied zwischen der von dem Grundriß angestrebten elementarwissenschaftlichen Behandlung, wie sie die Schulen auch in allen anderen Fächern betreiben, und einer populärwissenschaftlichen darlegt.

Die praktischen Erfahrungen wie die theoretischen Forderungen, die sich aus der Benutzung des Grundrisses ergeben haben, bestärken uns in der Hoffnung, mit der Anlage unseres Buches auf dem rechten Wege zu sein. Der Grundriß will dem gewiß auch heute noch nicht entbehrlichen Lehrervortrag dienen, indem er der eindrucksvollen, farbigen Gestaltung eines geschichtlichen Bildes durch den Lehrer nicht vorgreift. Er will aber auch einen Arbeitsunterricht ermöglichen, der auf Grund der vorherigen Durcharbeitung des Lehrbuchtextes durch den Schüler unter ergänzender Heranziehung illustrativer Quellen — vielleicht im arbeitsteiligen Verfahren — den Aufbau des Bildes einer geschichtlichen Erscheinung im Unterricht anstrebt. Der Grundriß will der vertieften Behandlung einzelner Perioden, die sich als immer notwendiger erweist, genügend Material darbieten, er will der zusammenfassenden Übersicht, die infolgedessen für andere Perioden nötig sein wird, die großen Zusammenhänge mit genügender Schärfe herausstellen.

Die Namenregister, die in der vorigen Auflage zunächst nur den beiden Ausgaben des Bandes I beigegeben waren, haben allerseits Anklang gefunden. So haben wir uns entschlossen, sie nunmehr auch für die übrigen Bände durchzuführen. Sie sollen einerseits rasche Orientierung ermöglichen, andererseits Würdigungen der großen Persönlichkeiten erleichtern und zu Längsschnitten Anregungen geben. Bei Benutzung dieser Register wolle man bedenken, daß aus grundsätzlichen Erwägungen in der Darstellung sehr viele Namen als überlieferter Ballast fortgelassen sind, die infolgedessen auch im Register nicht erscheinen können. Andere Namen von geringerer Bedeutung sind fortgelassen, da Vollständigkeit nicht erstrebt wird.

Vielfachen Wünschen entsprechend sind weiterhin die einzelnen Unterabschnitte mit fortlaufenden Paragraphenziffern versehen, um schnelles Zitieren zu erleichtern.

Die zu einzelnen Sonderproblemen den Bänden beigegebenen Tabellen sind vermehrt worden, da sie sich nach allgemeinem Urteil gut bewährt haben. Dagegen sind die Karten, die nur als Notbehelf gedacht

ferner Literaturverzeichnisse für die Hand des Schülers. Der mühsamen Aufgabe der Zusammenstellung haben sich die Herren Studienräte Dr. Bux, Otto und Richter, sämtlich in Leipzig, unterzogen. Grundsatz war für sie, kein Buch aufzunehmen, das sie nicht persönlich eingesehen haben. Vollständigkeit konnte dabei natürlich in keiner Weise angestrebt werden.

Im Lauf des Jahres werden vielfachen Wünschen entsprechend Ergänzungshefte erscheinen, die kunst- und kulturgeschichtliches Abbildungsmaterial bereitstellen. Endlich wird ein für die Hand des Lehrers bestimmtes Buch erscheinen, das für die Benutzung des Grundrisses Anregungen geben möchte. Die Verfasser werden die Anlage ihrer Abschnitte und die Stoffauswahl im einzelnen erläutern und begründen und Anregungen für die unterrichtliche Ausgestaltung geben. Einige andere Herren werden zu Sonderproblemen Stellung nehmen und an Beispielen erläutern, wie der von dem Grundriß dargebotene Stoff unterrichtlich ausgewertet werden kann.

Aus den Vorworten zu den früheren Auflagen sei im übrigen noch folgendes wiederholt:

I. Der Text bietet in dreifacher Gliederung:

1. die Tatsachen, nach ihrer Wichtigkeit unterschieden durch Groß- und Kleindruck, mit Einfügung einzelner Quellenstücke, die darauf hinweisen sollen, daß unser geschichtliches Wissen auf Quellen beruht, und gleichzeitig zu deren Verwertung anleiten. Für weitere ist mit der Abkürzung „Qu. I 1 S. 1“ auf die „Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen“ (B. G. Teubner) verwiesen.

2. Zusammenfassungen und Würdigungen, die die Verarbeitung des Tatsachenmateriales im Unterricht vorbereiten sollen. Sie sind durch die sprachliche Form (Verwendung des Präteritums im Gegensatz zu der des Präsens in der Darstellung der Tatsachen) und durch den Druck (Einrücken des Satzes) gekennzeichnet.

Der Text wird ergänzt durch

a) Chronologische Übersichten am Beginn der einzelnen Abschnitte, die die zeitliche Folge der vielfach nach sachlichen Gesichtspunkten geordneten Tatsachen festhalten sollen.

b) Synchronistische Übersichten am Schluß des Bandes, die zur Herausarbeitung von Querschnitten anregen möchten, die je nach dem Charakter des behandelten Zeitalters in verschiedener Form geboten werden.

c) Spezialtabellen zu einzelnen besonders wichtigen Sonderproblemen, die zu Längsschnitten anregen möchten.

d) Sachregister, die die wichtigsten geschichtlichen Erscheinungen in sachlicher Anordnung verzeichnen und gleichfalls Längsschnitte ermöglichen sollen.

e) Namenregister, über die oben bereits das Nötige gesagt ist.

f) Diagramme und schematische Darstellungen. Diese sind nur Band IV beigegeben, da nur für das 19. Jahrhundert das nötige statistische Material vorhanden ist, das zuverlässige Angaben gewährleistet.

II. Durch diese Einrichtung glaubt das Buch am besten der Aufgabe

Denken einzuführen und so den Schüler eine geschichtlich begründete Lebensansicht gewinnen zu lassen.

Das Buch gibt das Tatsachenmaterial in sorgfältiger Auswahl, die die Haupterscheinungen des geschichtlichen Lebens klar hervortreten läßt. Namen, Zahlen und Einzeltatsachen treten zurück, sofern sie nur den äußeren Ablauf der Ereignisse darstellen. Was von ihnen geboten wird, soll vor allem dem Verständnis des inneren Zusammenhanges dienen. Andererseits wird das Tatsachenmaterial in ausreichendem Ausmaße gegeben, um zu verhüten, daß aus ungenügender Tatsachenkenntnis heraus geschichtliche Folgerungen gezogen werden. Zugleich soll es so die für den Unterricht auf der Oberstufe immer dringender geforderte Bewegungsfreiheit ermöglichen. Das Buch will weder ein Lernbuch noch ein Lesebuch, sondern ein **Material-** und damit ein **Arbeitsbuch** sein. Der Schüler soll den dargebotenen Stoff nicht in seinem ganzen Umfang zu dauerndem gedächtnismäßigen Besitz erwerben, er soll vielmehr an und aus ihm sich die Fähigkeit erarbeiten, geschichtlich zu denken.

III. Die politische Geschichte steht durchaus im Mittelpunkte, aber sie erscheint in ihrer Wechselwirkung mit allen anderen Äußerungen geschichtlichen Lebens. Die tiefen Zusammenhänge, die zwischen der politischen Entwicklung eines Volkes und seiner geistigen und sittlichen Verfassung bestehen, wurden zu unserem Schaden viel zu wenig erkannt.

Innerhalb der politischen Geschichte tritt alle äußere Geschichte, Kriegs- und Dynastiegeschichte zurück hinter dem inneren Werden und Sichgestalten. Die Verfassungs- und Verwaltungsorganisationen der einzelnen Zeiten und Staaten sind deshalb verhältnismäßig eingehend dargestellt, als die Formen, in denen die Kräfte eines Volkes zusammengefaßt sind, um nach innen und außen wirksam zu werden.

IV. Die Tatsachen will das Buch derart darbieten, daß sie dem Schüler auch ohne Erläuterung verständlich sind, so daß ihm abschnittsweise die selbständige Durcharbeitung überlassen werden kann. Dazu ist eine scharfe Gliederung notwendig, aus der der Entwicklungsgang herausspringt. Die Gliederung ist im allgemeinen chronologisch, überall da, wo der Schüler überhaupt in den Verlauf der Ereignisse und die Zusammenhänge der Tatsachen eindringen soll. Das Herausarbeiten von Leitlinien, das Zusammenstellen innerlich zusammenhängender Ereignisse und Erscheinungen ist dann Sache des Unterrichtes. Eine sachliche Gruppierung hingegen ist für Zeiträume erfolgt, in denen die Wirrnis der Geschehnisse außer Verhältnis steht zu den bleibenden Ereignissen, wie etwa in der Diadochenzeit oder in der Zeit des ausgehenden Mittelalters. Hier wird angestrebt, ein lebendiges Bild der bleibenden Ergebnisse zu bieten. Auf die Vollständigkeit der Kenntnis von Einzeltatsachen wird in solchen Abschnitten bewußt verzichtet, wohl aber werden die einzelnen Entwicklungslinien auch hier in den großen historischen Werdegang eingeordnet.

Diese Gesichtspunkte sind besonders maßgebend für die Berücksichtigung der ausländischen Geschichte. Sie wird grundsätzlich nur insoweit behandelt, als sie entweder bleibende für die Zukunft wichtige Er-

V. Die eingefügten Würdigungen und Urteile sollen Anregung und Anstoß für das selbständige Durchdenken der Tatsachen geben und so die gemeinsame Arbeit der Unterrichtsstunde vorbereiten und dem Schüler eine Gedächtnisstütze bieten für die Einprägung der im Unterricht gewonnenen Ergebnisse. Die Feststellung des endgültigen geschichtlichen Urteils bleibt dabei durchaus der gemeinschaftlichen Arbeit von Lehrer und Schüler überlassen.

VI. Der reiche kulturgeschichtliche Gehalt des Buches ermöglicht es, überall Verbindungslinien zu den anderen kulturkundlichen Fächern zu ziehen; den besten Anhalt hierfür gibt das Register. So möchte das Buch an seinem Teile zur Konzentration des Unterrichts beitragen und einen Geschichtsunterricht verwirklichen helfen, der der Zersplitterung unseres geistigen Lebens entgegenarbeitet.

VII. Die Durchführung dieser Grundsätze in den einzelnen Teilen ist selbstverständlich nicht in starrer, sondern in durchaus freier Weise erfolgt. Jeder der Mitarbeiter trägt auch sonst für den von ihm verfaßten Teil die alleinige Verantwortung.

So hofft das Buch, die Grundlage für einen Geschichtsunterricht zu bieten, der klarblickende, die Wirrsale der Gegenwart aus eigenem Verständnis begreifende, zielbewußte Persönlichkeiten erziehen will. Es hofft, zugleich auch über die Schulzeit hinaus der heranreifenden Jugend ein Wegweiser durch die Geschichte zu bleiben, der sie immer wieder zu eigenem Eindringen in den Werdegang von Staat und Volk anregt. Ohne geschichtliche Bildung sind völkisches Bewußtsein und wahre Staatsgesinnung unmöglich, nur aus dem Verständnis der Vergangenheit erwächst die Erkenntnis der Gegenwart und der Wille für die Zukunft.

Die Verfasser.

Der Text der vorliegenden Auflage ist unter genauer Berücksichtigung der preußischen Richtlinien im Herbst 1925 umgearbeitet worden, auch wurde der Text im einzelnen leichter und verständlicher gefaßt. Besonders die Erzählung der Tatsachen und Vorgänge konnte jetzt breiter gestaltet, das Biographische und Persönliche konnte stärker berücksichtigt werden, als dies bei der Abfassung der Erstausgabe möglich war, die damals noch mit dem zur Verfügung stehenden Raume sehr sparsam sein mußte. Neu hinzugekommen ist vielfacher Anregung entsprechend ein Abschnitt über die Zeit nach dem Weltkrieg. Auch sind die Diagramme von Herrn Dr. Staude in Leipzig zum größten Teil unter Berücksichtigung neusten statistischen Materials neu entworfen. Im übrigen sind in den letzten Auflagen nur einige geringfügige Änderungen vorgenommen. Der Verfasser ist mit der Mehrzahl der Benutzer des Buches der Ansicht, daß es jetzt wohl in der Form ist, in der es für eine Reihe von Jahren bleiben kann, um den Unterricht zur Ruhe kommen zu lassen und das Nebeneinanderbenutzen verschiedener Auflagen zu ermöglichen.

Karlsruhe, im September 1928. Franz Schnabel.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
A. Das Zeitalter der Restauration	1
I. Der Wiener Kongreß	2
II. Europa im Zeichen der Heiligen Allianz	5
III. Europa und das Julikönigtum	13
B. Revolution und Reaktion	27
I. Die deutsche Revolution 1848/1849	27
II. Das Ringen der alten und neuen Mächte	35
C. Die Einigung Deutschlands durch Bismarck	42
I. Der Kampf um die Vorherrschaft	42
II. Der Deutsch-französische Krieg von 1870/71	56
D. Europa im Zeitalter Bismarcks	63
I. Der Ausbau des Deutschen Reiches	63
II. Bismarcks Politik der Bündnisse	75
E. Das Zeitalter des Imperialismus	83
I. Der Ausbau des britischen Weltreiches	83
II. Deutschland unter Wilhelm II.	89
III. Der Wettstreit der Weltmächte	102
F. Der Weltkrieg von 1914—1918	112
I. Der Ausbruch des Krieges	112
II. Der Verlauf des Weltkrieges	115
III. Die Ergebnisse des Weltkrieges	127
G. Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919	138
H. Nach dem Weltkriege	145
Synchronistische Tabelle	158
Diagramme	168
Sachregister	176
Namenregister	180
Literaturverzeichnis	185

Englands Sorge vor Rußland ist aber auch in anderer Hinsicht zu erkennen, nämlich in der polnisch-sächsischen Frage.

b) **Rußland und Preußen haben nämlich bei Beginn des Krieges vereinbart, daß Rußland die preußischen Gebiete der 2. und 3. polnischen Teilung — außer dem für Preußen unbedingt notwendigen Verbindungsland zwischen Schlesien und Westpreußen — erhalten werde, Preußen aber dafür mit norddeutschen Erwerbungen entschädigt werden solle.**

Es kommt dafür besonders Sachsen in Betracht, zumal nachdem dessen König bei der Erstürmung Leipzigs in Gefangenschaft geraten ist. Für Preußen ist das Streben nach der Erwerbung Sachsens, die Wiederaufnahme friderizianischer Politik, geographisch erklärbar. Metternich widerspricht jedoch, weil er weder Rußlands Vordringen in Polen, noch Preußens Vordringen in Sachsen vom österreichischen Standpunkte aus wünschen darf. Sehr klug zieht er sich dabei auf den Begriff der Legitimität zurück: man dürfe kein Vorbild einer Entthronung geben. An Metternich schließt England sich an in Sorge vor Rußlands Anwachsen. Talleyrand aber benutzt die Gelegenheit, um dem geschlagenen Frankreich sofort wieder eine Bedeutung an der Seite Englands und Österreichs zu verschaffen. Dieser Streit ist es, der Napoleons Rückkehr veranlaßt hat; nach den Hundert Tagen setzt Metternich seinen Willen durch.

Rußland erhält nur einen Teil Polens, Preußen nur den (größeren, aber schwächer bevölkerten) Teil Sachsens und als Entschädigung die Rheinprovinz, Westfalen und Vorpommern.

So hatte Metternich erreicht, daß Preußen keine Ostmacht blieb, wohl aber mit zerrissenem Gebiet Nachbar des unruhigen Frankreich wurde. Aber der Ausgang sollte anders sein, als Metternich vermutete: 1. Preußen wurde durch diese territoriale Regelung ein fast ausschließlich deutscher Staat und an der nationalen Verteidigung und Einigung in erster Linie beteiligt. 2. Die Zerreißung seines Besitzes in zwei Hälften mußte Preußen auf die Bahn der Eroberung in Norddeutschland treiben.

c) **Österreich dagegen erstrebt und erreicht die Abrundung seines Gebietes, so daß es osteuropäische Großmacht wird. Deshalb verlangt Metternich kein althabsburgisches Vorwerk gegen Frankreich zurück: weder die Niederlande noch den Breisgau noch den Sundgau; wohl aber nimmt er Tirol, Kärnten, Krain, Triest, Galizien und die Lombardei mit Venetien.**

Seit Jahrhunderten hatte die Habsburgermonarchie die doppelte Aufgabe erfüllt, die ihr aus dem Besitz der Kaiserkrone und aus der Gestaltung ihrer Territorien erwachsen war. Sie hatte einerseits nach Westen hin — am Rhein und in Italien — die Führerschaft in Deutschland und in Europa gegen Frankreich verteidigt, andererseits hatte sie im Osten das Abendland gegen die Türken geschützt: in dem überlieferten Bunde zwischen Frankreich und der Türkei war diese Doppelstellung zum Ausdruck gekommen. Nun begann mit Metternich die bewußte Konzentration des habsburgischen Besitzes, seine Umgestaltung zum Donaustaate und zur Ostmacht; auch die italienischen Besitzungen schlossen sich unmittelbar an die Hauptmasse der Länder. Die geographische Zusammenfassung wurde freilich erkauft mit einer Verstärkung des internationalen Charakters der Monarchie. Die deutsche Politik Josephs II. war damit endgültig verlassen; aber Metternich hoffte noch, mit der osteuropäischen und italienischen doch auch zugleich die deutsche Stellung ohne Last und Gefahr

3. Die Neuordnung Deutschlands. [§ 3

a) Der Wunsch der Patrioten, das alte Reich unter dem habsburgischen Kaiser wiederherzustellen, wird von Metternich von vornherein vereitelt, indem er sich noch vor der Leipziger Schlacht die Verhandlungen mit den Rheinbundfürsten übertragen läßt und dann einem nach dem anderen seinen Besitzstand und seine Souveränität garantiert. Hiermit ist zwar die Anerkennung der Säkularisationen und Mediatisierungen verbunden, aber die Begründung eines Reiches unmöglich gemacht.

b) Vielmehr ist nur ein Staatenbund der 39 souveränen Fürsten möglich — der Deutsche Bund, gebildet auf Grund der Bundesakte des Wiener Kongresses (Qu. II 73 A I, Qu. I 14, 2). Der Bundestag in Frankfurt a. M., das Organ dieses Bundes, ist also ein Gesandtenkongreß in noch viel schlimmerem Sinne, als es der Regensburger Reichstag gewesen war; denn für viele Beschlüsse wird Einstimmigkeit verlangt, und zudem sind die Stimmen so verteilt, daß die kleinen Bundesglieder die großen majorisieren können.

Den deutschen Fürsten war ihre Souveränität geblieben — als das letzte Ergebnis eines halben Jahrtausends deutscher Geschichte. Die Erhaltung oder Beseitigung dieser Souveränität wurde das Problem der deutschen Einigung.

c) Nur ein einziges Zugeständnis an die neuen Gedanken enthält die Bundesakte, indem sie landständische Verfassungen für die Einzelstaaten in Aussicht stellt.

Metternich wurde hierzu besonders durch die Rücksicht auf die Mediatisierten bestimmt, denen er durch den erblichen Sitz in den Landständen eine Entschädigung für den Verlust ihrer bisherigen politischen Stellung verschaffen wollte. Als erster gab 1816 Herzog Karl August von Sachsen-Weimar, der Freund Goethes, seinem Lande eine solche Verfassung. Wenn die süddeutschen Fürsten schon 1818 nachfolgten, so war es nur, weil sie dadurch den Zusammenschluß ihrer verschiedenen Landesteile auch staatsrechtlich zum Ausdruck bringen konnten. Preußen dagegen zögerte, trotz einer neuen königlichen Verheißung von 1815 (Qu. I 14, 1).

d) Metternich hat also in der deutschen Frage ebenso gesiegt wie in den territorialen Angelegenheiten.

Die Wiederherstellung des Reiches, die Erneuerung des habsburgischen Kaisertums und die freiheitliche Ausgestaltung des Verfassungslebens lehnte Metternich ab, weil die Interessen der österreichischen Monarchie und die Ruhe Europas maßgebend für seine Politik waren: 1. die nationalen und konstitutionellen Ideen waren für ihn unerträglich, nicht nur weil sie der Revolution entstammten, sondern vor allem, weil sie den Bestand des viele Nationalitäten umschließenden habsburgischen Reiches und die Staatenordnung Europas gefährdeten. 2. Die Frage der Wiederherstellung des Deutschen Reiches hatte auf das alte Problem des deutschen Dualismus geführt; die Denkschriften der Reformer hatten eine friedliche Lösung versucht, wonach Österreich im Süden, Preußen im Norden des Reiches die Oberhand haben sollte. Metternich jedoch hoffte, den Dualismus für Österreich vorteilhafter zu lösen ohne Übernahme der Kaiserkrone, durch Schonung und Gewinnung der Rheinbundfürsten. Auch wollte er das europäische Gleichgewicht wiederherstellen durch sein System des „friedlichen Dualismus", das in Mitteleuropa, zwischen Frankreich und Rußland, eine Staatsform schuf, die zwei Großmächten zugleich Raum gewährte. 3. Wenn das Kaisertum und die nationale Einheit geschaffen wurden, dann hatte Öster-

e) Die Pläne der Reformer wie die bei der Erhebung aufgestellten Kriegsziele der Verbündeten sind damit preisgegeben. Der leidenschaftliche Groll des Freiherrn vom Stein gegen den österreichischen Staatskanzler wird dadurch erklärlich. In diesem großen persönlichen und grundsätzlichen Kampfe siegt Metternich, weil das Interesse aller Weltmächte auf seiner Seite steht: für sie alle ist es von Vorteil, wenn Deutschland schwach bleibt und Mitteleuropa nicht zu stark wird. Deshalb unterstützt Talleyrand in französischem Sinne Metternichs Politik.

Metternich fühlte sich als österreichischer und als europäischer Staatsmann und nicht als deutscher, der Freiherr vom Stein empfand als deutscher Staatsmann und nicht als preußischer. Beide waren sie rheinischem Blute und altdeutschem Boden entsprossen, — aber Stein war eine leidenschaftliche Herrennatur von urwüchsiger Kraft, tief im Heimatboden verankert, Metternich dagegen der Zögling einer verfeinerten Weltkultur. Stein hatte gegen die napoleonische Weltmacht gekämpft, weil er die Freiheit der Nationen wollte, Metternich, weil er die Freiheit der geschichtlichen Staaten erstrebte; der eine war deutsch vor allem, der andere fühlte sich zuerst als Angehöriger einer bestimmten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die Erschütterungen schwerster Art durchgemacht hatte und nun gefestigt werden sollte; der eine war erfüllt von starker sittlicher Leidenschaft, der andere war ein kühler, rationalweltlich und philosophisch orientierter Kopf, der befürchtete, daß die nationale Bewegung — weil sie über die bestehenden Staaten hinweg zu neuen Einheiten strebte — eine neue Epoche blutiger Kriege und eine neue Desorganisierung Europas heraufführen werde. Metternich war der Mann des staatlichen Egoismus, und er hatte dabei den Vorteil, daß die Interessen seines und der anderen Staaten sich stützen ließen durch die Ideen dieses Zeitalters der Restauration. Der Freiherr vom Stein dagegen war der Vertreter einer Ideenpolitik, die auf die Verwirklichung sittlicher und nationaler Ziele ausging.

f) Groß ist die Enttäuschung der Freiheitskämpfer, die darüber klagen, daß die Diplomaten und die Federfuchser das verdorben hätten, was ihre guten Schwerter errungen. Ausdruck dieser Stimmung ist Uhlands Gedicht zum 18. Oktober 1816: „Wenn heut' ein Geist herniederstiege —." Nach den Monaten der Erhebung kommen die Jahre enger Gedrücktheit.

II. Europa im Zeichen der Heiligen Allianz.

1. Die Heilige Allianz. [§ 4

Zu Paris schließen 1815 die drei Monarchen von Österreich, Rußland und Preußen ein Bündnis, die „Heilige Allianz", zur gemeinsamen Wahrung des romantischen Staatsideales und der christlichen Grundsätze in der Politik. Die Erhaltung des 1815 erreichten Zustandes ist der praktische Zweck der Allianz. Einen ausgesprochenen konservativen Zug trägt demnach das Zeitalter nach 1815 (Qu. I 14, 3).

Die Monarchen verpflichten sich also zur patriarchalischen Regierung im Innern und zur gemeinsamen äußeren Politik gegen alle revolutionären Regungen, in welchem Lande es auch sei. Vertragslehre und aufgeklärter Absolutismus sollen verflucht sein, statt dessen soll das Gottesgnadentum gelten,

Zwar hatte der Wiener Kongreß unter den europäischen Fürsten ein deutliches Ringen um die Macht entfesselt, aber stärker war doch das Gefühl der Solidarität gewesen. Und nachdem nun der Weltteil geordnet war, führte das Ruhebedürfnis zu dem Wunsche, die alten Gegensätze zu begraben.

2. Die Kultur des „Biedermeier". [§ 5

Nach den gewaltigen Bewegungen des letzten Menschenalters tritt eine Entspannung ein. Ruhe, behagliche Bescheidenheit und kleinbürgerliche Tüchtigkeit sind die Voraussetzungen des Wiederaufbaues. Es ist die „gute, alte Zeit"; sie ist einfach, aber stilvoll.

a) Der verbürgerlichte Klassizismus gibt der Zeit das Gepräge. Hierher gehören der Ausbau von Berlin und München durch die Architekten Schinkel und Klenze, die Bildhauer Rauch und Schwanthaler; hierher gehört auch das Wien der Metternichzeit, das durch die Blüte des Burgtheaters und durch die tragische Muse Franz Grillparzers verewigt ist. Die verbürgerlichte Aufklärung des Zeitalters lebt fort in den Werken des Alemannen Johann Peter Hebel; der Lieblingsdichter der Zeit ist Jean Paul, weil seine Erzählungen in Schwärmerei schwelgen, in Gefühl und Gesinnung sich ergehen und mit Vorliebe im engen Kreise der Landpfarrer und Dorflehrer, der Amtsstuben und der kleinen Höfe verweilen.

b) Die letzten Großen der klassischen Zeit, Beethoven und der alte Goethe, wirken und schaffen, aber nur von den wenigsten verstanden: die „Wanderjahre" und der Schluß des „Faust" weisen ebenso wie die 9. Symphonie über alle zeitlichen Bedingungen hinaus. Die idealistische Philosophie erhält in Hegel ihren letzten und umfassendsten Metaphysiker, der die ganze Wirklichkeit als einheitliche Erscheinung des Geistes auffaßt und darum die gegebene Mannigfaltigkeit der Dinge als die Formen der geistigen Entfaltung begreift. „Alles, was ist, ist vernünftig"; aber alles, was ist, ist auch das Ergebnis einer vergangenen und die Voraussetzung einer kommenden Entwicklung. Die Verwirklichung des Geistes findet Hegel im Staate: der Rechtsstaat und der Kulturstaat ist von ihm theoretisch begründet worden.

c) Die Romantik erfährt erst jetzt ihre eigentliche literarische Ausbreitung: ihre kindliche Frömmigkeit klingt aus den Liedern und Novellen Eichendorffs, ihre innige Gemeinschaft mit der heimischen Natur aus den Dichtungen der Droste-Hülshoff, ihre Zerrissenheit aus den Werken Lenaus und E. Th. Hoffmanns. Wie der Heidelberger Kreis 1806 die Frühromantiker Arnim, Brentano und Görres geeint hatte, so finden sich spätere Romantiker in den „Berliner Salons" oder in der „schwäbischen Dichterschule" zusammen: die ersteren sammeln sich um Frauen wie Bettina von Arnim und Rahel Varnhagen, zu letzterer gehören Uhland, Schwab, Hauff und Mörike. Auch die Malerei bekennt sich zur Romantik, indem die „Nazarener" unter Führung von Peter Cornelius kirchliche und altdeutsche Stoffe in Zeichnung und Farbengebung nach Art der italienischen Frührenaissance und der deutschen Gotik gestalten. Ihre reifsten Früchte aber trägt die Romantik in der Musik eines Carl Maria von Weber, eines Schumann und Schubert.

d) Die Geschichtswissenschaft vereinigt die Anregungen des klassischen und des romantischen Geistes: der historische Sinn, von Hegel und den Romantikern gemeinsam zur Herrschaft geführt, löst die rationalistische Denkweise endgültig ab, und er wird für die Anschauungsweise der Menschen des heraufkommenden Jahrhunderts bestimmend. Auf allen Gebieten des Forschens betätigt sich die neue Wissenschaft. Wilhelm v. Humboldt gibt ihr denkwürdigen Ausdruck in seiner Schrift über die „Aufgaben des Geschichtschreibers", die Brüder Grimm

Monumenta Germaniae historica (1819) die verschütteten Zugänge zu den Quellen unserer mittelalterlichen Geschichte, und Leopold Ranke erweckt in seinen Werken die Fülle der geschichtlichen Erscheinungen zu neuem Leben und stellt das Werden und Vergehen der großen Mächte dar: in der leidenschaftslosen, künstlerisch vornehmen und bewußt objektiven Art seiner Betrachtung und Darstellung ist er so recht der Ausdruck dieser allem Streite abgeneigten Epoche (Qu. II 185).

3. Burschenschaft und Reaktion. [§ 6

In dieser leidenschaftslosen Zeit gibt es nur ein vorwärtsdrängendes Element, die Jugend. In den Schlachten groß geworden, ist sie nun unzufrieden über das Geschehene: über die Belassung von Elsaß-Lothringen bei Frankreich, über die Begründung des Deutschen Bundes. In der studentischen Jugend wird diese Stimmung mächtig durch die burschenschaftliche Bewegung: von Jena aus breitet sich die sofort 1815 gegründete Burschenschaft an den übrigen Universitäten aus.

Die Burschenschaft ist ein Bund der Studenten mit ethischen, christlich-germanischen und freiheitlichen Idealen. Im Gegensatz zu dem überlieferten landsmannschaftlichen Geiste der Korps will sie ein durch sittliche Selbstzucht veredeltes, dem größeren Vaterlande dienendes studentisches Leben aufbauen. Ihr Kampf gilt den Fürsten und Staatsmännern, die das aufstrebende Staatsgefühl des Bürgertums unterdrücken, ihre Sehnsucht gehört dem einheitlichen und freien Reich mit dem mittelalterlichen Kaisertum, ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold, ihr Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland" (Qu. II 73, B I).

Das Wartburgfest von 1817 führt die Studenten aus ganz Deutschland zusammen (Qu. II 73, B I); die Ermordung Kotzebues durch Karl Ludwig Sand (1819) zeigt, daß Kreise innerhalb der Studentenschaft zur Tat entschlossen sind. Metternich, schon durch den lauten Ton der süddeutschen Landtage beunruhigt, wo man die Fragen der Einheit und Freiheit erörtert, setzt nun mit Hilfe des Bundes die Karlsbader Beschlüsse durch. **1819**

Besonders in Württemberg wird ein heftiger Kampf geführt zwischen der Regierung, die von sich aus die Verfassung bestimmen will, und den auf ihr „gutes, altes Recht" pochenden Altwürttembergern, deren Ansichten Ludwig Uhland in seinen politischen Gedichten wiedergibt: er ist der erste große politische Lyriker in Deutschland seit Walther von der Vogelweide. Durch die Karlsbader Beschlüsse werden alle diese Regungen in ganz Deutschland niedergehalten, die Universitäten werden unter strenge Aufsicht gestellt, die Burschenschaften aufgelöst, ihre Farben verboten. Die Zensur wird eingeführt und eine Untersuchungskommission gegen die „Demagogen" eingesetzt: die Reaktion beginnt (Qu. I 14, Qu. II, 73, B I).

So bot die Tat Sands Metternich den Anlaß zur Wiederherstellung der Ruhe: nachdem er bisher jede Stärkung des Bundes gehindert hatte, gestattete er jetzt eine Erweiterung seiner Kompetenz, um den revolutionären Bewegungen zu steuern. In seiner Gefolgschaft war Preußen.

4. Das Ende der preußischen Reformen. [§ 7a

Friedrich Wilhelm III., von Natur eng und ängstlich und durch die Erfahrungen seines Lebens niedergedrückt, befürchtet die Wiederkehr der Revolution und hält sorgsam auch in seiner inneren Politik an den Grundsätzen der Heiligen Allianz fest. Er führt daher nicht nur die Karlsbader Beschlüsse in seinem Lande gewissenhaft durch, sondern er überbietet sogar Österreich durch schärfste Verfolgung aller „Demagogen", wie das Verfahren gegen Arndt und Jahn zeigt; selbst Männer wie Stein,

führung der Reformen wird jetzt eingestellt, die Reformgesetze werden zum Teil rückgängig gemacht. Kennzeichnend sind folgende Vorgänge:

a) Die Verfassung ist zwar durch königliches Versprechen in Aussicht gestellt: der König verkündet, daß keine neuen Steuern ohne Genehmigung der Landstände aufgenommen werden sollen. Aber er umgeht die Berufung der Landstände durch sein Sparsystem; 1822 werden Provinzialstände eingeführt, wodurch jeder Aussicht auf eine wirkliche Volksvertretung ein Ende gemacht wird (Qu. I 14, 6).

b) Die Durchführung der Selbstverwaltung auf dem Lande unterbleibt, die der Bauernbefreiung wird gehemmt, indem die Regulierbarkeit 1816 auf die spannfähigen, also die größeren Bauern beschränkt wird; auch soll die Regulierung nur auf Antrag der Beteiligten eintreten, nicht von Amts wegen, wie 1811 verfügt worden war.

Damit fallen die Hauptvorteile der ganzen Bauernbefreiung den Gutsherren zu; denn für den Verlust der Erbuntertänigkeit, der Fronden und des Obereigentums am Bauerngute sind die Gutsherren reichlich entschädigt: a) indem durch die Mobilisierung des Grundbesitzes der Bauernschutz jetzt geschwunden ist; b) indem der befreite Bauer dem Gutsherrn Land zu vollem Eigentum hat abtreten müssen; c) indem die Dienste der kleinen handdienstpflichtigen Bauern dem Gutsherrn gegen Lohn erhalten bleiben.

Diese Begünstigung der Gutsherren in Preußen erklärte sich nicht nur aus den wirtschaftlichen Vorzügen, die man dem Großbetrieb zuschrieb, sondern auch aus der politischen Rücksicht auf den königstreuen Adel. In Süddeutschland, wo kein Großbetrieb bestanden hatte, handelte es sich nur um die Zehntablösung, die bis 1848 durchgeführt wurde. In Preußen sollte erst die Revolution von 1848 auch den kleinen handdienstpflichtigen Bauern die Freiheit bringen; es waren dann aber nur noch wenige vorhanden, sie waren zumeist „gelegt" worden.

Das Ergebnis der Bauernbefreiung in Preußen aber war:
1. der Aufschwung des Großgrundbesitzes; 2. ein moderner rationeller landwirtschaftlicher Betrieb war nun erst möglich, indem Flurbereinigung und Gemeinheitsteilung jetzt durchgeführt werden konnten; 3. die Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses: an die Stelle fronpflichtiger Bauern waren freie Lohnarbeiter getreten; 4. die Entstehung eines ländlichen Proletariats, teils aus den gelegten, teils aus den mit der Ablösungssumme belasteten Bauern; 5. eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung einer deutschen Industrie und für die völlige Umgestaltung der Siedlungsverhältnisse war damit gegeben.

c) So zeigt das Schicksal, das die preußischen Reformen nach dem Befreiungskriege erleiden, daß die Umwandlung der Gesinnung, die der Freiherr vom Stein erstrebt hat, keineswegs eingetreten ist. Nur das sofort 1814 erlassene Wehrgesetz des Kriegsministers Boyen, kündet noch von dem Geiste der Reformzeit.

d) Der innere Widerspruch der Zeit, die zwischen dem alten Geiste obrigkeitlicher Bevormundung und den Verpflichtungen der Reformzeit hin und her schwankt, zeigt sich am deutlichsten in der Neuordnung des Bildungswesens. Die Volksschule wird ausgebaut im Sinne Fichtes und des Schweizer Pädagogen Pestalozzi, indem die Ausbildung der freien Geistestätigkeit des Zöglings und die Erziehung des Volkes

boldts mit der Weltanschauung des Neuhumanismus erfüllt, indem das hellenische Lebensideal des vollkommenen und selbsttätigen Menschen das Bildungsziel für alle geistigen Führer des Volkes werden soll (Qu. II 69, IV 9). Aber zu diesem umfassenden Schulgedanken stimmt keineswegs der enge Geist des alten patriarchalischen Beamtenstaates, der im übrigen öffentlichen Leben festgehalten wird: es ist ein innerer Zwiespalt, den der Staat der Hohenzollern niemals überwinden sollte und an dem er schließlich gescheitert ist.

5. Die Entstehung der evangelischen Landeskirche. [§ 7b

In diesen Zusammenhang gehört auch die für den deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts folgenreiche Entstehung der preußischen Landeskirche.

Da Martin Luther das Schicksal seiner Lehre den Territorialfürsten hatte anvertrauen müssen, gab es in Deutschland keine einheitliche evangelische Kirche; und ebenso wenig gab es eine solche im preußischen Staate, der ja aus der Zusammenfügung vieler Territorien entstanden war und in seiner Organisation die Spuren dieses Ursprunges bis in die Zeit der Stein'schen Reformen in sich trug. Es gab in Preußen vollständig von einander unabhängig ein lutherisches und ein reformiertes Kirchenwesen, aber auch diese nicht einheitlich durchgebildet und nicht den ganzen Umfang der Monarchie umfassend. Der Geist der Aufklärung kam im Staate Friedrichs des Großen noch hinzu, um den Kirchenbegriff zu schwächen: der aufgeklärte Absolutismus sah in den Kirchengesellschaften lediglich Werkzeuge zur Pflege der Untertanengesinnung und griff daher mit seinen polizeilichen Maßnahmen in alle ihre Angelegenheiten ein, aber eine Fürsorge für die Kirchen lag ihm ferne; so förderte er durch sein Verhalten die Auflösung der Kirchen in die einzelnen Gemeinden. Dies ist der Standpunkt des „Allgemeinen Landrechtes": das altprotestantische Kirchenregiment war nahezu verschwunden, es gab nur Einzelgemeinden, Lehrer der Religion und Staatsaufsicht. Das Reformwerk des Freiherrn vom Stein erstrebte auch auf diesem Gebiete die Erweckung selbständiger Kräfte durch die Kulturarbeit des Staates; es sollte auch in dieser Hinsicht der Staatsbegriff der Aufklärung überwunden und die Fürsorge nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Religion in den Staatszweck aufgenommen werden. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der obersten Staatsbehörden wurde die zuerst von Wilhelm von Humboldt verwaltete „Sektion für Kultus und Unterricht" geschaffen, in welcher für Reformierte und Lutheraner gemeinsam alle Religionsangelegenheiten verwaltet wurden. Gleichzeitig schwebte Stein, seiner ganzen Staatsauffassung entsprechend, die Heranziehung des Volkes auch zur Kirchenpflege vor, die Belebung des kirchlichen Gemeindelebens. Aber auch hier gelangte Stein durch seinen vorzeitigen Sturz nicht zur Verwirklichung seiner letzten Absichten, und es blieb von seinem Werke nur gerade der Teil, den er lediglich als Mittel und Durchgangsstufe sich gedacht hatte — die Stärkung des absoluten Königs und seiner Bürokratie.

An Steins Arbeit kann König Friedrich Wilhelm III unmittelbar anknüpfen, als er die „Restauration" auch auf kirchlichem Gebiete unternimmt und so die evangelische Landeskirche Preußens begründet. Hier liegt seine eigenste historische Leistung, er hat persönlich das Werk in Angriff genommen, ihm das Gepräge seiner Eigenart und seines Willens gegeben und mit zäher Tatkraft gegen alle Widerstände an

Preußens zu bilden, indem er das vom alten absolutistischen Staate fast völlig aufgegebene staatliche Kirchenregiment mit einer vorher nie besessenen Machtvollkommenheit aufrichtet. In drei eng miteinander zusammenhängende Arbeiten bestand dies große Werk:

1. Die Union der lutherischen und reformierten Kirche, durch Steins Begründung der einheitlichen Ministerialsektion vorbereitet, lag dem König um so näher, als in Preußen ja die reformierte Dynastie über ein Land herrschte, dessen Bevölkerung zum größten Teile lutherisch war. Das Jubelfest der Reformation 1817 bietet die äußere Veranlassung. Eine königliche Proklamation ordnet an, daß beim Festgottesdienst mit der Union begonnen werden solle; die Union solle nicht nur eine Verfassungs- und Abendmahlsgemeinschaft zweier dogmatisch getrennter Konfessionen sein, sondern „eine wahrhaft religiöse Vereinigung", wie der König sagte, „eine neu belebte, evangelisch-christliche Kirche". Der Wille des Königs geht hier einig mit einer starken Strömung im Volke, wenngleich es nach dem Feste noch lange dauert, bis die Union überall als eine dauernde Gemeinschaft geübt wird.

2. Der Agendenstreit. Die Unordnung der kirchlichen Verhältnisse empfindet der König nirgends schwerer als in der Liturgie, wo ihm die Willkür der Prediger und der Gemeinden unerträglich sind. Er arbeitet 1822 persönlich eine einheitliche Agende aus und will sie durch Kabinettsordre verbindlich erklären. Da aber stößt er auf den heftigsten Widerstand der Bevölkerung und vieler Geistlichen; an ihrer Spitze protestiert Schleiermacher. Man wirft dem Entwurf des Königs Anlehnung an katholische Gebräuche vor; denn der König hat sich unter Mißachtung der ganzen reformierten und lutherischen Entwicklung an die ältesten lutherischen Kirchenordnungen gehalten, die naturgemäß noch manche katholischen Formen enthielten. Auch bezweifelte man die Berechtigung des Königs, in seinem Kabinett eine neue Liturgie auszuarbeiten und sie durch obrigkeitlichen Befehl einzuführen. Der König beharrt zähe auf seinem Standpunkt, er verwirft das „Geschwätz" der Geistlichen und erteilt ihnen einen strengen Verweis, bei dem nur Schleiermacher sich nicht beruhigt. Jahrelang zieht sich der Konflikt hin, bis der König Zugeständnisse macht und die neue Agende 1829 durch einfache Kabinettsordre eingeführt werden kann. Es ist bezeichnend für das Wesen des Königs, daß er um eine so äußerliche Sache einen so erbitterten Kampf heraufbeschwor.

3. Der Ausbau der Kirchenverfassung. Die Haltung des Königs in den Fragen der Union und der Agende zeigt, daß er gewillt ist, seine Stellung als Landesbischof souverän zur Geltung zu bringen und das Landesherrliche Kirchenregiment neu zu errichten. Landesherr und Kirche sollen identisch sein, während nach altprotestantischer Auffassung der Landesherr sich aus christlicher Liebespflicht in die Dienste der Kirche gestellt hatte. Jetzt wird durch mehrere Kabinettsordres die Wahl der Geistlichen durch die Gemeinden stark beengt, die Geistlichen werden ganz in die Macht der Konsistorien und diese in die Macht des königlichen Kabinetts gegeben. Die Geistlichen waren von

Es war nun eine geschlossene evangelische Kirche in Preußen vorhanden, und das Vorbild fand in den anderen deutschen Staaten bald Nachahmung. Aber die Vorteile der Einheit waren erkauft durch den Verzicht auf die persönliche Hingabe der Gläubigen. Es war eine Ausdehnung der Macht des Staates auf das innerste Leben der Kirche, auf Kultus und Lehre; es war der letzte große Sieg des absoluten Königtums. Der Gedanke einer Volkskirche, der dem Freiherrn vom Stein vorgeschwebt und den der größte protestantische Theologe des Jahrhunderts, Friedrich Schleiermacher, ausgebaut hatte, war hiermit gefallen.

6. Südeuropäische Bewegungen. [§ 8

Auch in Europa sucht das System Metternichs jede Bewegung niederzuhalten. Die fünf Großmächte, auf Kongressen sich besprechend, verwalten Europa. Metternich sucht dabei mit Hilfe Rußlands und Preußens die Grundsätze der Heiligen Allianz aufrechtzuerhalten, England entzieht sich ihnen immer mehr, während Frankreich durch Talleyrands geschickte Diplomatie sich zwischen den beiden Gruppen neues Ansehen erwirbt.

a) In Spanien und Portugal erheben sich 1823 die „Liberalen" — das Wort ist spanischen Ursprungs — für die freiheitliche Verfassung; die spanischen Kolonien in Südamerika stehen seit 1810 unter Führung von Simon Bolivar im Befreiungskampfe (Qu. II 69, IV 8).

Frankreich führt im Auftrage Europas die Restauration in Spanien durch; dagegen muß der Versuch einer Einmischung der Heiligen Allianz in Lateinamerika aufgegeben werden, 1. weil die Vereinigten Staaten von Amerika in der nach ihrem Präsidenten genannten Monroedoktrin (1823) den Grundsatz „Amerika für die Amerikaner" aufstellen und eine europäische Intervention in Amerika als Kriegsfall erklären; 2. weil England gleichfalls die Intervention zurückweist, wie es auch Portugal, wo eine Verfassung gegeben worden war, gegen den beabsichtigten Einspruch Metternichs schützt.

England erschien dem liberalen Europa von neuem als Vorkämpfer der Freiheit gegen die reaktionären Regierungen des Kontinentes. Aber die Motive Englands entsprangen nicht nur dem Gedanken der Freiheit: es schuf und bewahrte sich seitdem in den südamerikanischen Staaten weite Gebiete der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung; und es schützte in Portugal einen alten Vasallen. Die Freiheitspropaganda wurde ein wesentliches Mittel englischer Weltpolitik: bei dieser Gelegenheit (1826) sprach Canning vom Schlauch des Aolus, den England besitze, um die Stürme der Revolution in jedem Lande zu entfesseln, mit dem es in Unfrieden lebe.

b) Der griechische Befreiungskampf (1821—29). Wie in Amerika bricht auch in Griechenland das System der Heiligen Allianz zusammen.

Die Erhebung der Griechen, unglücklich vorbereitet durch das Unternehmen des Alexander Ypsilanti in der Moldau und Walachei, breitet sich dann doch rasch an der entgegengesetzten Stelle über Morea und die Inseln aus. Der Sultan erhält aber Hilfe von seinem Vasallen, dem Vizekönig von Ägypten, Mehemed Ali: der Fall von Missolunghi (1824) erregt die Teilnahme Europas. Der Philhellenismus, den besonders nachdrücklich Lord Byron und Ludwig I. von Bayern betätigen, begeistert sich für Griechenland; Wilhelm Müller dichtet seine Griechenlieder. Metternich ist ein Feind der Griechen, weil ihre nationalen und freiheitlichen Ziele verderbliches Vorbild werden könnten, und weil die Rivalität der großen

mißtrauen. Aber die Vernichtung der türkisch-ägyptischen Flotte im Hafen von Navarino (1827) ist ein untoward event. Die Londoner Konferenz spricht die Unabhängigkeit Griechenlands aus Auch Serbien, Moldau und Walachei erhalten eine gewisse Selbständigkeit unter eigenen Fürsten.

7. Das Ende der Heiligen Allianz. [§ 9

Die Heilige Allianz hat damit ihr Ende gefunden; sie ist zerbrochen:

a) an den Gegensätzen der großen Mächte; diese haben sich entzündet an der „orientalischen Frage": das Wort ist damals entstanden. Keine Macht gönnt der anderen die „Erbschaft des kranken Mannes": Österreich und Rußland ringen im stillen miteinander um die Donaumündung und die Macht auf dem Balkan, Rußland und England um den Bosporus und die Dardanellen;

b) an den nationalen und freiheitlichen Bewegungen der südeuropäischen Völker. Die Ruhe Europas muß aufhören, sobald solche Bewegungen sich in den Großstaaten durchsetzen. Auch dieses Mal geht Frankreich wieder voran.

8. Die Julirevolution 1830. [§ 10

a) Die bourbonische Restauration hat tiefe Gegensätze aufgewühlt zwischen dem Adel, der seine Privilegien und Güter wieder haben will, und dem Bürgertum, das die Ergebnisse der Revolution verteidigt. Die Gegensätze wachsen, als der legitimistisch gesinnte Karl X., der ehemalige Graf v. Artois, König wird (1824).

Der Schauplatz des Kampfes ist das Parlament; denn die Bourbonen haben 1814 eine Verfassung, die Charte, gegeben, mit den Grundsätzen der Gewaltenteilung, des Zweikammersystems und eines hohen Zensus: diese Verfassung war damals für viele kleinstaatliche Verfassungen in Deutschland vorbildlich geworden. Die Opposition, von Advokaten und Literaten geführt, erhebt das Andenken Napoleons, der nun in Frankreich durch die Gesänge eines Béranger und Viktor Hugo und dann in ganz Europa als der große Sohn der Revolution und als das Opfer der reaktionären Mächte gefeiert wird.

b) Karl X. führt, um die Opposition abzulenken, Krieg gegen die Seeräuber im Mittelmeer und erobert dabei Algier. Im gleichen Augenblicke versucht er durch die Juliordonnanzen das königliche Verordnungsrecht auf die Kontrolle der Wahlen, die Abänderung des Wahlgesetzes und die Aufhebung der Preßfreiheit auszudehnen. Eine Erhebung, von Studenten und Arbeitern durchgeführt, zwingt die Bourbonen zur Flucht; als Kandidat des Bürgertums übernimmt Herzog Louis Philippe von Orléans, der Sohn des Egalité, die Würde eines „Königs der Franzosen". **1830**

Der Vorgang gleicht der englischen Revolution von 1688: ein Verwandter des Königshauses erlangt die Krone. Zum äußeren Zeichen seines revolutionären Ursprungs übernimmt der neue König die Trikolore statt des 1814 wiedereingeführten Lilienbanners; er regiert nach dem Grundsatze der parlamentarischen Monarchie: le roi règne, mais ne gouverne pas. Die Zeit des patriarchalischen Gottesgnadentums ist vorbei und mit ihr die bisherige Rolle des Adels. An seine Stelle tritt die Bourgeoisie, deren „goldene Tage" in Frankreich beginnen. In allen diesen Dingen ist Frankreich Vorbild für den übrigen Kontinent.

III. Europa und das Julikönigtum.

1. Die Nachwirkungen der Julirevolution. [§ 11

a) Der belgische Aufstand führt zur Abtrennung der ehemals österreichischen Niederlande von dem Vereinigten Königreich.

Der Wiener Kongreß hatte hier zwei völlig verschiedene Länder vereint. Das südliche Land war katholisch, gewerbetreibend und, wenn auch in seiner Bevölkerung in germanische Vlamen und romanische Wallonen geteilt, so doch seit der Französischen Revolution demokratisiert und französisch gesinnt. Das nördliche Land war von einem protestantisch-germanischen Handels- und Herrenvolke bewohnt.

So erfolgt jetzt im südlichen Teile eine von Liberalismus und Katholizismus gemeinsam geführte Erhebung gegen die holländische Bedrückung. Ein Nationalkongreß will Anschluß an Frankreich, den England jedoch ablehnt. Das Ergebnis ist die Begründung eines eigenen Königreiches Belgien — der Name wird in Erinnerung an Cäsar gebildet — und seine Neutralisierung durch das Londoner Protokoll (1831).

Die belgische Neutralität, von allen fünf Großmächten garantiert, war ein Werk Englands, gegen Frankreich gerichtet: die flandrische Küste sollte nicht in den Händen einer starken Macht sein. Deshalb war auch die Trennung Antwerpens von der Scheldemündung England bequem: schon Napoleon hatte den Hafen von Antwerpen als die gegen das Herz Englands gerichtete Pistole bezeichnet. Daß dann die Neutralität gerade umgekehrt gegen Deutschland angewendet wurde, ist nur erklärbar aus dem Wandel der Weltlage vor 1914.

b) Die Erhebung der Polen gegen die russische Herrschaft wird nach blutigen Kämpfen niedergeschlagen (Qu. II 144, 15). Preußen tritt auf die Seite Rußlands und entsendet Gneisenau als Oberbefehlshaber an die polnische Grenze, wo er von der Cholera hinweggerafft wird (1831). Der deutsche Liberalismus dagegen begeistert sich für die Polen.

Die Freundschaft Preußens mit Rußland, eine Erbschaft des Befreiungskrieges, bleibt das ganze 19. Jahrhundert bestehen; sie beruht auf dem gemeinsamen Mißtrauen gegen Österreich, auf der Gemeinsamkeit der absolutistischen Staatsform, auf dem gemeinsamen Interesse an der Niederhaltung der Polen — also auf einer Mischung von Gefühls- und Realpolitik.

Die Sympathien des Liberalismus für die Polen sind, obwohl es sich um eine katholische Adelsrepublik handelte, historisch erklärbar; denn die Polen waren ein Opfer des Ancien Régime und jetzt der konservativen Ostmacht, die Freiheit Polens war ein napoleonischer Gedanke, der polnische Aufstand erschien als Vorbild jeder nationalen Erhebung. In den Liedern von Nikolaus Lenau hat diese Stimmung ihren dichterischen Ausdruck gefunden.

c) Deutschland bietet auch diesmal wieder eine Vielheit der Schauplätze. Nach den Enttäuschungen der Reaktionszeit erwacht überall der Liberalismus und will Bundesreform, Preßfreiheit und landständische Verfassungen. Solche Verfassungen erhielten damals Sachsen, Hannover und Kurhessen, während in Baden der große Landtag von 1831 die in der Reaktionszeit abgeänderte Verfassung von 1818 wiederherstellt und die Fragen der Bundesreform, der Preßfreiheit, der Zehntablösung und der Geschworenengerichte wieder aufgreift: die Sprecher des Land-

1. Das „Junge Deutschland" beherrscht überall den öffentlichen Geist (Qu. II 73, B II). Börne und Heine sind seine literarischen Vorkämpfer; die religiöse und philosophische Kritik wird eingeleitet durch das „Leben Jesu" von David Friedrich Strauß; das Andenken der Französischen Revolution wird erneuert in Georg Büchners Drama „Dantons Tod".

2. (Qu. II 73, B II, 2.) Das Hambacher Fest (1832) führt die Studenten und Bürger der mittelrheinischen Lande auf der Kästenburg bei Neustadt a. d. Haardt unter schwarz-rot-goldenem Banner zusammen: die Burschenschaftsbewegung, die auf der Wartburg an germanischen und christlichen Ideen sich erhoben hatte, hat sich infolge der Bedrückungen durch die Fürsten und unter dem Einfluß der Julirevolution mit westeuropäischen Gedanken erfüllt. Ein Attentat der Studenten auf den Frankfurter Bundestag gibt Metternich Anlaß, mit Hilfe des Bundes eine zweite und schärfere Demagogenverfolgung einzuleiten: hierbei erfolgt die Maßregelung Uhlands. Fritz Reuters „Festungstid" erzählt von den Leiden eines der Verfolgten. In Hannover protestieren 1837 die „Göttinger Sieben" gegen den Verfassungsbruch des Königs; sie werden abgesetzt.

So hatte die Julirevolution überall Bewegung ausgelöst. Das Bürgertum war erstarkt, der Liberalismus radikaler geworden; die freiheitliche und nationale Bewegung in Deutschland, ursprünglich im Kampfe gegen die französische Vorherrschaft entstanden, hatte sich dank der Verfolgung in der Heimat und der freiheitlichen Entwicklung in Frankreich wieder mit kosmopolitischen Gedanken verbunden und pflegte das Vorbild Westeuropas. Der Augenblick zu einer Erhebung war in Deutschland aber noch nicht gekommen; es war noch eine Zeit der wirtschaftlichen Vorbereitung und Erstarkung des Bürgertums — durchaus in der wirtschaftlichen Gefolgschaft Englands.

2. Die industrielle Entwicklung Englands. [§ 12

Nachdem England im 18. Jahrhundert seine politische und kommerzielle Weltmachtstellung ausgebaut und durch die Besiegung Napoleons vollendet hat, fügt es im 19. Jahrhundert seine industrielle Vormacht hinzu.

a) Wie alle großen Völkerverschiebungen, so ist auch die industrielle Umwandlung entstanden aus der Übervölkerung.

Während das merkantilistische Zeitalter in der Menschenzahl eine Quelle des Reichtums gesehen hatte und deshalb überall zur „Peuplierung" geschritten war, wird im England des 18. Jahrhunderts zum ersten Male in der neueren Geschichte die Menschenzahl größer, als der Boden des Heimatlandes ernähren kann. Gefördert wird diese Entwicklung durch das von der englischen Adelsherrschaft zuletzt noch im 18. Jahrhundert besonders rücksichtslos durchgeführte „Legen" der Bauern (enclosures): es ist eine Verwandlung von bäuerlichem Ackerland in Schafweide und weiter in herrschaftlichen Park. Die Folge ist ein Anwachsen des städtischen Proletariates. Das Problem der Übervölkerung taucht auf, zumal in Zeiten der Handelskrisen, besonders in den Jahren der Kontinentalsperre. Malthus formuliert zur Erklärung ein eigenes Gesetz, wonach der Bodenertrag in arithmetischer, die Bevölkerung aber in geometrischer Progression anwachse.

b) Die Übervölkerung zwingt also zu vermehrter Gütererzeugung über den Bodenertrag hinaus; aus dem Zwang zu rascherer Produktion entsteht ein Suchen nach neuen Erfindungen. Die Nation Bacons und Newtons hatte ja schon lange gelernt, die Außenwelt nach unbedingten Naturgesetzen, als einen Zusammenhang von Ursachen und Wirkungen zu begreifen. Jetzt braucht der Mensch nur die Dinge in bestimmter Weise zu gruppieren, um die Wirkung der Naturgesetze auszulösen,

Spinnmaschine, der mechanische Webstuhl und die Dampfmaschine (1768) werden konstruiert; sie sind in Verbindung mit der Ausnutzung der Kohle die Voraussetzungen für die Entstehung der modernen Großindustrie, die zuerst Textil- und Eisenindustrie ist. Die Baumwollindustrie von Lancashire entwickelt die Form der modernen Fabrik und hat alle Probleme des industriellen Zeitalters an erster Stelle zu durchkämpfen.

Auch hier zeigte sich, daß Erfindungen als solche nicht die großen Umgestaltungen hervorrufen. Schon vor James Watt hatte es Techniker gegeben, die sich — wie Denis Papin im 17. Jahrhundert — um das Problem der Dampfmaschine mühten. Sie waren unbeachtet geblieben, weil noch kein Bedürfnis nach solchen Umgestaltungen vorhanden gewesen war. Erst die Übervölkerung schuf seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts die „industrielle Revolution".

c) Die Folgen der Umwälzung sind gewaltig:

1. Wirtschaftspolitisch: der Merkantilismus paßt für die neue Zeit nicht mehr. Die Kornzölle erhöhen die Produktionskosten der Industrie, die staatliche Bevormundung hemmt die Ausdehnung der Betriebe. So entsteht die Forderung nach wirtschaftlicher Freiheit, die in England zuerst von dem Schotten Adam Smith erhoben und begründet wird.

Adam Smith gibt schon 1776 sein Werk Inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations heraus, worin er die Lehren der Physiokraten von der wirtschaftlichen Freiheit erweitert. Er sucht in der Arbeit und Sparsamkeit die Quellen des Reichtums und in dem Eigennutz die Triebfeder der menschlichen Wirtschaft. Deshalb dürfen dem einzelnen nur solche Schranken gezogen werden, die die Beobachtung der Gerechtigkeit gegen die Mitmenschen setzt. So kommt Smith zu der physiokratischen Forderung: liberty. Voraussetzung ist auch bei ihm der optimistische Glaube der Aufklärung an eine in Freiheit harmonisch geordnete Welt, so daß der Fortschritt der Gesamtheit einfach die Summe aller Fortschritte der Individuen ist; hinter seiner Freiheitslehre steht der Individualismus und das Weltbürgertum der Aufklärung. Groß ist seine historische Bedeutung: 1. er hat, auch hierin weiterbauend auf der Geistesarbeit der Physiokraten, die Volkswirtschaftslehre eigentlich erst geschaffen, indem er rein deduktiv, aus dem Wesen der menschlichen Natur, die wirtschaftlichen Vorgänge ableitet und sie in ihren inneren Zusammenhängen und tieferen Beweggründen deutet; so hat er z. B. auch für den Arbeitslohn gezeigt, daß seine Höhe durch den Eigennutz, d. h. das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird und nicht durch den Edelmut des Arbeitgebers, wie die patriachalische Wirtschaftsordnung angenommen hatte. 2. Sein Werk erstrebt eine theoretische Begründung des Kapitalismus als des im Vergleich zum Zunfthandwerke höheren Wirtschaftssystemes; der Erwerb um seiner selbst willen und die Freiheit des Erwerbes werden als sittliche Ideale aufgestellt; denn als Hebel aller menschlichen Wirtschaft wird der rationalisierte Eigennutz betrachtet, also das mit dem ganzen Wissen des Zeitalters bewaffnete Streben nach Reichtum. Der Kapitalismus, vom Merkantilsystem mühsam entwickelt, fühlt sich jetzt stark genug, sich frei entfalten zu können. 3. Das Werk des Adam Smith bedeutet darum den vollendeten Bruch mit dem Merkantilsystem — ein Arsenal, aus dem sich der wirtschaftliche Liberalismus seine Waffen holt im Kampfe gegen veraltete Vorrechte, im Kampfe für Freihandel, Gewerbefreiheit, für die völlige Erwerbsfreiheit des wirtschaftenden Einzelmenschen. Auch die Abneigung gegen Wirtschafts- und Kolonialkriege ergibt sich daraus.

Adam Smith und seine Nachfolger — die, wie David Ricardo, die Lehre bis in ihre letzten Folgerungen ausbildeten — haben die „klassische Nationalökonomie" geschaffen: die Lehre war eine Frucht der Aufklärung, aber sie

schaftlichen Interessen erklärt sich der Erfolg der Lehre in England: die Baumwollindustriellen in Manchester wirkten an erster Stelle für Anerkennung dieser Grundsätze in der praktischen Politik und schufen so Lehre und Politik des „Manchestertums". Aber auch auf dem Kontinente übernahmen die Theoretiker die Lehre des wirtschaftlichen Liberalismus, zunächst noch ohne den Anspruch ihrer Sätze auf absolute Gültigkeit einer Prüfung zu unterziehen. Freilich zeigte sich schon in England sofort die Grenze dieser Lehre. Adam Smith hatte geglaubt, durch Forträumen veralteter Vorrechte den kleinen selbständigen Existenzen die Bahn freizumachen, besonders den Gesellen, denen das Fortkommen durch das Monopol der Zunftmeister erschwert war. Bald aber zeigte sich, daß die Vorteile der Freiheit gerade den großen Betrieben zufielen und die Massen in einer auf Freiheit gegründeten Wirtschaftsordnung jeden Schutzes entbehrten. Die völlige wirtschaftliche Freiheit sollte scheitern an der Arbeiterfrage, die als soziale Folge der großen wirtschaftlichen Umwälzung alsbald auftauchte.

2. Sozial: an Stelle der alten Stände sind zwei neue Klassen emporgekommen — Unternehmer und Arbeiter, Kapital und Proletariat.

Beide sind ohne Grundbesitz, und an diesen knüpft die englische Verfassung das Wahlrecht zum Parlament; beide also sind Gegner der Gentry und der Kaufmannschaft. Aber sie selbst sind untereinander in größter Feindschaft: es besteht Überangebot an Arbeitern, der Liberalismus kennt jedoch keinen Schutz der wirtschaftlich Schwachen; seine Ethik verweist den Menschen auf sich selbst, der Arbeiter dagegen ist als Individuum hilflos. Die Folgen sind niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten, Frauen- und Kinderarbeit, keine Arbeitshygiene, dazu zahllose Wirtschaftskrisen infolge mangelnder Erfahrungen. Das Elend steigert sich in furchtbarer Weise. Die Arbeiter werden reaktionär, sehen in den Maschinen die Ursachen ihres Elends und wollen zum alten Handwerk zurück; die Unternehmer dagegen kennen nur die höchstmögliche Steigerung der Produktion. Die Öffentlichkeit steht ratlos den ungeheuren Problemen gegenüber.

3. Geistige Gegensätze kommen hinzu, das damalige England zu teilen.

Die Romantik, vertreten durch Lord Byron und Walter Scott, wendet sich gegen die Aufklärung. Auch in England führt der romantische Geist schließlich zu einer Bewegung der Katholiken; die Iren erheben sich.

d) Die großen Reformen. Der englische Adel als Führer der Nation ist all dieser Probleme Herr geworden und hat keine Revolution gesehen. Indem der wirtschaftliche Liberalismus auch den Adel für sich gewinnt und sich in der großen Reformperiode von 1829—1846 durchsetzt, erlebt er seine „heroische Periode"; zugleich aber sind die Gegenkräfte stark genug, so daß auch die Arbeiterfrage gelöst werden kann.

1. Die Katholikenemanzipation von 1829 hebt die Testakte von 1673 auf.

Seit den Tagen der Stuarts und Cromwells ist der Religions- und Rassenkampf in Irland von den Engländern mit unerhörter Grausamkeit geführt worden und hat in der Übertragung des irischen Bodens an englische Großgrundbesitzer und in der politischen Entrechtung der Iren gegipfelt: die irischen Pächter haben den anglikanischen Kirchenzehnten zu entrichten, schwere Abgaben an die Grundherren zu zahlen und besitzen infolge der Testakte keinen Zugang zu Parlament und Ämtern. Den Umschwung bereitet der jüngere Pitt vor, als er in der Sorge vor einem Bunde zwischen Napoleon und den Irländern die Vereinigung des irischen Parlaments mit dem großbritannischen gegen den Willen der Grundbesitzer erzwingt (1801); aber zu der geplanten großen Reform, nämlich zur Aufhebung der

zu wirken; denn bis dahin hatte, wie gesagt, noch die Testakte von 1673 gegolten, die einst den katholikenfreundlichen letzten Stuarts abgezwungen worden war und jeden Engländer, der in Staat und Parlament sich betätigen wollte, zur Anerkennung der Kirchenhoheit des Königs und zu einer Erklärung gegen die katholische Abendmahlslehre zwang. Aber die Akte von 1829 läßt nun doch die schlimme Lage der Pächter und den ungerechten Kirchenzehnten bestehen. Da die Iren in der Minorität sind, so wird ihr Freiheitskampf in der Folgezeit immer leidenschaftlicher und blutiger in den Mitteln, immer entschiedener in den Zielen; sie wollen Aufhebung der Vereinigung von 1801, Errichtung der irischen Republik oder wenigstens — wie der später aufkommende Schlachtruf lautet — Homerule, d. h. Heimregierung durch eigenes Ministerium und Parlament; auch wollen sie die Umwälzung der Besitzverteilung.

2. Die Parlamentsreform von 1832 bindet das Wahlrecht — statt wie bisher an den Grundbesitz — an einen hohen Zensus und hebt so die neue Unternehmerklasse politisch empor.

3. Die Aufhebung der Kornzölle 1846, durch Robert Peel durchgesetzt, bedeutet den Übergang zum Freihandel und zum ausschließlichen Industriestaat. Auch die übrigen Folgerungen aus der Lehre des Liberalismus werden gezogen, indem die parlamentarische Selbstverwaltung der Kolonien — zunächst Kanadas — und die Sklavenbefreiung durchgeführt werden. 1849 wird die Navigationsakte von 1651 völlig aufgehoben, nachdem sie in der letzten Zeit allmählich abgebaut worden war.

Ein glückliches Zusammentreffen von Weltanschauung und Interesse ermöglicht diese Politik. Der Freihandel, der durch die Aufhebung der Kornzölle und der mit ihnen verbundenen Zölle auf Rohstoffe Wirklichkeit geworden ist, erscheint für die englische Industrie, die einen weiten Vorsprung vor den übrigen Ländern besitzt und also konkurrenzlos dasteht, als die gegebene Wirtschaftspolitik; auch liegt es im englischen Vorteile, wenn die anderen Länder unter dem Eindrucke der mit dem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit auftretenden Lehre des Adam Smith sich zu den gleichen Grundsätzen bekehren. Die Sklavenbefreiung belastet die südamerikanischen Baumwollpflanzer zugunsten der ostindischen Kulturen, die koloniale Selbstverwaltung gewinnt dem Mutterlande die Zuneigung der großen Siedlungen. Die Befürchtungen aber, die der grundbesitzende Adel vor der Reform gehabt hat, erweisen sich als unbegründet: die englische Landwirtschaft, soweit sie noch besteht, kann sich gegenüber dem amerikanischen und preußischen Getreide behaupten, weil die Transportkosten noch so hoch sind, daß sie wie Zölle wirken; der Ausfall in den Staatsfinanzen aber wird ersetzt durch die Einführung der Einkommensteuer, die durch Peel zur Grundlage des britischen Staatshaushaltes gemacht wird.

Für den englischen Adel freilich war diese ganze Politik, zumal die Parlamentsreform, zunächst ein Wagnis und ein Opfer. Trotzdem gab er seine Vorrechte auf, als sie infolge der geschichtlichen Entwicklung unhaltbar geworden waren. Nicht etwa Selbstlosigkeit, sondern der politische Blick für das Notwendige und Mögliche ließ ihn rechtzeitig das kleinere Opfer bringen, so daß ihm die großen erspart blieben. So behielt er auch unter den veränderten Verhältnissen die Leitung des Staates und der beiden nach wie vor herrschenden Parteien, und der Aufschwung, der dieser Politik verdankt war, kam ihm dann selbst wieder zugute.

4. Eine Arbeiterschutzgesetzgebung widerspricht zunächst den Grundsätzen des wirtschaftlichen Liberalismus. Aber die Arbeiter wenden sich

neben erstrebt er Arbeiterschutz durch Einführung eines Maximalarbeitstages. Zugleich erstehen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft soziale Denker, die wie Carlyle die Einseitigkeit des Manchestertums darlegen und das öffentliche Gewissen aufrufen, damit die Verelendung der englischen Rasse und die menschenunwürdige Lage der arbeitenden Klasse verhütet werde.

Die erste Fabrikgesetzgebung (1833) beschränkt die Arbeitszeit für Jugendliche auf 12 Stunden, für Kinder auf 8 Stunden und verbietet die Nachtarbeit für Kinder und Jugendliche. Das Fabrikgesetz von 1850 verfügt den zehnstündigen Arbeitstag und setzt eigene Fabrikinspektoren ein, deren Berichte halbjährlich von Parlaments wegen veröffentlicht werden. Die englischen Arbeiter verlassen sich aber nicht auf diese und auf kommende Staatshilfe, sondern entwickeln die Selbsthilfe in den eigenen Organisationen der Gewerkvereine (Trade unions), in denen sie durch großartigen Ausbau der Unterstützungen und der Selbstversorgung ihre Lage allmählich zu bürgerlicher Auskömmlichkeit bessern.

e) Das geschichtliche Ergebnis dieser Jahrzehnte bis zur Jahrhundertmitte ist für England ungemein groß. Nachdem es zu Ende der napoleonischen Epoche die Weltherrschaft gewonnen und die englische Sprache, Kultur und Macht über die Erde ausgebreitet hat, nachdem die Seeherrschaft der englischen Flotte als die Grundlage der Macht gesichert und ¼ der Erdoberfläche, ⅓ der Menschheit englisch geworden ist, schafft es sich eine neue wirtschaftliche Grundlage, mit der es abermals konkurrenzlos in der Welt dasteht: England wird zur Werkstätte der Welt, zum Industriestaat schlechtweg. Nur in sehr weitem Abstande können die kontinentalen Völker ihm folgen.

3. Der preußisch-deutsche Zollverein (Qu. II 73, B II 4, Qu. I 14, 8). [§ 13

a) Versuch einer Einigung durch den Deutschen Bund.

Als der Fall der napoleonischen Herrschaft auch die Aufhebung der Kontinentalsperre gebracht hat, strömen die englischen Waren sofort nach Deutschland — zum Vorteil der agrarischen Länder, des östlichen Preußens zumal, und zum großen Schaden der Textilindustrien in Sachsen und Schlesien, im Wuppertal und am Rhein. Mißernte in Süddeutschland kommt hinzu, um das Hungerjahr 1816/17 heraufzuführen, mit Teuerung, Arbeitslosigkeit und absolutem Mangel an Lebensmitteln. Damals erfolgt die erste, wirtschaftlicher Not entsprungene Massenauswanderung nach Nordamerika, die von nun an bei jeder der zahlreichen Wirtschaftskrisen des Jahrhunderts sich wiederholt. Die Tatsache, daß Frankreich sich wenigstens die Schädigungen durch die englischen Waren erspart hat, indem es für die beseitigte Kontinentalsperre einen hohen Schutzzoll um sein seit der Revolution geeinigtes Wirtschaftsgebiet legt, gibt den süd- und mitteldeutschen Kaufleuten die Anregung, auch für das deutsche Bundesgebiet eine solche einheitliche Zollinie zu fordern, damit unter Aufhebung der 38 Zollsysteme im Inneren Deutschlands die Handelsfreiheit geschaffen werde.

Ein Schriftstück in diesem Sinne, das die zur Ostermesse 1819 in Frankfurt a. M. versammelten Kaufleute und Fabrikanten durch ihren Wortführer Friedrich List an den Bundestag richten, bleibt erfolglos. Die Regierungen wollen keine Stärkung des Bundes zu nationalen Zwecken, sie verdächtigen den Gedanken der Zolleinigung als revolutionär. Friedrich List wird als Demagog verfolgt und aus seiner württembergischen Heimat vertrieben.

Staatswissenschaften an der Universität Tübingen emporgearbeitet. Die Abneigung gegen die moderne Bureaukratie und der Gedanke der Selbstverwaltung waren ihm durch Herkunft und Jugenderfahrung eingeboren; da er als alter Reichsstädter im Gegensatze stand zu der Menge der im württembergischen Staate Bevorrechteten, und da zudem sein ungewöhnlicher Studiengang diese Sonderstellung auch an der Universität verstärkte, so befand er sich — leidenschaftlich, wie er war — schon bald im Kampfe gegen allen Schlendrian und alle überlieferte „Gemütlichkeit". So kam er — auf ähnlichen Wegen wie der Reichsritter vom Stein — zu dem Gedanken der nationalen, auf der freien Selbstbestimmung des Volkes beruhenden Einheit: daß er ihn zuerst wirtschaftlich dachte und ausprägte, ergab sich aus seiner wissenschaftlichen Beschäftigung. Sein Eintreten für die Zolleinigung, seine Kämpfe gegen das „Schreiberregiment" kosteten ihn die Heimat: nach Festungshaft und „literarischer" Zwangsarbeit auf dem Asperg wurde er begnadigt unter der Bedingung, daß er nach Amerika auswanderte (1825).

b) Die Zolleinigung durch Preußen.

Jedoch nicht nur für die Kaufleute der süd- und mitteldeutschen Staaten, sondern auch für Preußen lag der Gedanke der Zolleinigung nahe, weil die Gewundenheit seiner Grenzen und die Zersplitterung seines territorialen Bestandes hohe Verwaltungskosten und große Verluste durch Schmuggel verursachten. Da faßt der preußische Finanzminister Motz den neuen Gedanken einer Zolleinigung unter preußischer Führung — und nicht, wie List gewollt hatte, durch den Deutschen Bund. Anfangs widerstreben die anderen deutschen Staaten. Aber Preußen stellte immerhin auch allein ein größeres Wirtschaftsgebiet dar und konnte also warten, ohne sich deshalb die Führung nehmen zu lassen. Für die Klein- und Mittelstaaten dagegen wird die Lage zwischen den vielen Zollinien immer unhaltbarer: stärker als ihre politische Abneigung gegen Preußen ist für sie schließlich der wirtschaftliche Zwang zur Vereinigung mit dem norddeutschen Staate. Denn die Begründung süddeutscher und mitteldeutscher Zollvereine erweist sich als wertlos angesichts der Tatsache, daß die deutschen Ströme und die Richtung des Handels für die moderne Wirtschaft Deutschlands nach dem Norden zeigen.

So kommt es zuerst zum Zusammenschluß von Preußen und Hessen. Durch Beitritt von Bayern, Württemberg und Sachsen wird dann 1834 der Zollverein begründet; die anderen Staaten folgen allmählich nach. Die Zollverwaltung wird nach gemeinsamen Grundsätzen von den Einzelstaaten geführt, mit fast völliger Verkehrsfreiheit im Innern und gleichmäßigem Tarif für den Außenhandel; die Verteilung der Zollerträge erfolgt nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer.

Die Bedeutung des Zollvereins ist groß: 1. wirtschaftlich: es bestand nun ein weiter innerer Markt, ein einheitliches Absatzgebiet für die einheimische Produktion. 2. politisch: von nun ab gab es zwei deutsche Bundeskörper. Nachdem der Ausbau des „Deutschen Bundes" zu einem nationalen Reiche sich Österreichs wegen als unmöglich erwiesen hatte, war hier ein neuer Weg vorgezeigt, den man trotz aller entgegenstehenden politischen Gefühle hatte gehen müssen; diese wirtschaftliche Notwendigkeit konnte nicht ohne politische Folgen sein. Aber es mußte für die Form des politischen Zusammenschlusses, die sich hier vorbereitete, von vornherein eine Schwäche bedeuten, daß sie so sehr wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprungen war. Daß Österreich ausgeschlossen blieb, war eine Folge der ganzen, historisch gewordenen Lage: Metternich konnte unmöglich einen Verband wünschen und begünstigen, der einen nationalen Zusammenschluß oder sogar eine preußische Führung beförderte. So zeigte sich hier schon, wie schwierig es sein mußte, die Frage der deutschen Einigung

und er war nun zuerst auf wirtschaftlichem Gebiete beseitigt worden durch Preisgabe Österreichs: noch List hatte geglaubt, ihn erhalten zu können, also den Weg nach dem Norden mit dem Donauweg vereinigen und eine mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft schaffen zu können.

4. Die Einführung der Eisenbahn in Deutschland (Qu. I 14, 9). [§ 14

Wie List als erster in Deutschland die Zolleinigung als Voraussetzung des wirtschaftlichen und politischen Aufschwunges begriffen hatte — wenn auch die Durchführung des Gedankens dann in anderer Weise geschah, als er geglaubt —, so erkannte er auch als erster in Deutschland die Verkehrsfreiheit, das rasche, billige und einheitliche Transportwesen, als den größten Hebel des nationalen Reichtums. Während seines Aufenthaltes in Nordamerika lernte er den Wert der Eisenbahnen kennen, und er kehrte — inzwischen ein wohlhabender Mann geworden und von den Vereinigten Staaten zum Konsul in Leipzig ernannt — nach Deutschland zurück in der Absicht, seine Erkenntnisse zum Nutzen seines Vaterlandes zu verwerten.

List entwirft den Plan eines zusammenhängenden, ganz Deutschland umfassenden Eisenbahnnetzes; denn der Eisenbahnbau soll nach seinen Absichten eine Nationalangelegenheit sein, den Partikularismus überwinden und die wirtschaftliche Einigung vollenden, die politische vorbereiten. Seine unermüdliche Tätigkeit erreicht, daß 1837 die erste Eisenbahnlinie in Deutschland — zwischen Leipzig und Dresden — eröffnet werden kann; die 1835 gebaute kurze Strecke von Nürnberg nach Fürth war nur für den Personenverkehr eingerichtet.

Zahlreich sind in der ersten Zeit die Widerstände, die überwunden werden müssen — Widerstände der Fuhrleute und Gastwirte, der Postverwaltung und der Schiffsbesitzer, sogar Bedenken von Volkswirten und Ärzten. Auch bleiben List persönliche Enttäuschungen nicht erspart. Aus dem Leipziger Komitee wird er, nachdem die Arbeit geleistet ist, hinausgedrängt; der Ausbau im übrigen Deutschland aber erfolgt völlig planlos. Auch bleibt man vorläufig beim Bau durch privates Kapital — ein System, das den westlichen Staaten außer Belgien geläufig geworden und geblieben ist; nur Baden baut 1838 mit der Oberrheinbahn die erste deutsche Staatsbahn.

Eine Verkehrsumwälzung von unabsehbaren Wirkungen wird also eingeleitet, nachdem die Technik des Verkehres sich seit dem Altertum kaum gewandelt hatte: man beginnt die Macht des Raumes zu überwinden und den Wert der Zeit zu schätzen. Es hebt eine damals noch ungeahnte Steigerung des Verkehrs an, nach Menge und Schnelligkeit, Exaktheit und Billigkeit. Die Eisenbahnen sind ein Werk des Kapitalismus, aber auch die Voraussetzung seines Aufschwunges: das Aktienwesen gestaltet sich vorzüglich durch die Eisenbahnpapiere aus, die Montan- und die Maschinenindustrie verdanken der Eisenbahn ihre Entstehung. Ursprünglich ist die Deckung des Eisenbahnbedarfs durchaus abhängig von England: 1841 baut Borsig die erste deutsche Lokomotive.

Andere Anwendungen der neuen Technik vollenden die Umwälzung des Verkehrs. Die Dampfschiffahrt wird schon 1825 auf dem Rheine eingeführt, dem einzigen damals in Betracht kommenden Stromgebiet. 1841 schreitet man weiter zur Schleppschiffahrt, indem die Kraft der sich selbstbewegenden Dampfschiffe statt zum Tragen von Lasten zum Schleppen anderer Fahrzeuge verwendet wird. Schließlich werden in dieser Zeit auch die ersten Versuche gemacht, die Elektrizität in den Dienst des Verkehrs zu stellen: 1833 erfinden Gauß und Weber in Göttingen den Telegraphen, 1847 erfindet Werner Siemens die Isolierung

So waren alle Voraussetzungen zum Aufbau eines deutschen Industriestaates im deutschen Volke vorhanden: Tatkraft und Intelligenz, Neigung und Wille; schon 1825 war die erste Technische Hochschule in Karlsruhe gegründet worden. Es war nur die Frage, ob der Aufbau des Industriestaates so geschehen werde, daß er die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nation nicht mindere, sondern vielmehr verstärke. Dies war im eigentlichsten Sinne das Problem der „Erziehung zur Industrie".

5. Friedrich List und die Erziehung zur Industrie. [§ 15

Neben der Handelsfreiheit durch Abschaffung der Binnenzölle und der Verkehrsfreiheit durch den Eisenbahnbau steht als dritter neuer Gedanke, der List verdankt wird, die Forderung der Handelsbeschränkung zum Zwecke der Pflanzung und Beschützung einer nationalen Industrie. Handelsfreiheit und Freihandel sind nach List verschiedene Dinge; jene betrifft den Verkehr im Innern der Nation, diese den Verkehr der Nationen untereinander. List hatte an der Kontinentalsperre und an den Schutzzöllen der Vereinigten Staaten und Frankreichs gelernt, welche große Förderung eine werdende Industrie durch staatlichen Schutz erlangen kann, während der Zollverein im Sinne der preußischen Grundbesitzer und in Übereinstimmung mit der herrschenden Theorie den fast freihändlerischen preußischen Tarif von 1818 übernommen hatte und festhielt.

Es entbrennt ein Kampf innerhalb des Zollvereins, in dem List die Sache der deutschen Industrie gegen die herrschende Freihandelstheorie feurig und leidenschaftlich vertritt. 1841 erscheint sein Werk: „Das nationale System der politischen Ökonomie." Der Titel des Werkes läßt erkennen, daß List eine grundsätzlich neue Auffassung der menschlichen Wirtschaft gegenüber der Freihandelslehre des Adam Smith und der „klassischen Nationalökonomie" darlegt.

a) Wenn Adam Smith aus der Freiheit des Völkerverkehrs das allgemeine Weltbürgertum erstehen sieht, so behauptet List, daß diese unbeschränkte Verkehrsfreiheit im Gegenteil die Weltherrschaft des wirtschaftlich stärksten Volkes, also Englands, bedeuten würde. Während aber England, indem es konkurrenzlos dasteht, sein nationales Interesse ohne Staatsgewalt durch völlige Freiheit gesichert sieht und dadurch in der Welt den Glauben erweckt, als ob eine nationale Wirtschaftspolitik unnötig sei, brauchen die Industrien aller anderen modernen Völker staatlichen Schutz — „weil ein Knabe im Ringkampf mit einem erstarkten Manne schwerlich obsiegen oder auch nur Widerstand leisten kann". Andererseits ergibt sich daraus, daß die Schutzzölle nur so lange nötig sind, als die nationale Industrie noch schwach ist. Sobald die Industrie unter diesem Schutze herangewachsen ist und die Konkurrenz mit England aufnehmen kann, muß Freihandel eintreten, weil der Schutzzoll ein Erziehungszoll sein soll, ein Mittel der Erziehung zur Industrie und nicht ein dauerndes inländisches Monopol gewähren darf.

b) Wenn aber die Freihändler behaupten, daß der Schutzzoll die Waren verteure und also Werte vernichte, so stellt List dieser Theorie der Werte seine Theorie der produktiven Kräfte entgegen: „Aller Aufwand auf die Erziehung der Jugend, auf die Pflege des Rechtes, auf die Verteidigung der Nation ist eine Zerstörung von Werten zugunsten der produktiven Kraft."

c) Ob aber für Deutschland die Erziehung zur Industrie notwendig sei, diese Frage wird von List unbedingt bejaht. Die Übervölkerung hat zur Güterzerstückelung, zur Verarmung der Bauern und zu zielloser Massenauswanderung geführt. Die Entwicklung einer Industrie schafft aber nicht nur Arbeitsplätze, sondern sie führt auch eine Hebung der Landwirtschaft herbei: Fabriken und Verkehrsmittel werden einen inneren Markt schaffen, den Bodenwert und die Güterpreise steigern, die landwirtschaftliche Intensität erhöhen. Der Industriestaat hebt also

Agrarstaat. Denn wie die einzelne Fabrik auf den Grundsätzen der Arbeitsteilung und Kooperation beruht, so muß auch die ganze Volkswirtschaft auf diesen Grundsätzen aufgebaut werden.

d) Arbeitsteilung und Kooperation sind aber auch in der Weltwirtschaft am Platze: die tropischen Länder sind zur Erzeugung der Rohstoffe, die Länder gemäßigter Zone zur Erzeugung der Industriewaren berufen. Der Industriestaat wird also einen ungeahnten Handel entwickeln — einen Austausch von Kolonialwaren gegen Fabrikwaren —, er wird auch die Möglichkeit großer Kolonisationen besitzen. List fordert eine einheitlich geleitete nationale Auswanderungspolitik, damit der Strom der Auswanderer dem Deutschtum nicht verlorengehe, sondern dem werdenden Industriestaate diene, ihm die Wege zu den Rohstoffen, nach dem Orient und nach Südamerika bahne.

e) Freilich ist die Voraussetzung dieser ganzen Erziehung zur Industrie, daß ein Volk in seiner geistigen, sittlichen und politischen Entwicklung weit genug fortgeschritten ist, um zu lernen, das feine Werkzeug der modernen Industrie und ihres Wirtschaftslebens zu handhaben. Im deutschen Volke findet List Bildung, Aufklärung und Wissenschaft weit verbreitet; nur den freiheitlichen Staat gilt es noch zu schaffen! List ist erfüllt von dem Glauben an dieses neue naturwissenschaftliche und technische Zeitalter, das die Menschen auf eine höhere Stufe des Daseins erheben werde, sie besser und glücklicher, freier und zufriedener machen werde. „Nur muß man den Mut haben, an eine große Nationalzukunft zu glauben und in diesem Glauben vorwärts zu schreiten. Vor allem aber muß man Nationalgeist genug haben, um schon jetzt den Baum zu pflanzen und zu beschützen, der erst künftigen Generationen seine reichsten Früchte bieten wird."

f) Der Industriestaat dient also zugleich der nationalen Macht und Unabhängigkeit. Wagt aber Deutschland nicht den Schritt zum Industriestaat und zieht es nicht alle politischen und sozialen Folgerungen, so droht ihm die Gefahr, eine englische Wirtschaftskolonie zu werden, wie Portugal oder Indien, die den Engländern Getreide oder Rohstoffe liefern dürfen und dafür den englischen Fabrikaten freien Eintritt gewähren müssen.

g) So fordert List eine nationale Wirtschaftspolitik, weil er in der Blüte des Vaterlandes die notwenige Voraussetzung zur Verwirklichung der Freiheit und des wahren Friedens der Welt sieht. Zwischen das Individuum und die Menschheit, die allein von der im Aufklärungszeitalter wurzelnden klassischen Nationalökonomie berücksichtigt waren, fügt er den Begriff der Nation; aber sein nationaler Gedanke ist — nicht anders als der eines Fichte oder Wilhelm von Humboldt — begriffen und ausgestaltet im Hinblick auf die Menschheit, die auch ihm als das letzte Ziel der Entwicklung vorschwebt: „la patrie et l'humanité" ist darum das Motto, das er seinem Werke voranstellt.

So greifen alle Gedanken Lists ineinander und runden sich zu einem gewaltigen Bilde deutscher Zukunft. Aber er eilte seiner Zeit weit voraus, und auch später sollte er sich nicht restlos durchsetzen: auch seine Gedanken waren reiner und größer gedacht, als sie nachher in die Wirklichkeit übergeführt werden konnten. Das deutsche Volk sollte die Vereinigung von geistiger Freiheit und staatlicher Macht, wie sie ihm vorgeschwebt, nicht erreichen. List zerbrach im Leben an den Widerständen der stumpfen Welt, und in seinem Nachleben sollte er an der Verworrenheit der deutschen Zustände scheitern. Sein Leben endete 1846 durch Selbstmord — auch er eine tragische Gestalt der deutschen Geschichte!

6. Die Entwicklung des deutschen Katholizismus. [§ 16

Die Begründung des Zollvereins, die Grundlage und Voraussetzung des industriellen Aufstiegs Deutschlands, war nur möglich gewesen, weil die Bureaukratie in der gleichen Epoche noch vor eine andere große Aufgabe gestellt, deren Lösung ihr nicht in der gleich glücklichen Weise gelingen konnte: vor das alte Problem des Verhältnisses von Kirche und Staat. Die protestantische Kirche allerdings kannte dies Problem schon seit der Reformation nicht mehr, da es damals durch das Landeskirchentum restlos zugunsten des Staates gelöst worden war. Die katholische Kirche aber widerstrebte ihrem innersten Wesen nach dem Grundsatze des Staatskirchentums.

a) Das Staatskirchentum des absolutistischen Zeitalters sollte nach der Ansicht des Beamtentums auch im 19. Jahrhundert in Geltung bleiben; wie auf allen anderen Gebieten sträubt sich auch hier der alte Staat gegen eine Lockerung des absolutistischen Systems; auch hierbei wird er durch die Rechtsphilosophie Hegels gestützt. Aber der moderne liberale Geist will auch diese Bevormundung, wie alle die anderen Unfreiheiten, nicht mehr ertragen, zumal die Voraussetzung des alten Staatskirchentums, die wenigstens relative Einheit des Bekenntnisses in einem Territorium, im Laufe der Zeit und besonders durch die großen Gebietsveränderungen der napoleonischen Zeit gefallen ist und von nun an auch protestantische Fürsten über die katholische Kirche ihres Landes unumschränkt herrschen. Im 18. Jahrhundert hatte die katholische Kirche, durch die Angriffe der Aufklärung erschüttert, das Staatskirchentum hinnehmen müssen. Die neue Erscheinung des 19. Jahrhunderts aber ist:

b) Der Aufstieg des Katholizismus. Er nimmt seinen Ausgang von der Säkularisation, die mit dem Episkopalismus der alten, vornehmen und unabhängigen Bischöfe aufräumt, den Episkopat demokratisiert und der päpstlichen Macht die Zentralisierung der Kirche ermöglicht; der letzte Vertreter der nationalkirchlichen Bestrebungen des Ancien Régime, Wessenberg, der Bistumsverweser in Konstanz, wird 1827 bei der Begründung des Erzbistums Freiburg seiner bischöflichen Funktionen endgültig enthoben. Andererseits erlebt die katholische Kirche in derselben Zeit auch ihre innere Wiedergeburt, indem die Romantik zunächst aus künstlerischen und dann aus religiösen Motiven die mittelalterliche und katholische Welt entdeckt und erhebt und auf diese Weise die Dogmenmüdigkeit des Rationalismus überwindet.

Die neugestärkte Kirche ist nicht gewillt, das Staatskirchentum weiterhin zu ertragen. Anfangs schätzen die alten Staaten die Mitarbeit der Kirche an der Beruhigung ihrer Länder, und sie sind daher, um dem Bund von Thron und Altar Sicherheit zu verleihen, zu Konkordaten geneigt. Besonders erstreben sie, bei der notwendig gewordenen Neuordnung der Bistümer, die Errichtung von Landesbistümern, damit die Grenzen des Territoriums sich mit denen des Bistums decken. So schließt Bayern 1817 ein Konkordat; die anderen süddeutschen Staaten verhandeln lange, bis 1827 die vielen Splitter der aufgehobenen Bistümer in neuen kirchlichen Einheiten wieder vereinigt sind und die „oberrheinische Kirchenprovinz" mit Freiburg als dem Sitze des Erzbischofs begründet wird. Für Preußen werden 1821, gleichfalls nach langen Verhandlungen, die beiden Erzbistümer Köln und Gnesen-Posen geschaffen — auch sie ohne eigenen Besitz, ohne eigene Einkünfte und lediglich auf die staatliche Dotation hingewiesen.

c) Der Kölner Kirchenstreit. Das preußische Beamtentum will diesen Erzbischöfen gegenüber — die mehr denn jemals früher Rom als Rück-

Problemen der westlichen und östlichen Provinzen. In den Rheinlanden gelingt es nicht, die katholische, liberale und industriereiche Provinz in das protestantische, konservative und agrarische Preußen einzugliedern; in Posen verbindet sich die religiöse Spannung mit der nationalen Aufgabe einer Abwehr der polnischen Überflutung. Völlig unlösbar gestaltet sich dann das Verhältnis von Staat und Kirche durch die Frage der gemischten Ehen.

Die preußische Regierung überträgt den Rechtssatz der östlichen Provinzen, daß die Konfession des Vaters maßgebend sei, falls es die Eltern nicht anders bestimmten, auch auf die westlichen Provinzen. Nach langen Verhandlungen kommt ein päpstliches Breve so weit entgegen, wie dies nach dem kanonischen Rechte möglich ist. Die Regierung interpretiert durch eine Konvention mit dem noch aus der früheren Zeit stammenden, staatskirchlich gesinnten Erzbischof das Breve dahin, daß alles erlaubt sei, was in ihm nicht direkt verboten. Der folgende Erzbischof Droste-Vischering erklärt vor der Wahl, daß er „die in Gemäßheit des päpstlichen Breves erlassene staatliche Konvention aufrechterhalten" werde. Nach seiner Wahl aber verweigert er die Einsegnung der gemischten Ehen, wenn die katholische Kindererziehung nicht zugesagt war, und er begründet dies mit dem Hinweis, daß er als Erzbischof keine Konvention vorgefunden habe, die mit dem päpstlichen Breve übereinstimme.

Der preußische Staat glaubte, von den Untertanen den etwa möglichen kirchlichen Gewissenszwang fernhalten zu müssen, obwohl ja allerdings das rheinische Recht die aus der Französischen Revolution stammende Zivilehe bereits besaß; er glaubte es unterstützen zu müssen, daß die preußischen Beamten in den neuen Provinzen heimisch wurden, ohne sich dem alten Preußentum zu entfremden.

Schließlich greift die Regierung zu den alten Mitteln des Polizeistaates und läßt den Erzbischof verhaften und auf die Festung Minden führen. Allgemein ist die Erregung. Der Liberalismus erhebt sich für die Freiheit, die auch der Kirche nicht versagt werden dürfe; der Katholizismus aber wird sich seiner politischen Aufgabe jetzt zum ersten Male bewußt und beginnt die Massen um sich zu sammeln. In Joseph Görres verkörpert sich diese geistige und politische Bewegung, die nun auch für die Kirche die „Freiheiten von 1789" reklamiert, also die Freiheit der Kirche vom Staate, Gewissens-, Unterrichts-, Preß- und Vereinsfreiheit. Auch im Erzbistum Gnesen-Posen bricht der gleiche Kirchenstreit aus und nimmt dieselben Formen an. Der Kampf tobt noch aufs heftigste, als Friedrich Wilhelm III. nach über vierzigjähriger Regierung 1840 stirbt.

7. Friedrich Wilhelm IV. (1840—61.) [§ 17

Dem neuen König war die Lösung der vielen schwierigen und großen Schicksalsfragen der preußischen und deutschen Geschichte aufgegeben. Es hing alles von seiner Persönlichkeit ab, ob er Geschick und Energie genug besitze zu dem großen Werke (Qu. II 73, III 1).

Er ist in allem der Gegensatz seines Vaters. Feinsinnig, anmutig, eine Künstlernatur, erfüllt von hohen Idealen, lebt er in der Sehnsucht nach einer Wiederkehr des Mittelalters und seines Ständestaates. So leidet er an den Widersprüchen zwischen der verklärten Vergangenheit des Gottesgnadentums, der rauhen Gegenwart seines modernen Staates und den Forderungen der demokratischen Zukunft: den „Romantiker auf dem Throne der Cäsaren" nennen ihn die Zeitgenossen nach einer Flugschrift von David Friedrich Strauß.

frage als uneingelöstes Versprechen von seinem Vater übernommen (Qu. I 14, 10). Aber je länger er sich sträubt, desto radikaler wird die öffentliche Meinung; die politische Lyrik eines Freiligrath, Herwegh und Hoffmann von Fallersleben wendet sich gegen ihn. Endlich beruft er 1847 den „Vereinigten Landtag", weil der Bau der Ostbahn dringend geworden ist und ohne Anleihe nicht durchgeführt werden kann (Qu. I 14, 11).

Aber der Landtag soll nur das Geld bewilligen, im übrigen jedoch lediglich eine beratende Funktion haben und nicht periodisch sein. Die Ostpreußen verzichten lieber auf die großen wirtschaftlichen Vorteile der Bahn, als daß sie diesen Landtag als Einlösung des königlichen Versprechens anerkannt hätten. So wird der Landtag resultatlos nach Hause geschickt. Anfang 1848 gesteht der König dann doch die Periodizität zu: aber es ist zu spät. So hat der König immer den rechten Augenblick verfehlt, immer Zugeständnisse verweigert, um sie dann doch zu gewähren, als sie nichts mehr nützten. Die Revolution ist im Anmarsch; sie wird angekündigt durch die Schweiz und durch Frankreich.

8. Der Sonderbundskrieg in der Schweiz. [§ 18

Das Beispiel der Schweiz wirkte anspornend. Hier hatte der Wiener Kongreß die helvetische Einheitsrepublik durch einen losen Staatenbund ersetzt, dem nur die europäische Garantie seiner Neutralität festen Bestand verlieh. Schon bald setzte aber das Bestreben der Demokraten ein, die Kantone zu einem Bundesstaate zusammenzuschließen; unterstützt wurden sie dabei durch die Tatsache, daß die Schweiz im Zeitalter Metternichs das große Asyl für Europas politische Flüchtlinge geworden war. Die sieben katholischen Kantone widerstreben aus Sorge vor einer Majorisierung den Plänen der Radikalen und vereinigen sich schließlich in einem „Sonderbund": so verbinden sich die religiösen Gegensätze mit den verfassungspolitischen.

Der Kampf zwischen der bundesstaatlichen und der konservativ-partikularistischen Partei führt 1847 zum Bürgerkriege, der mit dem Siege des bundesstaatlichen Gedankens endet: die gestärkte Einheitsgewalt erhält im Milizheer des Bundes, in Zöllen und später auch in den Bahnen die Werkzeuge zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben. Die Organe des Bundesstaates sind der Bundesrat in Bern als höchste Regierungsgewalt, der Ständerat als Vertreter der einzelnen Kantonregierungen und der vom Volke gewählte Nationalrat.

Der Geist, der die demokratische Bewegung der Schweiz in jenen Jahren kennzeichnet, hat seinen vollendetsten Ausdruck gefunden in Gottfried Keller, der dann nachher mit starkem Realismus, mit einer durch Humor versöhnenden Kritik dies Schweizer Volk zeichnet und dabei bis zu den letzten Tiefen des Menschlichen vordringt.

Stärker als die Bewegung in der Schweiz ist freilich der Anstoß, der auch diesmal von Frankreich ausgeht und sich über ganz Europa ausbreitet.

9. Frankreich unter dem Bürgerkönigtum. [§ 19

a) Die Wiederaufnahme der Machtpolitik, die 1830 mit der Eroberung Algeriens begonnen hat, wird von der herrschenden Bourgeoisie betrieben.

Die Unterwerfung Algeriens wird beendet; damals ist — 1831 — zum ersten Male die Fremdenlegion angeworben worden. Mit Mehemed Ali, dem Vize-

weil Rußland eine Erneuerung der türkischen Macht durch Mehemed Ali befürchtet: das türkische Heer, obwohl von Moltke organisiert, wird durch Mehemed Ali geschlagen. Auch England greift ein, weil es weder Ägypten noch Frankreich am Mittelmeere stark werden lassen will. Da alle Großmächte gegen Frankreich stehen, droht ein Weltkrieg, der am Rhein hätte ausgefochten werden müssen. Frankreich gibt aber nach. Der Meerengenvertrag (1841) zwischen den fünf Großmächten und der Türkei sperrt den Bosporus und die Dardanellen für die Kriegsschiffe aller Nationen; die Unantastbarkeit der Türkei ist gewährleistet. Damals entstehen das Rheinlied des Nikolaus Becker, die „Wacht am Rhein" von Schneckenburger und „Deutschland, Deutschland über alles" von Hoffmann von Fallersleben.

Nachdem die alte Kolonial- und Wehrmacht Frankreichs zugrunde gegangen war, wurde nun ein neuer Ausbau begonnen, der zunächst zu einer Niederlage führte. Aber festgehalten wurde der Plan eines französischen Kolonialreiches in Nordafrika und einer Herrschaft über das Mittelmeer; und wieder wurde England der Gegner Frankreichs und führte einen ersten Mißerfolg herbei. Abermals brachte das Unglück in der auswärtigen Politik, verbunden mit den inneren Zuständen, in Frankreich eine Revolution hervor.

b) Die Februarrevolution von 1848.

Die Bourgeoisie entartet rasch durch die Macht; es erhebt sich der Widerspruch der Kleinbürger und Arbeiter, die sich um die Früchte der Julirevolution betrogen fühlen und republikanische und kommunistische Ideen aufnehmen. Dieser französische Sozialismus betrachtet das kapitalistische Wirtschaftssystem als eine Verirrung und einen Widersinn und will die „natürliche Ordnung" auf der Grundlage des genossenschaftlichen Eigentums herstellen, so daß niemand, der nicht arbeitet, leben soll und jeder, der arbeitet, leben kann. Dieser frühe französische Sozialismus ist also durchaus rationalistisch und optimistisch. Sein Führer ist Proudhon, von dem das Wort stammt: La propriété c'est le vol. Wie die Chartisten in England fordern auch die französischen Arbeiter Reform der Charte, allgemeines und geheimes Wahlrecht. Wahlrechtsdemonstrationen führen am 24. Februar 1848 zum Barrikadenkampf und zur Flucht des Königs. Zum ersten Male tritt das Proletariat, das bisher immer nur Sturmtruppe bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Bewegungen gewesen, klassenbewußt in die Geschichte ein.

Eine provisorische Regierung wird gebildet; das Proletariat setzt das allgemeine Wahlrecht und das „Recht auf Arbeit" durch: in „Nationalwerkstätten" erhalten die Arbeitslosen Löhnung. Das Kleinbürgertum, durch den Sturz der Rente und die Steigerung der Steuern bedroht und durch das Schicksal der Girondisten belehrt, kommt dem neuen Terror zuvor: durch die Junischlacht in Paris wird das Proletariat niedergeschlagen. Die Sehnsucht nach Ruhe ist stark, kirchliche und monarchistische Einflüsse werden mächtig, und so wird bei der Präsidentenwahl Louis Napoleon, der Neffe Napoleons, gewählt. **1848**

Der sozialistische Charakter der Bewegung hatte die Furcht der Kleinbürger und Bauern erregt und so dem Bonaparte den Weg an die Spitze des Staates geebnet. Die Tatsache, daß Frankreich auch in der Entwicklung der sozialistischen Gedanken auf dem Kontinente voranging, wie es ehedem die konstitutionellen am frühesten entwickelt hatte, gab die Veranlassung, daß die Revolution von 1848 in Frankreich den besonderen proletarischen Charakter annahm. Hierin unterscheidet sie sich von der deutschen Revolution, die durchaus bürgerlicher Art war, wenngleich der äußere Anstoß den Deutschen auch diesmal wieder von Paris kam.

B. Revolution und Reaktion.

1848—1849	**Die deutsche Revolution**
1850	Olmütz
1851—1870	Napoleon III.
1851—1859	**Bismarck in Frankfurt**
1853	Erwerbung von Wilhelmshaven
1854—1856	Der Krimkrieg
1859	Magenta und Solferino — Prinzregent Wilhelm und die neue Ära — Schillerfest — *Darwin*
1861	**Das Königreich Italien**
1861/65	Der nordamerikanische Bürgerkrieg

I. Die deutsche Revolution 1848/49.

1. Die Märzereignisse in den Mittelstaaten. §§ 20

Auch in Deutschland war der Boden für eine Revolution längst vorbereitet, zumal die politische Unzufriedenheit noch durch Mißernten und andere wirtschaftliche Notstände verschärft wurde; schon 1844 hatte die Not der schlesischen Weber zu schweren Unruhen geführt. Einheit und Freiheit waren schon lange als die beiden politischen Ziele erkannt, die Opposition gegen das System Metternichs und des Bundestages war immer stärker geworden. Die kühne Sprache der Presse und der süddeutschen Landtage, der Kampf um den Vereinigten Landtag in Preußen und um seine periodische Einberufung: das alles waren „Sturmvögel der Revolution" (Qu. II 73, IV).

Am deutlichsten machten sich diese Vorzeichen bemerkbar in Baden, das durch seine Grenzlage den Einflüssen aus Frankreich und der Schweiz besonders offenstand. Hier trennte sich schon 1847 die radikale von der gemäßigten Opposition. Die Radikalen, deren Ziel die einheitliche deutsche Republik war, stützten sich auf das Kleinbürgertum und die Bauern; ihr Führer war der Mannheimer Anwalt Friedrich Hecker, ein Mann nicht der kühlen jakobinischen Überlegung, sondern des leidenschaftlichen Pathos. Die Gemäßigten, die das besitzende und gebildete Bürgertum vertraten und von Gelehrten und Kaufleuten geführt wurden, erstrebten zunächst eine gesamtdeutsche Volksvertretung.

Noch vor der Pariser Februarrevolution stellt der Mannheimer Abgeordnete Friedrich Daniel Bassermann in der badischen II. Kammer den Antrag auf sofortige Berufung eines deutschen Parlamentes; der Antrag erweckt in ganz Deutschland Beifall und Aufsehen. Das Beispiel der Februarrevolution führt dann alsbald in den Mittel- und Kleinstaaten zu Zusammenrottungen und Petitionen an die Regierungen, worin die vier Forderungen immer wiederkehren: Preßfreiheit, Schwurgericht, Bürgerwehr und ein deutsches Parlament. Die Regierungen geben kampflos nach, es werden liberale Minister, „Märzminister" berufen. In Ostdeutschland und in Baden entstehen auch Bauernunruhen

lung des Landbesitzes durchzusetzen, nachdem seit 1815 wenig mehr in dieser Sache geschehen war. Der Bundestag gibt die bisher verbotenen Farben Schwarz-Rot-Gold als Bundesfarben frei und beschließt die Beratung einer neuen Bundesverfassung. Aber die politischen Führer nehmen die Bundesreform von sich aus in die Hand: aus eigener Initiative treten sie in Heidelberg zusammen und schreiben nach Frankfurt ein „Vorparlament" aus zur Vorbereitung der Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung. In diesem Augenblick erfolgen

2. die Revolutionen in Wien und Berlin. [§ 21

a) Die habsburgische Monarchie. Hier erwachen die seit langem gefürchteten und niedergehaltenen Nationalitäten; die ungarischen, böhmischen, auch die österreichischen Landstände verlangen ihre Freiheit und eine Verfassung. Vor der Erhebung der Studenten und Bürger von Wien entweicht Metternich nach England. Das „System" Metternichs ist hiermit gefallen: Verfassung und Nationalität wollen sich auch in den Ländern der Habsburgischen Krone durchsetzen.

Die Ungarn erhalten ein nationales Ministerium mit ihrem Führer Ludwig Kossuth als Mitglied: er betreibt sofort die Losreißung Ungarns. Die Slawen versammeln in Prag einen Nationalkongreß, um eine allgemeine Stammesverbrüderung herbeizuführen; ihre Verhandlungssprache ist freilich deutsch, weil sie sonst einander nicht verstehen. In Italien erheben sich die Einwohner des lombardo-venezianischen Königreiches und erhalten die Unterstützung Karl Alberts von Sardinien-Piemont, der als der einzige eingeborene Monarch in Italien sich an die Spitze der nationalen Einheitsbewegung stellt. Eine neue Revolution in Wien erzwingt die Berufung eines konstituierenden Reichstages. Der Kaiser flüchtet nach Innsbruck; die habsburgische Monarchie droht auseinanderzufallen.

b) Berlin. Auch in Preußen wächst die Bewegung unmittelbar aus dem schon bestehenden Konflikt hervor. Infolge der Februarrevolution gesteht Friedrich Wilhelm IV. die so lange verweigerte regelmäßige Berufung des Vereinigten Landtages zu, aber nun ist es abermals zu spät: die öffentliche Meinung lehnt den Gedanken der ständischen Vertretung ab. Der König zögert und erläßt erst, als Demonstrationen zu befürchten sind, das „Patent" vom 18. März, worin er sich für Deutschland zu einer Bundesreform mit Bundesrepräsentation und Preßfreiheit bekennt, für Preußen aber eine konstitutionelle Verfassung mit gewählter Volksvertretung in Aussicht stellt (Qu. I 14, Nr. 12).

Während der Dankbezeugungen vor dem Schlosse werden Drohungen gegen die Schloßwache laut; plötzlich fallen zwei Schüsse. Der Schloßplatz ist sofort leer; Barrikaden entstehen im Halbkreis um das Schloß: Arbeiter, Studenten, Kleinbürger befinden sich im Straßenkampf gegen das Militär, das General v. Prittwitz kommandiert. Da gibt der König in der Nacht nach: die Proklamation „An meine lieben Berliner" verspricht für Räumung der Barrikaden den Rückzug der Soldaten. Eine Deputation von Berlinern verlangt, der König solle den ersten Schritt tun; darauf erfolgt der Befehl zum schrittweisen Rückzug der Truppen nach dem Schlosse. Der Rückzug geschieht aber allgemein, das Schloß wird preisgegeben. Der König wird gezwungen zur Leichenparade der Barrikadenkämpfer im Schloßhof und zur Proklamation vom 21. März, worin er die Führung in der deutschen Angelegenheit zu übernehmen verspricht.

Die Motive des Königs sind schwer zu durchblicken. Sein romantisches Ideal von dem Treuverhältnis zwischen Fürst und Volk war zusammengebrochen. Vielleicht hat der Gedanke, durch Entgegenkommen sein Volk und Deutschland

unsicher sind die Motive des Generals v. Prittwitz; der schrittweise Rückzug war jedenfalls militärisch undurchführbar; aber wenn der General dann auch das Schloß räumte, so mag dabei der Zorn des Offiziers mitgewirkt haben, vielleicht auch die politische Absicht, den König durch die Demütigung für eine spätere Reaktion geneigt zu machen. Für den Groll des Offizierkorps ist bezeichnend die Erzählung, daß Prinz Wilhelm seinen Degen vor dem König auf den Tisch geworfen habe, weil er entehrt sei. Gegen den Prinzen, der schon bisher als der eigentliche Führer der Militärpartei gegolten — den „Kartätschenprinzen" — richtet sich die Wut des Volkes: er flieht nach England.

Durch den Sieg der Berliner Revolution ist nun auch der preußische König von einer bestimmenden Mitwirkung bei der Lösung der deutschen Frage ausgeschaltet. Eine Möglichkeit der Bundesreform durch Bund und Regierungen ist jetzt nicht mehr gegeben: die Entscheidung liegt ausschließlich beim deutschen Volke.

3. Das Vorparlament. [§ 22

Das in Frankfurt zusammentretende Vorparlament bedeutet den ersten Schritt auf diesem Wege zum volkstümlichen Reich. Unmittelbar aus der Volksbewegung hervorgegangen und ohne Befragung von Bund und Regierungen zusammengetreten, beruht es durchaus auf revolutionärem Ursprunge.

Um eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen, beschließt es die Berufung einer von der ganzen Nation zu wählenden Versammlung, die kraft ihrer Wahl eine Reichsverfassung schaffen soll. Bundestag und Einzelregierungen erkennen diese Beschlüsse an.

Der Gedanke einer konstituierenden Nationalversammlung, der auf dem Gedanken der Volkssouveränität beruht, stammt aus der Überlieferung der großen Französischen Revolution. Die Radikalen dagegen wollen die Permanenzerklärung des Vorparlamentes, also dauernde Übernahme der Reichsgewalt durch das Vorparlament, weil es unmittelbar einem revolutionären Akte entsprungen war. Als dies nicht geschieht, verläßt Hecker Frankfurt und unternimmt im badischen Schwarzwald eine republikanische Erhebung, die aber nach kurzem Kampfe von Bundestruppen niedergeschlagen wird.

4. Die Paulskirche und ihre Anfänge. [§ 23

a) Der Weg ist offen für die Nationalversammlung. Sie tritt zusammen am 18. Mai in der Paulskirche zu Frankfurt, reich an Begabung und edlen Absichten, voller Ideale und großer Erwartung.

Die Gelehrten überwiegen in ihr durchaus, denn die nationalen und politischen Gedanken der Zeit sind ja erwachsen aus Wissenschaft und Literatur, und noch sind die Überlieferungen der deutschen klassischen Bildung mächtig auch im politischen Leben. Arndt und Jahn entstammen noch dem Zeitalter der Befreiungskriege, Dahlmann und Jakob Grimm haben zu den Göttinger Sieben gehört, mit Ludwig Uhland sendet die schwäbische Romantik ihren Dichter. In anderen hat das praktische Leben und die literarische Bildung sich innigst verbunden: der Badener Karl Mathy, der ehedem als Demagog vertrieben, in der Schweiz als Dorfschullehrer gelebt hatte, erweist sich als Fachmann in wirtschaftlichen Fragen; Heinrich von Gagern, den hessischen Märzminister, erwählt die Nationalversammlung zu ihrem Präsidenten (Qu. II 73, IV 3). Auch der „politische Katholizismus" schließt sich in der Paulskirche zum ersten Male parlamentarisch zusammen: zu seinen Führern gehören Ketteler, der spätere Bischof von Mainz, und Döllinger, der Kirchenhistoriker. Im Laufe der Verhandlungen bilden sich die verschiedenen Parteien der Versammlung: ein konservativer, ein liberaler, ein radikaler Flügel sowie — bei Beratung der Kirchen- und Schulfragen — der

b) Durch den Zusammentritt der Nationalversammlung ist der Bundestag ausgeschaltet, wenngleich er noch einige Zeit neben der Nationalversammlung weiter tagt. Ein ausführendes Organ, eine provisorische Zentralgewalt scheint deshalb nötig, bis eine Verfassung Endgültiges festsetzen kann. Die Nationalversammlung wählt deshalb den volkstümlichen Erzherzog Johann zum Reichsverweser, der ein parlamentarisches Reichsministerium bildet.

Die Wahl bringt die Einheit und die Volkssouveränität zum Ausdruck, denn sie geschieht ohne Mitwirkung der Regierungen: „Ich tue einen kühnen Griff und sage Ihnen: wir müssen die Zentralgewalt selbst schaffen" (Heinrich von Gagern) (Qu. II 73, IV 4).

c) Die Regierungen stimmen nachträglich zu. Trotzdem kann der Reichsverweser keine Macht erlangen, weil er kein Heer hat und die von ihm geforderte Huldigung der einzelstaatlichen Truppen nur in den Kleinstaaten erfolgt. Denn das Ansehen der alten Regierungen beginnt sich langsam zu festigen, namentlich unter dem Eindruck der Pariser Juni-schlacht, deren Greuel die Besorgnis auch des deutschen Bürgertums wachrufen. Mit dieser Ohnmacht der revolutionären Zentralgewalt begründen die Radikalen immer wieder ihr Verlangen nach einer Einheitsrepublik. Diesem Ziele dienen im September die Aufstände in Frankfurt und Baden, die niedergeschlagen werden.

Die deutsche Revolution von 1848 war also von vornherein eine abflauende Bewegung, keine aufsteigende. Der Anstoß war ihr von außen gekommen und hatte zugleich den Augenblick ihrer höchsten Kraftentfaltung bedeutet. Hinzu kam, daß in Preußen wie in Österreich die Revolution nicht das Heer ergriffen hatte. Dies unterscheidet 1848 von 1789 und 1918.

5. Die Grundrechte. [§ 24

In dieser ungünstigen Lage nimmt die Paulskirche ihr Werk der Reichsverfassung in Angriff.

Nach den Grundsätzen, die der moderne Konstitutionalismus seit der nordamerikanischen und der französischen Revolution ausgebildet hatte, wird der Verfassung eine Erklärung der Grundrechte vorangestellt. Persönliche Freiheit und Rechtsgleichheit wird ausgesprochen: so die Freiheit des wirtschaftlichen Lebens, des Gewerbes, der Persönlichkeit; ferner Freizügigkeit, Befreiung des Bodens von den Lasten, die ja in Deutschland immer noch vielfältig auf ihm ruhten; Rechtssicherheit gegen willkürliche Verhaftung, gegen richterliche und polizeiliche Übergriffe; Freiheit der Presse, des religiösen Bekenntnisses, der Wissenschaft, des Vereins- und Versammlungsrechtes; Rechtsgleichheit durch Abschaffung aller ständischen Bevorzugungen!

Diese Grundsätze sind heute in allen Ländern selbstverständliche Grundlage des öffentlichen Lebens; in Deutschland waren sie bis dahin noch keineswegs anerkannt, geschweige denn verwirklicht. Daß sie ins deutsche Leben eingeführt wurden, ist die Leistung der Paulskirche, die dauernd geblieben ist, wenn auch ihre eigene Erklärung nie Rechtskraft erlangen sollte. Freilich erforderte die Diskussion viel Zeit, und die Zeit arbeitete ja gegen die Versammlung. Denn inzwischen hatte auch die habsburgische Monarchie wieder sich zu erheben begonnen.

6. Der Sieg der Habsburger. [§ 25

Als die habsburgische Monarchie durch den Aufstand der Nationalitäten zu zerbrechen droht, wird die Armee allein die Retterin der

Der alte Feldmarschall Radetzky, der einst schon an der Aufstellung des Feldzugsplanes von 1813 wesentlichen Anteil genommen hatte, besiegt die Italiener im Juni bei Custozza, Windischgrätz im gleichen Monat die Tschechen zu Prag in blutigem Straßenkampf. Inzwischen hat der unter dem Druck der Revolution einberufene Reichstag die Agrarreform, die die Bauern bereits mit Gewalt durchgeführt haben, auch rechtlich bestätigt. Darauf treten die Bauern, die an den großen politischen Fragen des Reichstages wenig Anteil nehmen, befriedigt zurück; die Radikalisierung in der Versammlung nimmt überhand; es kommt zur Oktoberrevolution in Wien, bis Windischgrätz die Stadt belagert und erstürmt. Fürst Schwarzenberg wird Ministerpräsident: energisch, rücksichtslos, zielbewußt unternimmt er es, Staatseinheit und Zentralismus durchzusetzen gegen die Nationalitäten und ihr Streben nach Föderalismus und nach provinzialen Verfassungen. Er braucht dazu einen neuen, unbelasteten Monarchen; Kaiser Ferdinand I. dankt ab zugunsten des 18jährigen Franz Joseph (1848 bis 1916). Der Reichstag, nach Kremsir in Mähren verlegt, verhandelt zwar die Frage, ob Einheit oder Vielheit; er gelangt aber nicht zum Ziele. Darauf wird März 1849 die Verfassung von Schwarzenberg „oktroyiert": Österreich ein Einheitsstaat! Gegen dieses Ergebnis erheben sich die Italiener und Magyaren: erstere werden wiederum von Radetzky geschlagen, bei Novara; die letzteren rufen unter Kossuths Führung die unabhängige ungarische Republik aus. Aber die Südslawen stellen sich gegen die Ungarn, und zuletzt schlägt die österreichische Armee den Aufstand nieder. Sie wird dabei unterstützt von russischen Truppen, da Zar Nikolaus I. den Gedanken der „Solidarität der Throne" erneuert.

7. Die oktroyierte Verfassung in Preußen. [§ 26

a) Bis zum Herbst 1848 ist keine der alten Gewalten in Deutschland aufrechtgestanden; nun erheben sie sich wieder: auf Österreich folgt Preußen.

Zwar ist es hier in den Provinzen meist ruhig geblieben, außer einer polnischen Erhebung in Posen. Aber die konstituierende Nationalversammlung in Berlin ist viel radikaler als die Versammlung in Frankfurt: sie will eine Verfassung mit allgemeinem Stimmrecht und Einkammersystem und regt eine Reihe von bäuerlichen Reformen an, wie entschädigungslose Aufhebung der Herrenrechte, Aufhebung der Grundsteuerfreiheit, Regelung des Jagdrechtes. Um seine Privilegien zu retten, schließt der Landadel sich zusammen: die preußische konservative Partei und, als ihr Organ, die „Neue Preußische Zeitung" — die sog. „Kreuzzeitung" — werden begründet.

Bis dahin war eine Partei des Adels unnötig gewesen, weil ja der König an der Spitze des Adels gestanden. Erst jetzt, wo andere Parteien hervortraten und das öffentliche Leben angesichts einer bevorstehenden Verfassung eigentlich erst begann, sammelte sich der Großgrundbesitz zur eigenen Vertretung gegen die Wünsche des Landvolkes.

b) In städtischen Bezirken werden wirtschaftlich-soziale Forderungen laut. In Berlin und im rheinischen Industriegebiet beginnt eine sozialistische Arbeiterbewegung: Karl Marx — der 1847 mit Friedrich Engels das „Kommunistische Manifest" in die Welt gesandt hatte — predigt in seiner „Neuen Rheinischen Zeitung" den Sozialismus. Im übrigen behält aber auch in Preußen die Revolution von 1848 einen durchaus bürgerlich-demokratischen Charakter.

c) Die Entscheidung fällt auch für Berlin durch die Erstürmung Wiens. In Erwartung des Umschwunges hatte Friedrich Wilhelm IV. kurz zuvor seine liberalen Minister entlassen; jetzt beruft er ein militärisch-tatkräftiges Ministerium, läßt den General Wrangel als Befehlshaber in den Marken in Berlin einmarschieren, löst die Nationalversammlung auf und gibt von sich aus eine Verfassung — die „oktroyierte Verfassung"

wurfe der aufgelösten Versammlung. Doch ist die Revision dieser Verfassung durch die zu wählenden beiden Kammern bereits vorgesehen.

8. Die Probleme der Reichsverfassung. [§ 27

Inzwischen ist im Herbst die Paulskirche bei der Beratung der eigentlichen Reichsverfassung angelangt. Drei Probleme werden dabei von besonderer Wichtigkeit (Qu. I 14, 13 u. 14).

a) Das nationale Problem: ist ein Bundesstaat mit zwei Großmächten möglich? An dieser Frage, die immer wieder aufgeschoben worden ist, scheiden sich die Parteien (Qu. II 73, IV 5).

1. Die einen verneinen diese Frage: denn mit zwei Großmächten erscheint keine starke Reichsgewalt und Reichseinheit möglich; völlige Dezentralisation und also die Ohnmacht des alten Reiches muß die Folge sein; also muß eine der beiden Großmächte ausscheiden. Dies kann aber nur das zum größten Teil von undeutschen Nationalitäten bewohnte Österreich sein; eine Zerreißung der habsburgischen Monarchie, wie Kossuth sie angeboten, ist seit der Einnahme Wiens vollends unmöglich. Es bleibt also nur das kleinere Deutschland mit Preußen an der Spitze und dem preußischen König als erblichen Kaiser; dieser „engere Bund" kann sich noch mit Österreich zu einem völkerrechtlichen „weiteren Bunde" vereinen. So sagen die „Kleindeutschen" (Qu. II 73, IV 6b).
2. Die anderen erklären den Ausschluß der Deutschen Österreichs aus nationalen Gründen für unmöglich, aber auch für unnötig. Sie wollen das „größere" Deutschland, heißen also „Großdeutsche". Die Frage, wie dies Ziel durchzuführen sei, trennt sie. Die großdeutschen Republikaner wollen die einheitliche, zentralisierte deutsche Republik unter Beseitigung aller Bundesstaaten, also auch der beiden Großstaaten. Natürlich können diese Großdeutschen nur den Eintritt der deutschen Teile des Habsburgerreiches wünschen: ihr Führer Robert Blum nimmt deshalb, um die Zertrümmerung dieses Reiches zu befördern, an der Wiener Revolution teil und wird nach der Einnahme Wiens standrechtlich erschossen. Die großdeutschen Föderalisten — vorzüglich Deutschösterreicher, süddeutsche Partikularisten, wie die Bayern, und Romantiker, wie Uhland — wollen das größere Deutschland ermöglichen durch schwache Ausbildung der Reichsspitze: wenn nur ein alternierendes Präsidium oder ein Wahlkaisertum eingeführt wird und nur das Notwendigste in die Kompetenz dieser Reichsspitze gegeben wird, dann ist das Nebeneinander zweier Großstaaten möglich! Damit greift aber dieses Problem hinüber in das andere, nämlich in:

b) das bundesstaatliche Problem. Kleindeutsche und Großdeutsche wollen beide einen Bundesstaat gründen: Aber:

1. Die Kleindeutschen sind Unitarier; sie wollen eine starke Reichsgewalt, vertreten durch Reichstag und Reichsministerium, die von den Einzelstaaten möglichst unabhängig sein sollen, weitgehende Befugnisse haben und die wichtigsten Fragen von Reichs wegen entscheiden und ausführen. Die Bundesstaaten sollen möglichst wenig Rechte besitzen; auch Preußen darf nicht zu selbständig und stark im Bunde bleiben, weil es sonst die kleinen Staaten erdrückt.
2. Die Großdeutschen dagegen — außer den Republikanern, die für eine unitarische Republik eintreten — sind Föderalisten, d. h. sie wollen eine möglichst weitgehende Selbständigkeit der Einzelstaaten auf Kosten der Reichsgewalt, und zwar wollen sie dies nicht nur, um das Reich mit den zwei Großmächten zu ermöglichen, sondern weil sie grundsätzlich das Stammesgefühl schonen wollen und die politische und kulturelle Dezentralisation, den Partikularismus, als deutsche Eigentümlichkeit dem lateinischen Zentralismus entgegenstellen. Deshalb ist für die Föderalisten weniger, um so mehr aber für die Unitarier wichtig das dritte Problem:

c) das konstitutionelle Problem: wie sollen sich im neuen Reiche Parlament und Regierung zueinander verhalten? Soll die Staatsform parlamentarisch oder konstitutionell sein?

Die Kleindeutschen, die ja ein von den Einzelstaaten unabhängiges Reichsministerium erstreben, wollen seine Macht auf den Mehrheitswillen der deutschen Nation, d. h. ihrer Vertreter im Reichstage, zurückführen. Ihr Vorbild ist das parlamentarisch regierte England; sie treten deshalb für einen aus zwei Häusern bestehenden Reichstag ein; die Mitglieder des Staatenhauses sollen zur Hälfte von den Regierungen der Einzelstaaten ernannt, zur Hälfte von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden, während das Volkshaus vom Volke zu wählen ist: in der Frage des Wahlmodus sind sie nicht einig. Um dem Kaiser noch einige Selbständigkeit neben dem parlamentarischen Ministerium zu belassen, wollen die Kleindeutschen ihm das absolute Veto geben.

9. Werdegang und Wesen der Verfassung. [§ 28

a) Lange Verhandlungen werden von den Parteien geführt, unter sich und mit den Regierungen. Fürst Schwarzenberg aber lehnt den Gedanken des „engeren" und „weiteren" Bundes, den Heinrich von Gagern zuerst formuliert hat, ab und erklärt, im Bunde bleiben zu wollen.

Damit ist offenbar, daß die Entscheidung nur durch Gewalt möglich ist. Die Kleindeutschen sind bereit und hoffen auf Preußen, die Großdeutschen wollen nicht verzichten. In Uhlands großer Rede gegen den Erbkaiser und für den Wahlkaiser am 22. Januar 1849 heißt es: „Die Revolution und der Erbkaiser — das ist ein Jüngling mit grauen Haaren. ... Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oles gesalbt ist" (Qu. I 14, 15).

b) Da verlangt Schwarzenberg am 9. März die Aufnahme des in seiner Verfassung geeinten habsburgischen Gesamtstaates. Das führt zu einem Kompromiß der enttäuschten großdeutschen Linken mit den Kleindeutschen: jene stimmen für den Erbkaiser und diese für das suspensive Veto und das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht. So erfolgt die Annahme der Verfassung: sie ist also unitarisch und parlamentarisch mit einem Reichsministerium und einem aus Staatenhaus und Volkshaus bestehenden Reichstag. Das Erbkaisertum ist also zugleich als ein Volkskaisertum gedacht.

c) Nach Annahme der Verfassung erfolgt die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum erblichen Kaiser. Eine Deputation unter Simson geht nach Berlin. Friedrich Wilhelm IV. lehnt ab (Qu. II 73, IV 6).

Einerseits lockte ihn die Krone — ihn beseelte Ehrgeiz, der romantische Schimmer der Kaiserwürde, die Erinnerung an das Erbe Friedrichs des Großen, an den deutschen Dualismus, den die Revolution wieder mit voller Schärfe an den Tag gebracht; aber: 1. die Annahme bedeutete den Krieg mit Österreich und sicherlich auch mit Rußland, denn Nikolaus I. war, wie er in Ungarn gerade jetzt zeigte, ein Feind der nationalen, weil revolutionären Gedanken, und er zürnte Friedrich Wilhelm IV. seit den Märztagen wegen seiner Hinneigung zur deutschen Bewegung. In diesen Krieg zog Friedrich Wilhelm IV. dann aber nicht für Preußen allein, sondern auch für ein parlamentarisches Deutschland, das sich über Preußen erheben wollte. Und er wäre wohl kaum der richtige Mann für einen solchen Krieg und für eine solche Politik gewesen. Nur ein ganz großer, voraussetzungsloser Realist hätte diesen Bund von Königtum und Revolution eingehen können

nicht, der „aus Dreck und Letten gebacken", an dem „der Ludergeruch der Revolution klebte", die von Volkssouveränität und Parlamentarismus sprach.

d) Die Ablehnung ist das Signal zum Austritt der meisten Abgeordneten aus der Paulskirche und zur Erhebung der Radikalen.

Diese erfolgt in Sachsen, wo der junge Richard Wagner in Dresden an der Revolution teilnimmt, und in Baden und der Pfalz, wo preußische Truppen unter dem Prinzen Wilhelm einen förmlichen Feldzug gegen die meist von polnischen Offizieren geführten Heere der Revolution unternehmen, deren Reste in Rastatt eingeschlossen, belagert und zur Ergebung gezwungen werden: die Anführer, soweit sie in Gefangenschaft geraten, werden erschossen.

10. Die preußische Union. [§ 29

a) Der Versuch der Reichsgründung durch die Paulskirche ist also gescheitert. Friedrich Wilhelm IV. hat nach der Ablehnung von sich aus eine kleindeutsche Reichsgründung versucht durch Verhandlung mit den Fürsten (Qu. I 14, 16). Zuerst hofft er auf Österreichs Einverständnis; dann, als dieses sich versagt, geht er ohne und gegen Österreich an seinen Plan.

Es kommt sogar zu Wahl und Zusammentritt eines Reichstags in Erfurt, der die von Preußen vorgelegte Bundesverfassung annimmt, die „Unionsverfassung" von 1850. Aber die einzelnen Regierungen schwanken, veranlaßt durch Schwarzenberg, der die Wiedereröffnung des Bundestages in Frankfurt betreibt; so sind bald zwei Bundesregierungen vorhanden, die eine unter preußischer, die andere unter österreichischer Führung. Ein Krieg scheint unvermeidlich: Österreich will eine Bundesexekution gegen die mit ihrem Landesherrn im Kampfe um ihre Verfassung stehenden Kurhessen durchführen, Preußen bestreitet ihm das Recht dazu, weil es den Bund nicht anerkennt. Die Heere stehen einander gegenüber, da weicht Preußen dem Kampfe aus, weil Rußland sich auf Seiten Österreichs stellt.

b) So ist Preußen gezwungen, mit Österreich den Vertrag von Olmütz zu schließen (November 1850); es rüstet ab, zieht seine Truppen aus Hessen zurück, gibt die Union auf und willigt in die Wiederherstellung des alten, unter österreichischem Vorsitz tagenden Bundestages.

In der Geschichte des deutschen Dualismus bedeutet dieser Tag eine schwere Niederlage Preußens; Fürst Schwarzenberg hatte nun auch nach außen die Macht des Kaiserstaates wiederhergestellt. Niemand empfand die Demütigung stärker als Prinz Wilhelm, der den Krieg diesem Vertrage vorziehen wollte. Aber Preußen wäre in diesem Augenblick unter den ungünstigsten politischen Bedingungen in den europäischen Krieg eingetreten.

Es waren nun zwei Versuche deutscher Reichsgründung gescheitert. Der eine war vom Boden der Revolution ausgegangen; er hatte den Gedanken eines unitarischen und parlamentarischen Reiches und eines Volkskaisertums hervorgebracht, aber er war zugrunde gegangen an dem Manne, der die Krone dieses Kaisertums tragen sollte. Der andere Versuch war auf dem Boden der Legitimität verblieben und an seiner eigenen, inneren Unmöglichkeit zerbrochen. Die deutsche Revolution von 1848/49 war also eine Episode geblieben: die „vormärzlichen" Verhältnisse kehren für ein Jahrzehnt nochmals zurück, und nur in Preußen war mit der Verfassung ein unmittelbares Ergebnis gewonnen worden; die endgültige Beseitigung der letzten bäuerlichen Lasten war daneben von keiner allzu großen Bedeutung mehr. Aber

„deutschen Frage" waren durchgedacht und geklärt worden, der Weg war erkannt (Qu. II 73, IV 6d). Auch die Liberalen von 1848 hatten gesehen, daß das Reich ohne Macht nicht zu schaffen war, und sie wären bereit gewesen, eine Macht zu gründen und einzusetzen: aber in Preußen fehlte der Mann, der mit ihnen gegangen wäre. Es war die Frage der Zukunft, ob ein solcher Mann sich finden und welchen Weg er beschreiten werde.

II. Das Ringen der alten und neuen Mächte.

Das Jahrzehnt zwischen 1850 und 1860 ist eine Zeit des Ringens zwischen den alten und neuen Mächten in Deutschland, in Europa und in der Welt. Nach dem völligen Scheitern der revolutionären Bewegungen erlangen noch einmal die alten Gewalten die Oberhand, noch einmal erfolgt ein Zusammenschluß der Ostmächte gegen die Revolution; Zar Nikolaus I. tritt dabei an die Stelle Metternichs. So herrscht wieder der Geist der Reaktion. Aber die Ideen des Jahrhunderts, wenn auch besiegt und unterdrückt, sind dennoch nicht tot; langsam regt sich neues Leben unter der Decke, sammelt Kräfte und bereitet die Zukunft vor. In Deutschland zeigt sich dies doppelte Bild, wie einerseits geistige Ermattung die Menschen ergriffen hat, andererseits hervorragende Geister auf allen Gebieten neue Wege nach neuen Zielen suchen, bis gegen Ende des Jahrzehntes die freiheitlichen und nationalen Ideale eine volle Wiedererweckung und eine öffentliche Anerkennung erleben. In Frankreich stellt Napoleon III. sorgsam und erfolgreich die herrschenden Ideen des Jahrhunderts — das Nationalitätenprinzip und den demokratischen Gedanken — in die Dienste seiner Monarchie, und indem er so als der einzige „moderne Herrscher" in Europa erscheint, gelingt es ihm bald, Europa wieder an die politische und kulturelle Hegemonie Frankreichs glauben zu machen. Vor allem aber bringen der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten und die italienische Einheitsbewegung zum ersten Male wieder das Bild aufwärtsstrebender, sich erneuernder Völker.

1. Die Reaktionszeit in Deutschland. [§ 30

Auf allen Gebieten zeigt sich die Abkehr von den Idealen der Paulskirche, zugleich aber auch die stille und verheißungsvolle Vorbereitung der Zukunft.

a) Das politische Leben. Politische Flüchtlinge und Gefangene zeugen von dem Siege der alten Gewalten. Am Bundestage herrscht Österreich. In Preußen ist Friedrich Wilhelm IV. von allen nationalen Gedanken zurückgekommen; er wird beherrscht von der „Kamarilla" seiner konservativen Freunde, der Brüder Gerlach. Diese gehen in der deutschen und auswärtigen Politik aus Sorge vor der Wiederkehr einer Revolution mit den Ostmächten zusammen, in der inneren Politik unterdrücken sie jede freiere Regung. Strenge Gesetze werden erlassen über Zensurzwang und Belagerungszustand, die Schule wird dem neugegründeten Oberkirchenrat untergeordnet. Die Verfassungsrevision ersetzt das allgemeine Wahlrecht durch das Dreiklassenwahlrecht.

Aber daneben zeigt die Zeit auch andere Bilder: die Erwerbung von Wilhelmshaven (1853) als Basis für die neugegründete preußische Flotte bereitet eine Zukunft vor. Das politische Leben des Bürgertums ist nicht ganz tot. Die in der Revolution wirksamen Gedanken werden weiter gepflegt in den 1848 gegründeten politisch-satirischen Blättern, wie im „Kladderadatsch". Die 1853 gegründete „Gartenlaube" findet als das Familienblatt des Bürgertums die weiteste Verbreitung, weil sie die politische und geistige Freiheit verkündet. Die Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen Wilhelm (1857) — veranlaßt durch die

eine „Neue Ära" in Preußen. Überall in Deutschland beginnt mit dem Jahre 1859 eine neue Zeit: das Schillerfest, Schützen- und Turnfeste zeigen eine Erneuerung des öffentlichen Geistes, der mit starken nationalen und freiheitlichen Zielen zur Politik sich wendet.

b) Die Geschichtswissenschaft entwickelt sich auf solcher Grundlage, getragen von einem nach nationaler und freiheitlicher Ordnung strebenden, politischen Sinne. Aus der Reihe der „politischen Historiker", die mit bewußter Subjektivität die Ruhe der Rankeschen Darstellung verlassen und durch die historische Wissenschaft für ihre politischen und ethischen Ziele wirken, ragt Theodor Mommsen hervor: seine „Römische Geschichte" schildert mit deutlicher Bezugnahme auf die Fragen des Tages die Einigung Italiens unter römischer Führung, die Entartung der Adelsherrschaft und ihre Überwindung durch das demokratische Kaisertum.

c) Die Literatur sucht das Leben des Alltags auf heimatlicher Grundlage künstlerisch zu erfassen; so ersteht der Realismus der großen Erzähler, eines Storm, Fontane und Fritz Reuter im Norden, eines Otto Ludwig in Thüringen, eines Gottfried Keller in der Schweiz. Gustav Freytag sucht in seinen Romanen das deutsche Bürgertum bei seiner Arbeit auf. Friedrich Hebbel strebt nach der neuen Form des realistischen Dramas, Richard Wagner nach der Form des „Musikdramas".

d) Die bildende Kunst zeigt in besonderem Grade die Mannigfaltigkeit der nebeneinander hergehenden Strömungen. Rethel setzt in seinen Holzschnitten und Wandbildern die monumentale klassische Richtung fort, Schwind und Richter die von der Romantik angebahnte liebevolle Versenkung in das deutsche Gemütsleben. Feuerbach und Böcklin suchen aus dem südlichen Natur- und Menschenleben neue Gestaltungsmöglichkeiten für die deutsche Kunst; Adolf Menzel ringt um die Wiedergabe der Welt der Erscheinungen mit rücksichtsloser Ehrlichkeit, und aus innerer Seelenverwandtschaft seiner Kunst mit dem preußischen Geiste wird er zum Herold Friedrichs des Großen.

e) Die Philosophie bringt die Wiedergeburt des philosophischen Materialismus: der „Materialistenstreit", als Streit um die Seele und um die mechanische Erklärung der Lebensvorgänge, wird von Vogt und Büchner geführt, wie einst von den Enzyklopädisten. Aber andererseits ist die idealistische Philosophie nicht völlig vergessen, indem Arthur Schopenhauer gerade jetzt erst auf die Zeitgenossen wirkt; er erfaßt sie freilich weniger durch seinen erkenntnistheoretischen Idealismus als durch seinen Pessimismus, der jetzt nach der Enttäuschung, die man erfahren, verstanden wird.

f) Die Naturwissenschaften werden einerseits in Fortsetzung von Goethes Naturauffassung in universalem Zusammenhange gepflegt. So läßt Alexander von Humboldt um die Jahrhundertmitte seinen „Kosmos" erscheinen als Darstellung des „durch innere Kräfte bewegten und belebten Naturganzen". Robert Mayer findet das Gesetz von der Erhaltung der Energie, auf dem unser ganzes heutiges Naturerkennen beruht. Die Spektralanalyse von Bunsen und Kirchhoff erweist die Einheitlichkeit des Universums aus der Einheitlichkeit der irdischen und kosmischen Materie. 1859 entsteht der Darwinismus mit dem Werke von Charles Darwin — „On the origin of species by means of natural selection", wodurch eine einheitliche Auffassung der gesamten Lebewelt erstrebt wird. Andererseits wird die Spezialforschung gefördert, und ihre Verwendung für das Wirtschaftsleben führt z. B. in Liebigs Agrikulturchemie (1840) zu gewaltiger Steigerung der landwirtschaftlichen Intensität.

g) Das Wirtschaftsleben zieht alle tätigen Kräfte an sich, denen die öffentlichen Zustände eine politische Betätigung verbieten. Der Kapitalismus macht große

mischen Werke. Die Form der Aktiengesellschaft findet immer häufiger Anwendung und zeigt die steigende „Mobilisierung des Kapitals". Das Bankwesen entwickelt sich: 1851 wird die Diskontogesellschaft, 1853 die „Darmstädter Bank für Handel und Industrie" gegründet. Der Aufbau der Handelsflotte beginnt: 1857 richtet der Norddeutsche Lloyd die eigene Schiffsvermittlung zwischen den europäischen und transatlantischen Häfen ein, seit 1855 läßt die Hamburg-Amerikalinie eigene Ozeandampfer laufen.

So floß das deutsche Leben in dieser Zeit unscheinbar und in stiller emsiger Arbeit dahin: keine Periode ist ärmer an äußerem Glanz und Schwung, wenige kommen ihr gleich an Ernst und innerem Wert.

2. Frankreich unter Napoleon III. (1851—1870). [§ 31

Der Bonapartismus siegt, indem Louis Napoleon Bonaparte, der gewählte Präsident der Republik, durch einen Staatsstreich am Austerlitztage von 1851 die Nationalversammlung auflöst (Qu. I 14, 18). Eine neue Volksabstimmung verlängert sein Präsidentenamt auf zehn Jahre. Am gleichen Tage des folgenden Jahres wird er auf Grund einer dritten Volksabstimmung als Napoleon III. Kaiser der Franzosen: abermals endet eine französische Revolution im Cäsarismus.

Plebiszit, ein ohnmächtiges Parlament und das durch die Bourbonen erhaltene Präfektensystem kennzeichnen den erneuerten Bonapartismus, der sich wiederum stützt auf Heer und Masse. Deshalb wird wieder der Bund mit der Kirche geschlossen, und da die Massen jetzt nicht mehr nur aus Bauern, sondern auch aus Arbeitern bestehen, so nimmt Napoleon III. den neuen Gedanken der Arbeiterfürsorge, des „Staatssozialismus" in sein Programm. Wieder wie nach dem 18. Brumaire will die Menge Brot und Frieden; Napoleon verspricht: „L'Empire c'est la paix." Aber um sich zu halten, braucht er Ruhm und so wird er in folgerichtiger Fortsetzung der alten französischen Ausdehnungs- und Eroberungspolitik zu auswärtigen Unternehmungen gedrängt (Qu. II. 132).

3. Der Krimkrieg (1854—56). [§ 32

Napoleon III. will, im Sinne der bisherigen französischen Orientpolitik, in der Türkei Einfluß gewinnen und stößt dabei auf Rußland; daneben besteht das alte Ringen zwischen Rußland, das die Türkei zertrümmern will, und England, das sie beschützt: beerben wollen sie beide den „kranken Mann am Bosporus". England braucht also ein Landheer gegen Rußland; der englisch-französische Bund gegen Rußland ist gegeben, als Zar Nikolaus I. die Donaufürstentümer besetzt und nicht herausgeben will.

Der Krieg wird auf der Krim ausgefochten, Sebastopol wird belagert und erobert. Der Friede von Paris macht aus Moldau und Walachei ein Fürstentum Rumänien; das Schwarze Meer wird als neutral erklärt, der Bosporus von neuem für alle Kriegsschiffe gesperrt.

Daß die Eifersucht der Mächte die Türkei rettet, wiederholt sich von nun an immer. Entscheidend bleibt dabei das Ringen zwischen England und Rußland im Orient: zum ersten Male seit Waterloo fühlt England wieder einen Gegner in der Welt. Denn das alte Drängen Rußlands nach dem Mittelländischen Meere wird durch den Krimkrieg zwar aufgehalten; aber es beruhte auf zu tiefen geographischen und religiösen Gründen, als daß es bei dieser Entscheidung sich hätte beruhigen können. Wichtig ist ferner, daß durch den Krimkrieg der Bund der drei konservativen Ostmächte gelockert wurde: Österreich, auf dessen Dankbarkeit für die Hilfe in Ungarn der Zar gerechnet

Erhaltung der russischen Freundschaft; eine Rache für Olmütz, wie sie Prinz Wilhelm wünschte, kam für sie nicht in Betracht. Preußen blieb neutral: einen größeren Dienst hatte Rußland von dem schwachen Preußen nicht erwartet, und so erhielt sich die ererbte Freundschaft, die nur die „revolutionäre Verirrung" Friedrich Wilhelms IV. eine kurze Zeit getrübt hatte.

4. Der Krieg von 1859. §§ 33

a) Die italienische Einheitsbewegung.

Italien war ein „geographischer Begriff", wie Metternich gesagt hatte. Seit dem Ende des Weströmischen Reiches war es zersplittert, seit der Renaissance das Opfer der Fremdherrschaft. Napoleon I. hatte auch hier zuerst die nationale Einheit geschaffen, der Wiener Kongreß sie wieder zerschlagen.

Aber der nationale Gedanke überlebt auch hier seinen Erwecker. Die Lage ist dieselbe wie in Deutschland: die nationale Einigung kann nur gegen die souveränen Fürsten und gegen Österreich geschehen, es entbrennt also auch hier der Kampf zwischen Metternich und den Patrioten, die sich in Geheimbünden verschwören. Alle Fürsten sind Ausländer, außer dem Papst und dem König von Sardinien. So bestehen also zwei Möglichkeiten der Einigung: das Neoguelfentum erhofft eine Einigung unter päpstlicher Führung gegen den österreichischen Kaiser— aber im Laufe der Revolution von 1848 wird es offenbar, daß der Papst einen Kampf gegen die katholische Vormacht nicht führen kann. So bleibt nur die Hoffnung auf Sardinien— aber die italienische Erhebung scheitert 1848 an Habsburg. Die Siege Radetzkys bringen jedoch die Erkenntnis, daß die nationale Einigung nur im Bunde mit einer Großmacht, also nicht durch Revolution, sondern nur durch einen europäischen Krieg geschaffen werden kann.

Graf Camillo Cavour, der italienische Bismarck, gewinnt Frankreich: die Einheit der Völker lateinischer Rasse wird als napoleonische Erbschaft empfunden. Zum letzten Male wird also der Kampf **1859** zwischen Frankreich und Österreich ausgefochten, und wieder auf italienischem Boden. Das Kriegsziel ist: „Italien frei bis zur Adria." Die Siege Mac Mahons bei Magenta und Solferino führen unmittelbar zu diesem Ziele (Qu. I 14, 19); da droht Preußens Eingreifen.

b) Preußen, Österreich, Frankreich, und die „Deutsche Frage".

Die napoleonischen Siege in Oberitalien stellen auch die deutsche Einheitsbewegung vor eine große Entscheidung; es taucht zum ersten Male die kleindeutsche Schicksalsfrage auf, ob Österreich oder Frankreich der größere Gegner der deutschen Einigung ist. Die nationale Bewegung entzündet sich an dieser Frage, nachdem sie ein Jahrzehnt erloschen war: die Kleindeutschen schließen sich im „Nationalverein" zusammen; das Schillerfest wird zu einer großen Kundgebung für deutsche Freiheit: Großdeutsche und Kleindeutsche fordern den Schutz der deutschen Habsburger gegen Frankreich. Auch der Prinzregent von Preußen ist von der nationalen Bewegung erfaßt, er will „den Po am Rheine verteidigen", fordert aber für sich den Oberbefehl am Rhein. Dies ist eine Drohung gegen Frankreich und Österreich zugleich.

Beide kommen dem preußischen Stoße zuvor und schließen den Frieden von Villafranca: die Habsburger verzichten lieber auf die Lombardei als auf die Vormachtstellung in Deutschland, Napoleon aber begnügt sich mit der Lombardei und gibt diese an den König Viktor Emanuel von Sardinien weiter; die italienischen Fürsten sollen zurückkehren. Die Befreiung Italiens bis zur Adria kann also nicht durchgeführt werden infolge der Haltung Preußens.

frühen Tod der Mutter, den Einmarsch in Frankreich 1814, an dem er selbst teilgenommen hatte. So galt ihm der Bonapartismus als der unheilvolle Träger des revolutionären Prinzips und der französischen Eroberungspolitik: auch der erste Napoleon hatte seinen Siegeslauf in Oberitalien begonnen und war dabei durch die preußische Neutralität begünstigt worden. Die öffentliche Meinung, die den Prinzregenten stützte, stand unter dem Eindruck der geschichtlichen Erinnerung, daß Frankreich der Feind der deutschen Einheit war. Aber andererseits war die Schaffung des nationalen Reiches ohne die Lösung des Dualismus nicht möglich, und von einem siegreichen Österreich war niemals zu erwarten, daß es die preußische Hilfe mit einem Verzicht auf seine deutsche Stellung bezahlt hätte. Das große Problem der deutschen Reichsgründung, wie Preußen zwischen Österreich und Frankreich an die Spitze des einigen Deutschland geführt werden konnte, war somit sichtbar geworden. Auf Bismarck, der die Gelegenheit gegen Österreich nützen wollte, hörte niemand: zunächst wurde durch die Haltung des Prinzregenten Österreich gerettet, und damit wurden die italienische und die deutsche Einigung hinausgeschoben.

c) Das Königreich Italien.

Cavour geht freilich selbständig vor. Er verhindert, mit heimlicher Zustimmung Napoleons, durch Aufwiegelung der Bevölkerungen die Rückkehr der kleinen Fürsten Mittelitaliens und gewährt dafür Napoelon die Abtretung von Nizza und Savoyen; er unterstützt den gefeierten Nationalhelden Garibaldi, als er mit seinen Freischaren die Dynastie in Neapel verjagt, muß ihn aber ablenken, als er die italienische Einheitsrepublik errichten will. So wird 1861 das Königreich Italien proklamiert—ohne Venetien und ohne Rom, mit Florenz als Hauptstadt.

Die Republik Garibaldis lag nicht im Sinne Cavours; die Vertreibung des Papstes andererseits konnte Napoleon nie dulden, weil er in Frankreich den Kirchenkonflikt Napoleons I. vermeiden mußte, und deshalb schützte er den Kirchenstaat durch eine französische Besatzung. Der neue italienische Staat war also kein Werk aus eigener nationaler Kraft, sondern ein Werk der großen Politik und darum unvollkommen; die italienische Nationalbewegung mußte erst noch die Vollendung bringen. Um so größer war die Leistung Cavours, daß er zwischen der Maßlosigkeit der Nationalisten, dem Mißtrauen der europäischen Mächte und der Selbstsucht Napoleons III. einen Weg fand. Als er unmittelbar nach der Erfüllung seiner Aufgabe starb, hatte er einen neuen Großstaat geschaffen. Preußen-Deutschland folgte rasch nach; Cavour wurde abgelöst durch Bismarck. Zur gleichen Zeit aber, da durch die deutsche und die italienische Einigung die Grundlegung von zwei neuen Großmächten in Europa erfolgte, hatten in Amerika die Vereinigten Staaten den Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Einheit zu führen, die allein ihnen die künftige Rolle einer Großmacht sicherte.

5. Der Sezessionskrieg in den Vereinigten Staaten. §§ 34

a) Die Ausdehnung der Union bis zum Stillen Ozean.

Die Neuenglandstaaten, die einst unter Ausnutzung des englisch-französischen Weltkampfes vom Mutterlande sich losgerissen hatten, waren noch in der napoleonischen Zeit in ihrem westwärts gerichteten Drang nach Ausdehnung und Gewinnung neuen Siedlungslandes über das rechte Ufer des Mississippi bis an den Rand des Felsengebirges gelangt. Denn um sie für sich zu gewinnen, hatte Napoleon — kurz bevor der Friede von Amiens gebrochen wurde — das soeben erst von den Spaniern gewonnene Louisiana an die Vereinigten Staaten verkauft. Indem England dann im Wirtschaftskampfe gegen Napoleon immer schärfer auch die Neutralen am Handel mit Frankreich gehindert hatte, war 1812 ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem nach Ruß-

gemeinsame Parole gegen England. Zwar gelang den Vereinigten Staaten die geplante Eroberung Kanadas nicht, die Engländer verbrannten sogar das Kapitol in Washington; aber zur See fochten die Amerikaner nicht unglücklich. Jedoch die Voraussetzung, unter der die Vereinigten Staaten den Krieg begonnen hatten, schwand mit Napoleons Sturz.

Da eine Ausdehnung nach Norden also unmöglich ist, so wird die Kraft der Expansion nach Westen und Süden gedrängt. Die Monroedoktrin (1823) erhöht zunächst das politische Ansehen der Vereinigten Staaten in ganz Amerika und hält die Einmischung Europas fern. 1819 wird Florida von Spanien gekauft, 1845 erfolgt die Aufnahme der von Mexiko losgerissenen Republik Texas in den Verband der Union, 1846 wird das Nordwestgebiet (Oregon) aufgenommen, 1848 die Eroberung von Kalifornien und Neumexiko durch den erfolgreichen Krieg gegen Mexiko durchgeführt. Langsam füllen sich die gewaltigen Gebiete mit europäischen Siedlern.

Gerade in jenen Jahrzehnten ist ja die Flut der deutschen Massenauswanderung am höchsten: die Landnot in dem noch industriearmen, an Übervölkerung leidenden Deutschland zwingt dazu, und die „Europamüden", die dem Arm der Reaktion entfliehen wollen, schließen sich an. So wird die Siedlungsgrenze Nordamerikas immer weiter nach Westen vorgeschoben und das gewaltige Gebiet der Prärien aufgebrochen: eine Völkermischung ohnegleichen entsteht in diesem allgemeinen westward ahoi! Und diese Ausdehnung ist zugleich aufs engste verkettet mit dem inneren Gegensatz, der den Vereinigten Staaten von Anfang an eigentümlich gewesen war, und der nun immer stärker hervortritt.

b) Die Sklavenfrage.

Die Südstaaten unter der Führung Virginiens, im warmen Klima gelegen und mit ausgedehnten Zucker- und Baumwollplantagen bedeckt, setzen sich gesellschaftlich zusammen aus einer dünnen weißen Oberschicht von Gutsbesitzern und einer riesigen Herde von Negersklaven. Die Nordstaaten sind bei gemäßigtem Klima von Anfang an europäische Ackerbaukolonien, und seit dem Unabhängigkeitskriege ist zudem die staatlich geleitete Besiedlung von dem Gedanken erfüllt, einen Großgrundbesitz nicht aufkommen zu lassen. Indem nun der Einwandererstrom des 19. Jahrhunderts sich naturgemäß in diese Nordstaaten ergießt und hier allmählich, von Schutzzöllen begünstigt, eine Industrie sich entwickelt, beginnt der bis dahin führende Süden von dem Norden überflügelt zu werden, in welchem die Abschaffung der Sklaverei auch aus Gründen der Humanität immer schärfer gefordert wird. Um ihre Stellung zu stärken, werden die Südstaaten die eigentlichen Träger der Expansionspolitik; sie erwerben Texas und Neumexiko, die dem gleichen Klima angehören und also das Sklavensystem stärken. Die Gegner der Sklaverei vereinigen sich in der Partei der „Republikaner", die Sklavenhalter, die ihr „Recht und Eigentum" verteidigen, in der Partei der „Demokraten".

Die Geschichte der Vereinigten Staaten bietet hiermit das beste Beispiel für die Störung des inneren staatlichen Gleichgewichtes bei einer Vereinigung allzu verschiedener geographischer Individualitäten.

1860 erreichen die Republikaner zum ersten Male die Mehrheit bei der Präsidentenwahl: ihr Kandidat ist Abraham Lincoln, ein Mann aus dem fernen Westen, ein ernster und edler, von den Humanitätsgedanken des Zeitalters ganz erfüllter Mensch. Die Wahl ist für die Südstaaten das Signal zur Trennung; sie schließen sich zu einer losen Konföderation zusammen. Die Nordstaaten erklären demgegenüber die Union als einen durch Geschichte und Verfassung geheiligten

deutsche Geschichtschreibung eingehender zu beschäftigen als mit jeder anderen historischen Gestalt.

Die Vorfahren. Seit einem halben Jahrtausend sitzen die Bismarcks in der Mark. Im 13. Jahrhundert erscheinen sie zuerst unter den Patriziern der Stadt Stendal, in deren Nähe, gleichfalls in der Altmark, das Städtchen Bismark liegt. 1345 erhalten sie von den wittelsbachischen Markgrafen Schloß Burgstall zu Lehen und gelangen so in die Oberschicht des altmärkischen Adels, neben die Schulenburg, Alvensleben, Knesebeck. Sie nehmen teil an der Opposition des Adels gegen die neue Dynastie der Hohenzollern; 1562 wird ihnen Burgstall genommen, dafür erhalten sie als geringen Ersatz das rechtselbische Schönhausen. So werden sie aus der Altmark in die ostelbische Ritterschaft verpflanzt. In der Fronde des märkischen Ständetums gegen den emporsteigenden Absolutismus sind sie auch weiterhin führend; so erscheinen sie in dem berühmten politischen Testamente Friedrich Wilhelms I. von 1722. Erst Friedrich d. Gr. hat den Adel völlig gewonnen: Bismarcks Urgroßvater fällt 1742 an der Spitze seines Regiments, sein Großvater nimmt 1758 schwer verwundet den Abschied, sein Vater Ferdinand von Bismarck verläßt nach dem Feldzuge von 1792 den Dienst, um seine Güter zu bewirtschaften.

Elternhaus und Schule. Ferdinand von Bismarck verheiratet sich 1806 mit Wilhelmine Mencken — aus einem bürgerlichen Geschlecht von Gelehrten und hohen Beamten; ihr Vater ist Kabinettsrat Friedrichs d. Gr. und Friedrich Wilhelms III. gewesen. So tritt hier neben das nüchterne, derbe, unliterarische Geschlecht der Landedelleute und Offiziere die vornehme geistige Welt der Aufklärung. Der Erziehung des am 1. April 1815 zu Schönhausen geborenen Sohnes Otto von Bismarck gibt die Mutter zunächst die Richtung. 1822/27 ist er in Berlin in der Plamannschen Erziehungsanstalt, die nach den Grundsätzen Pestalozzis aufgebaut ist; von 1827/32 besucht er das humanistische Gymnasium zum „Grauen Kloster" in Berlin.

Was die Stimmung dieser Knabenjahre besonders kennzeichnete, war die Sehnsucht nach dem Lande, das Heimweh nach dem väterlichen Gute Kniephof. Die religiösen und politischen Anschauungen des Knaben und Jünglings wurden geformt von Aufklärung und Neuhumanismus, die auf den preußischen Gymnasien der Zeit herrschten, und die auch die Weltanschauung der Mutter waren. So bekannte Bismarck später oft, daß sein Glaube schon zur Zeit der Einsegnung durch Schleiermacher nichts anderes war als ein „nackter Deismus, der nicht lange ohne pantheistische Beimischungen blieb". Auch seine politischen Anschauungen wurden von Schule und Zeitalter stark beeinflußt, wie die berühmten Eingangsworte der „Gedanken und Erinnerungen" bekennen. Noch bis 1848 pflegte er sich mit bürgerlichem Namenszuge zu unterzeichnen. Aber hier waren die Kräfte der Tradition doch stärker als auf religiösem Gebiete: „Meine geschichtlichen Sympathien blieben auf Seiten der Autorität."

Auf der Universität Göttingen ist er bei einem Korps eingesprungen. Er ist ein forscher Student gewesen, aber das Treiben erfüllt ihn nicht und er nimmt daher schnell Abstand von diesen Dingen. Sein Ziel ist der diplomatische Dienst.

Wenn er trotz seiner freien Anschauungen beim Korps und nicht bei der Burschenschaft aktiv wurde, so gibt er als Grund in den „Gedanken und Erinnerungen" an, es habe ihn bei der Burschenschaft „der Mangel an äußerer Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft" abgestoßen; in Wirklichkeit waren es eben doch auch die angeborenen monarchischen Gefühle und das Standesbewußtsein des Edelmannes, die ihn zu dem Korps führten.

Berlin und Aachen. Voraussetzung für den diplomatischen Dienst war die Vollendung der juristischen Ausbildung. So erledigt er denn an der Universität

schlimm die Rechtsunsicherheit war. Um die Zeit der juristischen Ausbildung abzukürzen, meldet er sich in die Rheinprovinz, wo die Vorbereitungszeit um ein Jahr kürzer war. So kommt er nach Aachen. Dort, in der vornehmen Badestadt, stürzt er sich in das Getriebe der großen Welt und macht Schulden; er reist plötzlich ab — über Wiesbaden nach der Schweiz.

Berufswechsel. Die dienstlichen Folgen des unbedachten Entweichens bleiben nicht aus; nach Aachen kann er nicht zurück; er tritt bei der Regierung in Potsdam ein; das Militärjahr folgt. Ungewiß zweifelt er, ob er nicht „den Hohenzollern lieber auf dem Schlachtfelde und mit dem Degen als am Schreibtisch und mit der Feder dienen wolle". Aber er hat doch auch für den Militärdienst keine innere Neigung. Entscheidend wird schließlich die wirtschaftliche Notlage der Familie, indem der Vater in den für die Landwirtschaft so schwierigen Zeiten es nicht versteht, die Güter ertragreich zu bewirtschaften. So kann Bismarck seinen alten Wunsch erfüllen, die Feder mit dem Pfluge zu vertauschen; in einem berühmten Briefe vom September 1838 begründet er diesen Berufswechsel vor sich und den Verwandten (Qu. II 79, 2).

Der Landjunker. Zwölf Jahre führt er nun auf Kniephof in Pommern und nach des Vaters Tode in Schönhausen das Leben eines unabhängigen Landjunkers — ein tätiger und kluger Gutsherr, ein rastloser Reiter und Jäger, der „tolle Bismarck", wie ihn die Nachbarn nennen. Reisen durch England, Frankreich, die Schweiz erweitern seinen Gesichtskreis. Die Arbeit des Gutsbesitzers und das Amt des Deichhauptmannes führen ihn mit Menschen aller Art zusammen, auch mit den Beamten, mit denen er sich als echter Junker und Gegner des modernen Staates herumstreitet. Aus dem romantisch-pietistischen Kreise des pommerschen Adels holt er sich die Gattin Johanna von Puttkammer. So schließt er sich eng an seine Standesgenossen an, als gläubiger Protestant, der er nunmehr geworden ist, als Feind der Bureaukratie, als Royalist, aber auch bereit zur ständischen Opposition. Gelegentlich nimmt er noch einen Anlauf zum Rücktritt in den Staatsdienst, aber er hat keinen „Assessor". In normalen Zeiten wäre seine Laufbahn beendet geblieben.

b) Der Parlamentarier. Der „Vereinigte Landtag" gibt Bismarck einen Weg zur politischen Wirksamkeit; als Abgeordneter tritt er für die Rechte der Krone gegen die Ansprüche des Parlamentes auf (Qu. II 79, II 1).

Seine erste Rede, vom 17. Mai 1847, lehnt den Gedanken ab, daß die Kämpfer des Freiheitskrieges von 1813 auch für eine innerpolitische Freiheit in den Tod gegangen seien: die Forderung nach Einlösung des königlichen Verfassungsversprechens hatte ja gerade in diesem Gedanken ihren besonderen Grund.

In der Rede vom 1. Juni nimmt er den Vereinigten Landtag als Einlösung des kgl. Versprechens, in der Rede vom 12. Juli verteidigt er den Gedanken des christlichen Staates.

Die Märztage 1848 machen ihn bereit zur Gegenrevolution, die Ablehnung der Kaiserkrone billigt er ebenso wie nachher den Vertrag von Olmütz. Seine Rede vom 21. April 1849 übt scharfe Kritik an der Frankfurter Verfassung, an ihrem Grundsatze der Volkssouveränität, ihrem allgemeinen und direkten Wahlrecht, ihrem jährlichen Budgetbewilligungsrecht, ihrem revolutionären Unitarismus. Die Rede vom 6. September beruft den Geist Friedrichs d. Gr. und seiner mutigen preußischen Interessenpolitik gegen Friedrich Wilhelms IV. Unionspolitik, und dementsprechend billigt dann die Rede vom 3. Dezember 1850 den Vertrag von Olmütz. Wenn sie auf Wunsch des Kriegsministers gehalten wurde, indem Preußen mangelhaft gerüstet war, so ändert das nichts an der Tatsache, daß Bismarck die Unionspolitik verurteilte. Denn — so heißt es in seiner Rede — „die einzige gesunde Grundlage eines großen Staates ... ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik"; ein Krieg mit Österreich um deutscher Ziele willen hätte dem Geiste der friderizianischen Politik durchaus widersprochen, und darum konnte Preußen unbeschadet seiner Ehre zurückweichen.

Die Rede zur Rechtfertigung des Vertrages von Olmütz zeigte Bismarck als konservativen Parteigänger, als Anhänger der Brüder Gerlach und ihrer Politik: nur die starke Betonung des staatlichen Egoismus deutete auf den künftigen Bismarck, wenn auch die Anwendung, die er davon machte, sich mit dem konservativen Partikularismus der Gerlachs und mit ihrer Freundschaft zu Österreich deckte. Die Rede entsprach Bismarcks wahren Anschauungen; aber sie war zugleich eine Werbung um den König, durch die er sich diesem empfahl.

c) Der Bundestagsgesandte. Seine Ernennung zum Bundestagsgesandten stößt denn auch auf Widerspruch bei der zünftigen Diplomatie und Beamtenschaft. Aber dem König ist der mutige Sprecher wertvoll, zumal die Gegnerschaft seines Bruders Wilhelm und des ganzen Hofes in Coblenz immer schärfer wird. Bei Bismarck selbst ist es schwer zu entscheiden, wie angesichts der Berufung Ehrgeiz und Zurückhaltung sich mischen: denn einerseits lebte in ihm die Liebe zur Scholle und zur Familie, andererseits aber auch der Glaube an seine Sendung. Ergreifend spiegelt sich dieser Zwiespalt in den Briefen an die Gattin, besonders in jenen vom 3. und 7. Mai 1851.

Bismarcks Denkschriften aus Frankfurt und sein Briefwechsel mit dem General von Gerlach zeigen die Stufen seiner politischen Entwicklung:

Der „friedliche Dualismus", den Schwarzenberg verlassen hat, scheint Bismarck, als er nach Frankfurt kommt, der erstrebenswerte Zustand. Denkwürdig bleibt in dieser Hinsicht der Besuch, den er im Anfange seiner Frankfurter Zeit dem greisen Fürsten Metternich droben auf dem Johannisberge macht und wo der Begründer und der Zerstörer des „Deutschen Bundes" sich in der Überzeugung begegnen, daß der friedliche Dualismus der alten Zeit die beste Organisation für Deutschland, für die beiden deutschen Großmächte und für Europa darstelle. Auch nach Wien wird Bismarck einmal von seinem König in Spezialbotschaft gesandt, weil beide in der österreichisch-preußischen Freundschaft den wahren Schutz vor den Mittelstaaten und ihren Rheinbundgelüsten sehen.

Aber die Haltung des österreichischen Präsidialgesandten, Grafen Thun, zeigt Bismarck bald, daß das alte Einvernehmen nicht wiederhergestellt werden kann. Denn zwischen der Metternichzeit und der Gegenwart liegt Friedrich Wilhelms IV. ehrgeizige „Deutsche Politik" und liegt vor allem der österreichische Sieg von Olmütz; nun genießt Österreich die unbedingte Rückendeckung Rußlands und der Mittelstaaten.

Schon Bismarcks Bericht vom 22. Dezember 1851 entwickelt dies alles klar und scharf. Inzwischen arbeitet er mit Erfolg an der „gesellschaftlichen Glättung" des Grafen Thun: er hat ihn in seinen Berichten oft und mit satirischem Griffel gezeichnet.

Während des Krimkrieges decken sich Bismarcks Ansichten und Ratschläge noch mit der konservativen und russenfreundlichen Politik der Gerlachs, woraus sich die scharfe Abneigung des Prinzen Wilhelm gegen diesen Gesandten erklärt — „qui avait des idées d'écolier". Aber die traditionell russisch-preußische Freundschaft erhält bei ihm einen anderen Sinn, sie ist für ihn bereits ein Ausfluß der Interessengemeinschaft der beiden Staaten: Preußen sei für sich im Orient uninteressiert und könne Rußland dort gewähren lassen, wo Rußland und Österreich sich als Konkurrenten entgegenstehen.

Die große Denkschrift vom 18. Mai 1857 setzt dann auseinander, daß beide deutschen Großstaaten im Bunde unmöglich seien, ohne daß Preußens Interesse leide; Österreich aber werde und könne nicht ohne Waffengang auf seine deutsche Stellung verzichten; also brauche Preußen Verbündete: Rußland und Frankreich. Die Bedenken der Gefühlspolitiker gegen den Bund einer legitimen und einer revolutionären Regierung suchen die Briefe an General von Gerlach zu zer-

streuen, besonders die Briefe vom 2. und 30. Mai 1857, die Bismarck wegen ihrer grundsätzlichen politischen Bedeutung noch in die „Gedanken und Erinnerungen" aufgenommen hat.

Für die Entwicklung des Staatsmannes Bismarck sind die Frankfurter Jahre entscheidend geworden. Er wurde von seinem Könige 1851 dorthin geschickt als preußischer Konservativer, der entschlossen war, im Interesse der Reaktion das Einvernehmen mit Österreich zu fördern, und er schied 1859 von Frankfurt mit der Erkenntnis, daß Österreich der eigentliche Feind Preußens sei und daß die kriegerische Lösung des deutschen Dualismus für Preußen eine staatliche Notwendigkeit darstelle, hinter der alle Gemeinsamkeit der konservativen Gefühle zurückzutreten habe. So waren die Frankfurter Jahre die für Bismarcks staatsmännisches Werden entscheidenden seines Lebens; denn in ihnen entwickelte er sich aus einem konservativen Gefühlspolitiker zu dem großen Realpolitiker, der es ablehnte, die Macht und das Interesse seines Staates in die Dienste fremder Ideen, Gefühle und Weltanschauungen zu stellen: „Der Staat selbst ist eine Idee", wie schon Ranke gelehrt hatte, als er das Wesen der Machtpolitik im Studium der großen Staatsmänner des Absolutismus fand (Qu. II 79, III 4).

d) **Die Abberufung 1859.** Da Prinzregent Wilhelm sich bei Ausbruch der Krisis von 1859 in Frankfurt nicht durch einen Gesandten vertreten lassen will, der den Bruch mit Österreich erstrebt, erfolgt seine Abberufung. Er kommt als Gesandter nach Petersburg. Von dort aus widerspricht er vergebens der Politik des Prinzregenten: er fühlt sich in Petersburg „kaltgestellt".

Den Zeitgenossen erschien freilich der Gedanke eines Einvernehmens zwischen Preußen und Frankreich fremdartig. Niemand in Deutschland begriff Bismarcks Politik des staatlichen Egoismus.

1. Dem Könige graute vor der dämonischen Verwegenheit, mit der Bismarck über liebgewordene Rücksichten und über die Erinnerungen der Befreiungskriege hinwegschritt.

2. Mit den Liberalen verband ihn zwar eine gemeinsame Gegnerschaft gegen Österreich, aber die Liberalen wollten den deutschen Dualismus lösen um der nationalen Einheit willen, Bismarck dagegen im Interesse der preußischen Macht; und während jene die Lösung auf friedlichem Wege erhofften, war Bismarck zu der Überzeugung gekommen, daß der deutsche Dualismus nicht beseitigt werden konnte „durch Parlamentsreden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut".

So stand Bismarck einsam in seiner Zeit. Nicht als ob die Machtpolitik vergessen gewesen wäre! Aber Schwarzenberg oder Napoleon III. konnten die Machttendenzen ihrer Staaten durch ideelle Begründungen weihen: der eine durch die „Wiederherstellung der alten Ordnung", der andere durch das „Nationalitätenprinzip". Nur in Deutschland waren innere und äußere Politik auseinandergefallen. Bismarcks Lebenswerk ist die Lösung des einen Teiles der dadurch gegebenen Doppelaufgabe: er hat die Macht und den Sinn für die Macht wieder erweckt. Hat er dadurch den deutschen Geist und das Leben der Welt rauher und herber gemacht, so gab es doch ohne ihn kein starkes Preußen und kein einiges Deutschland. Die andere Aufgabe aber, der neuen Macht nun auch aus dem inneren deutschen Leben heraus einen geistigen Inhalt zu geben, sollte ihm und seinen Nachfolgern nicht gelingen (Qu. I 15, II 78/79).

2. Die Heeresreform und Bismarcks Berufung. [§ 36

Obwohl König Wilhelm I. persönlich und politisch die größte Abneigung gegen Bismarck hegte, wurde er doch durch den Streit um die Heeresreform ge-

a) **Die militärische und politische Bedeutung der Heeresreform.**

Bei Übernahme der Regentschaft beruft Prinz Wilhelm ein liberales Ministerium, aber diese vielbegrüßte „neue Ära" geht bald vorüber, als der Streit um die Heeresreform Königtum und Abgeordnetenhaus trennt.

1. **Die Vorlage der Regierung.**

Die durch den Kriegsminister Roon ausgearbeitete Gesetzesvorlage sieht eine große Vermehrung der Regimenter und also der jährlichen Einstellungen vor und will außerdem die jüngeren Jahrgänge der Landwehr noch in die Reserve aufnehmen (Qu. II 89, II 18).

Mit den Motiven der Vorlage ist das Abgeordnetenhaus einverstanden: während seit dem Boyenschen Wehrgesetz von 1814 die Zahl der Regimenter nicht mehr erhöht worden war, ist die Einwohnerzahl der Monarchie in dieser Zeit immer mehr gestiegen. Daraus ergab sich bei den Auslosungen eine immer höhere Zahl von Befreiten, während der Mann, der sich nicht freiloste, bis zum 39. Lebensjahre in Linie, Reserve und Landwehr zum Kriegsdienste bereit sein mußte.

Um die älteren, verheirateten Landwehrleute schonen zu können, mußte die allgemeine Wehrpflicht wieder vollständig durchgeführt werden, und daneben mußten die jüngeren Jahrgänge der Landwehr leichter als die älteren in der Front Verwendung finden können. So verlangten allein diese Mißstände eine Heeresreform, auch wenn man die gespannte internationale Lage, die für den König gleichfalls bestimmend war, nicht in Betracht zog.

2. **Die Einwände des Abgeordnetenhauses** richten sich gegen die Vorschläge, die der Reformplan zur Abstellung dieser Mißstände macht. Die Fortschrittspartei, welche die Mehrheit im Abgeordnetenhause besitzt, will die Mehreinstellung von Rekruten dadurch erreichen, daß die durch die Reaktion 1852 abgeschaffte zweijährige Dienstzeit wieder eingeführt werde. Völlig ablehnend verhält sich das Abgeordnetenhaus gegen die Zurückschiebung der Landwehr zugunsten der Reserve.

Durch die Vorlage wurde die Bedeutung der Landwehr sehr verringert, und sie verfolgte zweifellos auch dieses Ziel. Andererseits aber erstrebte das Abgeordnetenhaus mit der Einführung der zweijährigen Dienstpflicht eine Stärkung der Landwehr über ihre Stellung im Boyenschen Wehrgesetze hinaus: das Abgeordnetenhaus sah in der Landwehr den Kern des Volksheeres, das eigentliche „Volk in Waffen", und das aktive Heer sollte nach dieser Meinung nur eine Rekrutenschule sein; der König dagegen sah in der Linie — also in den beim Kriegsfall gerade unter den Waffen stehenden und noch durch einige Reserven verstärkten Truppen — das allein schlagfertige Heer. Es waren nicht nur zwei verschiedene Auffassungen in einer technischen Frage des Militärwesens, sondern auf beiden Seiten waren politische Motive wirksam. Das Abgeordnetenhaus trat für die Landwehr ein, weil sie aus Leuten bestand, die ihren bürgerlichen Beruf und damit auch äußerliche Unabhängigkeit besaßen und von bürgerlichen Offizieren kommandiert wurden; König und Kriegsminister wollten die Stärkung der Linie und der in diese eingeordneten Reserve, weil nur die Kasernenarmee, die in stetiger Übung gehalten und von aktiven Offizieren kommandiert wurde, als ein für alle Fälle zuverlässiges Werkzeug erschien. Die Frage, Parlamentsheer oder königliches Heer, stand also bewußt im Hintergrunde des ganzen Streites: so wurde dieser ein Kampf um die Macht der Krone oder des Parlamentes und wurde

b) Der Streit um die Heeresreform.

1. Das Provisorium: Als die Vorlage schon in der Kommission des Abgeordnetenhauses verworfen wird, zieht die Regierung ihren Entwurf zurück und verlangt die Mehrkosten als provisorische einjährige Bewilligung. Diese wird mit Rücksicht auf das liberale Ministerium der „Neuen Ära" gewährt. So ist die Entscheidung vertagt; eine Verständigung kommt nicht zustande.

2. Der Kampf verschärft sich, als das Abgeordnetenhaus die Kosten der Reorganisation im Staatshaushalt von 1862 streicht, während das Herrenhaus seinerseits den Gesetzentwurf über den Staatshaushalt in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Feststellung verwirft.

Auch die Krönung in Königsberg verschärft den grundsätzlichen Gegensatz zwischen Krone und Parlament; denn indem der König wider bestehenden Brauch in Königsberg eine feierliche Krönung veranstaltet, betont er entschieden das Gottesgnadentum und seine Feindschaft gegen den englischen Parlamentarismus. Als die Neuwahl des Abgeordnetenhauses trotz starker Wahlbeeinflussung die alte Opposition verstärkt zurückbringt, wird die Bewilligung der Reorganisationskosten endgültig und mit großer Mehrheit abgelehnt.

3. Das Ende der „Neuen Ära". Ein rechtliches Mittel, die Reorganisation trotzdem aufrechtzuerhalten, gibt es nicht mehr; die Minister treten zurück. Nur Bismarck ist bereit, gemeinsam mit Roon den Kampf gegen das Abgeordnetenhaus fortzusetzen.

c) Babelsberg.

Gerade in diesen Monaten hatte Bismarck dem König in Denkschrift und Vortrag seine Lösung der deutschen Frage entwickelt: er wollte die deutsche Frage benutzen zur Machtsteigerung Preußens, und er gab deshalb den Rat, Preußen solle sich für die freiheitliche Reform des Bundes, besonders für ein deutsches Parlament mit allgemeinem Wahlrecht einsetzen und dadurch die nationale Bewegung in Deutschland für sich gewinnen; aber zugleich wollte er auch alle militärischen Vorbereitungen getroffen sehen zur letzten Entscheidung mit Österreich. Der König scheute jedoch vor Entscheidungen zurück. Er schickte Bismarck als Botschafter nach Paris.

Nun ist der Augenblick der Berufung gekommen. Die Durchführung der Reorganisation hält der König aus militärischen und politischen Gründen für unumgänglich; Minister, die den Kampf mit dem Abgeordnetenhaus auch jetzt noch durchführen wollen, findet er nicht mehr; schon will er abdanken; da kommt, von Roon herbeigerufen, Bismarck, der schon längst diesem Augenblick entgegengesehen, weil er ihm den Weg zur Durchführung seiner politischen Gedanken bahnen soll.

Die Unterredung im Schlosse zu Babelsberg bringt die Berufung am 22. September 1862. Bismarck erklärt dem Könige, daß er die Macht der Krone gegen das Parlament behaupten wolle — wenn es nötig werde, selbst durch Errichtung einer Diktatur. 1862

3. Der Konflikt. [§ 37

Als das Abgeordnetenhaus die geforderten Summen von neuem herabsetzt, das Herrenhaus dagegen dem also verkürzten Budget seine Zustimmung versagt und infolgedessen ein Budgetgesetz wieder nicht zustande kommt, erklärt Bismarck, die Verfassung habe diesen Fall nicht vorgesehen, sie habe also eine Lücke; da aber die Staatsmaschine nicht stillstehen könne, so gebe die Notwendigkeit der Regierung das

Recht, bis zur Einigung die Lücke zu überbrücken und somit die Steuern ohne Budgetgesetz zu erheben.

So war aus dem Streit um die Heeresfrage der „Konflikt" entstanden, der große Kampf um die Verfassung zwischen Krone und Parlament. Bismarcks „Lückentheorie" war staatsrechtlich nicht haltbar; sie entwertete völlig das Steuerbewilligungsrecht der Kammer, also das vornehmlichste Recht, das eine Repräsentativverfassung gewährt. Bismarck aber wollte die Dinge nachdrücklich zur Entscheidung treiben und trat daher vor Abgeordnetenhaus und Budgetkommission sehr entschieden auf: er sprach schon in seiner ersten Rede, am 30. September, Preußen müsse seine Kraft zusammenfassen, denn es habe eine „zu große Rüstung für seinen schmalen Leib". Abermals fiel hier das Wort von „Eisen und Blut", und selbst Roon war unzufrieden über solche „geistreiche Exkurse" (Qu. I 15, II 2).

Dem Liberalismus jener Zeit, der an dem Studium der englischen Verfassung immer wieder sich stärkte, entging nicht die Ähnlichkeit dieses Konfliktes mit dem Kampfe Karls I. von England, und er pflegte dies Bismarck gegenüber mit besonderer Absichtlichkeit zu betonen; wie schwer solche blutige Vergleiche den König niederdrückten — zumal da sein Sohn Kronprinz Friedrich Wilhelm und sein Schwiegersohn Großherzog Friedrich von Baden dem Liberalismus anhingen — zeigt die Fahrt von Jüterbog nach Berlin, von der Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" berichtet; wie hierbei, so gelang es Bismarck in der Folge überhaupt, den blutigen Schatten Karls I. zu verscheuchen. Denn wenn in Preußen der Streit um die Kommandogewalt und um die Weitererhebung der nichtbewilligten Steuern nicht bis zur offenen Revolution führte, so war es, weil die bürgerliche Opposition der Fortschrittspartei keine Masse und nicht das gewaltige Ethos des Kalvinismus hinter sich hatte. Das Abgeordnetenhaus erklärte zwar den Minister für verfassungswidrige Ausgaben mit seiner Person und seinem Vermögen haftbar, und Bismarck wurde die Zession seines Grundbesitzes an seine Kinder von Freunden nahegelegt, weil bei einem Thronwechsel eine Vermögenskonfiskation nicht unmöglich erschien. Auch beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus — wieder nach dem Vorbilde der englischen Verfassung — mit dem Gedanken der Ministeranklage, und manche sahen bereits, wie Bismarck mit grimmigem Humor geschildert hat, den Ministerpräsidenten „zugunsten des Staates Wolle spinnen". Aber die zunächst allein wirksame Waffe war doch die Steuerverweigerung, und diese wurde nicht durchgeführt; denn Heer und Beamtentum waren durch strenge Überlieferung fest in der Hand der Krone, in den Bauern aber lebte die lutherische Lehre vom Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, auch wenn sie unrecht tut. Vor allem aber konnte Bismarck leicht den Abschluß des Konfliktes erreichen, als er mit dem von den Gegnern nicht bewilligten Heere und in zwei von ihnen verurteilten Kriegen die nationalen Wünsche dieser Gegner auf seine Weise erfüllte.

4. Der Krieg von 1864. [§ 38

a) Bismarck und die nationale Bewegung.

Wie Bismarck will auch die neu erstarkende nationale, kleindeutsche Bewegung den Ausschluß Österreichs; aber sie will ihn im Interesse der deutschen Einigung und nicht der preußischen Macht; vor allem aber will sie, daß Preußen durch „moralische Eroberungen", also besonders durch freiheitliche Regierung im Innern sich die Sympathien des übrigen Deutschland erwirbt und dadurch die deutsche Frage ihrer Lösung näherführt. Der Konfliktsminister ist ihr daher auch darum verhaßt, weil er die Begründung des kleindeutschen Reiches unmöglich zu machen scheint. Auch eine Reihe von Fürsten gehören dieser Bewegung an, so vor allem Großherzog Friedrich von Baden, der Schwiegersohn des Königs Wilhelm: erfüllt von den freiheitlichen und nationalen Idealen der Zeit, sind diese Fürsten bereit, auf ihre rheinbündische Souveränität zu verzichten. Auch die großdeutsche Bewegung erstarkt seit dem Ende der Reaktion.

Österreich erfaßt den Augenblick und schlägt als Bundesreform die Einrichtung eines Fürstentages neben einem Reichstage vor. Bismarck setzt bei dem Könige durch, daß dieser nicht auf den Frankfurter Fürstentag geht; so wird offenbar, daß eine Reform ohne Preußen unmöglich ist. Bismarck aber hat sein Ziel im Auge, und er ist gerüstet, als die Gelegenheit nun sich bietet.

b) Die schleswig-holsteinische Frage. Im Jahre 1863 wird in Dänemark, auf Betreiben der nationaldänischen Partei, eine Verfassung für das ganze Land, einschließlich der Provinz Schleswig, erlassen. Groß ist deshalb die nationale Erregung in Deutschland.

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein befinden sich seit 1460 in Personalunion mit Dänemark, sie selbst stehen zueinander in Realunion, haben vor allem gemeinsamen Landtag; trotzdem gehört nur Holstein zum Reiche, sie besitzen aber einen alten Freibrief des Dänenkönigs, daß sie „up ewig ungedeelt" bleiben sollen, denn sie sind beide deutsch. Mit dem Erwachen des nationalen Bewußtseins wollen die Dänen einen geschlossenen Staat mit der Eider als Grenze, die Herzogtümer ihrerseits wollen zu Deutschland. Das bevorstehende Aussterben des dänischen Königshauses gibt den Herzogtümern die Hoffnung auf Befreiung: in Dänemark ist die weibliche Erbfolge rechtens, in den Herzogtümern die männliche. Der Versuch der Dänen, die Erbfolgefrage durch Einverleibung Schleswigs in Dänemark zu entscheiden, veranlaßt die Herzogtümer, in der allgemeinen nationalen Erhebung von 1848 ihre Loslösung von Dänemark durch Teilnahme an der allgemeinen deutschen Revolution durchzusetzen. Preußen führt auf Bundesbeschluß den Krieg mit Dänemark: der Ingenieuroffizier Werner Siemens zeichnet sich dabei in denkwürdiger Weise aus, indem er den Eingang in den Kieler Hafen durch Minen mit elektrischer Entladung sperrt. Bei Ekernförde wird 1849 von schleswig-holsteinischen Truppen ein Erfolg davongetragen, auch die Düppeler Schanzen werden gestürmt. Aber Preußen führt den Kampf dann nur noch lässig, weil es sich allen revolutionären Händeln entziehen will; dieselbe Politik, die nach Olmütz führt, zwingt auch zum Londoner Protokoll (1852): danach dürfen die Herzogtümer nicht in Dänemark einverleibt werden, aber es wird eine gemeinsame Thronfolge in Dänemark und den Herzogtümern festgesetzt, und der Kandidat für die Thronfolge in den Herzogtümern, der Herzog von Augustenburg, wird mit einer Geldsumme abgefunden. Dieses Protokoll steht unter europäischer Garantie.

Die dänische Verfassung von 1863 bedeutet also einen Bruch des Londoner Protokolls. Die nationale Bewegung in Deutschland will nun auch ihrerseits keine Rücksicht mehr geübt sehen gegenüber diesem Vertrag, der zwar staatsrechtliche Selbständigkeit, aber doch dänische Herrschaft für die Herzogtümer bedeutet; eine lebhafte Agitation verlangt die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins unter dem Herzog von Augustenburg.

c) Österreich und Preußen im dänischen Kriege. Seiner ganzen Stellung nach muß Österreich für das Londoner Protokoll eintreten; denn auf den Verträgen beruht die Ruhe Europas und Österreichs Sicherheit gegenüber der nationalen Bewegung. Bismarcks Ziel dagegen ist von vornherein die Machtsteigerung Preußens, also die Eroberung und Einverleibung der Herzogtümer.

Bismarcks Politik ist also nicht nur gegen Dänemark, sondern auch gegen den Augustenburger gerichtet, denn die Erstellung eines neuen Mittel-

des Londoner Vertrages (Qu. I 15, III 4). Österreich verscherzt dadurch die nationalen Sympathien, über die Preußen schon lange nicht mehr verfügt. Aber Österreich kann eine preußische Machtsteigerung nicht dulden und muß also wider Willen mitgehen in den Krieg, wenn es nicht vorzieht, Preußen noch zu überbieten und an der Spitze der nationalen Bewegung mit nationalen Zielen gegen Dänemark vorzugehen. Aber eine solche Politik ist für Österreich unmöglich. So zieht Österreich in diesen Krieg, obwohl es weiß, daß ein erobertes Schleswig-Holstein für Österreich wertlos ist, für Preußen aber einen gewaltigen Machtzuwachs bedeutet. Durch gewandte Ausnutzung der Lage hat Bismarck die Österreicher in diese Sackgasse hineingestoßen.

Der Feldzug wird rasch durchgeführt (Qu. II 80, A II 1a). Die Dänen räumen eilends das Danewerk und ziehen sich hinter die Düppeler Schanzen zurück, die von den Preußen erstürmt werden, während die Österreicher in siegreichen Gefechten Jütland durchziehen. Auch jetzt weisen die Dänen die ihnen auf Veranlassung der europäischen Mächte angetragene Wiederherstellung des Londoner Vertrages zurück. Erst als den Preußen der kühne Übergang nach Alsen glückt, fühlen sich die Dänen trotz ihrer Flotte auf ihren Inseln nicht mehr sicher und schließen Frieden. Schleswig-Holstein und Lauenburg werden an Österreich und Preußen gemeinsam abgetreten. **1864**

5. Der Krieg von 1866. [§ 39

a) Der Streit um die Beute. Für Österreich war der Anteil an der Herrschaft über die unteilbaren Herzogtümer wertlos. Da Preußen jedoch einen Austausch dieses Anteils gegen schlesische Gebiete ablehnt, so tritt Österreich nun für die Souveränität des Augustenburgers ein, während Preußen in Kiel eine Marinestation baut. Einen Aufschub bringt der Vertrag von Gastein, der die getrennte Verwaltung der Herzogtümer festlegt und Lauenburg gegen eine Geldsumme an Preußen überläßt (Qu. II 75, I A).

Die Lage ist unhaltbar und drängt zu einem Kriege, der dann nicht nur über die Herzogtümer, sondern auch über den deutschen Dualismus entscheiden muß. Um diesen Krieg unter möglichst günstigen Bedingungen führen zu können, hat Bismarck schon bisher die Beziehungen zu den anderen Großmächten immer im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung mit Österreich gepflegt: so hat er die überlieferte Freundschaft zu Rußland schon 1862 gestärkt, indem er dem Zaren beim polnischen Aufstand preußische Hilfe zusagt. Vor allem aber hat er schon lange sich bemüht, von Frankreich die Zusicherung der Neutralität zu erlangen.

b) Napoleon III. und die deutsche Frage. Auch in Napoléon III. leben die Überlieferungen der französischen Machtpolitik, die in dem Besitze des Rheines und in der inneren Uneinigkeit Deutschlands die Voraussetzungen der französischen Macht erkannt hat. Aber andererseits fühlt sich Napoleon III. auch als moderner Politiker, der den Drang der europäischen Völker nach nationaler Einheit für unwiderstehlich hält: so begünstigt er die Italiener und gibt damit dem überlieferten Kampfe Frankreichs gegen Österreich einen neuen Sinn. So will er auch die Ausdehnung der preußischen Macht in Deutschland hinnehmen; aber er will dabei zugleich den preußischen Ehrgeiz benutzen, um als Ausgleich für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses für Frankreich „Kompensationen" zu erlangen, die in

Österreich erfaßt den Augenblick und schlägt als Bundesreform die Einrichtung eines Fürstentages neben einem Reichstage vor. Bismarck setzt bei dem Könige durch, daß dieser nicht auf den Frankfurter Fürstentag geht; so wird offenbar, daß eine Reform ohne Preußen unmöglich ist. Bismarck aber hat sein Ziel im Auge, und er ist gerüstet, als die Gelegenheit nun sich bietet.

b) Die schleswig-holsteinische Frage. Im Jahre 1863 wird in Dänemark, auf Betreiben der nationaldänischen Partei, eine Verfassung für das ganze Land, einschließlich der Provinz Schleswig, erlassen. Groß ist deshalb die nationale Erregung in Deutschland.

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein befinden sich seit 1460 in Personalunion mit Dänemark, sie selbst stehen zueinander in Realunion, haben vor allem gemeinsamen Landtag; trotzdem gehört nur Holstein zum Reiche, sie besitzen aber einen alten Freibrief des Dänenkönigs, daß sie „up ewig ungedeelt" bleiben sollen, denn sie sind beide deutsch. Mit dem Erwachen des nationalen Bewußtseins wollen die Dänen einen geschlossenen Staat mit der Eider als Grenze, die Herzogtümer ihrerseits wollen zu Deutschland. Das bevorstehende Aussterben des dänischen Königshauses gibt den Herzogtümern die Hoffnung auf Befreiung: in Dänemark ist die weibliche Erbfolge rechtens, in den Herzogtümern die männliche. Der Versuch der Dänen, die Erbfolgefrage durch Einverleibung Schleswigs in Dänemark zu entscheiden, veranlaßt die Herzogtümer, in der allgemeinen nationalen Erhebung von 1848 ihre Loslösung von Dänemark durch Teilnahme an der allgemeinen deutschen Revolution durchzusetzen. Preußen führt auf Bundesbeschluß den Krieg mit Dänemark: der Ingenieuroffizier Werner Siemens zeichnet sich dabei in denkwürdiger Weise aus, indem er den Eingang in den Kieler Hafen durch Minen mit elektrischer Entladung sperrt. Bei Eckernförde wird 1849 von schleswig-holsteinischen Truppen ein Erfolg davongetragen, auch die Düppeler Schanzen werden gestürmt. Aber Preußen führt den Kampf dann nur noch lässig, weil es sich allen revolutionären Händeln entziehen will; dieselbe Politik, die nach Olmütz führt, zwingt auch zum Londoner Protokoll (1852): danach dürfen die Herzogtümer nicht in Dänemark einverleibt werden, aber es wird eine gemeinsame Thronfolge in Dänemark und den Herzogtümern festgesetzt, und der Kandidat für die Thronfolge in den Herzogtümern, der Herzog von Augustenburg, wird mit einer Geldsumme abgefunden. Dieses Protokoll steht unter europäischer Garantie.

Die dänische Verfassung von 1863 bedeutet also einen Bruch des Londoner Protokolls. Die nationale Bewegung in Deutschland will nun auch ihrerseits keine Rücksicht mehr geübt sehen gegenüber diesem Vertrag, der zwar staatsrechtliche Selbständigkeit, aber doch dänische Herrschaft für die Herzogtümer bedeutet; eine lebhafte Agitation verlangt die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins unter dem Herzog von Augustenburg.

c) Österreich und Preußen im dänischen Kriege. Seiner ganzen Stellung nach muß Österreich für das Londoner Protokoll eintreten; denn auf den Verträgen beruht die Ruhe Europas und Österreichs Sicherheit gegenüber der nationalen Bewegung. Bismarcks Ziel dagegen ist von vornherein die Machtsteigerung Preußens, also die Eroberung und Einverleibung der Herzogtümer.

Bismarcks Politik ist also nicht nur gegen Dänemark, sondern auch gegen den Augustenburger gerichtet, denn die Erstellung eines neuen Mittelstaates ist gegen preußisches Interesse. Aber Bismarck muß Umwege ein-

des Londoner Vertrages (Qu. I 15, III 4). Österreich verscherzt dadurch die nationalen Sympathien, über die Preußen schon lange nicht mehr verfügt. Aber Österreich kann eine preußische Machtsteigerung nicht dulden und muß also wider Willen mitgehen in den Krieg, wenn es nicht vorzieht, Preußen noch zu überbieten und an der Spitze der nationalen Bewegung mit nationalen Zielen gegen Dänemark vorzugehen. Aber eine solche Politik ist für Österreich unmöglich. So zieht Österreich in diesen Krieg, obwohl es weiß, daß ein erobertes Schleswig-Holstein für Österreich wertlos ist, für Preußen aber einen gewaltigen Machtzuwachs bedeutet. Durch gewandte Ausnutzung der Lage hat Bismarck die Österreicher in diese Sackgasse hineingestoßen.

Der Feldzug wird rasch durchgeführt (Qu. II 80, A II 1a). Die Dänen räumen eilends das Danewerk und ziehen sich hinter die Düppeler Schanzen zurück, die von den Preußen erstürmt werden, während die Österreicher in siegreichen Gefechten Jütland durchziehen. Auch jetzt weisen die Dänen die ihnen auf Veranlassung der europäischen Mächte angetragene Wiederherstellung des Londoner Vertrages zurück. Erst als den Preußen der kühne Übergang nach Alsen glückt, fühlen sich die Dänen trotz ihrer Flotte auf ihren Inseln nicht mehr sicher und schließen Frieden. Schleswig-Holstein und Lauenburg werden an Österreich und Preußen gemeinsam abgetreten. **1864**

5. Der Krieg von 1866. §§ 39

a) Der Streit um die Beute. Für Österreich war der Anteil an der Herrschaft über die unteilbaren Herzogtümer wertlos. Da Preußen jedoch einen Austausch dieses Anteils gegen schlesische Gebiete ablehnt, so tritt Österreich nun für die Souveränität des Augustenburgers ein, während Preußen in Kiel eine Marinestation baut. Einen Aufschub bringt der Vertrag von Gastein, der die getrennte Verwaltung der Herzogtümer festlegt und Lauenburg gegen eine Geldsumme an Preußen überläßt (Qu. II 75, I A).

Die Lage ist unhaltbar und drängt zu einem Kriege, der dann nicht nur über die Herzogtümer, sondern auch über den deutschen Dualismus entscheiden muß. Um diesen Krieg unter möglichst günstigen Bedingungen führen zu können, hat Bismarck schon bisher die Beziehungen zu den anderen Großmächten immer im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung mit Österreich gepflegt: so hat er die überlieferte Freundschaft zu Rußland schon 1862 gestärkt, indem er dem Zaren beim polnischen Aufstand preußische Hilfe zusagt. Vor allem aber hat er schon lange sich bemüht, von Frankreich die Zusicherung der Neutralität zu erlangen.

b) Napoleon III. und die deutsche Frage. Auch in Napoleon III. leben die Überlieferungen der französischen Machtpolitik, die in dem Besitze des Rheines und in der inneren Uneinigkeit Deutschlands die Voraussetzungen der französischen Macht erkannt hat. Aber andererseits fühlt sich Napoleon III. auch als moderner Politiker, der den Drang der europäischen Völker nach nationaler Einheit für unwiderstehlich hält: so begünstigt er die Italiener und gibt damit dem überlieferten Kampfe Frankreichs gegen Österreich einen neuen Sinn. So will er auch die Ausdehnung der preußischen Macht in Deutschland hinnehmen; aber er will dabei zugleich den preußischen Ehrgeiz benutzen, um als Ausgleich für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses für Frankreich „Kompensationen" zu erlangen, die in der Abtretung des linken Rheinufers bestehen sollen. Ein Plebiszit hofft er so

Um Bismarck also gegen Österreich zu ermutigen, vermittelt Napoleon III. ein Bündnis zwischen Italien und Preußen. Nach langem Schweigen gibt er die Rheinlinie an als Preis für die französische Neutralität. Er läßt sich aber von Bismarck hinhalten, weil er fürchtet, Bismarck werde sonst den Krieg gegen Österreich nicht wagen.

Die verwegene Kunst von Bismarcks Politik erhellt aus dieser Lage. Bismarck wagte sie, weil er den inneren Zwiespalt von Napoleons Politik herausfühlte; denn es war in der Tat unmöglich, die Berechtigung der nationalen Bewegung in Deutschland und Italien anzuerkennen und trotzdem die französische Hegemonie zu erstreben. Adolphe Thiers, der Führer der liberalen Opposition in der französischen Kammer, erinnerte denn auch daran, daß die Staatskunst der Bourbonen und Napoleons I. immer nur ein zersplittertes Mitteleuropa geduldet habe und daß deshalb die Folgen eines preußischen Sieges für Frankreich schlimmer seien als die eines österreichischen. So blieb es unsicher, ob Napoleon III. nicht doch noch eine bewaffnete Intervention unternahm.

c) Bismarck und die Bundesreform. Auch in Deutschland sucht Bismarck Bundesgenossen. Er stellt am Bundestage den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes, das auf Grund von direkten, allgemeinen und gleichen Wahlen zusammentreten solle (Qu. I 15, III 6).

Bismarcks Motiv war, Österreich zu überbieten. Daneben beabsichtigte er, einen Schlag gegen die Liberalen zu führen, deren Macht in Preußen ja auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhte, denn die Landbevölkerung umfaßte damals noch die Masse des Volkes und wählte konservativ. Das Vorbild war der Bonapartismus, der sich durch das demokratische Wahlrecht gegen den Liberalismus durchgesetzt hatte. Freilich endete der Vorschlag Bismarcks mit einem Mißerfolg: die großdeutschen Demokraten in Süddeutschland konnte er ebensowenig gewinnen wie die kleindeutschen Liberalen, die Fürsten aber suchten nun erst recht vor Preußens Ehrgeiz Schutz auf Österreichs Seite; nur wenige norddeutsche Fürsten schlossen sich Preußen an.

So durch die Mittelstaaten gestärkt, ergreift Österreich die diplomatische Offensive: es ruft die Entscheidung des Bundestages in der schleswig-holsteinischen Sache an. Preußen erklärt dies als Bruch des Gasteiner Vertrags, rückt in Holstein ein und tritt, als der Bundestag die Mobilmachung beschließt, aus dem Bunde aus (Qu. II 75, 80).

d) Der Feldzug in Böhmen (Qu. II 75, Qu. II 80, Qu. I 15). Auf dem österreichisch-preußischen Kriegsschauplatz muß die Entscheidung fallen. Die anderen Kampfgebiete haben daneben nur geringere Bedeutung. Die norddeutschen Gegner Preußens — Hannover, Kurhessen und Frankfurt — werden rasch niedergeworfen, die Hannoversche Armee kapituliert bei Langensalza, die gefährliche Lücke im preußischen Staatsgebiete ist damit geschlossen. Die Süddeutschen erwarten tatenlos den preußischen Anmarsch; der Krieg in Italien hat trotz des österreichischen Sieges bei Custozza keine Bedeutung, weil Österreich, um Napoleon zu gewinnen, diesem Venetien preisgibt. Der österreichisch-preußische Waffengang aber führt auf dem böhmischen Kriegsschauplatze innerhalb drei Wochen zu der Entscheidung von Königgrätz, am 3. Juli 1866. **1866**

Mit drei Armeen dringen die Preußen — von Sachsen aus rechts und links der

werden. Trotzdem ist es ein Wagnis, als Moltke in der Nacht zum 3. Juli den Angriff der beiden westlichen Armeen auf Benedeks feste Stellung befiehlt, während der Kronprinz, der von Schlesien gekommen ist, noch weit entfernt ist. Die Schlacht schwankt bis gegen Mittag, besonders das Heer des Prinzen Friedrich Karl steht in schwerstem Kampfe; endlich kommt der Kronprinz heran, stößt in die rechte Flanke der Österreicher und rollt sie auf.

Die unerhört rasche Durchführung des Feldzuges verdankte Preußen neben der technischen Überlegenheit des Zündnadelgewehres vor allem der strategischen Überlegenheit Moltkes, der als Chef des Generalstabes den Feldzug genau vorbereitet hatte, indem er den napoleonischen Gedanken der unbedingten Offensive und des „getrennt Marschierens und vereint Schlagens" weitergebildet und mit großer Sicherheit durchgeführt hatte.

1. Diese preußische Strategie hatte schon Friedrich der Große vorgeahnt, als er 1757 von Schlesien und Sachsen aus in Böhmen eingerückt war. Moltke wiederholte den damaligen Einbruch, indem er konzentrisch in drei Heersäulen einrückte und die Vereinigung auf dem Schlachtfelde vollzog. Die Weiterbildung der napoleonischen Offensive durch Moltke bestand darin, daß Napoleon beim konzentrischen Angriff die einzelnen Heersäulen in engster Fühlung beließ und ihre „frühzeitige Vereinigung" erstrebte — damit die inneren Flügel gesichert blieben —, während Moltke dagegen die „rechtzeitige Vereinigung" vorschrieb: wie Gneisenau bei Waterloo wollte er sie erst auf dem Schlachtfelde vollziehen, weil er nicht wie Napoleon den Aufmarsch in Schlachtreihe und den Frontalangriff, sondern die Umfassung erstrebte. Napoleon hatte deshalb den Einbruch von 1757 ausdrücklich getadelt; Moltke wiederholt diese „Verzettelung der Kräfte", gibt ihr aber den neuen Sinn der „Umfassungsschlacht".

2. Der österreichische Kriegsplan Benedeks dagegen ging von Anfang an auf defensive Kriegsführung. Die Österreicher gaben Dresden, das Fort Böhmens, von vornherein preis und suchten die Vereinigung der schlesischen und der sächsischen Armee Preußens zu verhindern, indem sie sich bei Josephstadt zwischen ihre inneren Flügel setzten. Dies war der Gedanke der napoleonischen Defensive, um Dresden und Leipzig 1813 glänzend durchgeführt. Aber der Plan scheiterte an der Langsamkeit der Ausführung.

Die Schlacht von Königgrätz ist ein strategisches Kunstwerk, eine Wiederholung der Schlacht von Waterloo; aber: 1. der Stoß in die zurückgebogene rechte Flanke des Feindes war diesmal viel stärker und drang bis fast in den Rücken des Zentrums durch, so daß die Zerschlagung der feindlichen Armee herbeigeführt war, noch bevor die Reserven aufgeboten wurden; 2. der linke österreichische Flügel wurde zurückgedrängt nach der Mitte, so daß hier nur die eine Rückzugslinie blieb, die — anders als bei Waterloo — nun völlig eingeengt war; 3. trotzdem wurde das feindliche Heer nicht vernichtet wie bei Waterloo, auch nicht gefangen wie bei Sedan: auch die Ausnutzung des Sieges wollte gelernt sein.

Die geschlagene Armee weicht über Olmütz aus; der Marsch nach der Donau wird ihr durch den Kronprinzen von Preußen verlegt, sie erreicht aber doch auf dem Umwege über Ungarn ihre Vereinigung mit der Südarmee, die — von Italien rasch herangeführt — nun die Donaulinie besetzt: eine Entscheidungsschlacht steht bevor. Inzwischen ist aber die Intervention Frankreichs erfolgt, die Bismarck zum raschen Friedensschluß veranlaßt.

e) Nikolsburg. Schon am Tage vor der Schlacht bei Königgrätz hat Österreich sich Napoleon III. gegenüber nochmals zur Abtretung

Waffenstillstand in Italien zu vermitteln. Unmittelbar nach der Schlacht richtet Napoleon an Preußen und Italien die Mahnung, Waffenstillstand zu schließen, da er die Vermittlung des Friedens übernommen habe.

1. Italien lehnt die Vermittlung ab, da es mit Venetien nicht zufrieden ist und die Einigung aller Italiener erstrebt. Napoleon, der rechtlich der Herr Venetiens ist, kann die Italiener am Vorrücken nicht hindern: sie haben nur noch wenige österreichische Truppen sich gegenüber. Aber die Tiroler wehren sich tapfer gegen den Einfall Garibaldis, der italienische Angriff auf Lissa wird durch den Seesieg des Admirals Tegethoff abgewiesen.

2. Bismarck dagegen erklärt sich zum Frieden bereit und gibt seine Bedingungen bekannt: Annexionen in Norddeutschland, Ausschluß Österreichs aus Deutschland, selbständiger Bund Süddeutschlands.

Napoleon war durch den preußischen Sieg schwer getroffen, denn er hatte gehofft, den Retter Preußens spielen zu können. Auch jetzt erwartete er noch Kompensationen, aber Bismarck hielt ihn hin, und er erreichte nur, daß Bismarck auf die preußische Vorherrschaft über Süddeutschland und damit auf die Einigung des ganzen Deutschlands verzichtete. Österreich aber wird von Bismarck gewonnen durch die überaus maßvollen Friedensbedingungen.

Schwierigkeiten findet Bismarck bei dieser Politik nur im eigenen Lager. Auf dem Schlosse zu Nikolsburg ringt er hart mit dem König und den Generalen, die Gebietsabtretungen und einen Vormarsch nach Wien wollen. Nur schwer setzt er seine Ansicht von einem würdigen, aber maßvollen und klugen Frieden durch (Qu. I 15, III 8).

So gewann Bismarck durch seine Friedenspolitik Österreichs Zustimmung, noch bevor Napoleon die Vermittlung übernehmen konnte; auch widerstrebte Bismarck einer Verletzung von Österreichs Gebiet und Ehre, weil er ein künftiges Zusammenarbeiten mit Österreich nicht unmöglich machen wollte und von der Notwendigkeit des Bestandes der Donaumonarchie überzeugt war. Denn neue Bildungen auf ihrem Boden konnten nach seiner Meinung nur „dauernd revolutionärer Natur sein". So hatte er „die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Mächten, die uns hassen und neiden", wie er an seine Gattin schrieb, oder wie er es auch ausdrückte, „daß wir nicht eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben hätten". Der Krieg war geführt worden, um Österreich aus dem deutschen Bunde hinauszudrängen; dies Kriegsziel war erreicht.

f) Der Friede zu Prag nimmt Österreich nach dem Verluste Venetiens keine weiteren Gebiete ab. Österreich gibt seine Zustimmung zur Errichtung des Norddeutschen Bundes und zu den beabsichtigten Annexionen in Norddeutschland und verzichtet auf seine Anrechte an Schleswig-Holstein (Qu. I 15, III 9).

Die einzige Gegenbedingung, die Österreich stellt, betrifft im Sinne überlieferter habsburgischer Politik den unversehrten Bestand seines sächsischen Waffengefährten. Um Napoleon entgegenzukommen, wird ein Plebiszit in den nördlichen Teilen Schleswigs vorgesehen, das aber später im Einverständnis mit Österreich nicht durchgeführt wird.

g) Inzwischen nimmt der süddeutsche Krieg seinen Fortgang, dann folgen auch die Friedensschlüsse mit Baden, Bayern und Württemberg. Auch hier verzichtet Bismarck auf Landabtretungen, um keine unheilbaren Wunden zu reißen. Durch Mitteilung von Napoleons Kompen-

bündnis zu gemeinsamem Handeln im Falle eines auswärtigen Krieges. Die süddeutschen Staaten sollen unter sich einen Verein schließen, dem eine „internationale unabhängige Existenz" zugesichert wird (Qu. I 15, III 10).

In der Internationalisierung des Südbundes zeigt sich deutlich die Einwirkung Frankreichs: der Rheinbundgedanke steht dabei im Hintergrunde. Bismarck hat vor Napoleon seine Ziele herabgesetzt, um die Frage der Kompensation zu umgehen, nachdem Napoleon, kurz vor Abschluß des Prager Friedens, die Pfalz, das Saarbecken und Mainz verlangt hatte. Vor Bismarcks scharfer Weigerung weicht Napoleon schließlich zurück und verhandelt über die Frage, ob Belgien als Kompensation in Betracht kommen könne.

6. Der Norddeutsche Bund (Qu. II 75, III, Qu. II 79, IV 3). [§ 40

a) Die Annexionen. Sofort nach dem Prager Frieden werden Hannover, Kurhessen, Nassau und die Reichsstadt Frankfurt in die preußische Monarchie einverleibt, ebenso geschieht es mit Schleswig-Holstein. Unter den abgesetzten Dynastien verweigern die Welfen viele Jahrzehnte die Anerkennung der Annexion. Für Preußen aber bedeuten die Erwerbungen eine wertvolle Abrundung des bis dahin noch immer zerrissenen Gebietes. Die übrigen Staaten nördlich des Maines treten mit Preußen in den „Norddeutschen Bund".

b) Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, von Bismarck in wenigen Tagen entworfen, ist die Grundlage der deutschen Reichsverfassung geworden, wie sie 1871—1918 in Geltung war.

Die Organe des Bundes sind: 1. der erbliche Bundespräsident in der Person des Königs von Preußen. 2. der Bundesrat, der aus den Vertretern der Regierungen der Einzelstaaten besteht und unter dem Vorsitze des vom Bundespräsidenten ernannten Bundeskanzlers tagt. Dieser Bundesrat besitzt die eigentliche Regierungsgewalt des Bundes, die also förderalistisch gestaltet ist. Preußen hat darin durch 17 Stimmen von 43 den Vorrang. 3. der Reichstag ist ein nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht gewähltes Parlament. Begriff und Name des Reichstags entstammen der Paulskirche; im alten Reiche hatte das Wort ja etwas völlig anderes, nämlich die Gesamtheit der Reichsstände, also der Fürsten und freien Städte, bedeutet. Während aber die Verfassung von 1849 dem Reichstage die Fülle der Gewalt übertragen hat, gibt Bismarck ihm nur einzelne, genau umschriebene Rechte, weil er die konstitutionelle Monarchie bewahren will, die parlamentarische ablehnt.

Die konstitutionelle und föderalistische Gestaltung der Verfassung von 1867 ist von Bismarck getroffen worden im Hinblick auf Preußen und die königliche Autorität und zugleich auch im Hinblick auf die deutschen Fürsten, denen er den Beitritt erleichtern, den Verzicht auf ihre Souveränität mundgerecht machen wollte. Wenn Bismarck aber auch im norddeutschen Reichstage sofort Zustimmung für seinen Verfassungsentwurf fand, so war es, weil die Fortschrittspartei inzwischen durch einen Vorgang im preußischen Abgeordnetenhaus sehr geschwächt worden war.

c) Die Indemnitätsfrage. Sofort nach dem Kriege tritt Bismarck vor die Kammer und fordert von ihr Indemnität, d. h. er fordert, sie solle erklären, daß die Notrechtspolitik notwendig gewesen, dafür will Bismarck nachträgliche Bestätigung der Geldausgaben erbitten. Das formale Recht der Kammer soll also anerkannt werden, dafür aber

Über diesen Antrag spaltet sich die Fortschrittspartei: die Vertreter einer ethischen Politik wollen die Rechtsverwahrung aufrechterhalten, weil sie die Untergrabung des Rechtsbewußtseins befürchten, wenn sie anerkennen, daß eine rechtswidrige Handlung durch den Erfolg als notwendig erwiesen sei. Die Opportunisten halten eine solche Verwahrung angesichts des glänzenden Erfolges Bismarcks für praktisch wertlos, sie treten deshalb aus der Partei aus und gründen die Nationalliberale Partei. Diese hat also die Konfliktszeit beendet, und der Bund mit ihr ist für die nächsten zehn Jahre die Grundlage von Bismarcks Politik.

Die geistige Vereinigung, die der liberale und nationale Gedanke mit der Überlieferung des preußischen Machtstaates geschlossen hat, findet ihren höchsten Ausdruck in Heinrich von Treitschke, der in der Zeit der Vorbereitung unermüdlich als Publizist und akademischer Lehrer für eine unitarische und preußische Gestaltung des Reiches wirkt und durch seine „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert" schwungvoll und leidenschaftlich mit allen widerstrebenden Mächten abrechnet (Qu. II 185).

Als Bundeskanzler arbeitet Bismarck von nun an im deutschen und nationalen Sinne für die Vollendung des Reiches. Aus dem preußischen ist nun ein deutscher Staatsmann geworden, als die letzte Entscheidung herannaht im Kampfe mit Frankreich.

II. Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71.

1. Die beginnende Annäherung von Nord- und Süddeutschland. [§ 41

(Qu. II 75, IV.)

Langsam arbeitet Bismarck an der Annäherung von Süd und Nord: an die Stelle des durch den Krieg aufgehobenen Zollvereins tritt ein Zollparlament, aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangen. Dagegen lehnt Bismarck die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund ab, mit Rücksicht auf die noch immer starke großdeutsche Stimmung im Süden und mit Rücksicht auf Frankreich.

2. Die Mißerfolge des zweiten Kaiserreiches. [§ 42

In Paris empfindet man tief die Niederlage der napoleonischen Politik und will „Rache für Sadowa" (Königgrätz). Die Stellung des Kaisertums der heimischen Opposition gegenüber beginnt durch die Mißerfolge immer schwieriger zu werden:

a) Die französische Invasion in Mexiko ist gescheitert.

b) Von gleichem Mißerfolg ist auch weiterhin Napoleons Kompensationspolitik begleitet: sein Versuch, wenigstens Luxemburg zu erhalten — und zwar durch Kauf vom König von Holland — scheitert an Bismarck, der darauf hinweist, daß der holländische Besitz und das preußische Besatzungsrecht von Luxemburg durch europäische Verträge von 1839 garantiert seien und daher auch nicht ohne europäische Konferenz gelöst werden können. Die auf Bismarcks Vorschlag berufene Londoner Konferenz spricht die Neutralisierung Luxemburgs aus, die preußische Besatzung zieht ab (1867). Die Verträge mit den süddeutschen Staaten werden von Bismarck im Verlaufe dieser Krise veröffentlicht.

c) Obwohl Napoleon III. noch einen großen Erfolg erlangt, als der Suezkanal mit französischem Kapital erbaut und in Anwesenheit vieler Monarchen eingeweiht wird, wachsen dennoch die Schwierigkeiten im Innern: die Katholiken, auf die er sich stützt, sind durch seine italienische Politik und durch das Scheitern der mexikanischen katholischen Monarchie verärgert; die Liberalen erhalten also Zuwachs und schließlich die Mehrheit, so daß Napoleon ein liberales Ministerium Ollivier berufen muß, ohne die Liberalen doch für sein System zu

Bismarck beobachtete dies alles sehr genau. Er wußte, daß der Main nur überbrückt werden konnte, wenn das zweite Kaiserreich zerbrach; jedoch, er sah die Zeichen seines Niederganges, und so hielt er eine Einigung Deutschlands auch ohne Krieg mit Frankreich für möglich. Aber je größer die inneren Schwierigkeiten Napoleons waren, desto stärker wurde für diesen das Bedürfnis, sie durch einen Krieg abzulenken. Er baute dabei auf seine Heeresreorganisation, die durch Vermehrung der Streitmacht und durch Einführung des Chassepotgewehres Frankreich „archiprêt" gemacht habe; er baute auf die preußenfeindlichen Stimmungen in Süddeutschland und auf die Mitwirkung Österreichs und Italiens, mit denen er verhandelte. So war der Krieg auf beiden Seiten schon lange erwartet, als sich dann, schneller als man geahnt, die äußere Veranlassung bot.

3. Die spanische Thronkandidatur und die Emser Depesche. [§ 43

(Qu. I 15, IV.)

In Spanien waren 1868 die Bourbonen durch eine Revolution vertrieben worden. Die spanische Krone wird dem Prinzen Leopold von Hohenzollern — von dem süddeutschen, katholischen Zweige der Dynastie — angeboten. Auf Bismarcks heimliches Betreiben nimmt er an, die Sache kommt aber zur Kenntnis der französischen Regierung: der Minister des Äußeren Gramont spricht in der Kammer von der Wiederaufrichtung des Reiches Karls V., der französische Botschafter Benedetti verlangt von König Wilhelm in Ems die Verzichtleistung des Prinzen, für die der König einzutreten verspricht. Die Nachgiebigkeit des Königs lockt nun zu weitgehenden Forderungen: der König solle einen Entschuldigungsbrief an Kaiser Napoleon schreiben und zugleich versprechen, daß er eine derartige Erlaubnis künftig niemals erteilen werde. Benedetti wird aber vom König auf der Brunnenpromenade am 13. Juli in höflichen Worten abgewiesen, und als er eine nochmalige Audienz nachsucht, nicht empfangen mit der Begründung, daß der König die Angelegenheit mit dem inzwischen erfolgten Verzichte des Prinzen als erledigt betrachte. Den Vorgang läßt der König an Bismarck telegraphieren und stellt ihm die Veröffentlichung anheim. Bismarck zieht die „Emser Depesche" in kürzere und dadurch schärfere Sätze zusammen und publiziert sie in dieser Form. Darauf erfolgt die französische Kriegserklärung an Preußen.

Bismarck hatte die Thronkandidatur zwar als Familienangelegenheit der Hohenzollern bezeichnet, aber sich doch politische Vorteile von ihr versprochen. Daß er auch französischen Widerspruch erwartete, zeigt die Heimlichkeit, mit der er die Sache betrieb. Es bleibt dabei ungewiß, ob er voraussah, daß die Angelegenheit ein Kriegsanlaß werden konnte. In jedem Falle bleiben die Franzosen die Urheber des Krieges; denn sie haben den Vorwand, den Bismarck ihnen — ob nun absichtlich oder unabsichtlich — darbot, mit Feuereifer ergriffen und so den Krieg entfacht. Ließen es die Franzosen mit der Verzichtleistung des Prinzen bewenden, so hatten sie einen großen diplomatischen Erfolg eingeerntet; durch ihre späteren Forderungen boten sie Bismarck dann die Möglichkeit, diese diplomatische Niederlage zu vermeiden. Er hat sie durch die Emser Depesche ausgenutzt in dem Bewußtsein, daß dies den Krieg bedeutete.

Am 19. Juli, dem Tage der Kriegserklärung und zugleich dem Todestage seiner Mutter, erneuert König Wilhelm das Eiserne Kreuz. Der Norddeutsche Reichstag erklärt sich als im Bunde mit Preußen stehend, die süddeutschen Staaten schließen

1870/71

Bismarcks kluge Mäßigung bei den Friedensschlüssen von 1866 trug nun ihre Früchte. „Der gemeinsame nationale Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbar" sollte, wie Bismarck schrieb, die Kluft überbrücken, „die die Verschiedenheit des dynastischen Stammesgefühles und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlandes im Laufe der Geschichte geschaffen hatte."

4. Der Krieg bis zum Sturze des Kaiserreiches. [§ 44

Der Feldzug von 1870 zeigt Moltkes Strategie in vollendeter Ausbildung. Die Mobilmachung, 1866 durch die Kriegsbedenken des Königs verzögert, gelingt jetzt so schnell, daß Napoleon, der mit der gleichen Zeitspanne wie 1866 gerechnet hat, gar nicht zur Ausführung seines Kriegsplanes gelangt (Qu. II 80, A II 3a).

Napoleon will nach Süddeutschland vorstoßen, und zwar mit zwei Heersäulen — vom Unterelsaß aus unter Mac Mahon und von Metz aus in der Richtung auf Mainz unter Bazaine. Dadurch hofft er, wie in alter Zeit, die süddeutschen Staaten zum Anschluß zu zwingen, die Donaustraße zu gewinnen — aber diesmal nicht zum Kampfe gegen Österreich, sondern um Österreich der Verabredung gemäß die Hand zu reichen. Die Schnelligkeit Moltkes vereitelt dies alles.

Mit drei Armeen ergreift Moltke auch jetzt die Offensive: die 1. Armee unter General Steinmetz geht an der Mosel vor, die 2. unter Prinz Friedrich Karl von Mainz aus, die 3. unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Karlsruhe aus (Qu. II 76, 7).

a) Nach einem kurzen Vorspiel, dem erfolgreichen Angriff der Franzosen auf Saarbrücken, stößt die 3. Armee vor gegen Mac Mahon, schlägt seine Vorhut bei Weißenburg (4. Aug.), seine Hauptarmee bei Wörth (6. Aug.) und folgt ihr in der Richtung nach Chalons. Am gleichen Tage erstürmen Truppen der 1. und 2. Armee die von einem Korps der Bazaineschen Armee besetzten Spicherer Höhen.

b) Bazaine faßt nun den Entschluß, sich über Verdun mit Mac Mahon im Lager von Chalons zu vereinigen. Moltke will dies unter allen Umständen hindern. Die 1. Armee hält die Franzosen in ihrem Aufmarschgebiet östlich von Metz durch die Schlacht bei Colombey-Nouilly (14. Aug.) so lange fest, bis die 2. Armee die Umgehung südlich von Metz durchgeführt hat und Bazaine den Rückmarsch verlegen kann durch die Schlachten westlich von Metz: bei Vionville verhindert die Brandenburgische Infanterie den Durchbruch; sie wird dabei entlastet durch den Todesritt der Kavalleriebrigade Bredow, den Freiligraths Gedicht „Die Trompete von Vionville" besingt, und am Abend durch das links von ihr, in Mars-la-Tour, erfolgende Eingreifen des hannoverschen Korps (16. Aug.).

c) Bazaine, am Rückmarsch gehindert, will jetzt wenigstens die Festung Metz retten: er geht in die unmittelbar westlich Metz gelegene Verteidigungsstellung Gravelotte-St. Privat zurück, gegen die nun fast die ganze 1. und 2. Armee, südlich Metz die Mosel überschreitend, in großer Rechtsschwenkung vorrücken. Unter großen Verlusten auf deutscher Seite werden die Franzosen nach Metz hineingeworfen, vor allem, weil ihr rechter Flügel durch den am weitesten schwenkenden linken Flügel der 2. Armee bei St. Privat umgangen und zertrümmert wird (18. Aug.). Prinz Friedrich Karl schließt mit der vereinigten 1. und 2. Armee Metz ein.

d) Die aus drei Korps neugebildete Armee unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen rückt gemeinsam mit dem Kronprinzen von Preußen gegen die bei Chalons wiederhergestellte Armee Mac Mahons. Der Plan Mac Mahons, bis unter die Mauern der Hauptstadt zurückzugehen und dort die Entscheidungsschlacht mit Hilfe der Forts zu schlagen, wird von der Pariser Regierung mit Rücksicht auf die Stimmung des Landes nicht gebilligt: Mac Mahon erhält

den Befehl, Bazaine zu entsetzen. Er marschiert darauf im Bogen nach Norden und Osten, die deutsche 3. und 4. Armee aber marschieren nach vollendet ausgeführter Rechtsschwenkung auf dem Radius und halten Mac Mahon an der belgischen Grenze bei Sedan fest, umfassen ihn von allen Seiten und werfen ihn in die Festung hinein (1. Sept.): am 2. Sept. kapituliert die ganze Armee, auch Kaiser Napoleon begibt sich in die Kriegsgefangenschaft (Qu. 80, A II 3b, Qu. I 15, IV 15).

„Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!" schloß die Meldung, die der König über den Sieg nach Hause richtete. In weniger als Monatsfrist war das vom Krimkrieg und Oberitalien her für unüberwindlich gehaltene französische Heer niedergeworfen. Die Überlegenheit der Moltkeschen Vernichtungsstrategie hatte diese raschen Schläge ermöglicht: die bei Königgrätz noch unvollkommen durchgeführte Umfassung hatte in den Kämpfen um Metz und in der Schlacht von Sedan die beiden französischen Armeen am Rückzug gehindert und dann zerschlagen. Die Erfolge waren freilich mit blutigen Verlusten erkauft: die Tapferkeit der französischen Truppen suchte die Fehler ihrer Führer auszugleichen, auch nahm die Zivilbevölkerung in manchen Gefechten am Kampfe teil, so daß dieser sehr grausam geführt wurde.

5. Der Volkskrieg und der Kampf um die Hauptstadt. [§ 45

a) Die Regierung der nationalen Verteidigung. Die Nachricht von der Niederlage von Sedan und der Gefangennahme des Kaisers führt in Paris zum Sturze des Kaisertums und zur Einsetzung einer „republikanischen Regierung der nationalen Verteidigung".

In ihrem Auftrage bereist Adolphe Thiers die europäischen Höfe, um diese zur Intervention zu veranlassen; ein im gleichen Sinne erlassenes Rundschreiben von Jules Favre erklärt, daß die neue Regierung zum Frieden bereit sei, daß sie aber „keinen Zollbreit Landes und nicht einen einzigen Stein von französischen Festungen" abtreten werde. Bismarck erwidert in einer öffentlichen Erklärung, daß Deutschland sich gegen die Bedrohungen, die seit Jahrhunderten von allen französischen Regierungen ausgegangen, durch bessere Grenzen als bisher schützen müsse: „Straßburg ist im Besitze Frankreichs stets eine offene Ausfallspforte gegen Süddeutschland; in deutschem Besitz dagegen gewinnen Straßburg und Metz einen defensiven Charakter." Die neue Regierung beschließt aber die Fortsetzung des Krieges „bis aufs Messer". Nach dem Vorbilde der großen Revolution organisert Gambetta, mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet, eine neue levée en masse aus Freikorps (Franctireurs), Mobilgarden (Landwehr), Nationalgarden (Bürgerwehr) und aus den bisher durch die Stellvertretung befreiten Dienstpflichtigen. In Übungslagern werden die Truppen rasch eingeübt.

Inzwischen haben die beiden bei Sedan siegreichen Armeen Paris eingeschlossen; Gambetta, der die Hauptstadt im Luftballon verlassen hat, leitet den Volkskrieg von Tours und später von Bordeaux aus. Die strategische Aufgabe besteht nun für Moltke darin, daß er Paris zur Übergabe zwingen und zugleich die heranrückenden Entsatzheere abwehren muß. Die Durchführung dieser Aufgabe macht den zweiten Teil des Krieges aus.

b) Die Belagerung von Paris.

Die Aufgabe war schwierig, denn noch niemals war eine so gewaltige und so wohlbewehrte Festung belagert worden. Auch wurde der Volkskrieg mit Erbitterung und nationaler Hingabe geführt; die Entsatzarmeen und die Pariser Besatzung arbeiteten vorzüglich zusammen in Angriffen und Ausfällen. Dem Volkskrieg hatten die Deutschen nur ihr reguläres Feldheer entgegenzustellen;

der Ersatz aus der Heimat war spärlich; wertvoll war daher, daß die Belagerungsheere im Osten bald frei wurden.

Toul, das die Verbindung zwischen Paris und dem Rheine unterbricht, kapituliert. Straßburg, das durch eine von der 3. Armee nach der Schlacht bei Wörth abgezweigte Heeresabteilung unter General Werder belagert und beschossen wird, wird zur Ergebung gezwungen. Vor allem aber wird durch die Kapitulation Bazaines in Metz (27. Okt.) das Heer des Prinzen Friedrich Karl frei. Sehr langwierig gestaltet sich jedoch die Belagerung von Paris; Bismarck fordert vergebens die Beschießung der Stadt. Moltke und die Generale, außer Roon, lehnen sie ab.

Die Frage der Beschießung von Paris führt im Hauptquartier zu ernsten Meinungsverschiedenheiten. Bismarck wünscht auch diesmal die rasche Beendigung des Krieges, weil auch jetzt wieder die europäische Intervention unaufhörlich droht: die englische Neutralität bleibt zwar erhalten, weil die englischen Liberalen kriegerischen Verwicklungen abgeneigt sind; aber Bismarck muß doch scharfen Einspruch erheben, als die englische Industrie durch ihre Lieferungen die Bewaffnung des Massenaufgebotes überhaupt erst ermöglicht. So fordert Bismarck aus politischen Gründen die Beschießung; die militärischen Gründe Moltkes stehen dagegen: es müssen erst schwere Geschütze aus den deutschen Festungen herbeigeschafft werden. Bismarck vermutet — es ist zweifelhaft, ob mit Recht — hinter dieser Gegnerschaft noch den Einfluß hoher Frauen, die aus humanen Erwägungen und unter dem Einflusse englischer Kreise gegen die Beschießung sein sollen. Lange geht der Zwist zwischen dem Staatsmann und der Generalität, bis dann die Beschießung nach dem Eintreffen der Artillerie sofort beginnt. Inzwischen aber hat Gambetta Zeit gefunden, die Entsatzheere aufzustellen und heranzuführen.

c) Die Kämpfe gegen die Entsatzheere. Moltke entsendet gegen die von Norden und Süden herankommenden Entsatzheere aus der Einschließungslinie mehrere Armeen, während er die Belagerung weiterführt und die Ausfälle der Belagerten abweist:

1. Im Süden kommt es zu dem Volkskrieg an der Loire: Orléans wird genommen, verloren, wieder genommen; die französische Regierung muß von Tours nach Bordeaux verlegt werden; General Chanzy, der bedeutendste der republikanischen Führer, wird in der dreitägigen Schlacht von Le Mans völlig geschlagen (10. bis 12. Januar).
2. Im Norden wird das Entsatzheer an der Somme festgehalten und geschlagen, bei Amiens, Bapaume, St. Quentin.
3. Im Südosten hat inzwischen General Werder mit seinem badischen Korps nach der Einnahme von Straßburg die Vogesen überschritten, Dijon genommen; so deckt er die Belagerung von Belfort. Der französische Plan ist nun, hier durchzubrechen, Belfort zu entsetzen, im Elsaß und in Baden einzufallen und so die Deutschen zur Aufhebung der Belagerung von Paris zu zwingen. Die Schlacht an der Lisaine (15. bis 17. Januar) vereitelt den geplanten Durchbruch Bourbakis; Werder drängt ihn dann, gemeinsam mit Manteuffel operierend, über die Schweizer Grenze.

Als alle Entsatzversuche gescheitert sind, die Beschießung der Hauptstadt begonnen hat und vor allem der Hunger in der Stadt furchtbar wütet, macht die Besatzungsarmee noch einen letzten Ausfall, wird aber durch die Schlacht am Mont Valérien zurückgewiesen (19. Januar). Es bleibt jetzt nur die Kapitulation.

sammentreten soll, wird die Entscheidung überlassen, ob und unter welchen Bedingungen Frieden zu schließen sei; diese wählt Adolphe Thiers zum Chef der Exekutivgewalt und beauftragt ihn mit der Führung der Friedensverhandlungen.

6. Der Vorfriede von Versailles und der Friede von Frankfurt. [§ 46

Bismarck besteht auf der Abtretung des Elsasses und Deutsch-Lothringens mit Einschluß von Metz. Als Kriegskostenentschädigung werden 5 Milliarden Franken festgesetzt, bis zu deren Abtragung eine deutsche Besatzung in Frankreich verbleiben soll. Der Einzug der deutschen Truppen in Paris wird genau geregelt. Auf Grund dieser Bedingungen wird der Vorfriede verabredet und durch die Mehrheit der Nationalversammlung angenommen. Der Friede von Frankfurt am Main, am 10. Mai 1871, bestätigt diese Abmachungen.

Die Gesichtspunkte, von denen Bismarck sich leiten ließ, waren: Rückforderung der deutschsprechenden Gebiete und des Vorgeländes von Straßburg und Metz. So beließ er Belfort bei Frankreich, so zog er die Grenze auf den am meisten rheinwärts gelegenen Höhen der Vogesen. Die Berechtigung seiner Bedingungen suchte er nicht nur in den historischen Erinnerungen der Nation, die den Raub der Bourbonen zurückverlangte, sondern vor allem in der dauernden Bedrohung, die nach allen Erfahrungen der letzten Jahrhunderte Straßburg und Metz in französischer Hand bedeuteten. Süddeutschland war nur gesichert, wenn es nicht mehr unter den französischen Kanonen von Straßburg lag und der oberrheinischen Tiefebene ihrer geographischen Einheit entsprechend auch die politische Einheit wiedergegeben war. Noch 1870 war die Gefahr eines französischen Einbruchs nur durch die Langsamkeit der französischen Mobilmachung abgewendet worden. Die Vogesen andererseits konnten Frankreich jederzeit einen ersten Schutz gewähren, so daß die historisch und geographisch begründete Grenze von 1871 auch für Frankreich seinerseits keine Bedrohung bedeutete. Die Sicherheit Süddeutschlands konnte Bismarck aber nicht von einer Volksabstimmung in den abzutretenden Gebieten abhängig machen. Das Volk in diesen Gebieten war, abgesehen von einem kleinen Teile des Metzer Festungsbereichs, deutsch; es auch innerlich für die gemeinsame Nation wiederzugewinnen, mußte die Aufgabe einer klugen Führung sein, sobald einmal das neue Reich geschaffen war (Qu. II 78, 3).

7. Die Begründung des Deutschen Reiches. [§ 47

Die süddeutschen Regierungen sind sich darüber klar, daß dem Waffenbündnis mit Preußen durch die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde Dauer verliehen werden müsse (Qu. II 78, Qu. I 15, IV). Mit Baden und Hessen sind die Verhandlungen in Versailles bald zu Ende, schon am 15. November unterzeichnen sie den Entwurf der neuen Verfassung. Bayern und Württemberg erhalten, entsprechend ihrer größeren Bedeutung und ihrem stärkeren staatlichen Bewußtsein, „Reservatrechte" im Militär-, Steuer- und Postwesen. Dabei ist die ganze Staatskunst Bismarcks nötig, um zwischen den Sonderbestrebungen einerseits und dem preußisch-unitarischen Reichsgedanken des Kronprinzen andererseits die föderalistische Mitte zu finden und ein Scheitern des Werkes zu vermeiden. Nachdem dann durch diese Verträge die Präsidialrechte des Königs von Preußen über alle deutschen Staaten ausgedehnt sind, hält Bismarck die Annahme des Kaisertitels im Interesse der Einheit für notwendig; er veranlaßt ein Schreiben des Königs

tages — wie 1849 unter Simsons Führung — bietet dem König die Kaiserkrone an. Der König widerstrebt: er will den ehrwürdigen altpreußischen Königstitel nicht von einer neuen Würde verdunkeln lassen; so tritt bei ihm nochmals der preußische Partikularismus hervor. Der Kronprinz will den Titel eines „Königs der Deutschen". Der König, schließlich für den Kaisertitel gewonnen, will statt des verabredeten Titels „Deutscher Kaiser" den „Kaiser von Deutschland". Die Frage ist noch nicht geklärt, als die Kaiserproklamation von Versailles stattfindet und Großherzog Friedrich von Baden das Hoch auf „Kaiser Wilhelm" ausbringt (Qu. II 78, 34, 35, Qu. I 15, V 21, 22).

Die Kaiserproklamation von Versailles, am 18. Januar 1871, beschließt die deutschen Einheitskämpfe: nach dem Versuch der Paulskirche, das Reich auf Grund der Volkssouveränität gegen den Willen der Fürsten durchzusetzen, ist nun das Reich geworden durch die freiwillige Übereinkunft der Dynastien und Stämme. Die von Bismarck verlesene kaiserliche Botschaft spricht die Hoffnung aus, „daß es dem deutschen Volke vergönnt sein werde, den Lohn seiner heißen und opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren werden".

D. Europa im Zeitalter Bismarcks.

1871 Reichsverfassung
1872 Dreikaiserverständigung
1873 Maigesetze
1874 Septennat
1878 Schutzzollgesetzgebung — Sozialistengesetz — Berliner Kongreß
1879 Deutsch-österreichisches Bündnis
1881 Die „kaiserliche Botschaft" — Franzosen in Tunis
1882 Dreibund — Die Engländer in Ägypten
1883 Krankenversicherungsgesetz — Lüderitzland (Deutschsüdwestafrika)
1884 *Nietzsches Zarathustra*
1885 Deutschostafrika — Kongokonferenz
1887 Kriegsgefahr
1888—1918 Wilhelm II.
1890 Bismarcks Entlassung

I. Der Ausbau des Deutschen Reiches.

1. Die Reichsverfassung von 1871 (Qu. I 18/20, A I). §§ 48

An die Stelle des alten, „Deutscher Bund" genannten Staatenbundes ist durch die Ereignisse von 1866—1871 ein Bundesstaat getreten, eine staatsrechtliche Vereinigung von Einzelstaaten, welche auf ihre Souveränität zugunsten des Bundes verzichten, indem sie der Bundesregierung gewisse Hoheitsrechte, wie auswärtige Vertretung, Teile der Gesetzgebung und Besteuerung, übertragen. Die Form des Bundesstaates, zuerst in Nordamerika entwickelt, dann um die Jahrhundertmitte in der Schweiz verwirklicht und im Frankfurter Parlamente von neuem durchdacht, findet 1866 im Norddeutschen Bunde und 1871 im Deutschen Reiche ihre besondere deutsche Ausbildung.

Die Reichsverfassung von 1871 ist also in allen ihren Einzelheiten die auf ganz Deutschland übertragene Verfassung des Norddeutschen Bundes, verändert lediglich durch die an Bayern und Württemberg gegebenen Reservatrechte. Der Bundespräsident heißt nun Kaiser, der Bundeskanzler Reichskanzler. Das Übergewicht Preußens ist infolge Aufnahme der Südstaaten jetzt etwas weniger lastend, indem seinen 17 Bundesratsstimmen nun die Gesamtzahl 58 gegenübersteht.

Was von der Verfassung des Norddeutschen Bundes gilt, kennzeichnet also auch die Reichsverfassung von 1871, nämlich: 1. Das Reich ist auf die freiwillige Übereinkunft der Fürsten und freien Städte ge-

Diese drei Grundgedanken der Reichsverfassung von 1871 zeigen, verglichen mit der Reichsverfassung von 1849, den großen Unterschied zwischen dem Versuch einer Reichsgründung durch die Paulskirche und der Bismarckschen Schöpfung.

a) Die Paulskirche hatte ein auf die Volkssouveränität gegründetes, also durch das Volk und seine gewählten Vertreter beschlossenes Reich gewollt. Bismarck schafft einen „ewigen Bund deutscher Staaten", den — wie es in der „Präambel", dem einleitenden Satze der Verfassung, heißt — der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Fürsten schließt.

b) Die Paulskirche war von dem Gedanken der nationalen Einheit ausgegangen und hatte daher eine unitarische Verfassung geschaffen, von der ungewiß ist, ob aus ihr ein Bundesstaat oder bereits der Einheitsstaat geworden wäre. Bismarck ging vom Interesse Preußens aus und erstrebte zugleich einen Weg, der den süddeutschen Fürsten den freiwilligen Anschluß an das Reich ermöglichte: seine Verfassung ist daher föderalistisch geworden in einem Grade, der es schon bald zu einer Streitfrage werden ließ, ob dem Reiche überhaupt staatlicher Charakter zuzusprechen sei, ob das Reich also nur ein Staatenbund sei oder ein Bundesstaat, d. h. ein aus nichtsouveränen Einzelstaaten bestehender Staat. Nur langsam setzt sich die neue deutsche Bundesstaatstheorie durch, wonach die den Einzelstaaten verbliebene Staatlichkeit der Staatlichkeit des Bundesstaates keinen Abbruch tue. Bismarcks Richtlinien bei der Ausarbeitung der Verfassung waren: „Man wird sich in der Form mehr an den Staatenbund halten müssen, diesem aber praktisch die Natur des Bundesstaates geben, mit elastischen, unscheinbaren, aber weitgreifenden Ausdrücken." So hat Bismarck, um die Fürsten für das Einheitswerk zu gewinnen, „die Staatlichkeit des Reiches verschleiert" und die Interessen der Einheit und der Partikulargewalten auszugleichen gesucht. Während die Verfassung von 1849 den Einzelstaaten und auch Preußen keine Selbständigkeit zuerkennen wollte, beläßt Bismarck den einzelnen Staaten ihre Bedeutung. Die Verfassung zeigt dies deutlich: 1. die historische Stellung Preußens wird gewahrt, indem es eine entscheidende Stellung im Bundesrate behält und das Heer der Kommandogewalt des Königs von Preußen und den preußischen Militärgesetzen unterstellt wird; 2. die Kompetenz des Reiches ist viel enger begrenzt, als 1849 beabsichtigt war: sie betrifft nur die Vertretung nach außen, Zoll-, Handels- und Gewerbewesen, Post und Telegraphie; 3. das Reich besitzt keine eigene Finanzhoheit, indem die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten werden; der Reichshaushalt wird ausgeglichen durch die Zolleinnahmen, durch Verbrauchssteuer auf Salz, Tabak, Branntwein, durch die Überschüsse der Postverwaltung; reichen diese Einnahmen nicht aus, so erfolgt Umlage auf die Bundesstaaten, Matrikularbeiträge genannt. 4. Der föderalistische Charakter des Reiches ergibt sich ferner besonders aus der Stellung des Bundesrats, der Bismarcks eigene Schöpfung ist. Kriegserklärung und Friedensschluß sind dem Kaiser vorbehalten, der nur zu Angriffskriegen der Zustimmung des Bundesrats bedarf; der Bundesrat aber ist der eigentliche Träger der Reichsgewalt, denn er beschließt über die dem Reichstag zu machenden Vorlagen und über die vom Reichstag gefaßten Beschlüsse, und er hat zudem die volle ausführende Gewalt.

Die Verfassung von 1849 hatte nichts dergleichen gekannt, vielmehr statt dessen einen Reichstag aus zwei Kammern vorgesehen — einem Volkshause aus allgemeinen und direkten Wahlen und einem Staatenhause, dessen Mitglieder von den Landtagen der Einzelstaaten gewählt werden sollten. Das Bundesratssystem aber brachte den Föderalismus stärker zum Ausdruck, indem die Bundesstaaten nicht durch unabhängig stimmende Abgeordnete, sondern durch instruierte Bevollmächtigte ihrer Regierungen vertreten waren und zudem der Einfluß der Einzelstaaten nicht nur bei der Gesetzgebung, sondern auch bei der

eine so große Stimmenzahl, daß es jede Verfassungsänderung zu hindern in der Lage war.

c) Die Paulskirche hatte ein parlamentarisch regiertes Reich gewollt, Bismarck schafft ein konstitutionell regiertes. Bundesrat, Kaiser und Kanzler erhalten die volle Unabhängigkeit vom Reichstag: 1. der Kanzler ist der einzige verantwortliche Minister, indem die Reichsminister — Staatssekretäre genannt — lediglich seine Gehilfen sind und also keine Selbständigkeit der Ressorts besteht; die parlamentarische Verantwortlichkeit des Kanzlers ist jedoch nirgends näher ausgeführt. Der Kaiser hat völlige Freiheit in der Berufung des Kanzlers und der Reichsbeamten; nach Art. 9 kann niemand zugleich Mitglied des Reichstages und des Bundesrates sein, wodurch der Parlamentarismus vollends verhindert wird. 2. Die überlegene Gewalt des Kaisers beruht also neben seiner militärischen Kommandogewalt auf seinem unbedingten Verfügungsrechte über den Kanzler und auf der großen Anzahl von Stimmen, die er als König von Preußen in der entscheidenden Körperschaft, dem Bundesrat, besitzt. 3. Der Reichstag hat demgegenüber nur bestimmte, in der Verfassung bezeichnete und begrenzte Rechte: seine Zuständigkeit beschränkt sich auf die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der dazu gehörenden Ordnung des Reichshaushalts, erstreckt sich dagegen nicht auf die vollziehende Gewalt, die Regierung; vor allem ist er ohne Einfluß auf die Besetzung der Ämter des Reichskanzlers und der Staatssekretäre.

Aus all diesem ergibt sich eine Schwäche in der Stellung des Reichstages: wie seine Vorbilder, die Landtage der Einzelstaaten, war dieser Reichstag ein Parlament, welches nicht zum Regieren berufen war, sondern innerhalb festgesteckter Grenzen Mißgriffe der Regierung verhindern sollte. Nicht er, sondern die im Bundesrate verkörperte Gesamtheit der verbündeten Regierungen war der Träger der Reichsgewalt, gleichwie in den Einzelstaaten schon bisher die Fülle der Staatsgewalt nicht beim Landtage, sondern bei dem Landesherrn ruhte.

So zeigt der Vergleich den großen Unterschied im Geiste der beiden Verfassungswerke — ein Unterschied, der auch äußerlich zum Ausdruck gebracht wird, indem Bismarck nicht die Farben von 1848, sondern — im Anschluß an die preußischen Farben — das Schwarz-weiß-rot als Reichsflagge wählt. Es fehlte nicht an Stimmen, die diesen „Flaggenwechsel" damals verurteilten. Auch verzichtet Bismarck auf die Wiederholung der Grundrechte, die der Verfassung von 1849 und auch der preußischen Verfassung vorangestellt waren.

2. Der Ausbau der Reichsverfassung. [§ 49

Die folgenden Jahre führen den Ausbau des Reiches weiter.

a) Die Einverleibung Elsaß-Lothringens: Die Reichslande erhalten keine Stimme im Bundesrat, dem doch die gesamte Verfügung über Gesetzgebung und Exekutive in den Reichslanden zusteht. 1879 wird ein Statthalter eingesetzt, dem eine Reihe landesherrlicher Befugnisse übertragen werden und der die Funktionen eines Sonderkanzlers für Elsaß-Lothringen ausübt. Erst 1911 erhält das Reichsland eine Verfassung und drei Stimmen im Bundesrat; Verfassungsänderungen bleiben aber den Reichsinstanzen vorbehalten.

Das Mißtrauen gegenüber der elsaß-lothringischen Bevölkerung, das in dieser langsamen Verfassungsentwicklung zum Ausdruck kam und das sich — trotz großer wirtschaftlicher und kultureller Förderung im einzelnen — auch in der Verwaltung des Landes kundgab, mußte die einheimische Bevölkerung verbittern, zumal diese seit der Französischen Revolution an freie Gedanken und Einrichtungen gewöhnt war. Hinzu kam auch der Gegensatz der katholischen Mehrheit des Landes gegen die meist von Protestanten geführte Verwaltung.

Strafgesetzbuch schon 1872 an die Seite, das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB.), das langer Vorarbeit bedarf, erst 1900. Eine einheitliche Gerichtsverfassung wird 1879 erlassen: sie beseitigt die letzten Reste gutsherrlicher Gerichtsbarkeit, führt die Trennung von Rechtspflege und Verwaltung allgemein durch und zieht den Instanzenweg vom Amtsgericht über Landgericht und Oberlandesgericht zum Reichsgericht. Die Rechtspflege verbleibt den Einzelstaaten, die Grundsätze des Verfahrens aber sind einheitlich geregelt, das Reichsgericht in Leipzig gewährleistet durch seine Entscheidungen die einheitliche Auslegung der Gesetze und verkörpert so die Gerichtshoheit des Reiches.

c) Die Vereinheitlichung des Verkehrswesens: eine Münzreform führt Goldwährung und Markrechnung ein, die Einheit von Maß und Gewicht wird erreicht, indem als Einheit des Längenmaßes das Meter, des Hohlmaßes das Liter, des Gewichtes das Kilogramm angenommen wird. Dagegen scheitert Bismarcks Plan, die Eisenbahnen für das Reich zu erwerben und dadurch dem Reiche eine dauernde Finanzquelle zu eröffnen: da die Einzelstaaten nicht verzichten wollen, muß Bismarck das Reichsbahnwesen zunächst auf Elsaß-Lothringen beschränken, er führt aber wenigstens in Preußen die Verstaatlichung der Eisenbahnen durch. Die Reichspost wird von Heinrich Stephan, dem Staatssekretär des Reichspostamtes, ausgebaut; die Gründung des Weltpostvereins wird von ihm angeregt. Daß auch die Gewerbefreiheit, die durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes 1869 verwirklicht worden ist, nun auf das Reich ausgedehnt wird, ergibt sich aus dem Bunde zwischen dem Reichskanzler und der Nationalliberalen Partei.

3. Bismarck und die Nationalliberale Partei. [§ 50

Der Ausbau des Reiches steht im Zeichen des 1867 geschlossenen Bundes zwischen dem leitenden Staatsmann und der herrschenden Partei: Bismarck kommt in der Frage der Wirtschaftspolitik dem Liberalismus entgegen und erhält dafür dessen Unterstützung in den für ihn entscheidenden Fragen der monarchischen Gewalt und der nationalen Verteidigung.

a) Bezeichnend für diesen Bund ist das Kompromiß des Septennates (1874) (Qu. II 89, II, Qu. I 18/20, C 1). Bismarck und Moltke fordern eine dauernde gesetzliche Festsetzung der Friedenspräsenzstärke des neuen Heeres, die Liberalen im Reichstag wollen aber von ihrem Grundsatze der jährlichen Budgetbewilligung nicht abgehen, weil sonst das parlamentarische Budgetrecht, soweit es das Heer betrifft, fast illusorisch wird. Da findet Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, den Ausweg, wonach die Präsenzziffer für sieben Jahre festgesetzt wird. Nach Ablauf der sieben Jahre wird das Septennat erneuert unter Erhöhung der Ziffer, aber der Keim zu einem neuen „Konflikt" ist in diesem Kompromiß freilich vorhanden.

b) Auch in der Polenfrage tritt die Gemeinschaft zwischen Bismarck und den Nationalliberalen zutage. Die Polenbegeisterung des älteren Liberalismus war nach 1848 langsam abgelöst worden durch die Einsicht in die große Gefahr, die dem Deutschtum im Osten drohte. Auch war der preußischen Polenpolitik, die lange schwankend gewesen war, von Bismarck sofort nach Beginn seiner Ministerschaft eine scharfe Wendung gegen die Polen gegeben worden, um Rußlands willen, aber auch zur Stärkung der eigenen Staatsautorität. So finden sich Bismarck und die Nationalliberalen auch in dieser Frage zusammen; aber die Mittel, die angewandt werden und die im Ansiedelungsgesetz von 1886 gipfeln, bringen nicht den erwarteten Erfolg. Während in Posen deutsche Bauern angesiedelt werden, dringen die Polen als billige Landarbeiter, besonders aber als Träger städtischer Berufe immer weiter vor, zahlreiche Kolonien polnischer Industriearbeiter entstehen sogar im Ruhrgebiet. Die Gesetzgebung kann die Polen auch in der folgenden Epoche nur erbittern, aber nicht zurückdrängen.

c) Kommen so die Nationalliberalen Bismarck entgegen, so regiert der Kanzler seinerseits in wirtschaftlichen Dingen liberal: die Einmischung des Staates wird soweit als möglich ausgeschaltet, in der Handels- und Gewerbepolitik macht sich dies besonders bemerkbar. Die also entfesselte Unternehmungslust wird noch weiter angeregt durch die französischen Milliarden. Das Reich und die Bundesstaaten verwenden sie — abgesehen von dem Reichskriegsschatz im Juliusturm in Spandau — zum Bau von Eisenbahnen und Festungen, zur Rückzahlung von Staatsschulden. Die Folge ist Kapitalfülle, Arbeitsüberfluß, Unternehmungslust; da aber die ganze Nachfrage keine natürliche, sondern eine zufällige ist, so muß das „Gründungsfieber" bald zum großen „Krach" führen, der sich von Wien aus über Deutschland und von da über die ganze Welt ausbreitet (1873). Diese Vorgänge rufen ernste Zweifel an der Richtigkeit des liberalen laissez faire hervor.

4. Der Kulturkampf (Qu. I 18/20, B). [§ 51

Außer in den wirtschaftspolitischen Fragen zeigt sich das enge Zusammenarbeiten Bismarcks und der Nationalliberalen Partei besonders noch auf kirchenpolitischem Gebiet, in dem sogenannten Kulturkampf.

Immer noch bestand in den deutschen Ländern die Spannung zwischen Kirche und Staat. Zwar hatte das Jahr 1848 den Grundsatz der Freiheit der Kirche ausgesprochen — also die Freiheit der Bischofs- und Priesterernennung, des Unterrichtes, der Orden, der Vereine —, und wenigstens in der preußischen Verfassung war dies dauernd Rechtens geworden. Aber an Versuchen, die Grenzen der beiden Gewalten zu verschieben, hat es auch nachher weder auf der einen noch auf der anderen Seite gefehlt. Der Liberalismus hatte dabei bis dahin auch auf diesem Gebiete gegen den Staat gekämpft. Nun aber traten Ereignisse ein, die Bismarck und den Liberalismus auch auf kirchenpolitischem Gebiete zusammenführten zum Kampfe gegen den Grundsatz der Freiheit der Kirche vom Staate. Bismarck wollte dabei dem Staate einen Teil der alten Macht zurückgewinnen, der Liberalismus seinerseits befürchtete von der freien Kirche eine Gefährdung seines Prinzips der Gewissensfreiheit: beide wollten zugleich den Schutz der Staatsbürger, die mit der Kirche in Konflikt geraten waren.

Das Jahr 1870 hat nämlich auch für die katholische Kirche große Entscheidungen gebracht:

1. Die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes wird im Juli 1870 von dem Vatikanischen Konzil zum Dogma erklärt; Papst ist damals Pius IX., der die Entwicklung der päpstlichen Obergewalt im Geiste der großen Päpste des Mittelalters und der Gegenreformation vollendet. Und dies geschieht in demselben Augenblick, als der letzte Rest des Kirchenstaates verschwindet. Denn

2. die weltliche Macht des Papstes wird beseitigt, indem die Italiener in die von der französischen Besatzung geräumte ewige Stadt unmittelbar nach der Schlacht von Sedan einziehen, den Kirchenstaat dem Königreich Italien einverleiben und die königliche Residenz nach Rom verlegen; der Papst zieht sich in den Vatikan zurück.

Mit beiden Ereignissen hat sich das neue Deutsche Reich auseinanderzusetzen. Entscheidend ist dabei für Bismarcks Haltung die Tatsache, daß der „politische Katholizismus" im neuen Reiche sofort zu einer eigenen Partei, der Zentrumspartei, sich zusammenschließt, daß er die Übernahme der Kirchenparagraphen der preußischen Verfassung in die deutsche Reichsverfassung fordert und daß er — seiner großdeutschen Vergangenheit entsprechend — den Föderalismus zu seinem Pro-

die Minderheit gedrängten Katholiken um sich versammelt; Haupt der Partei ist Ludwig Windthorst, der ehemalige Minister des Königs von Hannover.

a) Eine Einmischung zugunsten des Kirchenstaates, die von der Zentrumspartei gefordert wird, lehnt Bismarck ab.

b) Folgenreicher ist das Unfehlbarkeitsdogma: aus den Gegnern der Erklärung bilden sich „altkatholische" Gemeinden, die den Schutz des Staates anrufen und Anteil am Kirchengut verlangen; Religionslehrer, die von der Kirchenbehörde vor die Wahl des Widerrufes oder der Absetzung gestellt werden, berufen sich auf ihre Eigenschaft als staatliche Beamte.

c) So entsteht eine Reihe von Rechtsfragen und aus ihnen die alte Machtfrage, wie Staatshoheit und Kirchenhoheit sich zueinander verhalten. Der Kampf wird daher bald ein grundsätzlicher, und er wird erbittert geführt sowohl in Preußen und den anderen Bundesstaaten als auch im Reiche. 1. Reichsgesetzlich wird die Zivilehe eingeführt an Stelle der kirchlichen Eheschließung. Nur die bürgerliche Eheschließung ist rechtsgültig, die kirchliche Trauung darf erst nach ihr erfolgen. 2. Die preußischen „Maigesetze" von 1873 setzen die staatliche Schulaufsicht an die Stelle der bisherigen geistlichen und ordnen staatliche Aufsicht und Mitwirkung an bei der Vorbildung und Anstellung der Priester. 3. Da die preußische Verfassung mit ihren die Freiheit der Kirche gewährleistenden Artikeln entgegensteht, so werden diese Artikel abgeändert. 4. Vom Reiche wird der sog. „Kanzelparagraph" erlassen; er bedroht mit schwerer Freiheitsstrafe jene Geistlichen, die in Ausübung ihres Berufes „Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise" erörtern. 5. Den Jesuiten wird die Errichtung von Niederlassungen im Deutschen Reiche verboten.

d) Aufwühlend und erbittert ist der Kampf um die Ausführung der Gesetze, als die Geistlichkeit, durch ihr Gewissen gezwungen, im Widerstande verharrt und verhaftet, abgesetzt, bestraft wird, als die Orden und Kongregationen aufgelöst und vertrieben werden. Zwar kommt es nirgends zu offener Parteinahme der Gemeinden, aber an eine Durchführung der Gesetze ist bei der Haltung der Geistlichkeit nicht zu denken. So bleibt Bismarck schließlich nichts anderes übrig als der Rückzug: die Ausführung der Gesetze wird gehemmt, dann ins Belieben der Regierung gestellt, schließlich erfolgt von Jahr zu Jahr der Abbau der Kulturkampfgesetze; die Verständigung wird durch die Gewandtheit des neuen Papstes Leos XIII. erleichtert (1878—1903).

Erhalten bleiben aber doch eine Reihe sehr wesentlicher „Kulturkampfgesetze": der Kanzelparagraph, das Jesuitengesetz, die Schulaufsicht und die Zivilehe.

Als kluger Politiker brach Bismarck den Kulturkampf sofort ab, als er die Unmöglichkeit sah, zu einem Ende zu gelangen. Die Ursachen des Mißerfolges waren ihm offenkundig: 1. Er hatte die Macht des durch das Vatikanum entstandenen Altkatholizismus überschätzt, der nur enge Kreise der Gebildeten erfaßt hatte und so eine Sekte geblieben war, weil er nicht aus religiösen Motiven entsprungen war, sondern aus der von neuem entbrannten wissenschaftlichen Streitfrage des späteren Mittelalters, ob der Papst oder die Konzilien unfehlbar seien. 2. Bismarck hatte sich in den Kampfmitteln vergriffen, als er einen geistigen Kampf mit Polizeigewalt entscheiden wollte: so hatte er Märtyrer geschaffen. 3. Der Staat hatte sich in eine unmögliche Lage begeben: er beseitigte die Geistlichen, ohne sie doch entbehren zu können oder auf sie verzichten zu wollen. So befürchtete er die moralische Zerrüttung als schlimme Folge: mit einem solch geschlossenen Widerstande der Geistlichkeit hatte der an lutherische Verhältnisse gewöhnte Staat nicht gerechnet. 4. Der Kulturkampf hatte zu

einverstanden sein konnte: die konservative Partei brach mit Bismarck und stimmte gegen das Schulaufsichtsgesetz und gegen die Zivilehe.

Das Ende des Kulturkampfes ist zugleich das Ende der Zusammenarbeit Bismarcks mit den Nationalliberalen. Aber es sind nicht nur diese kirchenpolitischen Erwägungen, die Bismarck eine Abwendung von den Nationalliberalen und eine Annäherung an Konservative und Zentrum nahelegen: das Jahr 1878 bringt auch in der Handels- und Sozialpolitik die große Umkehr.

5. Die Schutzzollpolitik. [§ 52

Das Manchestertum hatte bei der Reichsgründung in der schon bis dahin freihändlerischen Handelspolitik des Zollvereins vollends gesiegt: auch die Konservative Partei stand damals noch auf freihändlerischem Boden, im Interesse des preußischen Getreideexportes. Das Jahr 1878 bringt darin eine große Wandlung. Die deutsche Bevölkerung ist durch die industrielle Entwicklung so sehr angewachsen, daß ihr Getreidebedarf zum ersten Male die heimische Getreideproduktion übersteigt. Zugleich sind durch die Entwicklung des Seeverkehrs und durch den vollendeten Ausbau des Eisenbahnnetzes die Entfernungen und die hohen Transportkosten, diese natürlichen Zollschranken, in Wegfall gekommen; dem deutschen Getreide droht also die Konkurrenz des billigen russischen und argentinischen Getreides. Dazu kommen die Klagen der Eisenindustriellen über die erst 1877 von den Freihändlern durchgesetzte völlige Aufhebung der Eisenzölle, die sie gegen das billige englische Eisen wehrlos macht.

So entschließt sich Bismarck zu einer Umstellung der Wirtschaftspolitik auf den Schutzzoll. Dabei hofft er zugleich mit den „Schutzzöllen" auf Eisen, Holz, Getreide und Vieh auch eine Reihe von „Finanzzöllen" auf Kaffee, Tee und Weine sowie eine hohe Tabaksteuer zu gewinnen, um auf diese Weise dem Reiche eigene Einnahmen zu verschaffen, nachdem es durch die Reichsverfassung zu einem „lästigen Kostgänger und mahnenden Gläubiger" der Bundesstaaten geworden war.

Da die Nationalliberalen diese Politik nicht mitmachen wollen, verhandelt Bismarck mit Windthorst: der Bund der Konservativen und des Zentrums wird mit der Annahme des neuen Zolltarifs geschlossen; dabei wird dem Zentrum ein Zugeständnis in föderalistischem Sinne gemacht durch die sog. Franckensteinsche Klausel, wonach der Ertrag der Zölle und Tabaksteuer, der eine bestimmte Höhe überschreitet, den einzelnen Bundesstaaten überwiesen werden muß.

Mit großer Leichtigkeit hat Bismarck die bisherigen nationalliberalen Verbündeten aufgegeben, um sich mit dem Zentrum, das er soeben noch aufs schwerste bekämpft hatte, zu verbinden. Die Parteien waren ihm nur Figuren in seinem politischen Spiel, nur Mittel zur Erreichung seines letzten Zweckes, der Sicherung der Machtstellung des Reiches. Er war kein Parteimann und benutzte sie alle. Achtung hatte er vor ihnen nur, wenn sie stark waren; dann aber lenkte er ein und suchte sie zu gewinnen: so zuerst die Nationalliberalen, so dann das Zentrum. Die Macht der Sozialdemokratie hat er nicht mehr erlebt, darum kennt die Geschichte ihn nur als ihren Gegner.

6. Sozialismus und Sozialpolitik. [§ 53

a) Vorgeschichte. Später als in England und Frankreich hatten sich in Deutschland Industriestaat und Kapitalismus entwickelt, und so ist denn auch die „soziale Frage" in Deutschland erst allmählich brennend

Der Aufstand der schlesischen Weber in den 40er Jahren zeigte zuerst das in England geläufige Bild, wie die Heim- und Handarbeiter, durch die Einführung der Maschinen überzählig geworden, zu jeder Bedingung zu arbeiten gezwungen sind und nun in ihrem Elend Fabriken und Maschinen zerstören als die Urheber ihrer Not: auch hier also ist es die bezeichnende Anfangsform der modernen Arbeiterbewegung, die noch nichts von einer Umgestaltung des kapitalistischen Industriesystemes in ein gemeinwirtschaftliches weiß, sondern die Wiederherstellung der vorindustriellen Arbeitsbedingungen erstrebt. In der deutschen Revolution von 1848 tritt das Proletariat noch nicht zielbewußt hervor; es bleibt, wie in der großen Französischen Revolution und in der Julirevolution, eine Sturmtruppe der bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Bewegungen, obgleich einige Publizisten oder Dichter wie Heine oder Freiligrath das Selbstbewußtsein des Proletariates zu wecken suchen. Erst die große Ausdehnung, die die deutsche Wirtschaft und damit auch der Kapitalismus in den 50er und 60er Jahren erlebten, schafft auch in Deutschland die Bedingungen einer proletarischen Bewegung.

In der Zwischenzeit aber ist dieser Bewegung in Karl Marx ein Denker und Organisator erwachsen, der in der Verbannung in London sein System des „wissenschaftlichen Sozialismus" entworfen und auszubreiten begonnen hat. Dieses System will einerseits die klassische Nationalökonomie, wie sie von Smith und Ricardo im Geiste des Kapitalismus aufgebaut worden ist, weiterentwickeln und andererseits den von Marx „utopisch" genannten Sozialismus der Franzosen überwinden, um die Beseitigung des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystemes als eine „historische Notwendigkeit" zu erweisen.

b) Karl Marx und sein System des wissenschaftlichen oder historischen Sozialismus (Qu. I 18/20, D III, Qu. II 185, S. 29).

In seiner Jugend radikaler bürgerlicher Journalist und von der preußischen Zensur verfolgt, ist Karl Marx (1818—1883) frühe nach Paris gekommen, hat dort sich mit den sozialistischen Ideen vertraut gemacht und den Freundschaftsbund mit Friedrich Engels geschlossen, einem jungen wohlhabenden deutschen Fabrikanten, der die Niederlage des väterlichen Geschäftes in Manchester leitet und der dort, mitten in der Hochburg des wirtschaftlichen Liberalismus, schon 1845 die düsteren Folgen der schrankenlosen Freiheit in seinem Buche über „die Lage der arbeitenden Klassen in England" enthüllt hat. Die beiden Freunde bauen von nun an in engster geistiger Gemeinschaft das neue System auf, Marx als der schöpferische Geist, Engels als der Verbreiter der Ideen und als der nie versagende selbstlose Helfer für den mit persönlichen Nöten unaufhörlich ringenden Freund, der ein Leben der Armut auf sich nimmt, um sich und seinem Werke treu bleiben zu können. Beide lassen zunächst 1847 von Brüssel aus das „Kommunistische Manifest" ausgehen — als den Ausdruck ihres gemeinsam errungenen wissenschaftlichen Standpunktes. Dann hat Marx — nach der kurzen Teilnahme an der deutschen Revolution — in den Jahrzehnten seiner Londoner Verbannung das System ausgebaut und entwickelt in seinem „Kapital", dessen erster, entscheidender Band 1867 erschien.

Der Aufbau des Systemes ist mit strenger Logik durchgeführt, ein Gedanke wird aus dem anderen entwickelt.

1. Die materialistische Geschichtsauffassung — der Ausdruck stammt nicht von Marx — ist das erste Ergebnis seiner Forschungen. Marx ging ursprünglich aus von der Philosophie Hegels: dieser faßte die Weltgeschichte auf als die im Kampfe und im Widerspruche sich vollziehende Verwirklichung und Entwicklung des Geistes, indem jede geschichtliche Epoche und jede geschichtliche Erscheinung geformt ist durch eine beherrschende Idee und also eine Stufe darstellt in der Entfaltung des Weltgeistes. Diese „historische Ideenlehre" seines Lehrers Hegel wendet Marx um, indem er nicht die Menschen aus den in ihnen lebenden Ideen, sondern vielmehr die Ideen aus den Menschen erklärt. Marx sagt daher, er habe

Beine gestellt. Seine „materialistische Geschichtsphilosophie" lehrt also, daß Rechtsverhältnisse, Staatsformen und Weltanschauungen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sog. allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln; sie entstehen nicht etwa „aus" den materiellen Voraussetzungen, sondern sie beruhen „auf" denselben und sind also ohne sie nicht erklärbar. Indem nun die materiellen Kräfte sich entfalten und entwickeln, der staatliche Überbau dagegen starr bleibt, entsteht eine Spannung, ein Widerspruch, der zur sozialen Revolution führt. „Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um." „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind." So ergibt sich:

2. Die Lehre vom Mehrwert. Kapitalismus — sagt Marx — ist erst möglich, wenn eine Trennung von Arbeitern und Produktionsmitteln erfolgt ist. Der Handwerker, dieser Träger der mittelalterlichen Stadtwirtschaft, arbeitet selbst, verfügt aber zugleich noch über die Produktionsmittel, d. h. Werkzeuge und Stoffe für seine Arbeit. Der Lohnarbeiter dagegen ist, im Unterschiede von dem Hörigen und dem Zunftgenossen des Mittelalters, zwar freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, aber er besitzt außer diesem keine Rechte und keine Waren, er muß also seine Arbeitskraft verkaufen, um leben zu können. Der Wert der Arbeitskraft aber wird, wie bei jeder anderen Ware, bestimmt durch den Wert der zur Produktion dieser Ware nötigen Arbeitszeit, der in diesem Falle sich bemißt nach den für die Lebensbedürfnisse des Arbeiters und für die Heranziehung der künftigen Arbeitergeneration nötigen Ausgaben, die ihrerseits unter verschiedenen Kulturbedingungen verschieden sind. Aber nichts hindert den Arbeiter, länger als diese „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" zu arbeiten. Indem also der Kapitalist diese Differenz zwischen dem Werte der Arbeitskraft und ihrer Verwertung im Arbeitsprozeß ausnützt, zieht er einen Mehrwert aus der Arbeitskraft. Die Selbstvermehrung des Kapitals ist also nach Marx begründet in der Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit, nicht — wie Adam Smith wollte — in eigener Arbeit und Sparsamkeit. Der „Heißhunger nach Mehrarbeit", der sich aus dem Wesen des Kapitalismus ergibt, wird also befriedigt entweder durch absolute Ausdehnung des Arbeitstages — der freilich durch die Natur Schranken gezogen sind — oder durch Verkürzung der für den Arbeiter zur Deckung seiner Lebensbedürfnisse „notwendigen Arbeitszeit"; dies kann geschehen durch Herabsetzung des Lohnes, die freilich gleichfalls ihre physische Grenze hat, und besonders durch Erhöhung der Produktionskraft der Arbeit: die Industrie ist diesem Motiv entsprungen, Arbeitsteilung und Maschinerie sind ihre Mittel. Aber diese Erhöhung der Produktionskraft dient nicht zur Verkürzung der gesamten Arbeitszeit, so daß auch der Arbeiter davon Vorteil hätte, sondern nur zur Vergrößerung der „Mehrarbeit". Die Höchstgrenze der Arbeitszeit wird vom Kapital immer erstrebt und festgehalten. So erzeugt der Arbeiter den Mehrwert, der das Kapital vermehrt. Je größer aber die Kapitalanhäufung, desto größer die Produktivität; die Nachfrage nach Arbeitskraft von seiten des Kapitals verringert sich also relativ zur Größe des Kapitals und zur Produktion, wenn sie auch absolut wächst. Die Arbeiterbevölkerung produziert also mit dem Mehrwert in wachsendem Umfang die Mittel, durch welche sie selbst überzählig gemacht wird. Die „industrielle Reservearmee", die so entsteht, drückt den Lohn und ermöglicht die Steigerung der Mehrarbeit: je stärker Reichtum und Kapital werden, desto größer wird auch das Elend und die „Ausbeutung". Dies aber führt auf:

höhere Produktivität des größeren Betriebes bewirkt, daß die großen Unternehmungen über die kleinen, die ganz großen über die großen triumphieren: die Kartelle und Truste hat Marx vorausgesagt. Wenn die kapitalistische Entwicklung begann mit einer „Expropriation" des Arbeiters von seinen Produktionsmitteln, so greift diese Enteignung im Laufe der Entwicklung immer weiter und trifft die Kapitalisten selbst, so daß einer abnehmenden Zahl von Kapitalisten eine immer mehr anschwellende Zahl von Proletariern gegenübertritt. Aus diesem Gedankengange entsteht

4. die Sozialisierungstheorie. Indem nämlich die wachsende Größe der Betriebe die Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit steigert, wird die Möglichkeit gegeben, die „notwendige Arbeitszeit" zu vermindern, es wird die Gewöhnung an gemeinschaftliche Arbeitsmittel, an Gleichförmigkeit und Größe der Produktion erreicht. So entwickeln sich die Bedingungen für eine gemeinschaftliche Organisation im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Daß aber der Augenblick kommen muß, wo diese neue Organisation sich mit Notwendigkeit durchsetzen muß, lehrt

5. die Zusammenbruchstheorie. Die periodisch immer heftiger auftretenden Handelskrisen zeigen, daß nun auch die kapitalistische Ordnung, die ehemals die alten Fesseln gesprengt und gewaltige Produktivkräfte hervorgezaubert hat, die Geister, die sie gerufen hat, nicht mehr zu beherrschen vermag. Denn die Überproduktion ist die Ursache dieser Erscheinungen; die Produktivkräfte sind zu gewaltig geworden, die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. Es entwickelt sich also der Untergang des Kapitalismus aus dem Widerspruch zwischen der zunehmenden Vergesellschaftung und Ausdehnung der Produktivkräfte und der privatwirtschaftlichen Verteilung des Produktionsertrages.

So lehrt Marx, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem dank der ihm „immanenten" Gesetze mit „Naturnotwendigkeit" dem Untergange zueile, und daß der Todesweg des Kapitalismus gleichbedeutend sei mit der Schaffung der für die sozialistische Gesellschaft unerläßlichen Vorbedingungen. Das Ziel dieser Entwicklung ist die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und ihre Überführung in die Hände des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariates. Während Marx im „Kommunistischen Manifest" noch an die baldige gewaltsame Verwirklichung dieses Zieles geglaubt hat, hat ihn das Scheitern von 1848 immer mehr auf die langandauernde „Evolution" hingewiesen. Wenn aber, so meint er, alle Vorbereitungen in der kapitalistischen Gesellschaft herangereift sein werden, dann werde die „Diktatur des Proletariates" diese Entwicklung nur einfach zu besiegeln haben. Denn Revolutionen können nicht „gemacht" werden. Deshalb gründet Marx den Sozialismus auf die Notwendigkeit einer historischen Entwicklung, nicht darauf, daß die wirtschaftlichen Tatsachen dem sittlichen Gefühl widersprechen — so tief er im übrigen auch persönlich von Mitgefühl mit dem sozialen Elend erschüttert war. Weil der ältere Sozialismus anders gemeint hatte, deshalb nannte ihn Marx den „utopischen Sozialismus" im Gegensatze zu dem wissenschaftlichen und historischen, den er gefunden hat.

c) Die Ausbreitung.

1. Die „Internationale". Das Kommunistische Manifest schließt mit dem Rufe: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" Damit erfüllt Marx die sozialistische

brüderung, die, aus der Aufklärung stammend und gegen Militarismus und Krieg gerichtet, nun von der bürgerlich-radikalen Bewegung auf die proletarische vererbt wird.

Durch die „Internationale Arbeiterassoziation" von 1864 gelingt der erste Zusammenschluß des Proletariates, den Marx mit großem Geschick zustande bringt, indem er alle Richtungen der Arbeiterbewegung vereinigt. Eine rückhaltlose Aufnahme seines eigenen Systemes erlebt er allerdings nur im deutschen Proletariat.

2. Die deutsche Sozialdemokratie. Die proletarische Bewegung beginnt in Deutschland mit Ferdinand Lassalle, der 1863 den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" begründet: seine Ziele sind politisch und sozialistisch, er will allgemeines Wahlrecht und staatlich unterstützte Produktivgenossenschaften. Während Marx den „Zusammenbruch" erwarten will, also die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Richtungen als ein „Aufgeben des Prinzips" verwirft, will Lassalle durch Arbeit im gegebenen Staate zum Ziele gelangen. In der Konfliktszeit scheint sich sogar ein Zusammenwirken zwischen Lassalle und Bismarck anzubahnen; die Gegnerschaft gegen die bürgerliche Fortschrittspartei ist beiden gemeinsam. Denn die liberale Staatsauffassung, die die Tätigkeit des Staates auf die Wahrung der Rechte des einzelnen beschränken will, lehnt nicht nur der preußische Staatsmann ab: auch Lassalle ist erfüllt von der Leidenschaft zur staatlichen Macht, und die Hegelsche Lehre vom Kulturstaat, die gerade in Anschauung des preußischen Staates gewonnen worden war, ist auf diesen Jünger der Hegelschen Philosophie übergegangen. Die Möglichkeit eines sozialen Königtums ist in den Besprechungen, die Bismarck und Lassalle über das allgemeine Wahlrecht und die staatliche Sozialhilfe gepflogen haben, einen Augenblick aufgetaucht.

Nach Lassalles frühem Tode (1864) gelangt die marxistische Lehre, von Liebknecht und Bebel verfochten, mehr und mehr zur Herrschaft: die von beiden gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" vollzieht 1875 im Gothaer Programm ihre Vereinigung mit der Lassalleschen Richtung, und zuletzt formuliert das Erfurter Programm von 1891 ein im streng marxistischen Geiste abgefaßtes Glaubensbekenntnis der Sozialdemokratischen Partei.

Seit 1867 im Reichstage vertreten, schafft die Sozialdemokratie im gesetzlich-parlamentarischen Kampfe die besondere deutsche Form einer Arbeiterbewegung, und dient durch ihre Erfolge den Arbeitern der anderen Länder zum Vorbilde. Daneben werden auch nach englischem Muster die Gewerkschaften ausgebaut mit Unterstützungskassen, mit Ausbildung der Tarifverhandlungen, des Arbeitsvertrages, des Streikrechtes. Zunächst freilich hat die Sozialdemokratie den Kampf mit Bismarck durchzufechten.

3. Das Sozialistengesetz (1878). Der Gegensatz zwischen dem auf Erhaltung der überlieferten Autoritäten bedachten Kanzler und der nach einer Umgestaltung von Staat und Gesellschaft strebenden sozialdemokratischen Bewegung ist so groß, daß es zum offenen Kampfe kommen muß.

Bismarck benutzt zwei gegen den alten Kaiser unternommene Attentate zur Schaffung eines Ausnahmegesetzes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"; die sozialistischen Vereine und Zeitungen werden unterdrückt, im geheimen aber sammeln sich die Anhänger nun erst recht, wie das rasche Anwachsen der sozialdemokratischen Wahlstimmen erkennen läßt.

4. Die soziale Gesetzgebung. Bismarck weiß freilich, daß die soziale Frage durch

nur soll es auf gesetzlichem Wege und im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft geschehen. Dem Manchestertum, dem der Liberalismus in seiner Abneigung gegen alle staatliche Einmischung in die Wirtschaft immer noch huldigte, steht er jetzt, nach seiner Abkehr von den Nationalliberalen, durchaus fern, und eine staatlich gelenkte Sozialpolitik mußte zudem das Ansehen und den Aufgabenkreis des Staates mehren. Der „Verein für Sozialpolitik", 1872 von Lehrern der Nationalökonomie, den sog. „Kathedersozialisten" begründet, hat die öffentliche Meinung vorbereitet, indem er die Lage der Arbeiterbevölkerung darlegt und aus menschlichen, nationalen und religiösen Gründen die Einengung der wirtschaftlichen Freiheit fordert, weil sie den Schwachen noch elender, den Mächtigen noch mächtiger mache. Christlich-soziale Bewegungen helfen, die geistige Alleinherrschaft des Manchestertums zu durchbrechen:

1. Die katholische Richtung, von dem Mainzer Bischof Ketteler vorbereitet, versteht es, einen großen Teil der Arbeiterschaft in den „christlichen Gewerkschaften" zu sammeln und politisch für das Zentrum zu gewinnen; dazu kommen die Gesellenvereine, die Kolping — ein Geistlicher, der selbst einst wandernder Handwerksbursche gewesen war — begründet hat, ferner weite, ganz Deutschland umspannende Organisationen der katholischen Caritas und der Volksbildung, die als Mittel zur Lösung der sozialen Frage begründet werden, weil man die soziale Frage nicht nur als „Messer- und Gabelfrage", sondern als eine in erster Linie ethische Frage zu begreifen lernt. Dem alten Orden erwachsen in der Not der neuen Zeit umfassende Aufgaben.
2. Die evangelisch-soziale Bewegung knüpft an den Geist praktischen Christentums an, wie er in Theodor Fliedner und Johann Heinrich Wichern lebendig geworden ist; beide wurden in ihrer Arbeit als Seelsorger ergriffen von dem Elend der Ärmsten, und sie kamen zur Erkenntnis, daß der letzte Grund aller Not im Mangel an lebendigem Glauben bestehe und daß daher alle leibliche Hilfe in Krankheit und Armut nur im Geiste christlicher Liebestätigkeit möglich sei. Theodor Fliedner ist der Schöpfer der Diakonissenanstalten, deren erste er 1836 in Kaiserswerth errichtete. Eine ganze Stadt erwuchs dort im Laufe der Zeit aus Schulen, Rettungshäusern und Heilanstalten; über ganz Deutschland und darüber hinaus verbreiteten sich die Mutterhäuser der Diakonissen. 1848 gibt Fliedner auf dem Kirchentag zu Wittenberg den Anstoß zur Begründung der „Inneren Mission", so genannt zum Unterschied von der äußeren oder Heidenmission; hier werden alle Tätigkeiten, die auf Beseitigung geistiger und leiblicher Not innerhalb der protestantischen Gemeinschaft gerichtet sind, zusammengefaßt, ohne daß aber darunter die freie Tätigkeit der Gemeinden leiden soll. Johann Heinrich Wichern hat 1833 bei Hamburg das „Rauhe Haus" (eigentlich = Ruges Haus, nach dem früheren Eigentümer des Gebäudes) gegründet, eine Erziehungsanstalt, in welchem die Kinder in „Familien" zusammengefaßt sind unter einem „Oberhelfer". Später hat Wichern für die Reform des Gefängniswesens und für die Einrichtung der „Stadtmissionen" in den Großstädten gewirkt. An diese beiden Vorbilder, Fliedner und Wichern, knüpfte schließlich Pfarrer Bodelschwingh an, als er seit 1872 in Bethel bei Bielefeld Anstalten für alle Zweige der Inneren Mission aus freiwilligen Gaben erbaute und sie zu einer Gemeinde zusammenschloß. Die Übertragung dieses Geistes evangelischer Liebestätigkeit auf die sozialpolitische Arbeit geschieht durch Hofprediger Stöcker; so wurde auch auf diesem Wege die neue, ethische Auffassung vom Staate und seinen Aufgaben verbreitet.

Die öffentliche Meinung ist also vorbereitet, als 1881 eine „kaiserliche Botschaft" ergeht, die staatliche Schutz- und Fürsorgemaßnahmen ankündigt. Das Krankenversicherungsgesetz von 1883 bestimmt die Errichtung von öffentlichen korporativen Verbänden mit Krankenkassen zur Zahlung von Krankheitskosten und Krankengeldern; ergänzt

des Heilverfahrens und einer Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit, und 1889 durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz mit Zahlung einer Rente. Die Mittel sind zum Teil von den Arbeitgebern, zum Teil von den Arbeitnehmern aufzubringen, während das Reich große Zuschüsse leistet. Gesetze über den Arbeiterschutz in den Betrieben werden gleichzeitig erlassen.

Weit umfassender und großzügiger als einst die soziale Gesetzgebung Napoleons III. in Frankreich war diese deutsche Gesetzgebung durchgeführt. Aber sie war doch auch darin bezeichnend für die deutschen Verhältnisse, daß die Selbsthilfe, der Grundgedanke der englischen Arbeiterbewegung, in Deutschland nicht bestimmend war: Staat und Bureaukratie entwarfen das ganze Werk, leisteten große Beihilfe, behielten die obrigkeitliche Leitung, erweiterten ihre Autorität, konnten die Grenzen des Werkes bestimmen und verfolgten zur gleichen Zeit die vorhandene selbständige Arbeiterbewegung, die dadurch immer mehr in ihre besondere Rolle einer parlamentarischen Opposition gedrängt wurde. Aber trotz dieser schwierigen Verhältnisse vermochte die Gewerkschaftsbewegung dennoch im Laufe der Zeit festen Boden zu gewinnen, die Arbeitermassen zur Selbsthilfe und zur politischen Disziplin zu erziehen und in den Gewerkschaftssekretären eine neue Schicht politischer Führer heranzubilden.

II. Bismarcks Politik der Bündnisse.

Die Begründung des Reiches durch Bismarck war eine Tat der auswärtigen Politik: zwischen den alten Mächten war Preußen emporgeführt worden, und diese Machtentfaltung hatte auch im Innern die widerstrebenden Kräfte bezwungen. Es lag Bismarck ferne, die Bahn der Machterweiterung auch künftig zu verfolgen: in seinen Augen war Deutschland „saturiert", und das Ziel seiner Politik blieb von nun an, der neuen Großmacht die erworbene Stellung im Kreise der europäischen Staaten zu wahren. Die Grundtatsache des neuen Reiches war für ihn die Lage in der Mitte des Kontinentes, mit den offenen Grenzen im Osten und Westen. So beunruhigte ihn unaufhörlich die Möglichkeit feindlicher Koalitionen, es war „le cauchemar des coalitions", wie der russische Staatsmann Schuwalow zu ihm sagte. Deshalb wollte er Bündnisse schaffen, um Bündnisse zu verhindern. So rechnete er mit den Kräften und Stimmungen Europas. Daraus ergibt sich das Bild seiner auswärtigen Politik (Qu. I 16/17).

1. Der Revanchegedanke in Frankreich. §§ 54

In dem Spiel der Mächte hat Frankreich von nun an seine bestimmte, in allen Veränderungen der Weltlage gleichbleibende Stellung: die historische Gegnerschaft Frankreichs gegen Österreich ist auf das neue Reich übergegangen. Frankreich will die militärische Demütigung durch einen neuen, siegreichen Krieg wieder ausgleichen; es will das verlorene Land zurückgewinnen, den unvergessenen Weg nach dem Rheine und zur prépondérance légitime Ludwigs XIV. wieder beschreiten. Gambetta gibt die Parole: „Nie davon sprechen, immer daran denken."

Die neue bürgerlich-republikanische Regierung hat zuerst große innere Schwierigkeiten zu überwinden: der sozialistische Aufruhr der Pariser „Commune" muß niedergeschlagen werden, die Royalisten erringen die Mehrheit, berufen den Marschall Mac Mahon zum Präsidenten, und der Versuch einer Aufrichtung des bourbo-

des Grafen von Chambord, der sich zur Annahme der „Trikolore", also des konstitutionellen Königtums nicht verstehen will. Aber die Republik festigt sich; sie bewirkt die rasche Abzahlung der Kriegsschuld und dadurch den vorzeitigen Abmarsch der Besatzung; sie gibt sich 1875 eine parlamentarische Verfassung; sie erkämpft, um die künftige Generation für die Republik zu gewinnen, die Einführung der kostenlosen, obligatorischen, konfessionslosen Volksschule (Qu. II 133, I).

Bismarck war das Erstarken der Republik in Frankreich nicht unangenehm. Er glaubte, eine Republik werde den Frieden bewahren müssen, weil für sie ein siegreicher General immer eine Gefahr bedeuten werde, und weil die Republik infolge des häufigen Wechsels ihrer Lenker bündnisunfähig sei.

Zunächst bleibt Frankreich isoliert, die erhoffte réparation par le droit wird immer unwahrscheinlicher, und der Betätigungsdrang der Nation wendet sich kolonialen Zielen zu (Qu. II 133, II 1). Tunis wird 1881 unter französisches „Protektorat" gestellt, im Kriege gegen China wird das Protektorat über Anam und Tongking errichtet, in Madagaskar und am Kongo fassen die Franzosen Fuß. Bismarck begünstigt diese koloniale Ablenkung von dem Revanchegedanken, zumal sie Frankreich in Schwierigkeiten mit England bringt. So gelingt es Bismarck durch vielfache diplomatische Mittel, den Revanchekrieg unmöglich zu machen; den Gedanken an einen Präventivkrieg von deutscher Seite lehnt er ab, obwohl Moltke ihn 1875 befürwortet hat.

2. Die Dreikaiserverständigung (Qu. I 16/17, I b). [§ 55

a) Die Erhaltung von Frankreichs Isolierung erstrebt Bismarck besonders im Hinblick auf Rußland; schon frühe beschäftigt ihn die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, bedarf es daher auch Rußland gegenüber einer immer feiner ausgebildeten staatsmännischen Kunst.

Die Freundschaft mit Rußland war die feste Grundlage der preußischen Politik seit dem Befreiungskriege; sie war begründet in der Gemeinschaft der Interessen, der dynastischen Beziehungen wie der konservativen Staatsform. Auch Bismarcks Reichsschöpfung ruhte auf diesem Grunde.

b) Bismarck pflegt dieses Einverständnis auch weiterhin und verstärkt es durch Hinzuziehung Österreichs (1872). Zum formellen Abschluß eines Bündnisses ist es aber nicht gekommen.

So wurde durch diese Dreikaiserverständigung die Gefahr von Deutschlands Mittellage beseitigt; die zentrale, „auf drei Angriffsfronten offene Lage Deutschlands" war nach Bismarcks eigenen Worten auf zwei Fronten gedeckt. Das Ziel des Einverständnisses aber war die Erhaltung des status von 1871, es war also ausschließlich defensiv und gegen Frankreichs Revanchestimmung gerichtet. Daß es zugleich an die heilige Allianz und ihren antifranzösischen und antirevolutionären Geist gemahnte, war für Bismarck eine willkommene Stütze, keineswegs aber Selbstzweck. Die Schwäche des Bundes blieb freilich der Gegensatz seiner zwei Teilnehmer im Orient, und dieser verstärkte sich immer mehr infolge der panslawistischen Bewegung.

3. Der Panslawismus und der Russisch-Türkische Krieg von 1877/78. [§ 56

Geistig vorbereitet durch große Schriftsteller wie Dostojewski, erhebt sich die Rassenbewegung des Slawentums und erstrebt eine Vereinigung aller Slawen unter Führung des Zaren. Sie nennt sich panslawistische Bewegung, hat in Rußland ihre eigentliche Heimat und dient zugleich auch den Zwecken der russischen Macht, indem sie die alten Weltziele der russischen Politik durch die elementare Wucht einer gewaltsamen Rassenbewegung erzwingen will. Der Weg zeigt nach dem Atlantischen Ozean, nach Konstantinopel, nach Indien: der binnen-

die germanische Welt durch eine Völkerflut aus dem Osten gefährdet. Zunächst bedroht diese Bewegung das habsburgische Reich, sucht es von innen heraus zu sprengen und außen in weitem Bogen zu umspannen und zu zerdrücken. Aus Deutschland ausgeschlossen und auf den Osten verwiesen, muß Österreich sich gegen Rußland behaupten, und Bismarck weiß, daß Österreichs staatlicher Bestand zur Erhaltung Europas und seines Gleichgewichtes notwendig ist: auch darum hat er ehemals das besiegte Österreich so milde behandelt.

Neben Österreich ist die Türkei bedroht. Serbien und Montenegro, bis dahin türkische Vasallen, erheben sich, von Rußland unterstützt, gegen den Sultan; der Russisch-Türkische Krieg von 1877/78 endet mit einem vollen Siege Rußlands.

Vor den Toren von Konstantinopel diktiert Rußland den Frieden von St. Stefano. Serbien, Montenegro und Rumänien werden erweitert und für unabhängig erklärt, Bulgarien soll zu tributpflichtigem, aber selbständigem Fürstentum erhoben werden: die europäische Türkei ist fast völlig verschwunden. Rußland erhält große Gebiete in Asien und läßt sich von Rumänien Bessarabien geben, das dafür die Dobrudscha von der Türkei erhält. Aber England und Österreich widersprechen und rüsten: es droht ein Weltkrieg. Da gelingt es Bismarck, die streitenden Parteien zu bewegen, daß die Frage einem europäischen Kongreß vorgelegt werde.

4. Der Berliner Kongreß (1878) (Qu. I 16/17, I c). [§ 57

In Berlin treten die Staatsmänner der Großmächte unter Bismarcks Vorsitz zusammen und beraten über die Lage, die durch Rußlands Siege geschaffen ist. Und wiederum, wie schon so oft, rettet die Eifersucht der Großmächte den „kranken Mann": der Landzuwachs Rußlands und der Balkanstaaten wird durch den Kongreß stark beschnitten. Um England und Österreich für die Erweiterung der russischen Machtsphäre zu entschädigen, wird ersteres in dem Besitze von Cypern **1878** bestätigt, das es sich soeben von der Türkei hat geben lassen; letzterem wird die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina übertragen, wo die Aufstände zuerst ausgebrochen sind und die türkische Mißwirtschaft in der Tat sehr schlimm gewesen ist.

Zum ersten Male war es, daß in Berlin ein solcher Kongreß stattfand; ehedem hatte sich Europa in Wien (1814/15) oder Paris (1856) versammelt. Bismarck war zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt worden, ein Zeichen für die hohe Anerkennung, die er und sein Reich sich im Rate Europas errungen hatten. Er dachte nicht daran, den Schiedsrichter zu spielen und zur Durchführung des Spruches die deutsche Macht zu berufen, sondern er suchte sich als „ehrlicher Makler" zu betätigen. Denn er war der Ansicht, daß Deutschland an orientalischen Fragen uninteressiert sei — entsprechend der noch ausschließlich kontinentalen Einstellung seiner Politik. Zugleich jedoch sah er auch deutlich, daß Rußland, wenn es auf dem beschrittenen Wege bestärkt wurde, nicht nur der Türkei, sondern auch Österreich ans Leben gehen werde: dann aber wäre auch Deutschland durch das riesenhafte Anwachsen Rußlands in eine bescheidene kontinentale Stellung gedrängt worden. Die Dreikaiserverständigung war also über dem russisch-österreichischen Gegensatz in die Brüche gegangen. Bismarck sah, daß er nicht für Rußland allein sich entscheiden durfte; denn Rußland saß nach Bismarcks Worten „am längeren Arm des Hebels", es wurde also niemals durch die Folgen eines französisch-deutschen Zusammenstoßes berührt, konnte aber Deutschland leicht in die Ziele der russischen Politik einspannen. Bismarck mußte also, obwohl ein Bund mit Rußland materiell stärker gewesen wäre, dennoch auf Österreichs Seite treten, wollte er nicht isoliert werden und wollte er nicht Gefahr

daß er den Bund mit Österreich schließen mußte, ohne doch zugleich dadurch die offene Gegnerschaft Rußlands und also einen französisch-russischen Bund und eine Abhängigkeit Deutschlands von Österreich hervorzurufen. Meisterhaft hat er diese Aufgabe durchgeführt.

5. Der Dreibund. [§ 58

a) Das deutsch-österreichische Bündnis. Unmittelbar nach dem Berliner Kongreß setzen die Unterhandlungen zwischen Bismarck und dem österreichisch-ungarischen Außenminister Andrassy ein, die schon 1879 zum Abschluß des Bündnisses führen. Beide Mächte verpflichten sich, bei einem Angriffe Rußlands einander Hilfe zu leisten, bei dem Angriff einer andern Macht wohlwollende Neutralität zu beobachten, bei einer Unterstützung der angreifenden Macht durch Rußland sich sofort gegenseitig zu helfen (Qu. I 16/17, I d).

Das Bündnis war in Deutschland und Österreich von Anfang an sehr volkstümlich. Es erschien als Erfüllung der deutschen Geschichte nach der notwendigen, aber bedauerlichen Trennung von 1866; es erschien als die späte Rechtfertigung von Friedrich Lists Gedanken der mitteleuropäischen verkehrsgeographischen Einheit von Rhein, Elbe und Donau, und es erschien als die Ausführung jenes Programms von 1848, das dem „engeren Bunde" einen „weiteren Bund" hinzufügen wollte. In Bismarcks Augen waren solche Erwägungen eine erfreuliche Ergänzung zu der Gemeinschaft der Interessen, auf die er das Bündnis gegründet, und darum konnte er andererseits die persönlichen Bedenken des Kaisers, die ihn an Rußland ketteten, angesichts der staatlichen Notwendigkeit nicht gelten lassen. Freilich erreichte Bismarck nicht alle Garantien für das Bündnis, die ihm wünschenswert schienen. Sein Vorschlag, daß der Vertrag durch die Parlamente der vertragschließenden Reiche in die Verfassungen aufgenommen werde, wurde nicht angenommen, auch sprach das Bündnis nur von einer Gemeinschaft gegen Rußland: eine direkte Garantie des deutschen Besitzes von Elsaß-Lothringen war von Österreich durch den Vertrag nicht übernommen. Bismarck war sich also darüber klar, daß das deutsch-österreichische Bündnis allein für Deutschland niemals genügen könne, indem Österreich in diesem Bunde übermächtig wurde, sobald Rußland und Frankreich sich einmal zusammenfinden sollten. Deshalb fügt er dem deutsch-österreichischen Bündnis eine Ergänzung an, nämlich:

b) Die Politik der Rückversicherung, indem er dafür sorgte, daß der „Draht nach Petersburg" nicht abriß. In der Tat glückt es ihm, Panslawismus und Revanchegeist auseinanderzuhalten, so sehr sie auch zur Umfassung Deutschlands zusammenstreben. Deshalb wird der deutsch-österreichische Vertrag zunächst geheimgehalten, ja es gelingt sogar nochmals 1881, einen deutsch-österreichisch-russischen Vertrag zustande zu bringen und 1887 mit Rußland ein geheimes Neutralitätsversprechen für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland und eines österreichischen auf Rußland — „Rückversicherungsvertrag" nennt es Bismark — zu verabreden. Rußland wird für diese Politik gewonnen, weil es Asiens wegen Rückendeckung gegen England braucht (Qu. I 16/17, I f).

Die Größe dieser Politik bestand darin, daß Rußland von einem Bunde mit Frankreich ferngehalten wurde und daß Deutschland, gestützt auf das Bündnis mit Österreich, diese Abwendung des Zweifrontenkrieges nicht mit einer Preisgabe an Rußland zu bezahlen brauchte. Eine Schwäche dieser „elastischen"

1. Die österreichisch-russische Feindschaft wird immer schärfer, je weniger sich die Balkanstaaten mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses zufrieden geben wollen. Der Kampf zwischen Serben und Bulgaren, von denen keiner dem andern eine Vergrößerung gönnt und wobei die Serben die Unterstützung Rußlands erhalten, führt 1887 hart an die Schwelle des Weltkrieges, bei dem die Mächte für Rußland oder Österreich sich zu entscheiden gezwungen gewesen wären; Frankreich ist bereit, an den Balkanwirren den Revanchekrieg zu entzünden. Bismarck gelingt die Verständigung mit dem Zaren durch förmlichen Abschluß der „Rückversicherung". Denn Rußland weigert sich zwar, das Dreikaiserverhältnis, das 1884 nochmals verlängert worden war, abermals zu erneuern; aber mit Deutschland allein will es sich doch verständigen, und so führt die Rückversicherungspolitik jetzt zu einem eigentlichen Vertrage, und Bismarck kann jetzt sogar es wagen, das deutsch-österreichische Bündnis zu veröffentlichen — mit jener berühmten Reichstagsrede, in der er den friedlichen Charakter seiner Politik betont und die dauernde Bedrohung durch Frankreich kennzeichnet, und dann bekennt: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt." Seit 1887 ist es indessen offenbar, daß das unmittelbare oder mittelbare Zusammenarbeiten der drei Kaiserreiche durch die österreichisch-russische Gegnerschaft unmöglich wird. Die entscheidende Grundtatsache, mit der alle künftige Politik rechnen muß, ist also von nun an, daß der deutsch-österreichischen Freundschaft die österreichisch-russische Feindschaft gegenübersteht.

2. Die österreichischen Machtmittel können freilich keinen Ersatz für die russischen bieten, keinen Vergleich mit ihnen aushalten. Österreichs Schwäche bleibt nach wie vor die Vielheit der Nationalitäten. Zwar ist 1867 im Gefolge der Niederlage der Ausgleich mit Ungarn zustande gekommen, wodurch den Ungarn ihre alten, durch die Revolution von 1848 verwirkten Rechte zurückgegeben und ein aus Cisleithanien und Ungarn bestehendes, konstitutionelles Doppelreich geschaffen worden ist — mit militärischer, diplomatischer und handelspolitischer Einheit, mit Reichsministerium und Reichsvertretung. Aber gerade dieses Zugeständnis der dualistischen Verfassung an die Magyaren entfesselt das Streben der Tschechen, Polen und Südslawen nach ähnlicher Stellung, und immer größere Zugeständnisse werden ihnen gemacht; es beginnt in Böhmen die Verdrängung der Deutschen in Schule und Verwaltung, es kommt zur Vernichtung der Selbstverwaltung der Siebenbürger Sachsen durch die Magyaren. Indem nun Deutschland unter diesen Umständen mit Österreich sich verbündet, ergeben sich daraus zwei wesentliche Folgen:

a) Deutschland wird an dem Bestande der dualistischen Verfassung interessiert. Indem aber die Ungarn infolge der nationalen Zerklüftung Cisleithaniens die eigentliche Macht in diesem Doppelreiche besitzen, so kommt es zu einem deutsch-ungarischen Zusammenwirken, das seinen persönlichen Ausdruck gefunden hat in der Tatsache, daß Bismarck und der Magyare Andrassy den Vertrag von 1879 abgeschlossen haben. Im Hintergrunde dieser ganzen Konstellation steht die schon 1866 zum Ausdruck gebrachte Überzeugung Bismarcks, daß der Bestand der Donaumonarchie für die Ruhe Europas und die Sicherheit Deutschlands notwendig sei. Daraus ergibt sich, daß Bismarck auch weiterhin jeden großdeutschen Gedanken ablehnt. Das Bündnis von 1879 sichert die Habsburger vor einer großdeutschen Erhebung, sie brauchen auf die Deutschen in den Randgebieten jetzt keine Rücksicht mehr zu nehmen.

b) Vor allem bedeutet diese fortschreitende nationale Zerklüftung unter magyarischer Vorherrschaft eine Unsicherheit im Hinblick auf die militärische und politische Zuverlässigkeit der Donaumonarchie, und doch ist das Bündnis von 1879 gerade auf diese dualistische Verfassung gebaut.

c) Das Bündnis mit Italien (1882) (Qu. I 16/17, I e). Bismarck er-

die „Rückversicherung" unter Umständen wertlos sein mußte. Deshalb stellt er dem System der „Rückversicherung" für den Fall seines Versagens ein anderes System zur Seite, indem er das Bündnis mit Österreich durch Italiens Beitritt zu einem Dreibund erweitert.

Italien wird zum Beitritt bewogen, als Frankreich 1881 Tunis an sich gerissen hat, das die Italiener als ihr Vorland und Auswanderungsgebiet in Aussicht genommen haben. Nach dem Vertrage gilt ein Angriff Frankreichs auf Italien als casus foederis für die beiden anderen Partner. Im gleichen Falle erhält Deutschland Italiens, aber nicht Österreich-Ungarns Hilfe. Der Angriff seitens einer anderen Großmacht ist nicht etwa als casus foederis festgesetzt, jedoch soll alsdann wohlwollende Neutralität beobachtet werden. Gesellt sich noch eine zweite Großmacht zu dem Angreifer, so gilt unter allen Umständen volle Solidarität in Krieg und Frieden. Italien erhält also doppelte Sicherung gegen seinen Hauptfeind, Italien ist also der meistbegünstigte Vertragsteil.

Wenn Bismarcks Absicht mit dem österreichischen Bündnis dahin zielte, einen russischen Angriff unmöglich zu machen, so richtete sich dagegen der Bund mit Italien gegen Frankreich — für den Fall eines russisch-französischen Angriffes. Italien sollte Ersatz bieten, wenn Rußland abfiel. Neben die Kombination der Ostmächte trat also die des erweiterten und verstärkten Mitteleuropa, fast im Sinne des alten heiligen römischen Reiches. Aber die Schwächen des Dreibundes waren dreifach:

1. Es bestanden große unausgeglichene Gegensätze zwischen Italien und Österreich, noch aus der Zeit der nationalen Abrechnung. Die Italiener betrachteten das „Trentino" — das tief nach Süden vordringende habsburgische Südtirol mit der Stadt Trient und mit einer starken italienischen Bevölkerung — als eine „Irredenta", als ein unerlöstes Italien. Auch durch ihr Streben nach dem vollen Besitze der Adria tasteten sie habsburgisches Staatsgebiet an und bedrohten Triest, den einzigen Hafen Österreichs. Wenn sie das Adriatische Meer zu einem „mare interno", einem „mare nostro" machen wollten, erhob sich für Österreich die Gefahr, daß auch bei einer erfolgreichen Verteidigung von Triest dennoch der Ausgang ins Mittelmeer verriegelt wurde. Alle diese Gegensätze waren zurückgestellt, aber unlösbar.

2. Zwar war Frankreich Italiens „natürlicher Nebenbuhler" im Mittelmeer; aber es war ungewiß, ob im gegebenen Augenblick die Bluts- und Kulturverwandtschaft nicht dennoch stärker sein werde. Hatte doch 1870 Garibaldi den Franzosen ein Freikorps zugeführt, obwohl er als ein Sohn der Stadt Nizza schwer daran trug, daß die Waffenhilfe der Franzosen ehedem mit der Teilung der Riviera hatte bezahlt werden müssen.

3. Der Dreibund war gegründet worden mit Einverständnis Englands, das Frankreichs afrikanische Pläne beargwöhnte, dem aber der Zustand gerade recht war, daß Italiener und Franzosen sich in die engste Stelle des Mittelmeeres teilten, — die einen in Sizilien, die anderen in Tunis saßen. Der Vertrag sprach deshalb ausdrücklich aus, daß er in keinem Falle gegen England Geltung besitze; denn Italien war von den das Mittelmeer beherrschenden Engländern abhängig, weil seine Küsten offen liegen und die Bahnen an der Küste entlang ziehen. Der Dreibund mußte also wertlos sein, wenn Englands Stellung einmal sich wandelte. Um ein gutes Einvernehmen mit England hat Bismarck sich stets bemüht.

So war es das Ergebnis einer großen Staatskunst, daß England am Dreibunde interessiert wurde, wie Rußland in die deutsch-österreichische Verbindung hingezogen war: der Dreibund war ein „kunstvolles mitteleuropäisches Gewebe zwischen Rußland im Osten und Eng-

6. Bismarcks Kolonialpolitik. [§ 59

So sehr Bismarck auch überzeugt war, daß die Sicherheit des neuen Reiches ausschließlich in der geschickten Ausnutzung der kontinentalen Beziehungen beruhte, so lernte er doch im Laufe der Zeit den Wert kolonialer Erwerbungen schätzen. Einst, in den Tagen der Hanse, waren die Deutschen das führende Kolonialvolk gewesen; aber die Schwäche des alten Reiches hatte dann bewirkt, daß sie aus allen ihren Niederlassungen gedrängt worden waren und an der Kolonisation des Entdeckungszeitalters und der folgenden Jahrhunderte keinen Anteil hatten nehmen können. So war es gekommen, daß der große Bevölkerungsüberfluß, über den die Deutschen verfügten, anderen Mächten zugute gekommen war, in deren Gebiete sich der Strom der deutschen Auswanderer ergoß. Nach Südungarn war in den Zeiten Maria Theresias und Josephs II. der große Schwabenzug dem Rufe der germanisierenden Habsburger gefolgt; nach Südrußland waren in der napoleonischen Zeit viele Auswanderer gezogen. Vor allem aber hatte Nordamerika die deutschen Auswanderer aufgenommen. Hierher waren die Pietisten und Kalvinisten vom Rhein und aus der Pfalz gekommen, als ihnen das ausgehende 17. Jahrhundert religiöse Verfolgungen und Kriegsleid gebracht hatte. Dann waren im 19. Jahrhundert zahllose Scharen hinübergegangen, besonders aus solchen süd- und westdeutschen Gegenden, wo die Dürftigkeit des Bodens keine Güterteilung mehr gestattete und jede Mißernte furchtbare Not erzeugte. Auch hatte das Sturmjahr 1848, unmittelbar nach dem Scheitern aller Hoffnungen, die Besiegten hinübergetrieben über das Meer; es waren die eigentlichen „Europamüden" der Geschichte, die in der neuen Welt die Freiheit und natürliche Ordnung suchten, die sie im alten Europa vergebens zu verwirklichen gestrebt hatten. Viele dieser Auswanderer hatten sich zwar ihr Volkstum in bewundernswerter Kraft bewahrt, aber das 19. Jahrhundert mit seinem erstarkenden staatlichen und nationalen Willen empfand den Verlust. So erhob zuerst Friedrich List im Gegensatze zu dem wirtschaftlichen Liberalismus der Zeit die Forderung, daß der Staat die armen Leute nicht einfach nur ins Ausland befördern dürfe, sondern daß er die Auswanderung nach nationalen Gesichtspunkten leiten und eigene Kolonien gründen solle, um dem Heimatlande Gewinn und Vorteil höherer Art aus dem Verlust der Einwohner zu verschaffen und dem werdenden Industriestaate den Weg zu den Rohstoffen zu bahnen. Aber das Ziel war freilich vor Begründung des Reiches allzu ferne.

Im neuen Reiche gehen wagemutige Kaufleute mit der Schaffung von überseeischen Niederlassungen voran. Vor allem in Afrika betätigt sich der Unternehmungsgeist des deutschen Kaufmannes, nachdem die deutsche Afrikaforschung mit der wissenschaftlichen Erschließung des „dunklen Erdteiles" längst vorangegangen: bis über die Jahrhundertmitte zurück reichen die Forschungsreisen von Heinrich Barth; ihm schließen sich Schweinfurth und Wissmann, Emin Pascha und Gustav Nachtigal an. Rasch folgen hier die kaufmännischen Niederlassungen. 1883 wird Lüderitzbucht erworben; bald wird es ausgedehnt und als Deutsch-Südwestafrika unter den Schutz des Reiches gestellt. 1884 wird die deutsche Flagge gehißt am Golfe von Guinea und so der Grund zu den Kolonien Togo und Kamerun gelegt. 1885 werden die von Karl Peters durch Verträge mit den Einwohnern gewonnenen ostafrikanischen Gebiete unter den Schutz des Reiches gestellt. Ähnliches geschieht in der Südsee, wo auf Neuguinea der von einer deutschen Handelsgesellschaft in Besitz genommene Teil Kaiser-Wilhelm Land genannt wird, die

Es waren Gebiete, die dem Heimatlande für den Rohstoffbezug wichtig werden konnten, deren Nutzungswert aber erst entwickelt werden mußte. Für die Auswanderung waren sie wenig geeignet: gerade die 80er Jahre sahen nochmals eine Massenauswanderung nach Nordamerika, diesmal aus den ostelbischen Gebieten, wo das bestehende Bodenrecht die überflüssigen Landarbeiter zur Auswanderung zwang. Laut waren daher in der Heimat die Stimmen der Zweifler am Werte der Kolonialpolitik. Bismarck selbst beschritt den Weg, da er sich einmal darbot: er löste die mancherlei Schwierigkeiten, die England machte, beseitigte auch — durch die Einberufung der Kongokonferenz (1885) — den drohenden Streit um das Kongogebiet, das König Leopold II. von Belgien als geschäftiger Privatunternehmer in Besitz genommen hatte und das er später für den Fall seines Todes dem belgischen Staate überläßt. Ein „Kolonialmensch" wurde Bismarck trotz allem nicht; dauernd blieb seine Abneigung gegen Kronkolonien, er gewährte lediglich den deutschen wirtschaftlichen Interessen den nachgesuchten Schutz und nahm die Kolonien als „Schutzgebiete" auf, die im übrigen von den kaufmännischen Firmen verwaltet wurden, wie es einst bei den ostindischen Kompagnien des 17. und 18. Jahrhunderts der Fall gewesen war. Auch war Bismarck nach wie vor auswanderungsfeindlich, weil er in den zahlreichen „Landflüchtigen" ein Ergebnis sozialer Unzufriedenheit und eine Gefahr für Wirtschaft und Heer der Nation erblickte; daher auch die Bestimmung der Reichsverfassung, wonach der Auswanderer nach zehn Jahren die Staatsangehörigkeit verlor. So war Bismarcks Abneigung gegen weitausgreifende Kolonialpolitik persönlich und zeitgeschichtlich anders begründet als die koloniale Abneigung des wirtschaftlichen Liberalismus; aber seine Zurückhaltung hat ihn doch nicht an großen Erfolgen auch auf diesem Gebiete gehindert.

Jedoch auch diese Erfolge ändern nichts an der Tatsache, daß der große Kanzler Deutschland als „saturiert" betrachtete und daß er außerhalb Europas keine deutschen Lebensinteressen fand. Die Meisterschaft seiner Politik beruhte durchaus in ihrer kontinentalen Begrenzung: Deutschlands Mittellage in Europa blieb ihm die Grundtatsache der deutschen auswärtigen Politik, und um die Nachteile dieser Stellung auszugleichen, schuf er das kunstvolle, stets in Gleichgewichtslage gehaltene System seiner Bündnisse. Bismarck kannte die schwierigen Aufgaben, die dieses System an den leitenden Staatsmann stellte, sehr wohl, und auch die Schwächen seiner einzelnen Bündnisse waren ihm nicht verborgen. Aber bei der offenen Lage Deutschlands war jeder Schritt mit Gefahr verbunden, und unendliche Aufmerksamkeit blieb in jedem Augenblicke der politischen Entwicklungen nötig. So ist Bismarck mutig und meisterhaft zwischen den Klippen hindurchgesteuert und hat für Deutschland die Aufgabe gelöst, kein Sklave fremder Ziele zu werden und doch auch nicht zu vereinsamen. Freilich wuchsen die Schwierigkeiten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, und bald mußte der kontinentale Rahmen gesprengt werden. Es wurde nun Deutschlands Schicksalsfrage, ob die nach Bismarck emporkommende Generation die neuen Probleme der Weltpolitik bewältigen werde, und ob sie gleichzeitig für die alten Sorgen der kontinentalen Machtverteilung, die eben durch die Weltpolitik immer noch schwieriger werden sollten, eine neue Lösung finden werde — eine Lösung im Bismarckischen Sinne, also ohne

E. Das Zeitalter des Imperialismus.

1890 Der „Neue Kurs" — Helgoland
1891 *Enzyklika Rerum novarum*
1892 Zweijährige Dienstzeit für Fußtruppen
1894 Französisch-russischer Zweibund
1895 Einkommensteuer in Preußen — Kaiser-Wilhelm-Kanal
1896 Schlacht von Adua
1898 Faschoda — Bismarcks Tod
1899—1902 Burenkrieg
1900 Feldzug gegen China — **Flottengesetz** — *BGB.*
1901 Chamberlains letzter Bündnisvorschlag
1902 Bagdadbahn — Zolltarif — Englisch-japanisches Bündnis
1904 Englisch-französische Entente
1904/5 Russisch-japanischer Krieg
1905 Mittellandkanal — Norwegens Selbständigkeit — 1. Marokkokrisis
1907 Englisch-russische Entente
1908 Annexion von Bosnien — Die zweite Marokkokrisis
1912 Die große Balkankrisis — Die Mission Haldanes
1913 Dreijährige Dienstzeit in Frankreich

I. Der Ausbau des britischen Weltreiches.

1. Liberalismus und Weltpolitik. §§ 60

Wenn die liberale Weltanschauung seit den großen Reformgesetzen die englische Politik beherrschte, so entsprach dies den besonderen Interessen des englischen Industriestaates. Denn dieser brauchte in Wirtschaft und Staat die Beseitigung aller überlieferten Bindungen, und er war zudem in der konkurrenzlosen Stellung, in der er sich den jüngeren Industrieländern gegenüber befand, aufs lebhafteste daran interessiert, daß der Freihandel und die hinter ihm stehende Weltanschauung auch die anderen Völker erfüllte. Die Propaganda der Freiheit blieb weiterhin, wie seit der napoleonischen Zeit, ein Mittel der englischen Weltpolitik; England wurde ein Asyl aller politischen Flüchtlinge des Kontinents. Auch Kanada gegenüber wurde durch die Gewährung der Selbstverwaltung und einer parlamentarischen Verfassung ein laissez faire geübt. Selbst in der auswärtigen Politik konnte England in dieser Periode den liberalen Grundsätzen des Friedens und der Freiheit sich wenigstens nähern; denn auch unter den Großmächten stand England seit der Niederwerfung Napoleons konkurrenzlos da. Es hatte sich von der heiligen Allianz ferngehalten und lebte in einer splendid isolation. Freilich war die alte Machtpolitik der vergangenen Jahrhunderte nicht erloschen und wurde angewendet,

tige Gegensätze hin; der Aufstand Ostindiens — hervorgerufen durch Steuerdruck, Erpressung und durch die vom Freihandel begünstigte Vernichtung des indischen Textilgewerbes — wurde grausam niedergeworfen und Indien aus dem Besitze der Kompagnie in die Regierung des Staates übergeführt (1858). Im ganzen aber bestand jener enge Bund zwischen der liberalen Weltanschauung und der englischen Staatskunst, der in Gladstone seine Vollendung erfuhr.

Gladstone, der im Zeitalter der deutschen Reichsgründung die englische Politik leitet, enthält sich jeder Einmischung, obwohl die Schwäche des alten Bundesgenossen Österreich und die Erhebung eines kräftigen Deutschland den Engländern nicht angenehm ist und obwohl noch Gladstones Vorgänger Palmerston nur durch das meisterhafte Spiel Bismarcks davon abgehalten worden ist, die Festsetzung Preußens an der See, in Schleswig-Holstein zu verbieten. Auch in der inneren Politik regiert Gladstone liberal und führt die großen Reformen weiter: von allen Staatsmännern des 19. Jahrhunderts hat Gladstone die Ideen des Liberalismus, die Ideen der Freiheit und Humanität am tiefsten und reinsten ergriffen und am wirkungsvollsten in Theorie und Staatsleben zur Geltung gebracht. So ist er im Zeitalter Bismarcks persönlich und geistig der große Gegenspieler des „Eisernen Kanzlers" geworden. Wahlreformen bringen unter seiner Führung das englische Parlament bis nahe an das allgemeine Wahlrecht; den Irländern kommt er sehr weit entgegen, indem er die anglikanische Staatskirche und damit den Kirchenzehnten für Irland aufhebt (1869) und zuletzt sogar in umfassender Agitation für die Homerule-Bill sich einsetzt: hier aber verläßt ihn doch der größte Teil der Liberalen (1894). Denn inzwischen ist eine neue Zeit heraufgekommen, die geistig vorbereitet worden ist durch Gladstones großen Gegner Benjamin Disraeli (Lord Beaconsfield), dem Gladstone mehrmals in seiner langen politischen Laufbahn die Leitung des Staates hat überlassen müssen.

2. Die Anfänge des britischen Imperialismus (Qu. II 131, I 2). [§ 61

a) Die entscheidende Tatsache, die von den 70er Jahren an das Antlitz der Welt umgestaltet, ist der Eintritt anderer Großmächte in die bisher von England allein geführte Welt; es sind dies Rußland und Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Für England taucht die Frage auf, ob die Politik der „erhabenen Einsamkeit" und des Verzichtes auf koloniale Ausdehnung in der mit Konkurrenten sich füllenden Welt noch den Interessen Englands entspricht und ob der Freihandel auch den erstarkten Industriestaaten gegenüber noch festzuhalten ist. Die Frage wird naturgemäß aufgeworfen von den Tories, weil ihnen die Weltanschauung fremd ist, die hinter der liberalen Politik steht. Ihr Führer Disraeli ist ein Mann auf der Wende der Zeiten: er bringt die Tories gerade jetzt erst zur vollen Anerkennung des Freihandels, aber er wirkt für tatkräftige auswärtige Politik und für die „Aufrechterhaltung des Reiches", die er gefährdet glaubt durch die langsame Loslösung der Kolonien, wie der Liberalismus sie besonders für Kanada vorbereitet hat.

b) So veranlaßt Disraeli 1876 seine Königin, den Titel einer „Kaiserin von Indien" anzunehmen, so entreißt er 1878 den Russen den wertvollsten Teil ihrer türkischen Siegesbeute, so leitet er die Politik zur Okkupation Ägyptens ein, der sich dann auch Gladstone nicht entziehen kann:

errichtet mit Frankreich gemeinsam eine Finanzkontrolle über die ägyptische Regierung, und als in Ägypten ein Aufruhr gegen die Fremdherrschaft ausbricht, schreitet England mit Waffengewalt ein, während Frankreich sich unsicher zurückzieht und so die Besetzung Ägyptens den Engländern allein überläßt (1882).

Die Besetzung Ägyptens unterschied sich von einer unmittelbaren Unterwerfung nicht allzusehr. Der Khedive blieb — jedoch lediglich als ein ohnmächtiges Werkzeug des britischen Residenten. Der hohe Wert dieser Erwerbung für England war begründet in der Bedeutung, die Ägypten kraft seiner geographischen Lage für den Weltverkehr zukommt; diese war seit den Tagen Napoleons noch unendlich gesteigert worden durch das Aufblühen des englischen Textilexportes nach Indien, durch den Bau des Suezkanals, durch die erhöhte Bedeutung, die Ostafrika, Australien und Ostasien erhalten hatten. Jetzt erst wurde durch die Herrschaft Englands über den Suez die Straße durch das Mittelländische Meer ein englischer Weg: die Politik, die mit der Erwerbung Gibraltars begonnen, mit der Besetzung Maltas fortgesetzt worden war, dann die Engländer mühelos nach Aden (1838) und soeben erst nach Cypern (1878) geführt hatte, war nun vollendet und hatte den historischen Kampf um das Mittelländische Meer zu Englands Gunsten entschieden. Frankreich hatte in diesem Kampfe verzichtet; nachdem es unter Napoleon III. mit dem Bau des Suezkanals das altererbte Ziel nochmals aufgenommen hatte, war es durch die Niederlage von 1870 innerlich zunächst so zerrissen, daß es den Kampf um Ägypten aufgab. So kann man sagen, daß die deutschen Kanonen von Sedan den Engländern den Suezkanal geöffnet haben.

3. „Greater Britain" (Qu. II 131, I 1). [§ 62

Die geistige Überwindung der weltpolitischen Grundsätze des Liberalismus, von Disraeli begonnen, wird vollendet durch Josef Chamberlain, der unmittelbar nach Gladstones endgültigem Rücktritt 1895 englischer Kolonialminister wird. Der neue Gedanke, den er entwickelt und ausbreitet, knüpft an die Wandlungen in der Welt an. Während Großbritannien durch die Politik der Vereinsamung und durch den Freihandel sich als die Weltmacht und den Industriestaat bisher behauptet hat, nähern sich jetzt die Mitbewerber — Rußland und Frankreich im Ringen um die Macht, Deutschland und die Vereinigten Staaten zugleich auch auf dem Weltmarkte. Noch behauptet England die erste Stelle durch seine Kriegsflotte, noch besitzt es auch die bedeutendste Ausfuhrindustrie, noch sind für diese die ausländischen Märkte wichtiger als die kolonialen, und noch beherrscht England weitgehend den Handel zwischen Europa und den anderen Erdteilen: aber die relative Stellung Englands in Weltmacht und Welthandel geht zurück, seine Monopolstellung ist gebrochen. Dagegen übt England noch die volle Vorherrschaft in den britischen Kolonien. Dies ist die Lage, wie Chamberlain sie sieht und wie sie in der Tat sich gestaltet hat (Qu. II 131).

Von diesen Tatsachen geht Chamberlain aus bei seinem Plane, ein „größeres Britannien" zu schaffen — ein Imperium, das Mutterland und Kolonien auf dem Boden der Gleichberechtigung umfassen soll. Das „Empire", das der neubritische Imperialismus begründen will, soll also darstellen:

a) Eine einheitliche Machtorganisation, einen Reichswehrverein: um Englands Weltstellung auch unter den veränderten Verhältnissen aufrecht zu erhalten, muß seine Flotte — darin sind alle englischen Staatsmänner sich einig — mindestens so stark sein, als die Flotten der zwei nächstfolgenden Seemächte zusammen, sie muß also auf dem two powers standard gehalten werden. Die Imperialisten erklären, daß dies

nialen Kräfte. Auch der Gedanke, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, taucht in diesem Zusammenhange zuerst auf.

b) Eine einheitliche Wirtschaftsorganisation, ein Reichszollverein soll begründet werden. Auch hierbei handelt es sich darum, die Entwicklung neuer Handelsmächte durch das Imperium zu überbieten, weil sonst Mutterland und Kolonien zu Mächten zweiten Ranges herabsinken würden. Deshalb will Chamberlain einen großen britischen Zollverein mit Freihandel im Innern, gemeinsamer Schutzzollpolitik nach außen.

Als staatsrechtliche Form schwebt Chamberlain eine „Union" vor nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten, also eine bundesstaatliche Verfassung mit Reichsparlament für auswärtige Politik, Heer, Flotte, Handel und Verkehr. Aber die Widerstände gegen die ganze Reform sind groß, da sie in der Tat eine ungeheure Wandlung des öffentliches Geistes und einen großen, unmittelbar drängenden Zwang zur Voraussetzung haben muß, wenn sie sich durchsetzen soll:

1. Die Siedlungskolonien — also Kanada, Südafrika und Australien — wollen bei der weitgehenden Selbstverwaltung, die sie im liberalen Zeitalter erlangt haben, freie Hand behalten zu eigener Politik, sie wollen vor allem auf ihre Schutzzölle nicht verzichten, die sie in der liberalen Epoche auch dem Mutterlande gegenüber allmählich eingeführt hatten, während dieses beim Freihandel verblieben war: sie alle brauchen den „Erziehungszoll". Deshalb ändert Chamberlain seinen Gedanken der innerbritischen Handelsfreiheit um in ein System von Vorzugszöllen zwischen Mutterland und Kolonien. Der Handel innerhalb des Reiches soll gegenüber dem Handel mit fremden Ländern in der Weise begünstigt sein, daß die Kolonien den englischen Industriewaren einen Vorzugszoll gewähren, das Mutterland aber dafür als Gegenleistung auf die nicht aus den Kolonien importierten Nahrungsmittel einen Einfuhrzoll legt, von dem die Kolonialzufuhr befreit bleibt. Einzelverträge sollen auf dieser Grundlage abgeschlossen werden.

2. Dem Mutterland werden aber auf diese Weise durch den Imperalismus große Opfer zugemutet, weniger auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet. Das Werk Robert Peels soll zum größten Teile wieder aufgelöst werden, indem wenigstens die Lebensmittelzölle wieder eingeführt werden — zum Vorteil der Kolonien und ihrer Besiedelung, zum Nachteile des Mutterlandes, dessen Bedarf die Kolonien bei weitem nicht decken können. Auch der Industrieschutz kommt in erster Linie den Kolonien zugute, im Mutterlande dagegen vor allem nur der Eisenindustrie, die unter deutscher und amerikanischer Konkurrenz leidet, während die Textilindustrie die Märkte beherrscht und vom Schutzzoll die Wiedererweckung der indischen Baumwollweberei zu befürchten hat. Die Eisenindustriellen von Birmingham sind ebensosehr die Führer des neuen Imperialismus, wie die Baumwollindustriellen von Manchester die Pioniere des Freihandels gewesen sind. Für Chamberlain sind sie freilich nur Helfer: denn auch hinter dem Imperialismus steht wie einst hinter dem Manchestertum eine Weltanschauung. Tories und Demokratie verbinden sich in diesem imperialistischen Volksführer gegen den bürgerlichen Liberalismus.

c) Die Weltanschauung, die Chamberlain dem wirtschaftlichen Individualismus der Liberalen entgegenstellt, fordert wirtschaftliche Opfer um höherer Ziele willen: während das Manchestertum das ganze Leben vom Standpunkte der Einzelwirtschaft aus betrachtet hat, erhebt der Imperialismus die Gedanken der staatlichen Macht und der Kulturmission des Angelsachsentums in der Welt.

Den Machtgedanken teilt dieser neubritische Imperialismus mit dem alten Imperialismus des 18. Jahrhunderts; neu dagegen ist der Kultur- und Rassen-

Während der ältere Imperialismus die Kolonien als nutzbaren Besitz des Mutterlandes betrachtet hatte — wie besonders die Vorgeschichte des nordamerikanischen Abfalles beweist — und während das Manchestertum die Kolonien gleichfalls als Besitz, aber als unrentablen gewertet hatte, scheidet der neue Imperialismus zwischen tropischen oder subtropischen Herrschaftsgebieten und europäerfähigen Siedlungskolonien. In England und seinen drei Siedlungsgebieten Kanada, Australien und Südafrika sieht er die Glieder eines großen nationalen Ganzen, das durch gemeinsame Sprache und Abstammung, durch gemeinsame Geschichte, Literatur und politische Institutionen zusammengehalten wird. Und wenn dieses angelsächsische Weltreich sich nur unter Belastung des Mutterlandes behaupten kann, so muß das Mutterland dies auf sich nehmen und sich als dienendes Glied des Reiches fühlen: das Engländertum verschwindet, während das Britentum Gestalt gewinnt.

Diese Weltanschauung hat im liberalen Zeitalter Englands ihre Vorläufer gehabt: den Machtgedanken hat Disraeli entwickelt, den Glauben an die Überlegenheit der englischen Rasse hat Thomas Carlyle aus der puritanischen Auffassung von dem „auserwählten Volke" erweckt. Vollendet, ausgebildet und vorgetragen wird der neubritische Imperialismus zuerst von dem Historiker Seeley in seinem 1883 erschienenen Werke: „Expansion of England" (Qu. II 131, I 4). So steht der neubritische Imperialismus auf festem geistigen Grunde; zwar breiten sich die Gedanken der Reichsreform nur mühsam aus, nur langsam nähern sich Kolonien und Mutterland, und Chamberlains Pläne des Reichszoll- und Reichswehrvereines scheitern zunächst an dem Widerstande der Liberalen und der Arbeiterklasse. Aber in der Weltpolitik tritt der neuerwachte Glaube an eine angelsächsische Ausbreitung und Weltherrschaft immer deutlicher zutage.

4. „Vom Kap zum Nil." [§ 63

Afrika erlebt zuerst die erneuerte Kraft des englischen Strebens nach Ausdehnung, und sie hat hier Gestalt gewonnen in der Persönlichkeit von Cecil Rhodes. In jungen Jahren nach Südafrika gekommen, hat Rhodes an der Entdeckung der Diamantfelder teilgenommen, hat als einfacher Diamantgräber begonnen und im Laufe der 80er Jahre durch Gewandtheit und Unbedenklichkeit alle Minen in seiner Hand vereint, so daß er das Weltmonopol erlangt und durch bewußte Beschränkung der Produktion ungeheuren Reichtum erwirbt. Hinzu kommt noch die Entdeckung der Goldfelder, die Rhodes zu zahllosen Gründungen von Bergwerksunternehmen und zur Ausgabe von hochsteigenden Spekulationspapieren veranlaßt (Qu. II 131, II 3).

Aber Rhodes fühlte sich nicht nur als Kapitalist: das Geld war ihm nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Macht, und zwar nicht zur persönlichen, sondern zur politischen und kulturellen Macht Englands.

Erfüllt von dem Glauben an die britische Kulturmission, erstrebt Rhodes die Eingliederung des ganzen Südafrika in das britische Reich und die Verbindung dieser Kolonie mit dem neu gewonnenen Ägypten, um die Aufteilung Afrikas — von der Deutschland, Frankreich und Belgien bereits Vorteile gezogen haben — zugunsten Englands zu vollenden. Sein gewaltiger Plan gilt also der politischen Unterwerfung und wirtschaftlichen Erschließung des inneren Afrika, nachdem es soeben erst durch den Schotten Livingstone und dann durch den Amerikaner Stanley zum ersten Male durchquert worden ist. Schrittweise geht Rhodes vor, zunächst noch als Privatmann, weil die liberale Regierung zögert, so daß er Politik und Krieg auf eigene Kosten und mit eigenem Heere führt — etwa im Stile der ehemaligen spanischen Conquista-

a) Die Burenrepubliken werden umzingelt, als Deutschland sich in Südwestafrika festsetzt und so die Gefahr eines Bundes zwischen Deutschland und den Republiken entsteht. Der Krieg gegen die Matabelen (1893) vollendet diese Umzingelung: ein riesiges Gebiet von dem Umfange ganz Mitteleuropas, mit gemäßigtem Klima ist gewonnen und wird unter dem Namen Rhodesia britischer Besitz. Gewaltige Summen bringt Rhodes auf durch Aktienvergebungen auf dieses Gebiet, er verwendet sie sofort zum Bau einer Eisenbahn.

b) Der Bahnbau durch Rhodesia dient der Besitzergreifung und Erschließung des gewaltigen Landes; er ist gedacht als Teil des von Rhodes geplanten Schienenweges vom Kap zum Nil.

c) Der Burenkrieg (1899—1902) wird von der britischen Regierung geführt, in der jetzt Chamberlain den entscheidenden Einfluß gewonnen hat, während Rhodes Premierminister im Kaplande ist. Der Krieg endet nach heldenhaften Siegen der tapferen Buren doch schließlich mit deren Unterwerfung, weil die Engländer an Zahl weit überlegen sind und ihre Verluste stets wieder ersetzen können. Auch kommt England die ungewöhnliche Weltlage zu Hilfe, indem noch keine der anderen Weltmächte sich stark genug fühlt, um die Schwierigkeiten, in die England geraten ist, auszunutzen.

Seit in der napoleonischen Zeit die holländische Kapkolonie an England gefallen war, hatten die Buren schon mehrmals ihre Freistaaten weiter nach Norden verlegt, um sich der britischen Unterwerfung zu entziehen: jetzt war ihnen der Weg versperrt, und es blieb ihnen nur die Einordnung in das neue südafrikanische Reich, in welchem ihnen die Selbstverwaltung gewährleistet wurde. Der Gedanke eines freien südafrikanischen Staatenbundes, wie er dem Präsidenten von Transvaal, Paul Krüger, vorschwebte, war nun verschwunden vor dem Plane seines Gegners Cecil Rhodes, der Südafrika zu einem gewaltigen, mit allen Freiheiten der englischen Siedlungskolonien ausgestalteten Teile des britischen Weltreiches ausgebaut hat.

d) Sein letztes Ziel, die Verwirklichung des britischen Afrika, hinterließ Rhodes den Engländern als Aufgabe der Zukunft, und der britische Imperialismus fügte dieses Ziel in den großen Zusammenhang seiner Ausdehnungspolitik ein: Afrika und Indien sollen verbunden werden durch die Einbeziehung Vorderasiens in die britische Machtsphäre, so daß auf diese Weise ein gewaltiges, zusammenhängendes afrikanisch-asiatisches Reich dem englischen Imperialismus vor Augen steht. Der Weg Kapstadt-Kairo-Kalkutta sollte zu einem englischen Wege gemacht werden.

5. Die Rückkehr zur Koalitionspolitik. [§ 64

Wenn auch die Unionsgedanken Chamberlains sich nicht unmittelbar durchsetzten, so läßt doch schon der Burenkrieg erkennen, daß der neubritische Imperialismus einen völligen Umschwung in Englands Haltung gegenüber den Fragen der Weltpolitik vorbereitet hat. Die Reichsorganisation wird zunächst durch die Verbindungen innerhalb der einzelnen Kolonien gefördert: die Australischen Kolonien schließen sich 1900 zu einer Commonwealth zusammen, die Kapkolonie wird 1909 — durchaus dem ursprünglichen Plane des Cecil Rhodes entsprechend — zu einer südafrikanischen Union verbunden. Da aber England schließlich nicht über die Widerstände hinweg zu einer größerbritischen Union gelangen kann und doch zugleich die bisherige Vormachtstellung in der Welt unter den veränderten Verhältnissen behaupten will, bleibt zur Verstärkung der englischen Stellung nichts übrig als ein Verzicht auf die splendid isolation. Das Scheitern von Chamberlains Unionsplänen

Koalitionspolitik des älteren Imperialismus zurück. Gegeben ist dabei für England die Gegnerschaft gegen Rußland in Asien und gegen Frankreich in Afrika, und damit gewinnt Deutschland für die englische Politik eine besondere Bedeutung.

II. Deutschland unter Wilhelm II.

1. Bismarcks Entlassung (Qu. II 79, VI, Qu. I 16/17, IIa). [§ 65

Nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. (1888) und der nur 99 Tage dauernden Regierung Kaiser Friedrichs III. wird Wilhelm II. (1888 bis 1918) Deutscher Kaiser. Der persönliche Gegensatz zwischen dem greisen, auf seine Erfolge und Erfahrungen stolzen Kanzler, der souverän die Geschäfte zu führen gewohnt ist, und dem jungen, nach eigenen Taten drängenden Monarchen steigert sich schon bald durch sachliche Meinungsverschiedenheiten. 1888

Der Kanzler sucht im Sinne seines Rückversicherungsvertrages mit Rußland gut zu stehen, der Kaiser neigt zu einem eindeutigen Bündnis mit Österreich; der Kanzler will eine Verschärfung des Sozialistengesetzes, der Kaiser will seinen Regierungsantritt nicht mit einem Gewaltakt belasten (Qu. I 18/20, II).

Da wagt Bismarck eine Machtprobe: er verbietet als preußischer Ministerpräsident auf Grund einer längst vergessenen Kabinettsordre von 1852 seinen Ministern den unmittelbaren Verkehr mit dem Kaiser. Der Kaiser fordert die Außerkraftsetzung der Ordre und verbietet nun seinerseits dem Kanzler Verhandlungen mit den Parteiführern, wenn er selbst nicht vorher davon unterrichtet wird. Bismarck verbittet sich die Einmischung; der Kaiser fordert das Entlassungsgesuch, das erst nach langem Zögern eingereicht wird.

Ein menschlich ergreifender, tragischer Konflikt fand seine unerbittliche Lösung. Grollend zog sich Bismarck nach Friedrichsruh zurück; von dort aus beobachtete er den „neuen Kurs" mit Sorge und Zorn, unter Kritik und Warnungen. In solcher Stimmung schrieb er seine „Gedanken und Erinnerungen": ein Denkmal seines Lebens und seiner Persönlichkeit, keine Rechtfertigung — denn eine solche hatte er nicht nötig —, sondern eine Deutung seines Werkes und eine Lehre an Gegenwart und Zukunft. Die Verehrung des deutschen Volkes blieb dem „Alten im Sachsenwalde" bis zu seinem Tode im Jahre 1898 erhalten; die Zeit selbst aber war unaufhaltsam weitergeschritten zu neuen Aufgaben, und es mußte sich nun erweisen, ob das Gebäude, das der große Kanzler errichtet hatte, auch in veränderter Weltlage tragfähig und fest blieb.

2. Das „persönliche Regiment" Wilhelms II. [§ 66

Der Kaiser ist von nun an sein „eigener Kanzler"; die beiden ersten Nachfolger Bismarcks im Amte sind nur ausführende Organe des kaiserlichen Willens. Von ihnen ist Caprivi ein an Unterordnung gewöhnter Offizier, Fürst Chlodwig Hohenlohe ein alter, ruhebedürftiger Grandseigneur; der vierte Kanzler, Bernhard v. Bülow (1900—1909), besitzt lange Zeit das besondere Vertrauen des Kaisers.

Die verfassungsmäßige Machtlosigkeit des Reichstages kam hinzu, um die Durchführung einer stark persönlichen Regierung des Monarchen zu ermöglichen, die — im Anfange erfüllt von Idealen und getragen von den Hoffnungen der Jugend — den Weg aus der kontinentalen Enge in die große Weltpolitik wagte, schließlich aber doch über Versuche auf den verschiedensten

Imperialismus auch dem deutschen Volke eine Stellung zu verschaffen und zugleich dieses Volk geistig und politisch so umzugestalten, daß es Träger einer Weltpolitik werden konnte. Nur ein voraussetzungsloser Monarch, nur ein Mann voll Hingabe, Entsagung und Beharrlichkeit konnte auf diesem Wege zum Ziele gelangen.

3. Die Entstehung des französisch-russischen Zweibundes. [§ 67

(Qu. I 16/17, II b).

Der neue Kurs beginnt seine Tätigkeit damit, daß er den Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht erneuert. Die Folge ist der Abschluß des französisch-russischen Zweibundes, 1891 beim Besuch der französischen Flotte in Kronstadt eingeleitet, 1892 durch eine Militärkonvention weitergeführt, 1894 durch förmlichen Vertrag vollendet.

Die beiden Nachbarn Deutschlands im Osten und Westen, die Bismarcks Staatskunst solange auseinandergehalten, waren nun doch zusammengekommen: der Zweifrontenkrieg war von diesem Augenblick an die für eine künftige Auseinandersetzung gegebene Lage, die Nachteile der zentralen Stellung Deutschlands waren nun wieder in Kraft. Aber wenn auch der Abschluß des Zweibundes zeitlich und zum Teil auch ursächlich eine Folge der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages war, so hätte auch die von Bismarck geforderte Erneuerung des Vertrages die beiden für Deutschland so gefährlichen Stimmungen des Panslawismus und der Revanche nicht mehr lange auseinandergehalten. Schon 1887 war dies schwer gewesen, inzwischen aber waren beide Strömungen stärker geworden, die französischen Geldanleihen an Rußland hatten begonnen. Hinzukam, daß das Doppelspiel der Rückversicherung schon bald dadurch unmöglich geworden wäre, daß Deutschland im Orient selbst als Mitbewerber auftrat und die Anschauung von der „Saturiertheit" aufhörte. Wenn der neue Kurs die schwere Belastung durch den verdoppelten Druck von Osten und Westen als ein Schicksal hinnahm, das von Geographie und Geschichte dem nach Weltgeltung strebenden Deutschland nun einmal auferlegt war, so war nun die Aufgabe gestellt, durch Schaffung anderer Kombinationen einen Ausgleich zu finden. Zunächst versuchte man, diesen Ausgleich lediglich durch vermehrte Rüstungen herzustellen.

4. Heer und Flotte. [§ 68

a) Die Heeresvermehrungen, die in häufigen Zwischenräumen, der Bevölkerungsvermehrung entsprechend, angefordert werden, finden ihre Begründung immer zugleich auch in der Machtvereinigung Rußlands und Frankreichs.

Eine Wiederkehr des alten Militärkonfliktes wird verhütet durch das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit für Fußtruppen (1892) und des dem Reichstage gewährten Rechtes der jährlichen Festsetzung der Friedenspräsenzstärke (1899). Trotzdem kommt es häufig zu heftigen parlamentarischen Kämpfen und zur Reichstagsauflösung. Die Parteien, die die Heeresvermehrungen ablehnen, werden dabei von verschiedenen Gesichtspunkten geleitet, teils parteipolitischen, teils grundsätzlich pazifistischen; besonders die Sozialdemokratie verwirft das Wettrüsten und ist unzufrieden über Mißstände im Heere. Zu einer Reform der Militärgesetze kommt es aber ebensowenig, wie zu der von der Sozialdemokratie geforderten Annäherung an das Milizsystem nach Schweizer Vorbilde. So sind die Bewilligungen stets das Ergebnis schwieriger Verhandlungen. Schließlich versucht Bülow durch Schaffung eines „Blockes" von Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen eine zuverlässige Mehrheit für die Heeresvorlagen zu erlangen. Das System scheitert aber schon nach einigen Jahren, als die Blockparteien sich über die Deckung der Kosten nicht einigen können, indem die Konser-

b) Der Bau der Kriegsflotte ist das persönliche Werk Wilhelms II. und des Admirals v. Tirpitz (Qu. I 18/20, C II, 3). Das große Flottengesetz von 1900 legt einen Bauplan fest, nach welchem in 17 Jahren eine der englischen Flotte ebenbürtige deutsche Flotte gebaut werden soll. Der Bau wird so rasch gefördert, daß schon nach 12 Jahren fast die gesamte, meist aus Linienschiffen bestehende Schlachtflotte in vier Geschwadern fertig ist, ebenso die aus Kreuzern bestehende Auslandsflotte. Zugleich erfolgt der Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals als Verbindung zwischen Nordsee und Ostsee (1895), die Erweiterung der Kriegshäfen in Kiel und Wilhelmshaven, die Befestigung von Helgoland und Borkum.

Die Erwerbung Helgolands — 1890 im Austausch gegen das ostafrikanische Sansibar — gehört zu den ersten Taten des neuen Kaisers. Der Flottengedanke und das Verständnis für die Bedeutung der Seemacht war von Tirpitz durch geschickte Propaganda in das Volk getragen worden, aber umstritten ist schon bald der von Tirpitz eingeschlagene Weg. Es taucht die Frage auf, ob die Verlegung des Schwerpunktes in die Hochseeflotte richtig sei oder ob es nicht besser wäre, Unterseeboote und ähnliche zur Verteidigung geeignete Anlagen zu bauen. Tirpitz ist jedoch der Meinung, die deutsche Flotte müsse so stark sein, daß ein Angriff auf sie jedem Gegner als gefährlich erscheinen werde.

Tirpitz war sich dabei bewußt, welche Wirkung dies auf die Stimmung in England haben müsse; aber er hoffte, daß nach Überwindung der unvermeidlichen „Gefahrenzone" England sich mit dem fortschreitenden deutschen Flottenbau aussöhnen werde. Auch berief er sich auf den Schutz, den eine selbstbewußter werdende deutsche Kolonialpolitik für die deutschen Kolonien zur Verfügung haben mußte.

5. Die Kolonialpolitik. [§ 69

Zwar sind die kolonialen Erwerbungen Wilhelms II. unbedeutend im Vergleich zu jenen Bismarcks; aber das Streben nach einem „Platz an der Sonne" wird im Sinne des Imperialismus bewußter und zugleich auch lauter. Vor allem aber tritt zu dem unmittelbaren Kolonialerwerb — und wichtiger als er — die Ausbreitung des deutschen Kapitals und der deutschen Anrechte in Ostasien und im Orient.

Die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Kolonialpolitik hat sich in der Regierungszeit Wilhelms II. in steigendem Maße entwickelt und gestärkt. Als Programm und Verkündigung des neuen, imperialistischen Geistes in Deutschland gilt die Rede, mit der Bülow sein Amt antrat und worin er von der bevorstehenden „neuen Teilung der Erde" spricht und davon, daß Deutschland nicht abermals beiseite stehen dürfe.

a) Gleich im Jahre 1890 wird Deutschostafrika, diese wichtigste deutsche Kolonie, aus der Hand der Kaufleute und Forschungsreisenden in das Eigentum des Reiches übernommen und so ein Besitz von zweifelhafter Ausdehnung und fragwürdigen Rechtstiteln zur „Kronkolonie" gemacht. Der Aufstand der Hereros in Südwestafrika (1904) wird niedergeworfen (Qu. I 18/20, J I, 3).

b) Im Stillen Ozean werden die Karolinen-, Marianen- und Palauinseln aus spanischem Besitze erworben, desgleichen durch Vertrag mit England und den Vereinigten Staaten der wertvollere Teil von Samoa. 1898

c) Als in China der Boxeraufstand ausbricht und der deutsche Gesandte in Peking ermordet wird, beteiligt sich Deutschland an erster Stelle an der Intervention der Mächte (1900), nachdem es schon 1898 Hafen und Gebiet von Kiautschou durch Pachtvertrag erhalten hat: die Stadt Tsingtau ist bald eine blühende deutsche

d) Vor allem aber faßt Deutschland Fuß in der Türkei; Politik und Wirtschaft arbeiten hier zusammen am gemeinsamen Ziele. Bereits 1888 erhält Deutschland die anatolische Eisenbahnkonzession, 1902 beginnt der Bau der Bagdadbahn; der Kaiser besucht den Orient als Freund und Beschützer der mohammedanischen Welt, im Orient besonders bricht er mit dem Bismarckschen Grundsatze der „Saturiertheit". Große Zukunftsmöglichkeiten beginnen sich hier zu eröffnen: von neuem taucht der alte Gedanke Friedrich Lists empor, daß Deutschlands natürliches Siedlungsland im Osten liege.

Freilich war der Weg zur Erfüllung schwer, und das Zukunftsbild sollte auch diesmal keine Wirklichkeit erhalten. Denn Englands Interesse stemmte sich von Indien her dagegen; ein unmittelbar drängender Zwang zur fernen Besiedlung schien aber für Deutschland in dieser Zeit keineswegs zu bestehen, da man den deutschen Industriestaat in anderem Umfange ausbaute, als Friedrich List jemals vorausgesehen hatte.

6. Der deutsche Industriestaat. [§ 70

Unaufhaltsam, kraft einer inneren Notwendigkeit, schreitet die Industrialisierung Deutschlands vorwärts und gewinnt um die Jahrhundertwende, als überall auf der Erde neue Weltmärkte und Absatzgebiete sich öffnen, eine nie geahnte Ausdehnung; gewaltig wird die Kraft der Produktion, immer größer werden die Zahlen der Ausfuhr, immer rascher mehrt sich die Gesamtheit des deutschen Volksvermögens. Deutschland beginnt durch seinen wachsenden Anteil an Welthandel und Weltwirtschaft den Vorsprung der Engländer einzuholen. Fast plötzlich hat sich das Bild des deutschen Lebens und Landes gewandelt. Die enge Behaglichkeit des agrarischen und handwerksmäßigen Daseins, das selbst noch in den achtziger Jahren weitaus überwogen hatte, ist der Geschäftigkeit der Fabrik und der Börse gewichen, gewaltige Industriezentren entstehen oder weiten sich aus: so in Sachsen und an der Ruhr, um Berlin, aber auch in süddeutschen Städten. Die Handelsflotte nähert sich an Größe der englischen.

a) Die Vorbedingungen für diese ungeahnten Leistungen waren im deutschen Menschen und in dem Boden Deutschlands gegeben: der Reichtum der Bodenschätze drängte zur Ausbeutung, um dann schon bald die Kräfte, die er entfesselt hatte, nicht mehr befriedigen zu können; ein unerschöpflicher Überfluß an Bevölkerung verlangte nach Arbeit und Brot. Arbeitsamkeit und wirtschaftliche Disziplin waren herangebildet in den Jahrhunderten der merkantilistischen Kleinstaaterei, die die erste „Erziehung zur Industrie" geleistet hatten. Hinzu kommt die Kraft und Eindringlichkeit des wissenschaftlichen Denkens, die an abstrakten Dingen geübt und vorgebildet, nun immer mehr auch die Materie ordnet und sie durch Naturwissenschaft und Technik dem Menschen untertan macht. So entwickelten sich Textil- und Eisenindustrie aus ihren früheren Anfängen in ungeahnter Weise, und neben sie traten jetzt vor allem als neue deutsche Großindustrie die Elektrotechnik und die Chemie.

1. Die Elektrotechnik hat Werner Siemens begründet und ausgebaut. Nachdem Galvani und Volta, Zeitgenossen der Französischen Revolution, die Berührungselektrizität zuerst wahrgenommen und dann in den zwanziger Jahren Oerstedt, Arago und Faraday die magnetisierenden Wirkungen des galvanischen Stromes entdeckt, hatten 1833 Gauß und Weber in Göttingen den elektromagnetischen Telegraphen konstruiert. Werner Siemens baut auf diesen Vorgängern weiter. Indem er strengste Wissenschaftlichkeit mit Erfindungsgabe und dem Sinn für praktische Anwendung in sich vereinigt, wird er zum Schöpfer einer völlig neuen

technik, indem er den Zeigertelegraphen mit Selbstunterbrechung und die Isolierung durch Guttapercha erfindet; überall in der Welt legt er Telegraphenleitungen und submarine Kabeln an. Dann begründet er 1867 mit der Erfindung der Dynamomaschine auch die Starkstromtechnik. Erst 1881 kommen neben ihm andere Firmen empor, wie die von Emil Rathenau begründete Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (A. E. G.); die Frankfurter elektrotechnische Ausstellung von 1891 zeigt zum ersten Male in größerem Maßstabe die Übertragung von Wasserkraft. Auch die Vereinigten Staaten gewinnen in der Folge durch die elektrotechnischen Erfindungen Edisons Bedeutung. Und mit dem technischen Aufschwung hält auch die reine Wissenschaft Schritt: 1886 begründet Heinrich Hertz in Karlsruhe die Kenntnis von den elektrischen Wellen und ihren Fernwirkungen.

2. Die angewandte Chemie und ihre Ergebnisse haben eine zweite neue und im besonderen deutsche Großindustrie hervorgebracht; auf diesem Gebiete liegen die eigentlichen Triumphe des deutschen Industriestaates, nachdem im 18. Jahrhundert gerade Frankreich durch Lavoisier und seine Entdeckung des Sauerstoffes an der Spitze der chemischen Wissenschaft gestanden hatte. Im 19. Jahrhundert folgte auf Liebigs Agrikulturchemie die Darstellung der Anilinfarben aus dem Kohlenteer durch August Wilhelm Hofmann; 1860 wird die Bad. Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen gegründet; die Synthese — der künstliche Aufbau von natürlichen Stoffen aus den Elementen, 1828 zuerst durch Wöhler in Göttingen durchgeführt — erreicht 1888 eine vollendete Anwendung bei der Darstellung des künstlichen Indigo durch Baeyer, wodurch die Bad. Anilin- und Sodafabrik vollends den Vorrang unter den Farbstoffindustrien erlangt. Und an dieselbe Fabrik knüpft sich auch der große Fortschritt der Düngefabrikation durch die künstliche Vereinigung von Stickstoff und Wasserstoff in der Ammoniaksynthese von Fritz Haber (1909).

So reichen die Leistungen der großen Erfinder zum Teil bis in die Mitte des Jahrhunderts zurück: jetzt werden sie praktisch wirksam durch die Industrien, die sich auf ihnen aufbauen.

b) Die Folgen dieser Entwicklung sind ungeheuer; nicht nur die Zahlen, mit denen das deutsche Leben zu rechnen hat, wachsen unaufhörlich: es tritt auch eine Verschiebung in den inneren Kräften des deutschen Lebens ein. Die Anzahl der auf dem Lande wohnenden und von Ackerbau lebenden Menschen nimmt relativ ab, die Anzahl der Großstädte und ihre Größe steigt sehr rasch. Die vom Lande in die Stadt strömende Menge ist bald entwurzelt und vielfach dem „Großstadtelend" preisgegeben; so gewinnt das „Proletariat" an Bedeutung, und damit wird die Arbeiterfrage ein zentrales Problem des deutschen Staates. Wie unter dem Zwange einer ehernen Notwendigkeit geraten alle überlieferten Anschauungen und Wertungen in Fluß, das deutsche Dasein wird langsam freier und breiter, aber auch verworrener und reicher an Kämpfen. Denn der Lebensspielraum wird für den einzelnen in der Gegenwart zwar größer und weiter, für die Nation aber im Hinblick auf die Zukunft unsicher und fraglich: nicht ungestraft zieht der Industriestaat immer mehr Menschen an sich und macht sie abhängig von den Absatzmärkten draußen in der Welt. So erspart er zwar dem deutschen Volkstum die großen Verluste, die es während des ganzen 19. Jahrhunderts durch die periodischen Riesenauswanderungen infolge der dauernden Übervölkerung erlitten hat — seit den neunziger Jahren versiegt die Auswanderung fast völlig. Aber der Industriestaat, immer künstlicher hochgezüchtet, drängt immer mehr Menschen auf dem engen Raume zusammen, beraubt die Nation trotz steigender landwirtschaftlicher Produktion immer mehr der agrarischen Grundlage und bindet sie immer ausschließlicher an die Einfuhr fremder Rohstoffe und an den Absatz ihrer Erzeugnisse auf fernen Märkten, die ihr nicht gehören und zu denen sie im Ernstfalle nicht einmal die Straße frei hat: der deutsche Industriestaat beginnt den sicheren Grund unter den Füßen zu verlieren.

schießenden Bevölkerung Siedlungsland schuf, das von der Heimat in allen Fällen erreichbar blieb und ihr zugleich einen Weg zu den Rohstoffen und den Absatzmärkten sicherte. Die deutschen Kolonien waren für diesen Zweck nicht geeignet, der Orient — an den Friedrich List gedacht hatte — wurde nicht entschieden genug in diesem Sinne in Anspruch genommen, weil ein unmittelbarer Zwang zur Lösung des Problems nicht bestand. So ließ man die Dinge sich entwickeln, belastete die deutsche Zukunft mit der Unsicherheit dieser Lage und die eigene Gegenwart mit allen inneren Schwierigkeiten eines Lebens, das voll und ganz dem neuen „Eisernen Zeitalter" und seiner geistigen Umwälzung sich aussetzen mußte und dennoch andererseits es nicht wagte, die Rücksicht auf die alte agrarische Ordnung, ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre bequemen patriarchalischen Formen aufzugeben. An diesem inneren Widerspruch krankte der nach außen so stolze Industriestaat, und an ihm sollte er dann zerbrechen: die Handelspolitik, die Sozialpolitik und die Geistesgeschichte des wilhelminischen Zeitalters bezeugen in gleicher Weise den Widerspruch, der dann im Weltkriege offen und verhängnisvoll zutage treten sollte.

7. Die Handelspolitik (Qu. I 18/20, E II). [§ 71

Der Kampf zwischen den industriellen und den agrarischen Interessen, den Bismarcks Machtspruch 1878 zugunsten der Landwirtschaft aus der Welt hatte schaffen wollen, entbrennt nach seiner Entlassung von neuem. Caprivis Handelsverträge schränken die bisherige Schutzzollpolitik ein, die Gegenbewegung der Agrarier führt nach zehnjährigem Kampfe der Parteien zu dem Zolltarif von 1902, der die Zölle für die wichtigsten Getreidesorten erhöht.

Der Kampf der Parteien wird weitergeführt. Die Sozialdemokratie will die Beseitigung der Schranken, die dem vollkommenen Industriestaate noch entgegenstehen, die Konservativen betonen den Wert einer starken Landwirtschaft; beide kämpfen für eigene und allgemeine Interessen, denn noch sind für Deutschland beide Wege offen und möglich. Die Mittelparteien wollen beide Wege vereinen; es ist aber offenbar, daß das Tempo der Industrialisierung immer rascher wird. Und wenn auch die deutsche Handelsbilanz durch die steigende Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sogar passiv wird, so steigert sich doch der Volksreichtum Deutschlands, weil seine Zahlungsbilanz aktiv ist infolge der Einkünfte aus dem Transportwesen und aus den im Auslande angelegten Kapitalien. So stehen sich die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft hart gegenüber, und die Gegensätze entzünden sich immer wieder an den Fragen der Handelspolitik. Die Bewegung der Agrarier findet ihr Organ im „Bund der Landwirte". Auch gegen den Bau des Mittellandkanales, der Rhein und Elbe verbinden soll, wehren sich die Agrarier, weil er ein weiteres Aufblühen der Industrie und eine weitere Erschwerung der „Leutenot" auf dem Lande zur Folge haben werde; der Kanal wird beschränkt auf die Strecke vom Rhein bis Hannover (1905). Tatsächlich beginnt der Bauernstand langsam sich aus der tiefen Verschuldung zu erheben, in die er im 19. Jahrhundert durch die Folgen der Ablösung und durch den Wucher auf dem Lande geraten ist. Daß die Arbeiterschaft die Kosten des bäuerlichen Aufschwunges zu tragen hat, gehört zu den Folgen des künstlich ausgebauten Industriestaates, mit denen gerade auch die Arbeiterfrage belastet ist.

8. Die Arbeiterfrage. [§ 72

Je mehr der deutsche Staat zum Industriestaat ausgebaut wird, desto vernehmlicher klopft die immer zahlreicher werdende Arbeiterschaft an seine Tore, um politische Rechte und soziale Geltung zu erlangen. So hat die Arbeiterfrage ihre verfassungspolitische und ihre

a) Zwar ist die Reichsverfassung insofern auf breitester demokratischer Basis aufgebaut, als sie das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstage enthält; aber die Wirkung dieses Wahlrechtes wird zum Teil wieder aufgehoben durch die Machtlosigkeit des Reichstages und die mit der Verschiebung der Siedlungsverhältnisse immer stärker veraltende Einteilung der Wahlkreise. Auch das Klassenwahlrecht in den meisten Bundesstaaten, besonders in Preußen, reizt die demokratische Opposition immer wieder zum Widerspruch: der bürgerliche Fortschritt schließt sich in diesen Dingen den Sozialdemokraten an.

So entsteht der Kampf der Parteien um das preußische Dreiklassenwahlrecht, um die Parlamentarisierung der Reichsverfassung, um die Einführung direkter Reichssteuern. Während Preußen durch die Einkommensteuer, die Miquel nach dem englischen Vorbilde eingeführt hat (1895), einen großen Fortschritt erzielt, kann das Reich zu eigenen Steuerquellen nicht mehr gelangen. Der Kampf um diese grundlegenden Fragen wird viele Jahre hindurch geführt; die Entscheidung wird im Sinne des Kaisers immer wieder hinausgeschoben.

b) Wie diese Verfassungsfragen, so zeigen auch die eigentlichen sozialpolitischen Streitigkeiten die inneren Schwierigkeiten des werdenden Industriestaates: um die Anerkennung des Streikrechtes wird oft gestritten, ebenso um die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Arbeiterorganisationen, um die Reform des Arbeitsrechtes; dazu kommen die Fragen der staatlichen Fürsorge, die heißen und erbitterten Kämpfe um einen großzügigen, den Arbeitern entgegenkommenden Ausbau der Schule, wie um die vielen anderen sozial- und kulturpolitischen Probleme, die emportauchen aus den sozialen Verschiebungen der Zeit und aus der Verödung des Arbeitsvorganges im Gefolge des technischen Fortschrittes und der Arbeitsteilung. Der Kaiser weckt Hoffnungen und enttäuscht: er beruft eine internationale Arbeiterschutzkonferenz und lehnt die Erneuerung des Sozialistengesetzes ab; dann wieder bedroht ein „Zuchthausgesetz" die praktische Ausübung des Koalitionsrechtes; ein entschlossener Umbau des alten Obrigkeitsstaates lag Wilhelm II. ferne, denn er selbst trug in sich den Widerspruch, der zwischen modernem Imperialismus und altem Gottesgnadentum hin und her schwankte. Aber zahlreiche Kräfte beschäftigten sich doch mit den großen sozialen Aufgaben der Zeit:

1. In den Reihen der Sozialdemokratie bemüht sich ihr Führer August Bebel in Rede und Schrift, durch unermüdliche Agitation um eine Lösung all dieser Fragen in marxistischem Sinne (Qu. I 18/20, G I).
2. Gleichzeitig beschäftigen sich auch die Kirchen mit diesen Problemen, die katholische durch den „Volksverein für das katholische Deutschland", die protestantische durch die Bewegung der „Nationalsozialen".

a) Auf katholischer Seite geht Papst Leo XIII. 1891 durch seine Enzyklika „Rerum Novarum" voran, in welcher er Wege weist, auf denen die durch die Entwicklung des Kapitalismus und Individualismus gestörte Harmonie des gesellschaftlichen Lebens wiederhergestellt und das soziale Gewissen geschärft werden kann. Im deutschen Zentrum wirkt Franz Hitze Jahrzehnte hindurch mit großem Erfolg durch seine Schriften und seine Tätigkeit im Reichstage für die Erkenntnis der Arbeitsfrage und die Eingliederung der katholischen Gedanken in die deutsche Sozialreform.

b) Die protestantisch-soziale Bewegung findet ihren Führer in Friedrich Naumann, der alle Probleme des werdenden deutschen Industriestaates in

Thesen an die Tore des Deutschen Reiches geschlagen hat". Er vor allen sieht das Unfertige und die Widersprüche des neuen Staates, der nach Weltgeltung und Industrieherrschaft strebt und doch zugleich die Gebundenheit der patriarchalischen Ordnung und die Behaglichkeit des alten Beamtenstaates nicht preisgeben will. Naumann spricht in den Zeiten der Jahrhundertwende die Hoffnung der Jugend aus, die ein modernes, ein demokratisches Kaisertum ersehnt, das die nationale Macht und das Ethos der alten Zeit verbinden werde mit der kolonialen Betätigung, wie sie der Industriestaat verlangt, und mit einer Hingabe an das durch Technik und Bildung frei gewordene, zur Teilnahme am Staat und an der Wirtschaft berufene Volk. So findet und formt er die Gedanken eines nationalen Sozialismus; er zeigt, wie es gelte, die geistigen Werte der deutschen Vergangenheit, die Ideale der Freiheit, der Persönlichkeit und der Menschenwürde hinüberzuretten in die anders gewordene Welt der Maschine und des Kapitalismus, und wie es die größte nationale Aufgabe der Deutschen sei, diese Werte für das zukünftige deutsche Leben, das Leben der industriellen Arbeiterschaft umzubilden und einheitlich zu gestalten, um auf solche Weise den Kapitalismus zu überwinden. In vielem berührt er sich mit

3. der Bodenreformbewegung, die von dem Amerikaner Henry George (1879) begründet, das Recht der Gesamtheit auf Bodenbesitz verkündet. Sie geht von dem germanischen Rechtsgrundsatze aus, daß der Boden keine Ware ist, sondern daß ein Anrecht der Allgemeinheit auf dieses natürliche Monopol besteht; sie protestiert also gegen das „freie Eigentum" am Boden, also gegen die Mobilisierung des Grundbesitzes, wie sie mit Hilfe des römischen Sachenrechtes in den neueren Jahrhunderten angebahnt und im Gefolge der französischen Revolution überall durchgeführt worden ist. Auch die „Bodenreform" bedeutet also eine Gegenbewegung gegen den wirtschaftlichen Liberalismus; aber sie will für den Boden nicht die alte feudale Bindung wiederbringen, sondern eine neue Bindung des Bodens, die „seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert und jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt". Also fordert das Programm der Bodenreform Reform des Hypothekenwesens durch Einführung der Verschuldungsgrenze und der Unkündbarkeit der Bodenkredite, ferner Innenkolonisation in Form der Erbpacht, Erbbaurecht durch Staat und Gemeinden, überhaupt gesetzgeberische Bekämpfung aller Bodenspekulation — besonders auch durch eine großzügige Steuerreform, d. h. durch Einführung der Wertzuwachssteuer und der Grundrente nach dem gemeinen Wert. Die Verwandtschaft mit alten physiokratischen Gedanken ist offenkundig. In Deutschland wird die Bewegung von Adolf Damaschke geführt; es gelingt ihr zwar nicht, das geltende Bodenrecht umzugestalten, doch wird das Bodenrecht für Kiautschou 1898 erfolgreich nach ihren Grundsätzen geregelt. Immerhin werden auch in der alten Heimat Teilerfolge erzielt, wie die Wertzuwachssteuer (1911) oder ein vorläufiges probeweises Entschuldungsgesetz für die östlichen Provinzen (1906).

So brechen alle diese sozialen Reformbewegungen bewußt mit dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts, nachdem der entfesselte Kapitalismus selbst zu einer neuen Unfreiheit für die Mehrheit aller Menschen geführt hat. Um in der veränderten Welt den Massen ein Stück Freiheit und Persönlichkeit zu bewahren, erscheint eine neue Bindung des sozialen Lebens nötig. So stellt sich der Liberalismus des 19. Jahrhunderts als eine kurze Episode zwischen zwei großen Gebundenheitsepochen dar.

9. Die Frauenbewegung. [§ 73

Auch die Frauenbewegung wurzelt in dem Persönlichkeitsgedanken des deutschen Idealismus, den sie auch in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen der modernen Zeit bewahrt sehen

a) Die Vorgeschichte.

1. Die geistigen Wurzeln der Bewegung.

Das Persönlichkeitsideal unserer klassischen Zeit mußte sich auch mit der überlieferten Stellung der Frau in Gesellschaft und Leben auseinandersetzen. Daß die Gedanken der sittlichen Freiheit, der Selbstbestimmung und der harmonischen Ausbildung aller Fähigkeiten auch ein neues Frauenbild formten, zeigen Goethes Frauengestalten, denen der Dichter einen dem Manne durchaus ebenbürtigen, wenn auch ganz anders gearteten geistigen Gehalt und Eigenwert gegeben hat; in den „Wahlverwandtschaften" kommt bereits das Problem der Frauenerziehung und Frauenbildung zu eindringlicher Aussprache. Dagegen gelingt Schiller seltener die Gestaltung der weiblichen Persönlichkeit. Gegen seine „Würde der Frauen" wendet sich der Spott der Romantiker, die als die ersten die „Frauenemanzipation" predigen: die Freiheit vom Zwange der Konvention soll nun auch für die Frau gelten. Die geistreichen Frauen der Romantik — Karoline Schlegel, Dorothea Veit, Henriette Herz, Rahel Varnhagen, Bettina von Arnim — leben dieses neue Frauenideal; in ihren Salons in Berlin verschaffen sie der geistigen Gleichberechtigung von Mann und Frau zum ersten Male Anerkennung. Das „Junge Deutschland" knüpfte hierin an die Romantiker an, aber die Reaktion vor und nach 1848 bekämpfte die neuen Ideen der sittlich-geistigen Selbständigkeit der Frau, ihres Anrechtes auf geistige Entwicklung und auf die Teilnahme am öffentlichen Leben.

2. Die wirtschaftlichen Ursachen der Bewegung.

Seit den 50er Jahren zwingt die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auch die Frauen in bis dahin unerhörter Weise in die Dienste der kapitalistischen Wirtschaft, und dies führt nun auch in Deutschland zu den gleichen Mißständen wie einige Jahrzehnte vorher in England. Die Frauenbewegung wird — nachdem sie bis dahin eine rein geistige Bewegung gewesen — zu einem Teile der großen sozialen Frage. Indem das moderne Fabriksystem durch Anwendung und Vervollkommnung der Maschinen die Verwendung von Frauen und Kindern erleichtert und zudem diese billigeren Kräfte vorzieht, wird — auch dies zuerst in der Textilindustrie — die Frauenarbeit aus dem Hause des Handwerkers in die Fabrik verlegt. Die Folgen sind — neben der Lohndrückerei durch Frauen- und Kinderarbeit — die Verwahrlosung der Familie, die physische und moralische Degeneration. Andererseits zeigt es sich als notwendig, den alleinstehenden Frauen das „Recht auf Arbeit" zu gewährleisten und ihnen den Aufstieg neben den Männern zu ermöglichen. Daraus ergeben sich

b) Die Ziele der Frauenbewegung.

1. Die Frauenfrage als Bildungs- und Berufsfrage. Die große Zeit des deutschen Liberalismus — die Konfliktszeit — ergreift auch diese Aufgabe zum ersten Male mit Hingabe und Zuversicht. 1865 begründet Luise Otto-Peters den Allgemeinen deutschen Frauenverein, der es als sein Ziel betrachtet, „die weibliche Arbeit von den Fesseln des Vorurteils, die sich von den verschiedensten Seiten gegen sie geltend machen, zu befreien". Gefordert wird das „Recht der Frau auf Arbeit" und eine bessere Berufserziehung der Mädchen. Für manche neuen Berufe erweisen sich die Frauen als besonders geeignet — wie zur Leitung der in den 50er Jahren von Friedrich Fröbel begründeten Kindergärten; für andere Berufe bedarf es nur einer besseren Vorbildung, um die Gefahren minderwertiger Leistungen zu beseitigen. Aber in der Folgezeit vermögen auch so starke und begeisterte Vorkämpferinnen wie Hedwig Dohm und Helene Lange nur sehr langsam die Reform der höheren Mädchenschule und ihrer sogenannten Allgemeinbildung

In Karlsruhe wird 1893 das erste deutsche Mädchengymnasium eröffnet — zunächst noch als Eigentum des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium, aber mit wohlwollender Billigung des Staates. Denn der Liberalismus setzt sich für diese Bildungsbestrebungen ein, das Vorbild der Schweiz und der nordischen Länder wirkt als Ansporn. Noch lange tobt der Kampf um die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium; auch hier geht das liberale Baden seit 1900 voran, bis 1908 folgen die anderen Bundesstaaten nach.

2. Die Frauenfrage als Arbeiterfrage.

Handelte es sich bei der Frauenbildungsbewegung darum, der Frau den Zugang zu den höheren Berufen zu eröffnen, so mußte die Sozialpolitik, wenn sie die Frauenfrage berührte, gerade umgekehrt die Rückführung der Arbeiterin in die Familie erstreben.

Die soziale Gesetzgebung bringt in den 90er Jahren Schutzgesetze für weibliche Arbeiter, das Institut weiblicher Fabrikinspektoren wird in einzelnen Staaten eingeführt; das Vereinsgesetz von 1908 gibt den Frauen das Koalitionsrecht.

3. Die Frauenfrage als Verfassungsfrage.

Die Bewegung für Frauenstimmrecht vermochte die Erteilung des aktiven und passiven Wahlrechtes an die Frauen in Deutschland nicht durchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien konnten nur für das Wahlrecht der Frauen für die Kaufmanns- und Gewerbegerichte gewonnen werden. Das Erfurter Programm von 1891 entschied sich für „allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes". Ohne Erfolg blieben auch die Bestrebungen der Frauen nach Besserstellung im BGB., besonders hinsichtlich der Vermögensverwaltung.

10. Die Geistesgeschichte des wilhelminischen Zeitalters. [§ 74

Ansätze und Versuche zu einer Umformung des deutschen Lebens gab es genug; aber das offizielle Deutschland hielt sich von ihnen fern. Die ganze Geistesgeschichte zeigt dieses Bild der Zwiespältigkeit.

Auf der einen Seite verblassen in der neuen Welt des materiellen Reichtums und der hochkapitalistischen Wirtschaft die alten Kulturwerte immer mehr: der Geist der Veräußerlichung droht um so stärker, als die neue Zeit für Deutschland so überraschend und ohne langsame Gewöhnung gekommen ist. Der Lebensstil des Parvenu macht sich breit; er zeigt sich in äußerlicher Betriebsamkeit, in der ausschließlichen Wertschätzung der Zahl, in der Häufung von Prunk und Glanz. Daneben ist der höfische Charakter der neuen Kultur gekennzeichnet durch das Bestreben, den äußeren Erfolg zur Schau zu stellen. Es kommt hinzu, daß diese Bedingungen für Deutschland in einem Augenblicke eintreffen, wo die innere Auflösung der abendländischen Kultur eingesetzt hat: nachdem die letzte einheitliche Kulturepoche, die das Abendland gesehen und die von der Renaissance bis zum Neuhumanismus und zum Biedermeier reicht, in ihren spätesten Ausläufern nach der Mitte des Jahrhunderts zu Ende gegangen ist, zeigt sich eine Kulturverwilderung, die den fehlenden einheitlichen Stil durch Äußerlichkeiten, durch empirische Wissenschaft und Technik ersetzen will.

Aber zugleich beginnen doch langsam die ersten Anzeichen der Wandlung sich zu regen: es bereitet sich der Aufstieg eines neuen deutschen

zu versinken gedroht, von neuem erweckt, um sie nutzbar zu machen zum Aufbau einer starken, neuen und deutschen Kultur. Noch sind es freilich nur wenige geistige Führer, und noch ist das öffentliche Gewissen nicht rein und wach genug, um auch im Staate den einheitlichen und deutschen Geist zu schaffen, der ihm die Sicherheit und Kraft zu Hause und in der Welt gewährleistet.

Alle Kulturerscheinungen der Zeit tragen dies doppelte Antlitz.

a) Die Wissenschaften „spezialisieren" sich immer mehr. Die Naturwissenschaften ermöglichen unaufhörlich neue Erfolge der Technik, so die Erforschung des Wesens der Elektrizität, ihre praktische Verwendung in Telephonie und drahtloser Telegraphie, in elektrischer Lichterzeugung und Kraftübertragung, in den Röntgenstrahlen. Ebenso berichtet die Wirtschaftsgeschichte des Zeitalters von dem Ausbau der chemischen Industrie auf Grund der chemischen Forschung. Die Ergebnisse der biologischen Wissenschaft bilden vielfach die Voraussetzung für die Ausgestaltung der Medizin, vor allem der Hygiene. In den Geisteswissenschaften vollzieht sich der gleiche Vorgang. Die Einzelforschung führt zu einer immer ausgebreiteteren Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung aller Zeiten und Völker. Aber man verliert darüber vielfach das Bewußtsein von der Eigenart und den tieferen Zusammenhängen des eigenen Lebens. Bezeichnend ist die Pflege der Philosophie, die in dieser Zeit nur noch historisch betrieben wird, bezeichnend auch die Entwicklung der Psychologie, die sich in der Erforschung der niederen geistigen Lebensvorgänge erschöpft, die höheren außer Betracht läßt, weil der exakten Erforschung nicht zugänglich.

In den Wissenschaften regt sich aber auch zuerst die Gegenbewegung. Ihr Vorläufer ist Friedrich Nietzsche, der in seinen „Unzeitgemäßen Betrachtungen" (1873) leidenschaftliche Anklagen gegen die Kulturlosigkeit der Zeit erhebt und dann in seinem „Zarathustra" (1884) die Lehre vom Übermenschen entwickelt und dabei zum ersten Male wieder den Aufbau einer einheitlichen Kulturphilosophie unternimmt. Groß ist sein Einfluß auf die folgende Generation: auf allen Gebieten wirkt der Antrieb, der von ihm ausgeht. Auch Eduard von Hartmann gelangt durch Kritik und Aufbau zu einem eigenen Weltbild, wie auch Lagarde die Kulturgedanken des Liberalismus einer schonungslosen Kritik unterwirft.

b) In der Literatur wird der historische Roman, den Nachzügler der Romantik, wie Scheffel, weitergepflegt haben, in die Dienste der vaterländischen Erbauung gestellt — durch den späteren Gustav Freytag und durch Felix Dahn. Diese Tendenz wird in Roman und Drama während des wilhelminischen Zeitalters vollends verflacht; am bedeutendsten ist vielleicht noch Ernst von Wildenbruch.

Für die Gegenbewegung ist Nietzsches Lehre von starkem Einfluß. Dazu kommen die Anregungen großer ausländischer Zeitgenossen: Zola, Ibsen und Strindberg führen die modernen Gesellschaftsprobleme in die Literatur ein und behandeln sie mit unverhülltem Naturalismus. In Deutschland ist Gerhart Hauptmann der hervorragendste Dichter dieser Richtung, die freilich zeitgeschichtlich bedingt bleibt, aber doch neues Leben und neuen Stil bringt. Die schöpferische Gestaltungskraft beginnt, nachdem der Bann gebrochen, wieder sich zu regen. In der Lyrik findet diese Bewegung Ausdruck in Detlev von Liliencron; rasch führt sie über den Naturalismus hinaus zu der Neuromantik eines Rainer Maria Rilke. Älter als diese, aber ihr verwandt ist der Schweizer Konrad Ferdinand Meyer, der die historische Novelle nicht mehr als Darstellung von Haupt- und Staatsaktionen gestaltet, sondern zur Entwicklung seelischer Probleme und eigener innerer Erlebnisse verwendet. Daneben steht die Heimatdichtung, die im Roman an Fritz Reuter anknüpft: sie ist im Süden durch Rosegger, im Norden durch Fontane

c) Die Architektur, von allen Künsten am meisten an die Materie gebunden, spricht darum auch am deutlichsten den Geist dieser Epoche aus. Sie vermag jetzt in allen Stilen zu bauen, da sie alle Einzelheiten der Kunstgeschichte beherrscht; aber sie vermag nicht mehr, wie die früheren Epochen, ein Kunstwerk zu gestalten, das mit innerer Notwendigkeit aus dem Geiste des schaffenden Zeitalters entstanden ist. Bevorzugt werden als Muster Hochrenaissance und Barock, weil beide dem Bedürfnis nach Prunk und Mächtigkeit am meisten entsprechen: das bezeichnendste Denkmal dieses Geistes ist der Berliner Dom — ein protestantischer und kaiserlicher Dom in der Form der römischen Peterskirche.

In der Architektur zeigt sich aber auch am deutlichsten das Suchen nach einem neuen eigenen Stil, nach einheitlicher Raumwirkung und klaren, einfachen Linien. Man entdeckt die Schönheit der Eisenkonstruktion; Bahnhofsbauten und Warenhäuser, aber auch Gartenstädte und Wohnräume künden die Anfänge einer neuen baukünstlerischen Kultur. Die geistigen Führer dieser Bewegung sind Peter Paul Behrens, Paul Schultze-Naumburg und Friedrich Ostendorf: sie zuerst widersprechen der inneren Hohlheit der herrschenden, lediglich auf Form- und Fassadenwirkung ausgehenden Architektur, und sie lenken zurück zu der tiefsten, längst verlorengegangenen Erkenntnis aller großen und echten Baukunst, die besagt, daß die Kunst des Entwerfens in jedem einzelnen Falle einen einheitlichen Baugedanken erfordert und daß Grundriß und Aufriß sich also gemeinsam und organisch aus Zweck und Grundgedanken des Bauwerkes ergeben müssen.

d) In den anderen bildenden Künsten herrscht zunächst die aus der vorhergehenden Epoche stammende historische Richtung. Sie stellt sich in die Dienste der Monarchie und ihres Ruhmes: so in der Malerei die Bilder Anton von Werners, in der Plastik die Berliner Siegesallee, die zahllosen Kaiser- und Kriegerdenkmäler der Zeit. Die Kultur des Hauses entspricht diesen Bildern.

Die Gegenbewegung gegen diese leblose Kunst ist bestimmt durch den Impressionismus, der ausgeht von den großen französischen Malern aus der Schule des Eduard Manet: nicht die genaue Wiedergabe des einzelnen, sondern der Eindruck des ganzen, der Natur entnommenen Ausschnittes ist Ziel dieser Kunst, deren Bahnbrecher in Deutschland Max Liebermann ist. Neben ihm steht Wilhelm Leibl, auch er von den Franzosen beeinflußt und ihr Schüler, aber deutsche Eigenart stärker wahrend. Zugleich wirkt auch auf diesem Gebiete die Sehnsucht der neuen Romantiker nach Farbe, nach stiller Landschaft, nach Seele: Hans Thoma gibt ihr den feinsten malerischen Ausdruck. In der Plastik wandeln Max Klinger und Adolf Hildebrand neue Wege.

e) Die Musik — die von allen Künsten am wenigsten durch die Materie gebunden ist und darum am wenigsten dem technischen und historischen Zeitalter dienen kann — versiegt zunächst nach den beiden Antipoden Brahms und Richard Wagner völlig; um so eifriger wird sie gepflegt, um der Geselligkeit einer stillosen Zeit Glanz zu verleihen und dem Virtuosentum Gelegenheit zur Betätigung der musikalischen Technik zu geben. Aber auch hier regen sich schließlich wieder schöpferische Kräfte — in Anton Bruckner, Max Reger und Hans Pfitzner.

f) Nirgends aber zeigt sich dieses Ringen zwischen alter und neuer Zeit so stark als in der Jugendbewegung, an der auch die akademische Jugend Anteil hat. Zunächst lebt auch in dieser Periode die Studentenschaft noch in überlieferten Formen und Anschauungen; dazu kommt das Andenken Bismarcks und der Eindruck seines Werkes. Von tiefem Einfluß bleibt auf das studentische Denken Heinrich von Treitschke, der durch die Wucht und das Pathos seiner Rede die Jugend für die nationale Idee, für den Machtstaat und für die kleindeutsche und bismarckische Reichsform begeistert; jedoch die Gedanken, die einst der junge Treitschke mit revolutionärem Feuer und unter großen persönlichen Opfern sich erkämpft, werden von dieser Jugend nicht neu erworben und durchdacht, sondern nachgesprochen als

Aber langsam beginnt sich die Auflehnung gegen die ältere Generation zu regen, weil diese kein Ziel und kein einheitliches Kulturideal zu bieten vermag. Aus dem gleichen Geiste wie einst die Burschenschaft ist die „Jugendbewegung" geboren: auch sie erstrebte ein in Einheit und Freiheit erneuertes Vaterland, das aus dem Geiste der Jugend, ihrem neuen Lebensstil und ihrer vertieften Sittlichkeit erstehen soll. In diesem Sinne erhebt sich die Bewegung gegen die herrschende Zivilisation, gegen den Intellektualismus dieser Zeit, gegen die Bevormundung durch diesen Staat, gegen die Unkultur der Großstädte: die Jugend will nicht einfach nur als Vorbereitung für die künftigen Lebensalter gelten, nicht als Mittel für außer ihr liegende Zwecke, sie will die Anerkennung ihres Eigenwertes, sie will ihr eigenes Recht besitzen, ihr eigenes Leben führen, ihre eigene Jugendkultur gestalten und durch sie die Nation erneuern. So sucht diese Bewegung jenseits der dürren Geistigkeit des Zeitalters neue Ideale zu wecken und ergreift darum die in allen Kulturerscheinungen sich regenden Anzeichen des neuen Werdens. Am nächsten liegen ihr dabei naturgemäß die Fragen der Schulreform und der Reform der Lebensgestaltung: auf diesem Boden führt sie den Kampf des Lebens wider das tote Wissen, sucht sie den Zusammenklang von Geist und Natur; aus ihrem neuen Empfinden und ihrem neuen Stolze heraus kommt sie zur Abkehr von Alkohol und Tabak, zu Wanderungen und Fahrten und zu einer innigen Gemeinschaft mit der heimischen Natur und dem deutschen Volkstum; die Fragen der Rassenhygiene werden besonders beachtet, das hellenische Lebensideal feiert eine Auferstehung in den Köpfen dieser Jugend. Und alle Einzelheiten der Auflehnung und der Reform sind die Ergebnisse des neuen Lebensgefühles, das mächtig geworden ist und in der Sehnsucht nach einem Führer gipfelt, nach einer lebendigen Verkörperung des neuen Geistes.

Unendlich viel Idealismus und reiner Wille ist in dieser Bewegung lebendig geworden. Aber wenn sie nicht über die ersten Anfänge der Erneuerung hinausgelangen sollte, so ist es, weil dieser Jugend, so verschieden auch die Richtungen und Persönlichkeiten im einzelnen waren, doch im allgemeinen ein inneres Verhältnis zur praktischen Tätigkeit fehlte: ihre Sorge beschränkte sich immer mehr auf die Pflege des eigenen Ich und der engsten Gemeinschaft, eine aristokratische Abneigung gegen alle öffentliche Wirksamkeit griff immer stärker um sich, Romantik und Naturschwärmerei sollten genügen in einer Zeit, die den einzelnen und die Nation in den härtesten Kampf ums Dasein gestellt hatte. Das „deutsche Gemüt" wurde in dieser Jugend stärker als der Wille zur Tat, so daß sie sich schließlich selbst ausschaltete und damit der Nation gerade die reinsten und edelsten Kräfte raubte.

So gelang es trotz aller Keime des neuen Werdens dennoch nicht, den Zwiespalt des Zeitalters zu überwinden und der emporstrebenden Nation die einheitliche und geschlossene Kraft eines wirklichen Weltvolkes zu verleihen. Es bleibt noch die letzte Frage, ob das Jahrhundert der persönlichen Freiheit und der konstitutionellen Verfassungen für Deutschland überhaupt noch hätte leisten können, was für Frankreich der Absolutismus seiner großen Könige und Kardinäle durchgeführt hat: die Einheitlichkeit der nationalen Gesinnung, des nationalen Stiles. Offenkundig ist nur die Tatsache, daß die Widersprüche zwischen den alten Lebensformen der Kleinstaaterei und den Zielen des modernen Weltstaates bestehen blieben und daß das Reich und seine Leitung dem Geiste der inneren Erneuerung ferne stand. Das Schicksal gab nicht Zeit und Möglichkeit zur Vollendung, und so lebte Deutschland, unfertig und unsicher, im Kreise der großen Mächte, die von allen Seiten es umringten.

III. Der Wettstreit der Weltmächte.

Seit den achtziger Jahren hat sich das Antlitz der Welt zu wandeln begonnen; ein unwiderstehlicher Drang nach Ausdehnung hat die Völker und Staaten ergriffen und sie über den engen kontinentalen Rahmen hinausgeführt. Zur Aufteilung der Erde, die England bis dahin allein und lässig besorgt hat, melden sich immer mehr Großmächte. Mit feinem, politischem Takt spürt England zuerst den Wandel der Dinge: die imperialistischen Ideen sind aus diesem Gefühle heraus in England geboren worden, und sie kommen dann auch über andere Völker. So erstehen neue Großmächte; unter den alten Großmächten aber erstehen neue Interessen, Gegensätze, Verbindungen, und diese verknüpfen sich mit den alten, noch ungelösten Fragen, die aus der Zeit der kontinentalen Kämpfe in das neue Zeitalter des Imperialismus hineinragen.

1. Die neuen Großmächte: die Vereinigten Staaten und Japan. [§ 75

Zu der alten europäischen Pentarchie, die seit dem Wiener Kongreß Europa verwaltete — den drei Ostmächten und den zwei Westmächten — ist im Laufe des 19. Jahrhunderts als sechste Großmacht noch Italien getreten, aber ohne daß an dem kontinentalen, europäischen Charakter der von den Großmächten innegehaltenen Politik jemals etwas geändert worden wäre. Nun aber bringt das Zeitalter des Imperialismus für alle europäischen Mächte die gewaltige Erweiterung ihrer Interessen, und sie finden dabei in den anderen Erdteilen neue Mächte, die nun eintreten in den erweiterten Kreis. Es sind dies die Vereinigten Staaten und Japan — die eine Macht am östlichen, die andere am westlichen Rande des Stillen Ozeans, der bisher ein geschichtsloses Dasein geführt hat und nun in die Weltgeschichte eintritt. Beide Staaten sind moderne Gebilde; sie sind unabhängig voneinander erwachsen und erfüllen sich ohne Berührung zueinander mit dem modernen Imperialismus, um dann gegenseitig in einen scharfen Konkurrenzkampf zu geraten.

a) Die Vereinigten Staaten.

Lange hatte sich der Ausdehnungsdrang der Vereinigten Staaten, dank der isolierten Lage, ungehinderter als das Machtstreben der europäischen Staaten entfalten können, und die gewonnenen Gebiete waren stets in naturgemäßer Entwicklung als gleichberechtigte Glieder in den Verband des Bundesstaates aufgenommen worden. Nachdem aber die weiten Gefilde bis an den Stillen Ozean besiedelt waren, erhob sich für die Vereinigten Staaten die Frage, ob man die Vorteile des geschlossenen Gebietes höher schätzen wolle als den Erwerb eigener Kolonien. Denn ein solcher Erwerb mußte freilich eine Teilnahme an der Weltpolitik und an den Auseinandersetzungen der großen Mächte zur Folge haben.

Die Frage wird schon 1867 gestellt, als man Alaska von Rußland kauft, sie wird aber 1898 brennend, als auf den Hawaii-Inseln Eingeborenenkämpfe stattfinden und zugleich, an andrer Stelle, die Spanier sich eines Aufstandes auf Kuba nur unter großen Greueln erwehren können. Der Imperialismus, geistig vorbereitet von Theodor Roosevelt, verlangt die Einmischung an beiden Orten; die Gegner des Imperialismus, von dem Deutschamerikaner Karl Schurz geführt, wollen die isolierte Lage und die mit ihr gegebene innere Einheit und äußere Unverwundbarkeit nicht preisgegeben sehen, und sie berufen sich dabei auf das bis dahin in Ehren bewahrte politische Testament Washingtons, das für die Haltung gegenüber fremden Nationen die Regel aufgestellt hatte, „unter Aus-

Der Imperialismus siegt: im Kriege mit Spanien werden Kuba und die Philippinen gewonnen, Hawaii wird der Union einverleibt. Roosevelt wird bald darauf Präsident (1901).

Dieser erste Schritt wird von großer, grundsätzlicher Bedeutung: wachsende Vermehrung der Flotte und des Heeres wird nötig; denn die Vereinigten Staaten sind von nun an stärker als früher an den Händeln der großen Mächte interessiert. Jetzt wird auch der Bau des Panama-Kanals als notwendig empfunden und in Angriff genommen, nachdem französisches Kapital an der Aufgabe gescheitert ist und die Engländer in den Nöten des Burenkrieges von ihren Ansprüchen auf Mitarbeit zurückgetreten sind. Die ganze Veränderung des politischen Geistes aber wird offenbar in der neuen Auslegung der Monroedoktrin; aus dem Grundsatze der Nichtintervention der europäischen Mächte in ganz Amerika wird der Grundsatz der Intervention der Vereinigten Staaten in allen Republiken des Südens, die in ihren unaufhörlichen Bürgerkriegen sich selbst keine Ordnung schaffen können. So ist ein Imperialismus entstanden, der Kolonien und Schutzländer dem alten Reiche unterwirft und die Herrschaft über den Stillen Ozean und über den Golf von Mexiko als seine Ziele erkennt. Der Gegensatz zu Japan ist damit gegeben.

b) Japan.

Das Erwachen Japans aus völliger Abgeschlossenheit ist eine einzigartige Erscheinung der neueren Geschichte. Noch um die Mitte des Jahrhunderts ist kaum ein Fremder nach Japan gekommen, die Japaner leben damals noch in einer starken, einheitlichen, seit Jahrhunderten vollendeten Kultur, ihr Staatswesen gleicht den europäischen Lehensstaaten des Mittelalters. Dann kommt innerhalb weniger Jahrzehnte die völlige Hinwendung des Staates und der führenden Schicht zur modernen europäischen Kultur: eine Verfassung nach preußischem Muster wird erlassen, das Heer wird reformiert, die Schulpflicht eingeführt; an den europäischen, zumal den deutschen Hochschulen machen sich die Japaner mit der modernen Wissenschaft und Technik vertraut, zahlreiche Deutsche werden ins Land berufen.

Und sofort beginnt Japan über die Grenzen des eigenen Reiches hinweg nach der ostasiatischen Vorherrschaft zu greifen, sofort beginnt es auch die gegenüberliegende Küste Amerikas, Kalifornien, mit seinem Menschenüberfluß zu besiedeln. So entstehen die Konflikte mit China und mit Amerika: die Auseinandersetzung mit Amerika schiebt sich hinaus, weil in Ostasien die Möglichkeit europäischer Konkurrenz sehr rasch näher rückt. Dieser Konkurrenz will Japan zuvorkommen und führt mit China den Krieg um die Öffnung des Landes (1895): aber die europäischen Mächte — Rußland, Frankreich und Deutschland — greifen ein und nehmen den Japanern die Siegesbeute des Friedens von Shimonoseki.

Von diesem Augenblicke an ist Japan an den Gegensätzen der europäischen Großmächte interessiert und wartet auf die Zeit, wo es in ihrem Kreise die seinen ostasiatischen Zielen entsprechende Politik treiben kann.

2. Die alten Großmächte: Gegensätze und Verbindungen. [§ 76

a) Die alten Großmächte bewahren ihre europäischen Interessen und Gegensätze, aber mit der kolonialen Expansion treten neue Ziele zu den alten. So hat die Weltpolitik der Zeit mit folgenden vier Gegensätzen als Grundtatsachen zu rechnen:

1. Der französisch-deutsche Gegensatz ist eine aus der Vergangenheit überlieferte Gegebenheit, an der auch die neuen Interessen des kolonialen Frankreich auf die Dauer nichts geändert haben. So sehr auch die Politik Bismarcks und

so vollständig auch jede Reibung zwischen Frankreich und Deutschland in allen wirtschaftlichen und weltpolitischen Fragen fehlt, der kontinentale Gegensatz schiebt immer wieder alle Möglichkeiten einer Überwindung der deutsch-französischen Feindschaft beiseite.

2. Der russisch-österreichische Gegensatz wächst mit dem Anwachsen des Panslawismus, der den inneren Bestand der Habsburgermonarchie gefährdet und ihr zugleich auch den Donauweg zu verlegen droht. Denn der Panslawismus erstrebt den Einschluß auch der Slawen des Balkans in die russische Macht; auch Rumänien ist daher vor ihm in Gefahr.

3. Der russisch-englische Gegensatz reicht zwar zurück in jene Zeiten der Heiligen Allianz, als die „orientalische Frage" mit der nationalen Erhebung der Balkanvölker zum ersten Male aufgerollt wird und damit der Streit um die „Erbschaft des kranken Mannes" beginnt. Jetzt aber treten in immer stärkerem Grade die Gegensätze in Vorderasien und in Ostasien hinzu, indem der Zarismus nicht mehr nur nach dem Westen und nach dem Balkan drängt, sondern auch durch Vorderasien gegen Indien und über Sibirien zum Stillen Ozean strebt. Rußlands Bahnbauten in Asien bedrohen die englische Stellung ganz unmittelbar.

4. Der französisch-englische Gegensatz, eine Grundtatsache der europäischen Vergangenheit, ist nach der völligen Besiegung Frankreichs in den Schlachten von Trafalgar und Waterloo allmählich im 19. Jahrhundert wieder erwacht, und er wächst sich im Zeitalter des Imperialismus zu einem erneuten Ringen um die Herrschaft im Mittelmeere aus: Nordafrika wird diesmal der Schauplatz der Rivalität. Frankreich sucht seinen algerisch-tunesischen Besitz zu einem großen nordafrikanischen Reiche auszubauen und stößt dabei in Ägypten auf England. 1898 hißt Oberst Marchand die französische Flagge in Faschoda, wird aber von den Engländern zum Rückzuge genötigt. Leidenschaftlich bäumt sich der verletzte nationale Stolz gegen England auf, die Republik wagt aber keinen Krieg.

b) Diese vier, aus Geschichte und Geographie sich ergebenden Gegensätze führen zu folgenden Kombinationen:

1. Das deutsch-österreichische Bündnis, durch Zutritt Italiens zum Dreibunde erweitert, schützt Österreich gegen Rußland und Deutschland gegen Frankreich. Für Deutschland ist dieses Bündnis auch Rußland gegenüber sehr wichtig geworden, seit der Rückversicherungsvertrag nicht mehr besteht und Deutschland im Orient mit dem Grundsatze der „Saturiertheit" gebrochen hat und eigene Interessen dort wahren muß: die Orientpolitik Wilhelms II. hat Deutschland zum Freund und Beschützer der Türkei gemacht. Auch Rumänien schließt sich an, weil die Furcht vor Rußland größer ist als die nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze gegen Österreich.

2. Der französisch-russische Zweibund, der das in der Mitte gelegene Deutschland von zwei Seiten umfaßt, hat Frankreich aus seiner langen Isolierung erlöst. Er ist von seiten Frankreichs unmittelbar gegen Deutschland gerichtet, von seiten Rußlands aber nur mittelbar, und zwar einmal insofern, als Rußland in Deutschland die österreichisch-ungarische Monarchie treffen will, sodann weil Rußland Frankreichs Hilfe gegen England erhofft und darum als Gegenleistung seine Hilfe gegen Deutschland bietet. Der Zweibund hatte also ursprünglich zwei Fronten: die eine nach innen gegen Deutschland, die andere nach außen gegen England, die erstere ist besonders bedeutsam für Frankreich, die letztere für Rußland. Unter Rußlands überwiegendem Einfluß rückt zunächst die zweite Front in den Vordergrund, indem Rußland sich seinen asiatischen Zielen zuwendet. Frankreich seinerseits beschäftigt sich ebenfalls, von Rußland gedeckt, zunächst mit seinen antienglischen kolonialen Plänen, die schließlich nach Faschoda führen. So kommt es, daß Europa

Der Gegensatz Englands zu Frankreich und Rußland galt als ebenso fester Punkt der Diplomatie wie der deutsch-französische und der österreichisch-russische. Die Bündnisse, die sich gebildet, spielten sich in diesen gegebenen und überlieferten Bahnen ab. Es standen sich also gegenüber Frankreich und Rußland auf der einen, England und der Dreibund auf der anderen Seite: der Dreibund war ja zustande gekommen unter der wohlwollenden Einwilligung Englands. Das Schicksal der Welt hing also davon ab, ob das nun aus der Isolierung herausstrebende England den Anschluß an den Dreibund finden werde: das deutsch-englische Problem war damit gestellt.

3. England und Deutschland (Qu. I 16/17, II c). [§ 77

Das gute Einvernehmen mit England war ein Pfeiler der Bismarckschen Politik gewesen: ein saturiertes und auf den Kontinent beschränktes Deutschland war für England und seinen Grundsatz der balance of powers im Hinblick auf Frankreich und Rußland sehr wertvoll. Als England 1890 den Deutschen Helgoland im Tausche gegen Sansibar gab und dadurch die Befestigung der Nordseeküste ermöglichte, lag der Gedanke eines englisch-deutschen Krieges außerhalb jeder Möglichkeit. Nun hatte aber der Imperialismus auch in Deutschland Fuß gefaßt; Deutschland wollte nicht abermals beiseite stehen, es war der Flottenbau gekommen und der wirtschaftliche Aufschwung: England begann in Deutschland den Rivalen in der Seeherrschaft und im Wirtschaftsleben zu sehen. Es kommt hinzu, daß gelegentlich sogar Deutschland mit den beiden anderen Rivalen Englands, mit Rußland und Frankreich zusammenwirkt, so gegenüber Japan nach dem Frieden von Shimonoseki. England beginnt, wenn auch ohne Grund, die Gefahr einer kontinentalen Koalition zu fürchten.

Es ist ein entscheidender Augenblick: englische Stimmen werden laut, die mit Bezug auf Deutschland das Carthago delenda est aussprechen. Deutsche Stimmen erwidern; der Kaiser begrüßt 1896 den Präsidenten Krüger durch ein Telegramm, als der erste Einfall der englischen Freibeuter in das Burengebiet abgeschlagen wird.

Da entschließt sich die englische Regierung, „den Stier bei den Hörnern zu packen", die deutsche Konkurrenz durch ein wirkliches Bündnis für England zu gewinnen. Drei Bündnisvorschläge gehen an Deutschland, das drittemal 1901 durch Chamberlain. Bülow lehnt ab.

Die Beweggründe der deutschen Regierung sind doppelter Art: 1. Bülow wollte Deutschland die Unabhängigkeit nach allen Seiten wahren, jederzeit freie Hand behalten zwischen Rußland und England. Die „erhabene Einsamkeit", die England einst große Erfolge gebracht, sollte auch für Deutschland gelten, und das in einem Augenblick, da England selbst mit aller Kraft aus ihr herausstrebte. Freilich schien ja in der Tat Bismarcks Sorge vor den Koalitionen in den Tagen von Faschoda und Shimonoseki grundlos geworden zu sein. Nicht ernst genommen wurde der Hinweis Chamberlains, England werde, wenn dieses Mal kein Bündnis zustande komme, sich nach der anderen Seite wenden: man hielt eine solche Politik für unmöglich. Das Bündnis mit England hätte die Verpflichtung und den Zwang bedeutet, sich in jedem Falle politischer und wirtschaftlicher Expansionen mit England zu verständigen, wobei man die ungünstige Seelage als Nachteil, den Wert aber, den der scharfe Degen auf dem Kontinente für England besaß, als Gegengewicht buchen konnte. Aber das Bündnis brachte eben dadurch das Risiko eines endgültigen Bruches mit Rußland; man wollte aber nicht Englands „Landsoldat" werden — auch dann nicht, wenn man dabei mit Englands Zielen eigene Interessen verfolgen und erreichen konnte.

regierten Monarchien. Die Freundschaft mit dem Zaren schien ihm eine innerpolitische Versicherung und das heilige Vermächtnis einer hundertjährigen Geschichte: ein wirkliches Bündnis mit Rußland, um das er sich lange bemühte, kam nicht zustande, weil Frankreich durch seine Kredite den russischen Schuldner zu fest an sich gefesselt hatte und weil der Panslawismus das deutsche Bündnis nur bei einer Preisgabe Österreich-Ungarns und bei einem Verzicht auf die deutschen Orientziele angenommen hätte.

So schien es am bequemsten, weder für Rußland noch für England zu wählen, sondern zwischen den beiden Mächten die bisherige selbständige Rolle weiterzuführen. Die deutschen Staatsmänner glaubten, als sie die englischen Bündnisanträge ablehnten, dadurch den status quo aufrechtzuerhalten: in Wirklichkeit aber war dieser Status für England unerträglich geworden.

Von Deutschland abgewiesen, wendet sich darum England sofort nach der anderen Seite. Die Wege Deutschlands und Englands, die seit Jahrhunderten zusammen gegangen, trennen sich in diesem Augenblick.

4. Das englisch-japanische Bündnis 1902. [§ 78

a) Der erste Schritt, den Chamberlain unternimmt, ist der Abschluß des Bündnisses mit Japan.

Zum ersten Male seit dem Krimkriege trat England aus seiner splendid isolation hervor, zum ersten Male in der Geschichte schloß eine Macht der europäischen Völkerfamilie ein offizielles Bündnis mit einer fremden Rasse.

Japan ist nun die Möglichkeit gegeben, an Rußland Rache zu üben. Nach dem Frieden von Shimonoseki (1895) hat Rußland durch den erfolgreichen Einspruch gegen den Frieden freie Hand in Ostasien erhalten und von China den Hafen von Port Arthur erworben, der zum Endpunkt der sibirischen Bahn gemacht wird; nach der europäischen Intervention im Gefolge des Boxeraufstandes ist Rußland auch in der Mandschurei sitzen geblieben. Jetzt, durch Abschluß des Bündnisses mit Japan, gewährt England den Japanern Rückendeckung gegen Rußland.

b) Der russisch-japanische Krieg (1904/05) vollstreckt auch Englands Willen: Port Arthur wird nach langer Belagerung genommen, die Russen werden in der zehntätigen Riesenschlacht von Mukden und in der Seeschlacht in der Straße zwischen Korea und Japan geschlagen. Im Frieden von Portsmouth erhält Japan die Oberhoheit über Korea, Rußland muß die Mandschurei an China zurückgeben.

Groß sind die Rückwirkungen der Niederlage auf die innere Geschichte Rußlands. Die Revolution bricht aus und veranlaßt den Zaren zum Erlaß einer Verfassung; diese muß freilich noch mehrmals umgeändert werden, bis der Reichstag — die Duma — dem Absolutismus gefügig ist und sich das System des Scheinkonstitutionalismus gefallen läßt. Zugleich führt die Agrarreform des Ministers Stolypin die bereits 1862 von Alexander II. verfügte Aufhebung der Leibeigenschaft weiter, indem der Gemeinbesitz der Mirverfassung aufgehoben und das Ackerland an die Bauern nach modernem Privatrecht gegeben wird. Alle diese Vorgänge schwächen und beunruhigen zunächst das russische Reich, zumal der russische Nihilismus immer wieder sein Haupt erhebt.

c) England benutzt diese Lage, um — ungestört von Rußland — Tibet, das Glacis jenseits der Festung Indien, zu gewinnen. So hat die englische Staatskunst in kluger Weise, ohne sich selbst unmittelbar gegen Rußland zu betätigen, die russische Gefahr aus dem Wege geräumt,

bedroht haben. Als Rußland sich erholt hat, wendet es sich nach dem Balkan; dort aber kann England ihm eher entgegenkommen, weil die Sicherung der Dardanellen durch die Türkei für England nicht mehr so wichtig ist wie ehedem. England gibt die altüberlieferte Rolle eines Beschützers der Türken um so eher auf, je stärker seine Entfremdung gegenüber dem türkenfreundlichen Deutschland wird.

5. Eduard VII. und die Einkreisung. [§ 79

Die Politik, die sich aus Deutschlands Ablehnung des englischen Bündnisses ergeben hat, wird durch König Eduard VII. (1901—1910) weitergeführt. Er sucht und findet den Anschluß an den Zweibund. Zuerst kommt 1904 die englisch-französische Entente zustande. Frankreich verzichtet auf seine Bestrebungen in Ägypten und erhält dafür freie Hand in Marokko, abgesehen von dem Küstenstrich gegenüber Gibraltar, der Spanien zufallen soll. 1907 wird die Entente zwischen England und Rußland geschlossen: in Afghanistan, Persien und Tibet werden die beiderseitigen Interessensphären abgegrenzt. Die beiden Verträge von 1904 und 1907 sind Anfang und Ende jenes Gewebes, das Deutschland zu isolieren bestimmt ist; dazwischen liegen zahlreiche Schritte Englands, die demselben Zwecke dienen.

a) Italiens Abfall vom Dreibunde ist eine Folge der Abkehr Englands; denn Italien war ja aus geographisch-militärischen Gründen vom Wohlwollen Englands abhängig. Über Nordafrika wird dabei eine Verständigung erzielt: während Frankreich Marokko erhält, wird den Italienern, die 1896 vergebens Abessinien zu erobern versucht hatten und in der Schlacht von Adua geschlagen worden waren, freie Hand gelassen in Tripolis. Der Krieg, den Italien um dieses ihm zugewiesene Kolonialland mit der Türkei führen muß, zeigt, daß seine Beteiligung am Dreibunde von nun an nur noch eine leere Form ist; denn die Türkei ist dem Dreibund eng verbunden, weil die österreichischen und türkischen Interessen auf dem Balkan zusammengehen und weil Deutschland in der Türkei starke wirtschaftliche Interessen hat. Bülow sucht vor dem Reichstage den Abfall Italiens zu verschleiern durch das Wort von der „unschuldigen Extratour"; es kommt sogar in der Folge zu formeller Erneuerung des Dreibundes.

b) Die Auflösung der schwedisch-norwegischen Union (1905) ist gleichfalls durch den Abschluß der Entente erleichtert worden; denn das deutschfreundliche Schweden hat für England nur gegen Rußland einen Wert gehabt.

Der Abschluß der Entente geschah für die deutschen Staatsmänner völlig unerwartet, und Fürst Bülow mußte vor dem Reichstage bekennen, daß man den „Gegensatz zwischen Walfisch und Elefant" nicht als unabänderlichen Faktor in die politische Rechnung einstellen durfte. Mit Recht hatte Bismarck einst (1885) in einem Briefe an Kaiser Wilhelm I. betont, eine englisch-russische Allianz werde sich jederzeit durch Frankreich verstärken lassen und dadurch werde die „Basis für eine Konstellation geschaffen, wie sie gefährlicher Deutschland nicht gegenüberstehen kann". England brachte allerdings, um die politische Isolierung Deutschlands zu erreichen, große Opfer an Überlieferungen und an politischen Aussichten. Der Bund mit Frankreich widersprach allen englischen Traditionen und war zudem mit der Aufteilung Nordafrikas erkauft, der Bund mit Rußland widersprach wichtigen Interessen Englands. Trotz der glücklichen Vorarbeit, die England getan, mußte der russische Anteil

Schützer der Türkei aufgeben, um Rußlands Zielen auf dem Balkan zu schmeicheln und dadurch Österreich und Deutschland mit Rußland in einen Gegensatz auf Leben und Tod zu bringen. Und alle diese Opfer brachte England, um die Isolierung Deutschlands zu vollenden. In wenigen Jahren hatte sich die internationale Stellung Deutschlands in unerhörtester Weise verschlechtert. Wie einst Kaunitz die feindlichen Kabinette Europas zum Kampfe gegen Preußen zusammengeführt, so hatte jetzt Eduard VII. unvermeidlich scheinende Gegensätze vereint. Er wandelte dabei durchaus die Bahnen überlieferter englischer Staatskunst. England hatte auch diesmal die Gegensätze des Kontinentes nicht geschaffen — diese waren vielmehr eigenen Ursprungs — aber es nutzte sie zu seinem besonderen Zwecke aus. Ehedem hatte England in Frankreich die hegemoniale Gewalt des Kontinents durch Koalitionen niedergezwungen, jetzt suchte es gegen Deutschland seine „Degen auf dem Kontinent". Ohne Revanchestimmung und Panslawismus wäre die englische Politik nicht möglich gewesen, aber daß der Weltkrieg zustande kam, dazu war nötig, daß diese drei Bestrebungen sich fanden. Die Wurzel des Weltkrieges liegt in der Tat in den Verträgen von 1904 und 1907, und hier sind auch bereits die zwei Herde angezeigt, auf denen er sich entzünden sollte: Marokko durch den Vertrag von 1904, der Balkan durch den Vertrag von 1907 — dies sind die beiden „Brandfackeln des Weltkrieges".

6. Marokko und der Balkan (Qu. I 16/17, II d, Qu. II 133, II 4). [§ 80

a) Die Marokkokrisen. In Ausführung des Vertrages von 1904 schreitet Frankreich in Marokko sofort zu einer Umwandlung seiner Stellung in ein Protektorat. Es bezeichnet sich dabei als „Mandatar Europas".

1. Da erfolgt als deutscher Gegenschlag die Landung des Kaisers in Tanger, durch die in ungewöhnlicher Weise die Souveränität des Sultans von Marokko und das wirtschaftliche Interesse der Deutschen in Marokko betont wird. In Frankreich ist Delcassé, der soeben erst die Entente mit England abgeschlossen hat, bereit zum Kriege; aber schließlich siegt die gemäßigte Richtung, besonders mit Rücksicht auf Rußlands Schwäche nach dem japanischen Kriege, und sie nimmt das deutsche Anerbieten an, wonach die Marokkofrage auf einem europäischen Kongresse geregelt werden soll. Delcassé muß zurücktreten, die Konferenz von Algeciras führt aber doch zu einer diplomatischen Niederlage Deutschlands; denn sie verpflichtet zwar der Form nach die europäischen Mächte auf die Souveränität Marokkos und auf den Grundsatz der offenen Tür, aber es wird auf der Konferenz zum ersten Male deutlich, wie völlig die Isolierung Deutschlands geworden ist; nur Österreich steht auf seiner Seite, aber nach Kaiser Wilhelms eigenem, unfreiwilligem Geständnis auch nur als „Sekundant".
2. Frankreich aber sucht und findet trotz der Beschlüsse der Konferenz Vorwände genug, um in der folgenden Zeit sich in Marokko auszubreiten. Es läßt sich die marokkanischen Einnahmen verpfänden, schickt ein Heer nach Fez, und Delcassé tritt abermals in die Regierung ein. Die deutsche Staatsleitung — entschlossen, keine neue Algecirasakte zu machen — läßt ein deutsches Kanonenboot vor Agadir anlegen und verlangt Kompensationen für die wirtschaftlichen Rechte, die Deutschland in Marokko verloren gehen, wenn dieses französisch wird. Es gelingt der deutschen Diplomatie, das Ministerium Caillaux zu Sonderverhandlungen zu bewegen, durch die das Deutsche Reich ein Stück der französischen Kongokolonie mit zwei Zugängen zum Kongo und einem schmalen Stück Küste erhält (1911).

Nachdem die Revanchestimmung lange durch die Liebe zur kolonialen Betätigung zurückgedrängt worden war, entzündet sie sich von neuem gerade an einer kolonialen Frage, die ursprünglich nebensächlich

zu wandeln: aus dem Unglauben und der müden Zweifelsucht, für die Flauberts und Zolas Romane charakteristisch sind, wendet sich die Nation religiösen und nationalen Stimmungen zu, die sich, dem Wesen des Franzosen entsprechend, sehr rasch überstürzen, zur Politik sich kehren und zu dem Rufe nach Vergeltung an Deutschland sich steigern.

b) Die Balkankrisen (Qu. I 16/17, II f).

1. Die Annexion Bosniens. In Ausführung der Politik, die durch die englisch-russische Verständigung eingeleitet wird, zieht sich England von der Türkei langsam zurück. Zunächst erscheint dies als Vorteil Deutschlands, woran auch die jungtürkische Revolution nichts ändert, die den Sturz des deutschfreundlichen Sultans herbeiführt und ein westeuropäisch-konstitutionelles Regiment ans Ruder bringt. Österreich ergreift diese Gelegenheit, um seine Stellung durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina zu sichern (1908). Rußland widerspricht und treibt die Serben gegen Österreich vor, eine unmittelbare Kriegsgefahr entsteht, vor der aber die Russen nach englischer Vermittlung zurückweichen.

   Die deutsche Regierung, der Österreich von seinem ganzen Vorhaben nichts mitgeteilt hatte, mußte Österreich decken; denn andernfalls wäre auch Österreich abgefallen, und die Isolierung wäre vollständig geworden. Die deutschen Staatsmänner hatten die Vereinzelung einem Bunde mit Rußland oder England vorgezogen, weil sie in jedem der beiden Fälle die Abhängigkeit fürchteten. Nun waren sie eben durch diese Politik abhängig geworden von einer Macht, deren Wert von Jahr zu Jahr geringer wurde, indem die Nationalitätenkämpfe unaufhaltsam an Heftigkeit zunahmen, die Hinneigung der Tschechen zum russisch-französischen Bündnis immer offenkundiger wurde. Das Wort von der „Nibelungentreue" — ein unbismarckisches Wort — suchte darüber hinwegzutäuschen, daß Österreich trotz seiner inneren Schwäche in dem Bunde mit Deutschland der mächtigere Teil geworden war. Die deutsche Politik erschöpfte sich von nun an darin, gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Bismarck hatte die Schwächen und die möglichen Gefahren des Bundes mit Österreich ausgeglichen durch das geniale System seiner Bündnisse. Nun war im Laufe zweier Jahrzehnte eine Sicherung nach der anderen hinweggefallen: das Defensivbündnis von 1879 gewährte nun Österreich die Möglichkeit einer „aktiven Balkanpolitik". Vergebens bemühte sich Bethmann Hollweg in der Folge, aus dieser Verstrickung herauszukommen; aber es gab nach seinen Worten „für Deutschland keine Möglichkeit der Optionen", weil ein Ersatz für den österreichischen Bundesgenossen nicht mehr zu finden war.

2. Die beiden Balkankriege (Qu. I 16/17, II g). Die nationalen Bestrebungen der Balkanstaaten beruhigen sich auch fernerhin keineswegs; vor der vereinigten Macht des Balkanbundes bricht im ersten Balkankriege (1912) die Türkei militärisch völlig zusammen. Österreich ist dadurch aufs ernsteste bedroht, auf der Gegenseite ist Rußland bereit zu allem.

   Noch einmal rettet dieses Ringen der Mächte wenigstens einen kleinen Rest der europäischen Türkei; zugleich erhebt sich der türkische Nationalismus unter der Führung Enver Paschas, stürzt das jungtürkische Regiment und verteidigt heldenhaft Adrianopel. Um die Beute aber streiten sich die Sieger, Serbien und Bulgaren: der sog. zweite Balkankrieg (1913) bringt die Niederlage Bulgariens, seine Todfeindschaft gegen Serbien, Rumänien und das hinter ihnen stehende Rußland.

   In dieser ganzen Zeit 1912/13 ist die europäische Kriegsgefahr dauernd

mal in dieser Zeit ein Ultimatum gestellt, das eine Mal an Montenegro, als dieses sich in Skutari festsetzte, das andere Mal an Serbien, als dieses Albanien nicht räumen wollte — in beiden Fällen also, um seine Machtstellung auf dem Balkan zu erhalten. Noch wurde der russische Wille zum Krieg gebändigt durch England, noch einmal schien sich in dieser Zeit eine deutsch-englische Verständigung anzubahnen. Es sollte der letzte Versuch sein.

7. Der letzte Versuch einer deutsch-englischen Verständigung. [§ 81

Die feindselige Stimmung zwischen England und Deutschland ist in all den Jahren seit Abschluß der Entente weiter gewachsen, das Mißtrauen wird von der öffentlichen Meinung beider Länder genährt und gesteigert. In England verfolgt man mit wachsender Sorge den immer rascher und lauter betriebenen Flottenbau Deutschlands und das Anwachsen der wirtschaftlichen und kolonialen Konkurrenz, die englische Presse erörtert mißtrauisch die Absichten Deutschlands: immer wieder wird besonders zurückgegriffen auf die Tatsache, daß Deutschland auf den beiden Haager Friedenskonferenzen (1899 und 1907) das obligatorische Schiedsgericht zu Falle gebracht hat. Andererseits ist die öffentliche Meinung Deutschlands darüber erregt, daß England in allen internationalen Streitigkeiten dieser Jahre auf der Seite von Deutschlands Gegnern gestanden hat: Englands Haltung wird als Konkurrenzneid empfunden (Qu. II 131, III 5).

Nach dem Tode Edwards VII. (1910) werden in beiden Ländern die Stimmen vernehmlicher, die noch in letzter Stunde einen Ausgleich fordern. Träger dieser Stimmung ist in England der Kriegsminister Lord Haldane, in Deutschland der Reichskanzler Bethmann Hollweg. Die Mission Haldanes (1912), der letzte Verständigungsversuch, scheitert jedoch.

Die Mission scheitert an der Flottenfrage. England will seine überlieferte Seegeltung retten und also an dem Grundsatze des two powers standard festhalten. Deutschland hatte soeben wieder eine Flottennovelle vorgelegt, die über das Flottengesetz von 1900 hinausging und England zu gewaltigen Neubauten gezwungen hätte. Haldane wünscht, daß die Vorlage fällt. Tirpitz erklärt dies für unmöglich: der Flottenbau führt immer tiefer in die „Gefahrenzone" hinein. Zwar werden die Verhandlungen in London weitergeführt, aber die englische Regierung unter Edward Grey lehnt es ab, sich für den Fall eines Angriffskrieges gegen Deutschland auf Neutralität zu verpflichten. Allerdings kommt es dann ganz zuletzt zu dem Bagdadabkommen (1912), einem Kompromiß, in welchem England auf seinen bisherigen Widerspruch gegen die Beendigung der Bagdadbahn verzichtet, dafür Beteiligung an der Endstrecke erhält. Die entscheidenden Fragen aber, der Flottenbau Deutschlands und das Neutralitätsversprechen Englands, bleiben ungelöst: die Entfremdung ist unheilbar geworden.

Die Haltung Deutschlands war in den Verhandlungen mit Haldane und Grey im Grunde noch immer die gleiche wie zu der Zeit, als es die englischen Bündnisanträge ablehnte: es wollte sich zwischen Rußland und England als dritte Gewalt behaupten, obwohl eine Trennung beider Mächte in diesem Stadium der Entwicklung erst recht nur noch durch klare Entscheidung möglich war. Ob die deutschen Staatsmänner sich für Rußland noch entscheiden konnten, war in dieser Zeit der Balkankriege und des gesteigerten französischen Chauvinismus zweifelhaft; aber wenn sie die Politik des Admiral Tirpitz durch Ablehnung Haldanes aufnahmen, blieb freilich nur der Anschluß an Rußland und damit der Verzicht auf die Stellung in der Türkei und in Anatolien übrig. Die deutsche Regierung aber wollte den vollständigen Ausbau der Hochseeflotte und ebenso die Durchführung ihrer Orientziele festhalten, sie wollte also zwei Ziele zugleich verfolgen, die mit unbedingter Notwendigkeit einander ausschlossen. Daraus ergab sich der unstete und schwankende

Kurs unwiderstehlich ihrem Ziele zu: Rußland trieb unaufhörlich die Serben gegen Österreich und die Türkei vor, Frankreich eiferte mit Deutschland im Wettrüsten und führte, als es seiner sinkenden Bevölkerungszahl wegen nicht mehr mit Deutschland Schritt halten konnte, die dreijährige Dienstzeit ein (1913) — eine offenkundige Kriegsmaßnahme, die dem Lande so schwere Lasten auferlegte, daß sie auf die Dauer unerträglich sein mußte und sicherlich nur in Erwartung eines nahe bevorstehenden Krieges verfügt werden konnte. England aber sah diesen Krieg zwischen Rußland und Frankreich einerseits, Deutschland und Österreich andererseits heraufziehen und war entschlossen, dabei unter keinen Umständen die Niederwerfung Frankreichs zu dulden, weil es die kontinentale Hegemonie Deutschlands fürchtete; es beförderte den Kriegswillen der Gegner durch die Stellung, die es gegen Deutschland eingenommen hatte, aber es konnte diese Stellung nicht mehr ändern, weil die Hoffnung einer Zurückdrängung der deutschen Nebenbuhlerschaft sich regte und andererseits der Weg einer deutsch-englischen Verständigung zu schwierig geworden war. Verhängnisvoll hatten die Dinge sich verkettet durch das Streben nach dem „Gleichgewicht" und nach der Macht, und sie hatten die Weltlage so gestaltet, daß die beiden Mächtegruppen einander gegenüberstanden, jede die Hand am Abzugsbügel und des Augenblicks gewärtig, wo ein kleines Ereignis die Spannung zur Entladung bringen konnte.

F. Der Weltkrieg von 1914—1918.

1914	Serajewo, Kriegsausbruch, Vormarsch im Westen bis zur Marne, Befreiung Ostpreußens
1915	Karpathenschlachten, Vormarsch im Osten, Eintritt Italiens in den Krieg, Gallipoli, Stellungskrieg im Westen
1916	Verdun-, Somme-, Brussilow-Offensive, Rumänien, Zivildienstpflicht, Skagerrak, U-Bootfrage, Friedensangebot
1917	Siegfriedstellung, Streit um die Neuorientierung und um die Friedensziele, erste und zweite russische Revolution, Brest-Litowsk,
1918	Frühjahrsoffensive, Rückzug, Waffenstillstand, Revolution
1919	Vertrag v. Versailles, Reichsverfassung

I. Der Ausbruch des Krieges.

1. Der Mord von Serajewo (Qu. I 16/17, III b). [§ 82

Am 28. Juni 1914 wird der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin auf Veranlassung südslawischer Nationalisten in Serajewo erschossen.

Der Erzherzog war ein energischer und kluger Mann, von dem man erwartet hatte, daß er den notwendigen Umbau der dualistischen Monarchie vornehmen, die Nationalitäten durch Entgegenkommen in der Verfassungsfrage für den Donaustaat gewinnen werde, um auf diese Weise den inneren Wert Österreichs und die Bedeutung des Dreibundes zu steigern. Die Mordtat sollte offenbar die Erneuerung Österreichs und die Stärkung des Dreibundes vereiteln, die Auflösung des Reiches befördern und den südslawischen Staat vorbereiten; sie war, mit anderen Mitteln, die Weiterführung der bisherigen großserbischen Propaganda und Politik.

2. Ultimatum, Mobilmachungen und Kriegserklärung. [§ 83
(Qu. I 16/17, III b.)

Im Einverständnis mit Deutschland, aber ohne daß Deutschland von dem Wortlaute Kenntnis erhalten und ihn gebilligt hat, stellt Österreich am 23. Juli an Serbien ein kurzbefristetes Ultimatum, das die Teilnahme österreichischer Beamter an der Unterdrückung der großserbischen Propaganda und an der Untersuchung gegen die Verschwörer verlangt. Sofort beginnt Rußland an der Grenze gegen Österreich zu mobilisieren (25. Juli), während Österreich nach Eingang der serbischen Antwort von dieser sich nicht befriedigt fühlt und am 28. Juli den Krieg an Serbien erklärt, — jedoch ohne sofort zu Kriegshandlungen schreiten zu können. Deutschlands Bestreben ist, den Krieg auf Serbien

lischen Vermittlungsvorschlag ab, weil er die Frage vor einen europäischen Kongreß bringen will, und was dies bedeutete, hatte man in Algeciras gesehen. Dagegen unterstützt Deutschland eine zweite Aktion Greys, die einen unmittelbaren Gedankenaustausch zwischen Österreich und Rußland herbeizuführen sucht auf der Grundlage der von Österreich gegebenen Erklärung, daß es kein serbisches Gebiet erstrebe. Die Verhandlungen sind noch im Gange, da zerstört die russische Gesamtmobilmachung (31. Juli) alle unternommenen diplomatischen Schritte und jede Aussicht auf Erhaltung des Friedens. Jetzt richtet die deutsche Regierung an Rußland das Ultimatum, das die Einstellung jeder Kriegsmaßnahme gegen Deutschland und Österreich binnen zwölf Stunden verlangt; Frankreich wird von dem Ultimatum in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, sich zu erklären, ob es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleiben wolle. Als das Ultimatum unbeantwortet bleibt, erfolgt am 1. August Deutschlands Kriegserklärung an Rußland, am 3. August Deutschlands Kriegserklärung an Frankreich.

Daß die formelle Kriegserklärung nichts für die Urheberschaft eines Krieges beweist, bezeugt die Weltgeschichte an vielen Stellen; auch daß der Krieg letzten Endes nicht aus dem serbischen Konflikt und aus dem österreichischen Ultimatum entstanden ist, ergibt sich aus dem Unterschiede, der zwischen der Ursache und der Veranlassung eines Krieges zu machen ist. Der Krieg war begründet in der ganzen europäischen Lage, wie sie seit Bismarcks Entlassung sich herausgebildet hatte und aus der es einen Ausweg nicht mehr zu geben schien. Druck und Gegendruck standen widereinander. Bei jeder Streitfrage der letzten Jahre hatte der Friede an dünnem Faden gehangen: ein kleiner Fehler, eine falsche Berechnung — und der Weltkrieg wäre schon damals losgebrochen. Eine falsche Berechnung war es diesmal, wenn Österreich — das in den vergangenen Balkankriegen gelernt hatte, „etwas laut mit dem deutschen Säbel zu rasseln" — nun auch bei diesem Ultimatum damit rechnete, daß Rußland abermals zurückweichen werde; verhängnisvoll war es auch, daß die deutsche Regierung Österreich zu selbständig vorgehen lassen mußte, weil dieses im Bunde mit Deutschland das Gesetz des Handelns vorschrieb. Auf der russisch-französischen Gegenseite sind solche Irrtümer nicht unterlaufen, weil man dort entschlossen war, den serbischen Vorgang entweder zur völligen Demütigung Österreichs oder zur Herbeiführung des Krieges zu benutzen. Der Aufenthalt Poincarés in Petersburg ermöglichte Mitte Juli die letzten gemeinsamen Vorbereitungen. Die Haltung Rußlands ist offenkundig, und Frankreich hat den Verbündeten angetrieben und bestärkt. Dagegen ist Englands Haltung noch nicht völlig zu durchschauen; sein letzter Vermittlungsvorschlag war wohl geeignet, wie in früheren Balkankrisen zur Lösung des Konfliktes zu führen; aber England hat doch auch andererseits den Russen nicht unzweideutig erklärt, daß es dem Kriege fernbleiben müsse, wenn seine Vermittlung nicht angenommen werde. England hat sich offenbar in keiner Weise binden wollen, um freie Hand zu haben, wenn der Krieg eintrat; nach Lage der Dinge konnte Rußland aber daraus entnehmen, daß Frankreich von England geschützt wurde, wenn der Zweifrontenkrieg nur erst einmal Wirklichkeit geworden war. Sofort zeigte sich dies denn auch.

3. Englands Eintritt in den Krieg und die belgische Neutralität. [§ 84
(Qu. I 16/17, III h.)

Englands Eintritt in den Krieg erfolgt durch die Kriegserklärung an Deutschland am 4. August. Erleichtert wird er der englischen Regierung,

Der Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien, dessen Zulassung die belgische Regierung unter Hinweis auf die von den europäischen Mächten garantierte Neutralität des Landes abgelehnt hatte, war in dem Kriegsplane vorgesehen, den der frühere Chef des deutschen Generalstabes, Graf Schlieffen, für den längst erwarteten Fall des Zweifrontenkrieges in Friedenszeiten ausgearbeitet hatte. Der Plan sah vor, daß zunächst der französische Gegner, dem nicht wie Rußland die Gunst der weiten Ebene, des harten Winters und der unerschöpflichen Reserven zur Verfügung stand, mit allen Mitteln und möglichst rasch niedergeworfen wurde. Nun hatte aber Frankreich seine Ostgrenze mit Hilfe der Maashöhen stark befestigt, so daß ein Durchbruch durch diese Sperrforts nur mit den größten Verlusten an Zeit und Kraft möglich gewesen wäre: die russische „Dampfwalze", auf die Frankreich rechnete, hätte Zeit gefunden, die nötige Entlastung Frankreichs zu bringen. So mußte die Offensive gegen Frankreich, wenn sie rasch den Krieg entscheiden sollte, nach Ansicht des deutschen Generalstabes von Norden her geführt werden, und dies war ohne den Durchmarsch durch belgisches Gebiet nicht möglich; in der militärischen Literatur war diese Lage vor dem Kriege oft und offen erörtert worden.

Das besondere Interesse Englands an dieser Frage ergab sich aus der Bedeutung, die seit alten Zeiten die flandrische Küste für England besaß. Noch immer hatte England dafür gekämpft, daß diese Küste nicht in die Hände einer starken Kontinentalmacht fiel, und die Erklärung Belgiens zum neutralen Staate war darum bei der Begründung des belgischen Königreiches eben auf Englands Veranlassung geschehen. Damals hatte noch einmal, wie früher schon immer, gerade das französische Machtstreben England auf den Plan gerufen. Auch Preußen hatte damals unterschrieben als Garant des Vertrages, nun wurde der Vertrag gerade gegen Deutschland praktisch. Zwar hatte der belgische Generalstab mit dem englischen in den Jahren vor dem Kriege Unterhandlungen gepflogen über die Landung englischer Truppen im Kriegsfalle — aber diese Besprechungen sahen ein Eingreifen in Belgien nur für den Fall vor, daß Belgiens Neutralität durch eine andere Macht verletzt würde. Belgien war auch schon seit den 80er Jahren durch die Erwerbung des Kongostaates in die Interessengegensätze der Kolonialmächte hineingezogen worden; die Voraussetzungen seiner neutralen Stellung in Europa waren damit eigentlich gefallen; aber es war ihm doch immer gelungen, den Pflichten korrekter Neutralität zu genügen. England gewann jetzt — und auch dies ist ein überliefertes Mittel englischer Staatskunst — die Möglichkeit, seine eigene Sache zugleich als eine Rechtsfrage Europas führen zu können. Der deutsche Reichskanzler erklärte deshalb am 4. August vor dem Reichstag, daß Deutschland für sich das Recht der Notwehr in Anspruch nehmen müsse, daß es aber das Unrecht, das Belgien angetan worden sei, voll wieder gutmachen werde. Es war also klar, daß England tatsächlich ein großes eigenes Interesse mit dieser Neutralität verteidigte; aber dies war nicht das alleinige Motiv für England, wenn es nun in den Krieg eintrat: als zuletzt von deutscher Seite bei der englischen Regierung angefragt wurde, ob sie, wenn Deutschland die belgische Neutralität achte, sich verpflichten wolle, nicht in den Krieg einzugreifen, da gab Grey eine ausweichende Antwort. Deutschland besaß also nicht einmal die Sicherheit, daß es durch den Verzicht auf seinen Kriegsplan England vom Kriege ferngehalten werde.

Als Belgien die Überrennung seines Landes mit Krieg beantwortet und dazu die Bürgerwehr organisiert, gewinnt der Krieg einen besonders grausamen Charakter, indem Deutschland diese Miliz nicht als kriegsrechtlich reguläre Truppe anerkennt. All dies benutzt die Entente,

4. Japan, Italien, Rumänien. [§ 85

Daß Japan schon bald den Krieg erklärt, ist in der Vorgeschichte der Entente begründet; die Japaner belagern und erobern Tsingtau und werden die Herren Ostasiens, nachdem alle europäischen Mächte im Westen beschäftigt sind. Italien und Rumänien erklären sich für neutral, weil der Casus foederis nicht gegeben sei; die Sympathie für das rassenverwandte Frankreich und der Haß gegen Österreich wirken zusammen mit der Furcht vor England.

5. Die deutsche Erhebung von 1914. [§ 86

Trotzdem kennt man in Deutschland kein Verzagen: entschlossen und sicher sieht man der Zukunft entgegen. Groß und allgemein ist das Vertrauen auf Deutschlands Kraft, fest die Überzeugung, daß der Krieg von den Gegnern lange vorbereitet und aufgezwungen ist, unerschüttert der überlieferte Glaube an die militärische und staatliche Führung. Die Mobilmachung vollzieht sich in vollendeter Ruhe und Ordnung, zahllose Freiwillige strömen zu den Fahnen. Der Reichstag bewilligt die Kriegskredite, auch die Sozialdemokratie stimmt zu. Einer ihrer Führer, Ludwig Frank, ist als Kriegsfreiwilliger schon in den ersten Wochen vor dem Feinde gefallen. So werden vor der Not des Vaterlandes alle Gegensätze zurückgestellt und „Burgfriede" geschlossen. Der Kaiser spricht das Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur noch Deutsche." Auch die Frauen beteiligen sich an der Verteidigung des Vaterlandes: die Organisation des „Nationalen Frauendienstes" übernimmt die vielfältigen Aufgaben der sozialen Kriegshilfe. Die innere Einheit, die der Lauf der deutschen Geschichte bis dahin noch nicht zu schaffen vermocht hatte, scheint erreicht, und sie scheint sofort ihre Früchte tragen zu sollen, als der Krieg mit glänzenden deutschen Siegen beginnt.

II. Der Verlauf des Weltkrieges.

1. Der Vormarsch im Westen. [§ 87

Die Ausführung des deutschen Kriegsplanes leitet General von Moltke als Chef des Generalstabes des Feldheeres. Während die französischen Angriffe im Oberelsaß und in Lothringen abgewiesen werden, erfolgt der Einmarsch durch Belgien nach Nordfrankreich. Rasch werden mit Hilfe der 42cm-Geschütze die Festungen Lüttich und Namur genommen, über Brüssel schwenkt die deutsche Armee in breiter Front nach Frankreich ein. Vom rechten Flügel werden dabei die größten Marschleistungen verlangt: sie führen ihn in den ersten Septembertagen durch den kriegsgeschichtlich schon so oft bedeutsamen Oisedurchgang bis zur Marne. Die französische Hauptstadt ist bedroht, die Regierung verlegt ihren Sitz nach Bordeaux. Östlich Paris versammelt der französische Oberfeldherr Joffre rasch ein Heer, mit dem er nun versucht, den deutschen rechten Flügel zu umgehen. Um diese Gefahr abzuwenden, glaubt die deutsche Führung keinen anderen Ausweg zu haben, als den ganzen rechten Flügel von der Marne zurückzuziehen. Die feindliche Absicht ist damit zwar vereitelt; aber da die Franzosen ihre Umgehungsversuche fortsetzen, muß die deutsche Front immer mehr verlängert und

Gegner Ende September durch Erdbefestigungen sich zu schützen und zu behaupten beginnen und so der Bewegungskrieg zum Stellungskriege erstarrt. Der rechte Flügel reicht schließlich den von der Eroberung Antwerpens kommenden Truppen die Hand, indem die belgische Armee, durch Engländer verstärkt, sich längs der flandrischen Küste zurückgezogen hat und am Yserkanal sich durch Öffnung der Schleusen zu halten vermag. So zieht sich eine Schützengrabenlinie von Niuport über Ypern, Lille, Noyon, Reims bis nach Verdun, wo die französische Sperrfortlinie beginnt.

Die Schlacht an der Marne bedeutet ohne Zweifel, unmittelbar am Anfang des Krieges, eine entscheidende Wendung: der ursprüngliche deutsche Kriegsplan war gescheitert, der Zweck, um dessentwillen man den Durchmarsch durch Belgien und damit das sofortige Eingreifen Englands in den Krieg auf sich genommen hatte, war nicht erreicht worden. Die Ursachen des Mißlingens sind schwer zu durchblicken. Die deutschen Truppen hatten in diesen Wochen Unvergleichliches an Tapferkeit und Ausdauer geleistet; aber der vorwärtsstürmende rechte Flügel war nicht immer in Fühlung nach links geblieben, auch waren die Reserven nicht im entscheidenden Augenblicke am gegebenen Orte eingesetzt: um die Befreiung Ostpreußens von der allerdings furchtbaren Russennot auf jeden Fall zu sichern, wurden drei Korps aus der Marneschlacht herausgezogen, ohne daß Hindenburg, der Befehlshaber in Ostpreußen, sie angefordert hatte. Dies widersprach nicht nur dem Gedanken des ganzen Kriegsplanes, sondern überhaupt auch jenem Grundsatze aller Kriegführung, den Friedrich der Große einst in die Worte gekleidet hatte: „Wer alles defendieren will, defendiert nichts."

2. Die Befreiung Ostpreußens (Qu. II 97, D). [§ 88

Während die deutschen Hauptkräfte nach Frankreich marschieren, ist die Grenze gegen Rußland nur von wenigen preußischen Armeekorps geschützt. Da die russische Mobilmachung großen Vorsprung an Zeit hat, dringen zwei starke russische Heere schneller als man gedacht in Ostpreußen ein — das eine von Osten, vom Njemen her gegen Königsberg, das andere von Süden, vom Narew her gegen Osterode. Entsetzliche Greueltaten begleiten den Zug der Kosaken. Drei Wochen liegt die Provinz unter russischer Schreckensherrschaft, bis Hindenburg, zum Oberbefehlshaber ernannt, gemeinsam mit seinem Generalstabschef Ludendorff Ende August die Befreiung bringt. Zuerst umfaßt er die Narewarmee nahe bei Tannenberg und vernichtet sie, dann wendet er sich gegen die Njemenarmee und schlägt sie an den Masurischen Seen; nur ihr rascher Rückzug rettet sie vor dem gleichen Untergang.

Es war eine glänzende Anwendung und Weiterbildung der Vernichtungsstrategie des alten Moltke. In seinem Geiste hatte Schlieffen in den vergangenen Friedenszeiten die Lehre von der Umfassungsschlacht im einzelnen ausgearbeitet, ihren einfachen, genialen Grundgedanken am Beispiele der Schlacht von Cannae dargelegt und seinen Schülern im deutschen Generalstabe übermittelt. Der strategische Gedanke, dessen Verwirklichung den Franzosen in der Marneschlacht nicht gelungen war, wurde von Hindenburg in vollendeter Weise durchgeführt.

3. Der große russische Vormarsch. [§ 89

Die Befreiung Ostpreußens ist nur ein Vorspiel. Der russische Kriegs-

der ganzen weiten Front von der Ostsee bis zur Bukowina den Vorstoß unternehmen, mit den beiden Zielen Wien und Berlin — jenes erreichbar durch Galizien und Ungarn, dieses durch Posen und Schlesien.

a) Der Stoß gegen Süden wird von österreichischen Gegenangriffen in Galizien und Südpolen erwidert. Da sie aber scheitern und da auch der mit deutscher Hilfe unternommene neue Vormarsch vor Warschau sich nicht halten kann, wird in den Karpathen eine feste Verteidigungslinie bezogen. Lemberg und Czernowitz werden dabei preisgegeben. Przemysl hält sich vier Monate lang. Es ist also zu Beginn des Winters auch in den Karpathen Stellungskrieg eingetreten.

b) Der Stoß gegen Westen wird unter Hindenburgs Oberbefehl abgewehrt; Mackensen schlägt die Russen bei Lodz, das von neuem heimgesuchte Ostpreußen wird durch die Winterschlacht in Masuren abermals und endgültig befreit.

4. Die Karpathenschlachten und die Offensive im Osten. [§ 90

Der Stellungskrieg in den tief verschneiten Karpathen wird von österreichischen und deutschen Truppen unter dem Befehle des Generals von Linsingen erfolgreich durchgeführt, der Durchbruchsversuch der Russen in der „großen Karpathenschlacht" (März 1915) abgeschlagen. Dagegen stoßen dann die deutschen Truppen, in der Durchbruchsschlacht am Dunajec, zwischen Tarnow und Gorlice durch die tiefen und festen Stellungen der Russen (Mai 1915). Die gesamte russische Front bis zur Ostsee gerät infolge dieser Operationen ins Wanken. Im Norden erobert General von Below Kurland und erreicht die Düna. Von Westen und Süden rücken die deutschen und österreichischen Heere im gemeinsamen Anmarsch vor; bis September sind alle russischen Festungen erobert: Warschau, Iwangorod, Kowno, Nowo-Georgiewsk, Brest-Litowsk.

Der ganze Feldzug bewies, daß die deutschen Heerführer auch die Strategie der Durchbruchsschlacht ihr eigen nannten. Der Vormarsch in Rußland war eine einzigartige militärische Leistung, unwiderstehlich und planmäßig folgte Schlag auf Schlag, Führung und Truppen bewiesen in glänzender Zusammenarbeit die technische Überlegenheit über den russischen Gegner.

5. Der Eintritt Italiens in den Krieg. [§ 91

Wie zu erwarten, erklärt Italien, nachdem es mit seinen Rüstungen fertig geworden, an Österreich den Krieg (Mai 1915). Vergebens hatte Fürst Bülow, in außerordentlicher Mission nach Rom geschickt, zwischen Österreich und Italien zu vermitteln gesucht. Österreich ist den italienischen Forderungen nicht geneigt, die Entente aber kann mit Leichtigkeit in dem Vertrage von London auf Kosten Österreichs alles gewähren, was Italien in Tirol und an der Adria verlangt.

Unaufhörlich versuchen seitdem die Italiener nördlich der Adria den Durchbruch nach Triest. Erst in der sechsten Isonzoschlacht gelangen sie wenigstens bis Görz, werden dann aber im Herbst 1917, nachdem auch zwischen Deutschland und Italien offener Krieg ist, mit deutscher Hilfe hinter Tagliamento und Piave zurückgeworfen.

6. Die Kämpfe im Orient. [§ 92

Die Erfolge, die Deutschlands Waffen in Rußland davongetragen, führen 1915 den Anschluß Bulgariens herbei, während die Türkei schon

a. Der Wert der Türkei für die deutsche Kriegsführung bestand zunächst darin, daß den Russen durch die Sperrung der Dardanellen die Ausfuhr ihres Getreides und die Einfuhr ihres Kriegsbedarfs unterbunden war. Vergebens landen englisch-französische Truppen auf der Halbinsel Gallipoli, um den Eingang in die Dardanellen zu erzwingen. Sie werden von den Türken, die von dem preußischen General Liman von Sanders befehligt werden, nach langen Kämpfen zur Räumung der Halbinsel genötigt.

b. Der Anschluß Bulgariens ermöglicht, daß die Serben von zwei Seiten gefaßt werden. Mackensen erobert auf diese Weise im Herbst 1915 das ganze Land und öffnet so den direkten Weg nach Konstantinopel: die Straße Berlin—Bagdad ist frei und wird von den Türken über Bagdad hinaus weiter verfolgt. Ein englisches Heer muß in Kut-el-Amara die Waffen strecken. Freilich werden die Türken dann im Sommer 1916 gezwungen, Bagdad zu räumen.

7. Der Stellungskrieg im Westen. [§ 93

Während auf den übrigen Kriegsschauplätzen glänzende und sichtbare Erfolge erzielt und weite Räume durchmessen werden, verharrt das unscheinbare, stille Heldentum der Kämpfer im Westen bei der zähen Verteidigung ihrer Stellungen — in Schützengräben und Unterständen, hinter Drahtverhau und im Trommelfeuer. Vergebens suchen die Franzosen bald an dieser und bald an jener Stelle durchzubrechen. Die Kämpfe um Ypern, die Schlacht an der Lorettohöhe bei Arras, die Winterschlacht in der Champagne und die zweite Schlacht in der Champagne (September 1915) sind Beispiele dieser heldenhaften Verteidigung. Im Frühjahr 1916 nimmt Falkenhayn, nunmehr Chef des Generalstabes, den ursprünglichen Kriegsplan nochmals auf und will, nachdem die russische Gefahr durch den Vormarsch des vorigen Jahres beseitigt ist, den Krieg im Westen durch einen großen Schlag zu Ende führen.

Aber der deutsche Durchbruchsversuch bei Verdun erschöpft sich in andauernden und heißen Kämpfen, und er wird dann abgelöst durch den großen englisch-französischen Durchbruchsversuch an der Somme, der, am 1. Juli 1916 begonnen, gleichfalls zu einer blutigen Dauerschlacht sich entwickelt und im zähen Kampf um jedes einzelne Grabenstück, in Angriff, Verteidigung und Gegenstoß durch viele Monate sich hinzieht. England, das soeben die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, kann immer wieder frische Truppen in den Kampf werfen.

8. Die Brussilow-Offensive. [§ 94

Mit der Sommeschlacht arbeiten Franzosen und Russen nach gemeinsamem Plane. Noch bevor der Vorstoß an der Somme beginnt, setzen die Russen unter Brussilow auf breitester Front ihre Truppen zum Angriff an.

Auch diese Kämpfe dauern viele Monate; sie hindern, Ersatz an die Somme zu werfen, und sie führen vor allem im Süden zu großen russischen Erfolgen, indem die Österreicher die Bukowina räumen.

9. Rumäniens Eintritt in den Krieg. [§ 95

Die unmittelbare Folge von Brussilows Erfolgen, die ihn bis zur rumänischen Grenze führen, ist Rumäniens Kriegserklärung an Österreich (27. August), der sofort die Kriegserklärung Deutschlands an Rumänien folgt. Alsbald bemächtigen sich die Rumänen der Hauptstädte Siebenbürgens, Hermannstadt und Kronstadt. Der Gegenangriff wird von den Verbündeten sofort eingeleitet und der Feldzug in Rumänien

Auch den Rumänen war von der Entente das Recht zuerteilt worden, sich diejenigen Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie anzugliedern, die von ihren eigenen Landsleuten bevölkert seien.

Deutsche, bulgarische und türkische Truppen dringen unter Mackensens Führung von Süden her in die Dobrudscha ein, die Walachei wird im Zusammenwirken von Falkenhayn und Mackensen von Norden und Süden gefaßt, die beiden Heere treffen sich am 6. Dezember in Bukarest. Die deutsche Ostfront reicht jetzt von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere.

10. Hindenburg und Ludendorff. [§ 96

Trotz des rumänischen Siegeszuges ist die Lage auf den Kriegsschauplätzen schwierig geworden: im Westen die unentschieden hin- und herwogende Sommeschlacht, im Osten die großen Verluste der Brussilow-Offensive, dazu Rumäniens Eingreifen, das viele Truppen in Anspruch nimmt, und auf dem Balkan die Fortschritte der Entente, die unter Verletzung der griechischen Neutralität Truppen in Saloniki gelandet hat und Bulgarien von Süden her beunruhigt. Noch anderes kommt hinzu — vor allem Schwierigkeiten in Österreich, wo die Tschechen bereits in Scharen zu den Russen überlaufen, ferner die Schwierigkeiten, die sich in Deutschland bei der Versorgung von Heer und Bevölkerung je länger je mehr einstellen, da England schon zu Beginn des Krieges die Blockade über Deutschland verhängt hat und alle Einfuhr auf diese Weise hindert. Auch der Mangel an Mannschaftsersatz und an Arbeitskräften wird immer fühlbarer. Unter diesen Umständen ergibt sich die Notwendigkeit, die Leitung der gesamten Kriegsführung einheitlicher zu gestalten: unmittelbar nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg wird Hindenburg zum Chef des Generalstabes des Feldheeres, Ludendorff zu seinem Generalquartiermeister ernannt. Das „Hindenburgprogramm" ermöglicht die Steigerung der Produktion des Kriegsbedarfes durch Einführung der „Zivildienstpflicht" und durch verschärfte Erfassung aller Rohstoffe; die Zwangswirtschaft, 1915 mit der Einführung der Brotkarte begonnen, wird immer weiter ausgedehnt, das Geld für die Kriegsführung wird durch Goldverkauf und durch Kriegsanleihen aufgebracht — im Unterschiede übrigens zu den Ententeländern, die einen großen Teil ihrer Kriegskosten sofort durch Steuern decken.

Da alle Fragen des öffentlichen Lebens aufs engste mit der Kriegführung in Beziehung standen, so war es nicht anders möglich, als daß Ludendorff schon bald auch in allen politischen und wirtschaftlichen Dingen ein entscheidendes Wort führte, zumal da ein baldiges Kriegsende durch rasche und durchgreifende Siege immer unwahrscheinlicher wurde und die politischen Gesichtspunkte immer stärker ins Gewicht fielen. Immer wieder kam man auf die schlechthin entscheidende Frage, ob ein Friede zu erreichen sei, solange England nicht bezwungen war.

11. Seekrieg und U-Bootkrieg, Friedensangebot und amerikanische Kriegserklärung. [§ 97

a) Die Auslandskreuzer und die Schlachtflotte.

Die Blockade, die England zu Beginn des Krieges über Deutschland verhängt hatte und die an die Kampfmittel des napoleonischen Zeitalters erinnert, widersprach dem Völkerrechte; aber auch die Neutralen, die schwer darunter zu leiden hatten, wagten nichts dagegen zu unternehmen. Für Deutschland bestand vielleicht die Möglichkeit, durch Einsetzen der Schlachtflotte sich die Freiheit der

groß; auch England war von vornherein entschlossen, seine Flotte unversehrt bis zum Kriegsende zu erhalten.

So kommt es zunächst zur See nur zu Gefechten der deutschen Auslandskreuzer, die in der Ferne vom Krieg überrascht worden sind.

Denkwürdig bleibt es, wie Graf Spee mit dem ostasiatischen Kreuzergeschwader über eine englische Flotte bei der chilenischen Hafenstadt Coronel siegt und wie er dann mit den Schiffen und den Besatzungen bei den Falklands-Inseln nach tapferem Kampfe gegen mehrfache Übermacht untergeht (1914).

Erst am 31. Mai 1916 entwickelt sich vor dem Skagerrak eine Seeschlacht zwischen der deutschen und der englischen Flotte: die Engländer brechen in der Nacht das Gefecht ab und ziehen sich — mit einem Verlust an Schiffen, der doppelt so groß ist als der deutsche — in ihre Heimathäfen zurück.

b) Der U-Bootkrieg. Zur Gegenwehr gegen die englische Blockade werden, da die Flotte nicht in Betracht kommt, die Unterseeboote verwendet; bereits im Februar 1915 werden die Gewässer um Großbritannien und Irland als Kampfgebiet erklärt. Bald kommt es zu einem Ultimatum der Vereinigten Staaten, das dazu zwingt, die Handelsschiffe vor der Versenkung erst zu prüfen und den Besatzungen und Reisenden Gelegenheit zu geben, ihr Leben zu retten.

Für Deutschland entsteht daher die Frage, ob der U-Bootkrieg, wenn er uneingeschränkt geführt werde, ein so entscheidendes Kriegsmittel sein könne, daß er England von der Zufuhr abschneiden und dadurch früher zum Frieden zwingen werde, als die amerikanischen Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatze erscheinen können.

In dieser Frage teilen sich die Meinungen in Deutschland. Schon im März 1916 ist der Zwiespalt sogar unter den führenden Männern so schroff, daß der Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz erfolgt, als Bethmann Hollweg die Aufschiebung des uneingeschränkten U-Bootkrieges erreicht. Die Oberste Heeresleitung setzt sich für den uneingeschränkten U-Bootkrieg ein, da nach Hindenburgs Worten „andere Mittel, der schwer bedrängten Westfront zu Hilfe zu kommen und den Feind durch Mittel der Kriegführung friedenswillig zu machen, nicht mehr bestehen". Die Marineleitung glaubt, nach Zahl und Tüchtigkeit der U-Boote die Aushungerung Englands nach sechs Monaten garantieren zu können. Demgegenüber bezweifelt die Reichsleitung die Sicherheit dieser Berechnung auf Grund ihrer Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und auf Grund sachverständiger Urteile wie des Leiters der Hamburg-Amerika-Linie Ballin, der sich früher um die deutsch-englische Verständigung bemüht hatte.

c) U-Bootsfrage und Friedensfrage. Auch glaubt die Reichsleitung bei der immer schwieriger werdenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands und besonders Österreichs den amerikanischen Präsidenten Wilson zur Anregung von allgemeinen Friedensverhandlungen veranlassen zu müssen und deshalb Amerika Rücksichten schuldig zu sein. Da aber Wilson zögert, erläßt die Reichsregierung am 12. Dezember 1916 ein eigenes Friedensangebot, das jedoch seitens der Ententemächte scharfe Zurückweisung erfährt; sie bezeichnen das Angebot als unaufrichtig und verlangen „réparations, restitutions et garanties". Der kurz darauf erfolgende Friedensschritt Wilsons fordert von Deutschland Bekanntgabe seiner Friedensziele. So verbindet sich

eingeschränkten U-Bootkriege zuzustimmen, der Friedensschritt Wilsons veranlaßt sie jedoch andererseits, der von ihr gewünschten amerikanischen Friedensvermittlung näherzutreten — aber ohne daß sie in der Lage ist, die Zurücknahme des soeben beschlossenen uneingeschränkten U-Bootkrieges von den militärischen Stellen zu erreichen. So läßt Bethmann Hollweg am gleichen Tage Wilson sowohl die Friedensbedingungen als auch die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges überreichen (Februar 1917). Die amerikanische Kriegserklärung ist die Folge (April 1917). Die zahlreichen Trabanten der Union in Mittel- und Südamerika schließen sich an, wie schon vorher die englischen Vasallenstaaten Portugal und Griechenland in den Krieg eingetreten waren; im Kriege gegen Deutschland stehen schließlich 28 Staaten, davon 6 Großmächte: drei Viertel der ganzen Menschheit!

Das Urteil über Wilson und seine Absichten ist nicht leicht. Wilson war ohne Zweifel voreingenommen gegen Deutschland; er war erfüllt von der Staats- und Kulturauffassung Westeuropas, und er war auch gebunden durch die Rücksicht auf die amerikanischen Geschäftsinteressen, die durch den U-Bootkrieg schwer betroffen waren und die andererseits an dem Kriege durch Lieferungen verdienen wollten. Für Deutschland hing nun alles von der Frage ab, ob die Berechnungen des Marineamtes richtig waren. Die U-Boote leisteten in der Tat das Höchste, was von ihnen verlangt werden konnte, und den Engländern drohte Mangel. Aber die besonderen Erwartungen, auf die man das Schicksal Deutschlands nun ausschließlich gebaut hatte, sollten sich nicht erfüllen: die Zahl der U-Boote sollte sich als geringer erweisen, als man angenommen, die Gegenmittel der Engländer — vor allem die Geleitzüge, in denen sich die Handelsschiffe zusammenschlossen — sollten sich als wirkungsvoll zeigen. Der Entente blieb die Zeit, zu warten, bis die Vereinigten Staaten mit ihrer Truppenausbildung fertig waren.

12. Das Kriegsjahr 1917. [§ 98

So scheint der Krieg auf einem toten Punkte angelangt zu sein. Die Kampfhandlungen bleiben auch weiterhin verlustreich auf beiden Seiten, aber sie werden nicht in der Absicht einer Entscheidung unternommen. Deutschland wartet auf die erhoffte Wirkung des U-Bootkrieges, England wartet auf das Eintreffen der amerikanischen Hilfe. Um so wichtiger sind die politischen Ereignisse des Jahres 1917.

a) Die Siegfriedstellung (Frühjahr 1917). An der Westfront verkürzt Hindenburg den großen Bogen der Schützengrabenlinie, indem er die am weitesten vorspringende Strecke von Arras bis Soissons in gerader Linie abschneidet.

Durch diese Taktik der „beweglichen Verteidigung" werden Truppen und Materia gespart, während der bisherige Grundsatz, unbedingt die Stellung zu halten, immer große Opfer gefordert hatte. Engländer und Franzosen sind nun gezwungen, in dem völlig zerstörten Vorgelände sich einzurichten. Zu größeren Angriffen kommt es in Flandern, wo die Engländer vergebens sich bemühen, die Basis des U-Bootkrieges zu erobern.

b) Die erste russische Revolution (März 1917). Seit Brussilows Offensive im Sommer 1916 herrscht an der Ostfront Ruhe. Die Entente beginnt zu sorgen wegen der Gleichgültigkeit des Zaren. Eine Revolution des bürgerlichen Radikalismus fegt den Zaren hinweg, die Republik fühlt sich den westeuropäischen Verbündeten geistig verwandt und setzt

angriff befreit Ostgalizien und die Bukowina. Im Herbst werden im Norden durch einen deutschen Vormarsch Riga und die Inseln des Rigaischen Meerbusens erobert.

c) **Die inneren Schwierigkeiten in Deutschland und Österreich.** Als die letzte Hoffnung, die man auf die U-Boote gesetzt, zu verblassen beginnt, werden die Klagen über die Lasten des Krieges lauter. Die **Kriegswirtschaft** gibt die Veranlassung dazu; politische Wünsche treten zur Seite.

1. Blockade und Kriegswirtschaft.

Lebensmittel und Rohstoffe werden immer knapper, die Rationierung muß immer schärfer durchgeführt werden, die Folgen des Mangels und der Höchstpreise machen sich in der häßlichsten Form fühlbar, zumal die Gesetze und Verordnungen nicht scharf durchgeführt werden; die „Kriegsämter" breiten sich aus; immer mehr Frauen müssen zur Munitionsherstellung und zur Freimachung männlicher Arbeiter herangezogen werden. Eigennutz und Wucher, die Hamster und die Schieber kommen obenauf. Jetzt zeigt sich, wie der deutsche Industriestaat durch die Blockade verwundbar geworden ist. Es bleibt nicht aus, daß die Unzufriedenheit mit diesen Zuständen, zumal unter den Härten des Belagerungszustandes, sich politisch auswirkt und mit den in Friedenszeiten nicht gelösten politischen Fragen sich verbindet.

2. Der Streit um die „Neuorientierung".

Die Hauptgegenstände dieser politischen Kämpfe sind die **Umgestaltung des preußischen Wahlrechtes** nach dem Muster des Reichstagswahlrechtes und die **Umgestaltung der Reichsverfassung** in parlamentarischem Sinne. Die Parteien der linken Seite fordern die innere Neuorientierung, damit das Heer nach der Rückkehr aus dem Felde ein auch im Innern erneuertes Vaterland finde; die Parteien der Rechten widerstreben, weil diese Fragen nicht in den Bedrängnissen des Krieges aufgeworfen und beantwortet werden könnten und weil ihre schwierige und umstrittene Lösung nicht ohne Mitwirkung derer, die das Vaterland verteidigt haben, geschehen dürfe.

3. Der Streit um die Friedensziele kommt hinzu.

Hier stehen sich gegenüber die „Annexionisten", die — aus machtpolitischen und fast mehr noch aus wirtschaftlichen Gründen — Belgien, das Erzbecken von Longwy und Briey, auch die baltischen Lande für Deutschland beanspruchen, und andererseits die Anhänger eines „Verständigungsfriedens", die wünschen, daß die Reichsregierung im Hinblick auf Belgien sich zu ihrer ursprünglichen Erklärung, mit der sie den Einmarsch nach Belgien begleitet hat, durch eine offene Kundgebung bekenne und überhaupt sich auf einen „Frieden ohne Sieger und Besiegte" verpflichte.

Der „Burgfriede" war schon lange zerbröckelt; schon 1915 hatten im Reichstag zum ersten Male einige sozialdemokratische Abgeordnete die Kriegskredite verweigert, Ostern 1917 konstituierte sich der von der Sozialdemokratie sich abtrennende linke Flügel als Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Der Kampf um die Friedensziele begann auch den Reichstag zu spalten und führte Heeresleitung und Reichsleitung immer weiter auseinander. Während Frankreich durch Clémenceau und England durch Lloyd George trotz ihrer parlamentarischen Staatsform die Einheitlichkeit der Leitung sich erhielten und stärkten, arbeiteten gerade im monarchischen Deutschland nicht nur die Parteien, sondern auch die Reichsämter gegeneinander.

4. Der Reichstag im Juli 1917.

Im Juli 1917 kommt es zu einer ernsten Krisis. Bethmann Hollweg, der

noch in der inneren Neuorientierung noch in der Friedensfrage — durchgesetzt und doch die Ausführung der von ihm nicht gebilligten Politik geleitet hat, sieht schließlich überhaupt keine Macht mehr hinter sich und nimmt seine **Entlassung**. Zu gleicher Zeit verspricht ein kgl. Erlaß die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen, während der Reichstag in einer **Friedensresolution** Deutschlands Willen zur Verständigung bekundet. Auch der Papst sucht durch zahlreiche Friedensbemühungen und überhaupt durch umfassende Werke der Kriegskaritas für die Völkerversöhnung zu wirken.

5. Die Lage in Österreich; das Königreich Polen.

Schwierig wird die Lage der Mittelmächte auch durch die fortschreitende innere Auflösung in Österreich, wo sich eben deshalb bei der Staatsleitung immer stärker der **Wunsch nach einem Sonderfrieden** kundgibt, der im Grunde nur an den hohen Forderungen der Italiener scheitert. Die österreichische Armee beginnt immer unsicherer zu werden, die Nationalitäten neigen auf allen Seiten zu den Volksgenossen im jenseitigen Lager — zumal nach dem Tode des Kaisers Franz Joseph (1916). **Kaiser Karl** sucht immer wieder die Verhandlungen mit der Entente und legt Deutschland den **Verzicht auf Elsaß-Lothringen** nahe, dessen Garantierung ja in dem Vertrag von 1879 nicht vorgesehen war. Andererseits schließt die Vorherrschaft der Magyaren, die von Graf Stefan Tisza geführt werden, jede Verständigung mit den Nationalitäten aus: die Dinge waren nun einmal so geworden, daß das Schicksal der Donaumonarchie und damit auch Deutschlands Schicksal mit der dualistischen Verfassung und der Vorherrschaft der Magyaren aufs engste verbunden war, aber die Magyaren wollten nichts von ihren Rechten und Besitzen hingeben, um die Lage zu erleichtern. Trotz der reichen ungarischen Ebene mußte Deutschland schließlich sogar die **Getreideversorgung Wiens** sicherstellen. Groß sind auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Österreich im Hinblick auf die Zukunft Polens. Die **Proklamation des Königreiches Polen** — in der trügerischen Hoffnung auf politische und militärische Unterstützung durch die Polen — bringt in keiner Hinsicht eine Erleichterung.

So wird die Lage der Mittelmächte im Kriegsjahre 1917 immer düsterer. Da scheinen die Ereignisse in Rußland noch einmal das Schicksal zu wenden.

d) **Die bolschewistische Revolution und der Friede von Brest-Litowsk.** Die bürgerliche Republik in Rußland hält sich nicht lange: bereits am 6. November 1917 wird sie durch die Erhebung der **Arbeiter- und Soldatenpartei**, der Bolschewiki (= Mehrheit), gestürzt.

Es ist die erste Revolution mit sozialistischen Zielen, die von Erfolg begleitet ist. Ihre Führer **Lenin** und **Trotzki** haben in den Zeiten der Zarenherrschaft lange in der Verbannung gelebt und die Stunde vorbereitet, um nun im Sinne des Karl Marx „die Diktatur des Proletariats" zu errichten, als deren Organe die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte und der Zentralrat der **Sowjets** erscheinen. Die Mitglieder der Regierung betrachten sich als „Volksbeauftragte", der Parlamentarismus ist also in Rußland nach kurzer Dauer erledigt. Sofort gehen die Diktatoren daran, das ganze Programm des marxistischen Sozialismus durchzuführen.

Zwei Gedanken daraus mußten auch für den Verlauf des Weltkrieges von großer Bedeutung sein: der **Weltfriedensgedanke**, den Lenin sofort in einer Botschaft an alle kriegführenden Mächte verkündete, und der **Propagandagedanke**, der die Erlösung vom Kapitalismus nicht nur für Rußland, sondern

ursprünglichen christlichen Sinne der Geduld und des Mitleids gemeint hatte, wurde von den Bolschewiki mit Waffengewalt erstrebt. Wie einst das Jakobinertum der französischen Revolution, so betrieb abermals eine revolutionäre Diktatur, die sich im Innern auf die Waffen der „Roten Armee" stützte, die Weltrevolution als Mittel zum Weltfrieden. Eine völlig neue weltpolitische Lage war so geschaffen: die Entente war gebrochen, den unterworfenen Völkern Rußlands — Finnland, der Ukraine und den Ostseeprovinzen — war die Möglichkeit einer Selbstbestimmung ihres Schicksales gegeben.

Bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk läßt Deutschland sich von dem Gedanken leiten, die Ostseeprovinzen vor bolschewistischer Herrschaft zu schützen und für Deutschland zu gewinnen, während die Russen die Volksabstimmung fordern. Es kommt daher zunächst nur mit der Ukraine zum Friedensschluß. Gegen Sowjetrußland beginnt ein neuer Vormarsch, bis die Russen die verschärften Forderungen Ludendorffs annehmen; sie unterzeichnen unter förmlichem Protest. Die Randstaaten sind dadurch von Rußland gelöst; was mit ihnen geschehen soll, ist ungewiß. Deutsche Truppen müssen auch ferner weit im Osten zerstreut bleiben, um die deutschen Interessen in Finnland und der Ukraine zu sichern. Auch mit Rumänien wird in Bukarest zur gleichen Zeit ein Friede geschlossen, der den Streit zwischen den Türken und Bulgaren um die Dobrudscha aufwirbelt.

Immerhin ist im Osten nun Friede, und Ludendorff hofft, daß Truppen freigemacht werden können zu dem entscheidenden Schlage, den er im Westen plant.

13. Die deutsche Frühjahrsoffensive und ihr Zusammenbruch. [§ 99

Am 21. März 1918 brechen die deutschen Truppen aus der Siegfriedstellung heraus und werfen die Engländer und Franzosen in gewaltigem Ansturm zurück. Das strategisch entscheidende Ziel, Amiens, wird aber nicht erreicht. Nun wird noch einmal der Vorstoß auf Paris versucht und der Vormarsch in den folgenden Monaten noch vorwärts getragen bis zur Marne, Paris wird sogar von weittragenden deutschen Geschützen beschossen. Die Kämpfe vor Reims im Juli 1918 stellen den entscheidenden Augenblick des ganzen Krieges dar: in heißem Ringen wogt die Schlacht, aber Reims kann nicht genommen werden. Zum zweiten Male stockt die deutsche Offensive an der Marne, die Amerikaner haben vor Reims am 15. Juli die Kraft des deutschen Ansturmes endgültig gebrochen. Von diesem Tage setzt der Umschwung ein, der nun unrettbar zum Rückzuge aus Nordfrankreich zwingt. Den 8. August, an dem die Deutschen zum ersten Male auch in der Verteidigung sich nicht mehr zu behaupten vermögen, bezeichnet Ludendorff als den „schwarzen Tag des deutschen Heeres". Nach diesem Tage erklärt er der Reichsleitung, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg auf militärischem Wege zu beendigen; unaufhaltbar weicht die ganze Front nach Norden.

Die Ursachen des Zusammenbruches sind viel umstritten. Die politischen Kämpfe und vor allem die wirtschaftlichen Nöte der Heimat mußten auch auf das deutsche Heer und seine Stimmung von Einfluß werden, die geschickte englische, zuletzt auch die bolschewistische Propaganda verstärkten noch diese Einflüsse. Aber wenn auch ein englischer General darum das Wort von dem „Dolch-

durch die amerikanische Hilfe und erst im Laufe der Kriegshandlungen von 1918 herbeigeführt wurde. Die falschen Berechnungen, die man für den U-Bootkrieg angestellt, wurden verhängnisvoll. Die deutschen Truppen hatten die Frühjahrsoffensive in glänzendem Ansturme durchgeführt: aber je mehr sich zeigte, daß der Krieg zu einem Kampf der Technik und der Masse geworden war, um so lähmender wirkte die Hoffnungslosigkeit, die sich aus der Übermacht des Gegners an Menschenzahl und Material aller Art, an Tanks und Fliegern, an Munition und Lebensmitteln ergab. Vor der niederschmetternden Erkenntnis dieser Tatsache versank alles Heldentum, und die dumpfe Unzufriedenheit mit den angeblichen und den tatsächlichen Mängeln des herrschenden politischen und militärischen Systems fand im Mißerfolg und in der verzweifelten Lage allerdings Bestätigung, Nahrung und Antrieb. Man hatte in der Vergangenheit nicht die Kraft gefunden, die Ursachen dieser Mißstimmung in der einen oder der anderen Form entschieden zu beseitigen; nun sollte es zu spät sein, und man konnte nicht mehr hindern, daß dem militärischen Zusammenbruch der Untergang des ganzen alten Systemes folgte.

14. Waffenstillstand und Revolution. [§ 100

a) Der Versuch einer Umbildung der Reichsverfassung. Um den militärischen Zusammenbruch aufzuhalten, sind militärische Mittel nicht mehr vorhanden. Die Oberste Heeresleitung fordert daher sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen und sofortige Durchführung von politischen Reformen. Der Reichskanzler Graf Hertling, der dem Zentrum angehört, aber bei seiner Berufung es abgelehnt hat, als parlamentarischer Minister zu gelten, tritt zurück; an seiner Stelle wird Prinz Max von Baden Reichskanzler und bildet ein parlamentarisches Ministerium.

Die entsprechende Abänderung der Reichsverfassung wird durch das Gesetz vom 28. Oktober 1918 vollzogen. Darin wird bestimmt, daß der Reichskanzler und die Staatssekretäre das Vertrauen des Reichstages besitzen müssen, daß die Gegenzeichnung auch bei militärischen Anordnungen notwendig ist, daß eine Kriegserklärung nur mit Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages geschehen kann; auch wird jene Bestimmung der Reichsverfassung aufgehoben, wonach niemand zugleich Mitglied des Reichstages und des Bundesrates sein kann. Andere innere Reformen werden in Angriff genommen: so die Wahlrechtsfrage in Preußen, die Schaffung des selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen, die Reform des militärischen Systems, zunächst durch Milderung des Belagerungszustandes.

Es waren Gegenstände, deren Lösung die alte Regierung schon in Friedenszeiten immer wieder bequem hinausgeschoben hatte. Nun sollten sie alle und in letzter Stunde bewältigt werden, um die befürchteten innerpolitischen Folgen des militärischen Zusammenbruches abzuwenden und um nach außen hin das Bild eines erneuerten Deutschland darzubieten, das die Gewähr für Versöhnung und Ruhe geben konnte. Es sollte freilich zu spät sein.

b) Die Verhandlungen über den Waffenstillstand. Unmittelbar nach der Neubildung der Regierung, noch in der Nacht des 4. Oktober, stellt Prinz Max auf ausdrückliche Veranlassung der Obersten Heeresleitung an den Präsidenten Wilson das Ersuchen, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes herbeizuführen. Als Grundlage für die Friedensverhandlungen nimmt die deutsche Note das von Wilson aufgestellte Programm der „14 Punkte" an.

formuliert und später noch öfters, zuletzt am 27. September, von ihm als sein Programm verkündet — fordern öffentliche Friedensverträge und also Abschaffung aller Geheimdiplomatie; der künftige Friede soll von Gerechtigkeit getragen sein und einen friedlichen Dauerzustand schaffen, dessen Aufrechterhaltung ein „Völkerbund" mit schiedsrichterlicher Tätigkeit gewährleisten solle. Völker und Provinzen dürfen nicht „von einer Staatshoheit zur anderen verschachert werden wie Sachen oder Spielsteine", auch nicht im Namen des verrufenen Gleichgewichts der Mächte; jede Gebietsfrage soll vielmehr nach den Prinzipien des Volkstums und nach dem Willen der beteiligten Bevölkerung, nicht als ein Ausgleich im Machtkampfe von Staaten geregelt werden; auch alle kolonialen Ansprüche sollen unter gerechter Berücksichtigung der Wünsche der betroffenen Bevölkerungen geschlichtet werden; die Freiheit der Meere wird wieder als Grundsatz aufgestellt. Auch zu Einzelfragen äußern sich die „14 Punkte": die Neutralität Belgiens muß wiederhergestellt, das „Unrecht von 1871" wieder gut gemacht werden.

Die Regierung des Grafen Hertling hatte in den Tagen des Friedens von Brest-Litowsk Wilsons Einmischung in die Fragen des Ostfriedens und in den Streit um Belgien und Elsaß-Lothringen abgelehnt. Trotzdem hatte Wilson seine Grundsätze wiederholt. Es fragte sich nun, ob die Verbündeten jetzt, wo sie sich in einem Vertrage vom 5. November ausdrücklich auf diese Grundsätze nochmals verpflichteten, bereit waren, unter allen Umständen die Durchführung des wahren Völkerfriedens über die Gefühle der Abneigung und der Sympathie zu stellen.

Wilson verlangt als Vorbedingung jeder Waffenstillstandsverhandlung die Räumung der besetzten Gebiete und — zuerst noch in verdeckter Form — die Abdankung des Kaisers, „weil jede militärische Macht, die den Weltfrieden stören könnte, vernichtet werden muß". Ludendorff spricht jetzt für die Weiterführung des Kampfes bis zum bitteren Ende und begründet dies mit Wilsons Forderung der sofortigen Aufgabe des U-Bootkrieges; der Gedanke einer levée en masse wird erwogen, aber sofort wieder fallen gelassen angesichts der völligen Erschöpfung aller Reserven.

Die Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die bulgarische Front ist bereits im September durchbrochen worden, und Waffenruhe ist dort eingetreten, die Türkei beginnt über den Sonderfrieden zu verhandeln, nachdem schon lange Bagdad und Jerusalem in englische Hände gefallen sind. Kaiser Karl geht denselben, längst vorbereiteten Weg der Sonderverhandlungen und sucht zugleich durch Zerteilung der Monarchie in vier selbständige Staaten seinem Hause wenigstens den Länderbestand zu retten; auch hier sollte die Reform zu spät kommen: die Tschechen übernehmen die Herrschaft in Prag, die Südslawen erkennen den König von Serbien als Herrn an. Südtirol wird von den Italienern besetzt, der Weg über die Alpen steht ihnen offen. Auch die Magyaren erkennen jetzt, daß die dualistische Verfassung unrettbar verloren ist. Unter der Führung des Grafen Michael Karolyi schwenken sie zur Entente hinüber, Graf Tisza wird in den Straßen von Budapest erschlagen.

Deutschland steht völlig allein. Der Rückzug führt bereits aus Frankreich heraus, aber einen Waffenstillstand kann es nur durch die Abdankung des Kaisers geben. Der Kaiser zögert, die Massen drängen ungeduldig zum Frieden.

c) Die Novemberrevolution und der Abschluß des Waffenstillstandes. Am 3. November beginnt der Aufruhr der Marine in Kiel, veranlaßt durch die Absicht, die Schlachtflotte zu einem Vorstoß gegen die englische Flotte einzusetzen. Am 8. wird in München die Republik

Soldatenräte nach russischem Vorbilde aus; in der Etappe findet das Beispiel der Heimat Nachahmung, indem die militärische Ordnung sich löst. Der Kaiser hat sich ins Hauptquartier begeben und zögert noch immer mit der klaren Erklärung seiner Abdankung. Um wenigstens die Monarchie zu retten, gibt der Reichskanzler die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen bekannt sowie die geplante Einsetzung einer Regentschaft für den Enkel. Er übergibt zugleich das Reichskanzleramt dem Führer der Sozialdemokratischen Partei Friedrich Ebert, damit in der revolutionären Entwicklung wenigstens die Einheit des Reiches festgehalten werde. Auch auf diese Weise war es freilich nicht mehr möglich, die Monarchie zu erhalten. Eine revolutionäre Reichsregierung, der „Rat der Volksbeauftragten", wird eingesetzt und vereinigt in sich die gesamte vollziehende und gesetzgebende Gewalt als Exekutivorgan der Arbeiter- und Soldaten-Räte. Der Kaiser begibt sich nach Holland. Im Auftrage der neuen Regierung wird auf Hindenburgs Wunsch sofort am 11. November der Waffenstillstand im Walde von Compiègne abgeschlossen.

Überaus schwer sind die Bedingungen. Sie lauten: Demobilmachung, Auslieferung des Kriegsmaterials, sofortige Räumung aller besetzten Gebiete sowie des linken Rheinufers und einer neutralen Zone auf dem rechten, ferner Lieferung von Eisenbahnmaterial und Schiffen, Unterhalt einer Besatzungsarmee, einseitige Freigabe der Kriegsgefangenen; die Blockade bleibt bestehen. Der Waffenstillstand wird jedesmal nur auf einen Monat gewährt, bei seiner Erneuerung werden neue Zugeständnisse erpreßt: so die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen, die Auslieferung der Hochseeflotte als Gegenleistung für die Milderung der Blockade.

Der Rückzug der Fronttruppen folgt: der Übermacht weichend kehrt das Heer in die Heimat zurück.

Die alten Schicksalsmächte, die zu allen Zeiten das deutsche Leben belastet hatten, waren abermals mächtig geworden, und sie hatten jene Weltlage geschaffen, die den Ausgang des Krieges nun schließlich doch noch zum Schlimmen gewendet hatte: verhängnisvoll geworden war für Deutschland von neuem die offene Lage im Herzen Europas, aber andererseits auch die überlieferte Unsicherheit des politischen Denkens und Handelns, indem der Führung und dem Volke in gleicher Weise die starke politische Disziplinierung fehlte, die nur das Ergebnis einer langen, einheitlichen Geschichte in vielen, sich folgenden Generationen sein kann. So war die Niederlage in Ursachen begründet, die weit zurücklagen in der deutschen Vergangenheit, und kein Heldentum war stark genug, diese geschichtliche Belastung auszugleichen und zu überwinden. Dem deutschen Volke aber blieb nun nichts mehr übrig als von neuem sein Haus zu zimmern und doch zugleich die erbarmungslos harten Folgen einer unrettbar verlorenen Vergangenheit in das neue Dasein hinüber zu nehmen. Das Jahr 1919 brachte beides zugleich: den Vertrag von Versailles und die Weimarer Reichsverfassung.

III. Die Ergebnisse des Weltkrieges.

A. Der Vertrag von Versailles.

In Versailles traten die „alliierten und assoziierten Hauptmächte" — die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan — und die

die Beratungen vollzogen, zeigten, daß von Wilsons „14 Punkten" nicht mehr die Rede war: die 5 Großmächte bildeten den „Obersten Rat", der heimlich wie die alte Diplomatie seine Beschlüsse faßte. Immerhin ist bekannt geworden, daß Wilson gemeinsam mit Lloyd George Frankreich von seinem Ziele, der Rheingrenze zurückgehalten hat. Ob er bereit war, für Deutschland mehr zu tun und sich dann nicht durchsetzte, steht dahin: der Vertrag handelt zwar im ersten Teile von Wilsons Schöpfung, dem „Völkerbund", aber in den übrigen Teilen liefert er ein ganzes Volk in Schuldknechtschaft und in Sklaverei.

1. Die Völkerbundsakte ist dem Vertrage vorangestellt (Art. 1—26). [§ 101

Der Völkerbund — die Liga der Nationen — wird gestiftet „zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit zwischen ihnen". Der Bund soll sich für die Beschränkung der Rüstungen und für die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes einsetzen. Zu den Aufgaben des Bundes gehört auch die Vormundschaft über die durch den Krieg herrenlos gewordenen Kolonien, soweit sie von unzivilisierten Völkern bewohnt sind; ferner die Schaffung eines internationalen Arbeitsrechtes (Art. 387/427). Mitglieder des Bundes sind die „alliierten und assoziierten Mächte", dazu die zum Beitritt besonders aufgeforderten Staaten. Weder der Papst noch Deutschland, Österreich oder Rußland wurden zum Beitritt aufgefordert.

2. Die Landabtretungen ohne Abstimmung. [§ 102

a) Elsaß-Lothringen kommt an Frankreich (Art. 51).

b) Im Osten kommt fast die Gesamtheit der Provinzen Posen und Westpreußen sowie ein Stück von Hinterpommern an die wiedererstandene Republik Polen; das Weichseldelta mit Danzig wird als Freistaat unter den Schutz des Völkerbundes gestellt; Ostpreußen nördlich der Memel wird an die „alliierten Hauptmächte" abgetreten und ist heute in den litauischen Staatsverband eingegliedert. Das Hultschiner Ländchen kommt an die Tschechoslowakei (Art. 27—28, 99—108).

c) Die gesamten deutschen Kolonien kommen an den Völkerbund, der die „Vormundschaft" über sie ausübt und sie an „Beauftragte" weitergibt (Art. 22,119/27). Deutschlands Rechte auf Kiautschou gehen auf Japan über (Art. 156), die Marokkoverträge gelten als aufgehoben (Art. 141).

3. Die Landabtretungen durch Abstimmung. [§ 103

a) Das Saargebiet tritt unter die Regierung des Völkerbundes; nach Ablauf von 15 Jahren soll die Bevölkerung sich entscheiden, unter welche Staatshoheit sie zu treten wünscht. Das Eigentum an den Kohlengruben des Saarbeckens wird an Frankreich gegeben. Entscheidet sich später die Bevölkerung für Deutschland, dann kann dieses die Gruben zurückkaufen (Art. 45/50).

b) Die Kreise Eupen und Malmedy gelangen an Belgien (Art. 34).

c) In Oberschlesien soll nach Abstimmung der Bewohner entschieden werden, welche Teile zu Polen und welche zu Deutschland gehören sollen (Art. 88).

d) Der Süden von Ostpreußen um Allenstein und der Rest von Westpreußen um Marienwerder sollen nach Abstimmung an Polen

e) In Schleswig soll die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark auf Grund einer Volksabstimmung festgestellt werden (Art. 109).

Der Gedanke der Volksabstimmung bei Grenzverschiebungen und Gebietsabtretungen entstammt, wie so mancher andere von Wilsons 14 Punkten, dem geistigen Arsenal der französischen Revolution; geschichtlich ist er zum ersten Male gestaltet worden in den Plebisziten Napoleons III. Dieser hat auch 1866 Österreich veranlaßt, beim Abschlusse des Prager Friedens auf der Bedingung einer Volksabstimmung in den „nördlichen Teilen Schleswigs" zu bestehen. Daß diese Bedingung dann im Einverständnis mit Österreich nicht ausgeführt wurde, gibt jetzt der Entente Gelegenheit, dem an dem Weltkriege völlig unbeteiligten Dänemark eine Gebietserweiterung zu verschaffen: durch die Abstimmung in Schleswig geht Deutschland das Gebiet nördlich Flensburg—Hoyer verloren; rein deutsche Städte wie Tondern kommen an Dänemark. Völlig parteiisch wird das Ergebnis der Abstimmungen im Osten bei der endgültigen Gebietsabtretung an Polen mißachtet: in Ost- und Westpreußen stimmen $^9/_{10}$ der Bevölkerung für Deutschland, trotzdem werden rein deutsche Weichseldörfer an Polen gegeben. In Oberschlesien stimmen 60% für Deutschland, 40% für Polen; der Völkerbund fällt die Entscheidung durch einen Ausschuß von vier Männern, einen Chinesen, Brasilianer, Spanier und Tschechen; er gibt ein Drittel des Gebietes — und zwar fast das ganze Industrierevier — an Polen, darunter Kattowitz und Königshütte, also Städte mit starker deutscher Bevölkerung. Die besonderen Bestimmungen über das Saargebiet sind weder geschichtlich begründet, noch mit dem rein deutschen Charakter der Bevölkerung vereinbar.

4. Die Anerkennung der neuen Staatenwelt. [§ 104

Deutschland muß die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs anerkennen und demgemäß auf dessen Beitritt zum Deutschen Reiche verzichten (Art. 80).

Auch erkennt Deutschland die Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Staates an (Art. 81) und ebenso diejenige Polens (Art. 87). Das gleiche gilt von den Randstaaten, die sich aus dem russischen Reiche bilden. Zunächst also sind dies die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen; ferner Finnland und die Ukraine; der Vertrag von Brest-Litowsk wird für ungültig erklärt (Art. 16/17).

5. Die Entwaffnung (Art. 159/213). [§ 105

a) Die Stärke des deutschen Heeres darf künftig 100 000 Mann, einschließlich Offiziere, nicht überschreiten, die Zahl der Offiziere darf nicht höher als 4000 sein. Die Kriegsmarine darf nicht mehr als 15 000 Mann betragen, Luftstreitkräfte sind Deutschland überhaupt verboten. Es werden Höchstzahlen festgesetzt für Anzahl und Stärke der Einheiten bei den Land- und Seestreitkräften, für Geschütze, Waffen und Munition.

b) Die allgemeine Wehrpflicht wird für Deutschland verboten, das deutsche Heer darf nur als Berufsheer gebildet werden.

Die Zahl der vor Ablauf ihrer zwölfjährigen Verpflichtungszeit zur Entlassung freigegebenen Mannschaften darf im Jahre 5% der Gesamtstärke nicht überschreiten, das gleiche gilt von den auf 25 Jahre verpflichteten Offizieren. Die Zahl der militärischen Schulen wird auf die dem verkleinerten Heere entsprechende Anzahl herabgesetzt, die Beschäftigung mit militärischen Gegenständen wird allen Erziehungsanstalten, Universitäten und Vereinen verboten. Der Generalstab

dern, nur die Anwerbung von Rekruten für die Fremdenlegion bleibt davon unberührt.

c) Ausgeliefert oder zerstört wird alles Kriegsmaterial, das über die erlaubten Mengen hinaus in Deutschland sich befindet, desgleichen alle zur Herstellung von Kriegsmaterial dienenden Maschinen.

Alle Linienschiffe und Kreuzer außer je sechs sowie ausnahmslos alle Unterseeboote sind auszuliefern. Der Bau und Erwerb irgendeines Unterseebootes, auch für Handelszwecke, ist Deutschland verboten. Die Ablieferungen und Abbauten muß Deutschland auf eigene Kosten und mit eigenem Personal durchführen. Die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial ist Deutschland verboten; die deutsche Regierung muß die Herstellungsweise aller zu Kriegszwecken bereiteten Spreng- und Giftstoffe mitteilen.

d) Alle Befestigungen auf dem linken Rheinufer sowie auf dem rechten Ufer in einer 50 km breiten Zone müssen geschleift werden, auch ist dort die Unterhaltung und Zusammenziehung einer bewaffneten Macht verboten. Desgleichen müssen die Werke und Schutzbauten von Helgoland sowie die den Weg zwischen Nord- und Ostsee beherrschenden Befestigungen geschleift werden.

e) Interalliierte Kontrollkommissionen, ernannt von den alliierten und assoziierten Hauptmächten, überwachen die Ausführung der ganzen Entwaffnung. Den Kommissionen ist von Deutschland jeder gewünschte Einblick zu gewähren, die Kosten der Kommissionen hat Deutschland zu tragen. [§ 106

6. Die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen wird verabredet.

Doch hält Frankreich viele derselben noch lange wegen angeblicher Verfehlungen zurück (Art. 219).

7. Strafbestimmungen. [§ 107

a) Der ehemalige Deutsche Kaiser wird von den alliierten und assoziierten Mächten unter öffentliche Anklage gestellt werden „wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge“ (Art. 227).

Ein besonderer Gerichtshof soll zu diesem Zwecke gebildet werden, die niederländische Regierung soll um Auslieferung des ehemaligen Kaisers ersucht werden.

b) Die Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ muß von Deutschland versprochen werden.

Gemeint sind solche Personen, die von den alliierten und assoziierten Mächten „wegen einer gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges verstoßenden Handlung angeklagt sind“ und vor den fremden Militärgerichten abgeurteilt werden sollen (Art. 229).

Die Ausführung dieser Strafbestimmungen unterbleibt in der Folge, weil Deutschland seine Beihilfe hierzu nicht zu geben vermag.

8. Wiedergutmachungen (Reparationen). [§ 108

a) Ein Schuldbekenntnis, zu dem Deutschland gezwungen wird, soll die Ungeheuerlichkeiten des „Vertrages“ begründen: die alliierten und assoziierten Regierungen erklären „und Deutschland erkennt an“, daß es als Urheber des Krieges für alle Verluste und Schäden aufzu-

b) Die Kriegsentschädigung wird, wie der Vertrag erklärt, Deutschland niemals in vollem Umfange leisten können; es sollen daher die Entschädigungen der Zivilbevölkerung und die Erstattung der militärischen Pensionen voranstehen und zur Grundlage der von Deutschland zu leistenden Zahlungen gemacht werden (Art. 232).

c) Die Reparationskommission, in der die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Serbien vertreten sind, soll Höhe und Tilgungsplan der Zahlungen anordnen, die Leistungsfähigkeit Deutschlands dauernd überwachen und sein Steuersystem prüfen, damit die Einkünfte Deutschlands vorzugsweise zur Bezahlung der Reparationen verwendet und die Steuern nicht zu niedrig festgesetzt werden (Art. 233). Die Leistungen erfolgen in Geld und in Natur.

d) Die Leistungen sollen zum Teil auch in Natur geschehen, die wirtschaftlichen Hilfsmittel Deutschlands also unmittelbar in den Dienst der Reparationen gestellt werden.

Genannt werden Tiere, Maschinen, Fabrikeinrichtungen ferner Materialien für den Wiederaufbau, vor allem aber Kohlen und Farbstoffe (Art. 236). Als Kohlenlieferungen werden nach langen Verhandlungen 2 Millionen Tonnen monatlich festgesetzt.

e) Zurückerstattungen, ohne Anrechnung auf das Reparationskonto, werden verlangt für Requisitionen und Zerstörungen aller Art.

So besonders die sofort zu liefernden 140000 Milchkühe (deren Zahl später verringert wurde), ferner ein großer Teil des deutschen Eisenbahnmateriales, die ganze deutsche Handelsflotte; auch der deutsche Anteil an den großen Kabeln wird weggenommen. Dazu kommt die Rückerstattung der Trophäen von 1870 sowie die Auslieferung der Flügelaltäre von Van Eyck und Dierick Bouts, die einstmals durch Kauf in den Besitz deutscher Museen gelangt waren und nun als Ersatz für zerstörte belgische Kunstdenkmäler beansprucht werden (Art. 236, 245/7).

9. Finanzielle Bestimmungen. [§ 109

Alle Einnahmequellen Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten werden an erster Stelle belastet mit der Haftung für die Reparationen (Art. 248). Deutschland trägt die gesamten Kosten der Besatzungsarmeen in den besetzten deutschen Gebieten vom Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes ab (Art. 249).

10. Wirtschaftliche Bestimmungen. [§ 110

a) Deutschland muß allen alliierten und assoziierten Staaten in seinen Zollbestimmungen das Recht der Meistbegünstigung auf 5 Jahre ohne Gegenleistung einräumen.

Elsaß-Lothringen aber und den an Polen gefallenen Gebieten, unter Umständen auch dem aus dem Zollverein ausgeschiedenen Luxemburg, ist volle Zollfreiheit für 5 resp. 3 Jahre zu gewähren (Art. 264/8); für die besetzten Gebiete behalten sich die Besatzungsmächte ein besonderes Zollregime vor (Art. 270).

b) Deutschland darf den Ausländern keine Beschränkungen auferlegen, die nicht vor dem Kriege bestanden haben, es sei denn, daß es dieselben Beschränkungen auch seinen eigenen Reichsangehörigen auferlegt

c) Deutsches privates Vermögen im Gebiete der bisher feindlichen Mächte ist verfallen, während umgekehrt das Vermögen, das Angehörige dieser Staaten in Deutschland haben, zurückgegeben werden muß (Art. 297).

11. Verkehrswesen. [§ 111

Die alliierten und assoziierten Mächte genießen das Recht der freien Durchfahrt durch Deutschland (Art. 313/26). Die deutschen Ströme Elbe, Oder, Memel, Donau und Rhein werden für international erklärt und europäischen Ausschüssen unterstellt, in denen die ausländischen Stimmen gegenüber den deutschen die völlig überwiegende Mehrheit besitzen (Art. 331/62).

12. „Sicherheiten für die Ausführung." [§ 112

Als Sicherheit für die Ausführung des Vertrages durch Deutschland wird das linke Rheinufer einschließlich der Brückenköpfe besetzt. Die Räumung der 1. Zone (Köln) soll nach 5 Jahren erfolgen, geschieht aber erst 1926, die Räumung der 2. Zone (Aachen-Koblenz) soll nach 10, die der 3. Zone (Trier-Pfalz-Mainz) nach 15 Jahren erfolgen.

Eine Klausel des Vertrages besagt: „Wenn zu diesem Zeitpunkte die Sicherheiten gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands von den alliierten und assoziierten Mächten nicht als ausreichend betrachtet werden, kann die Entfernung der Besatzungstruppen in dem Maße aufgeschoben werden, wie dies zur Erreichung der genannten Bürgschaft für nötig erachtet wird." Auch bleibt die Besetzung, wenn Deutschland nach dem Urteil der Reparationskommission seine Verpflichtungen nicht erfüllt (Art. 428/30).

B. Die anderen Friedensschlüsse. [§ 113

Weitere Verträge ergänzen das Werk von Versailles und sind von dem gleichen Geiste diktiert: in St. Germain empfängt Deutsch-Österreich sein Urteil, in Trianon Ungarn, in Neuilly Bulgarien, in Sèvres die Türkei.

Die neuen Staaten, die sich aus dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben, finden durch diese Verträge internationale Anerkennung. Österreich ist beschränkt auf Ober- und Niederösterreich, Nordtirol, Nordsteiermark und Nordkärnten, Ungarn auf den verkleinerten Kern der ungarischen Tiefebene: sie beide sind des Hafens beraubt, von schlechten Grenzen umgeben. Aus Böhmen, Mähren und einem Teile Ungarns ist die langgestreckte tschechoslowakische Republik gebildet; im jugoslawischen Staat ist Serbien durch Angliederung von Bosnien, Herzegowina, Kroatien und Slawonien zu einem neuen Staate erweitert; auch Gebiete deutscher Bevölkerung sind ihm mit Krain angeschlossen. Rumänien erhält Siebenbürgen und die Bukowina: glich es bisher „einem Adler, der mit weitausgreifenden Schwingen in den Pontus niederstößt", so ist es jetzt kreisförmig abgerundet und vergrößert; es besitzt die Gunst der Weltlage und unvergleichlichen Reichtum an fruchtbarem Ackerland und an Bodenschätzen. Polen und die Ukraine teilen sich in Galizien. Italien erhält Istrien, Welschtirol, aber auch Deutschtirol bis zum Brenner. Seine beiden Kriegsziele, die Erlösung der Irredenta und das mare nostro sind erreicht, dafür ist es seinerseits in Tirol und im Karst weit in fremdes Sprachgebiet eingedrungen. Der

und Anatolien beschränkt wird; Mazedonien wird Bulgarien entrissen und an Griechenland gegeben. Engländer und Franzosen teilen sich in große vorderasiatische Einflußgebiete, daneben tun sich selbständige arabische Herrschaften auf. England hat schon wähend des Krieges die Einverleibung Ägyptens vollendet. Die erstrebte Verbindung zwischen dem afrikanischen und indischen Weltreiche ist durch die Einfügung breiter Ländermassen in Afrika und Vorderasien gesichert: es ist der größte Zuwachs an Land und Menschen, den England jemals in der Geschichte auf einmal eingeerntet hat.

C. Ergebnis und Ausblick. [§ 114

Der Vertrag von Versailles, dem die anderen Friedensschlüsse als Ergänzung zur Seite stehen, bedeutet das Ende des alten, auf einem starken Deutschland beruhenden, mitteleuropäischen Staatensystems. Der vereinigte „Druck von außen" war stärker gewesen als die „verstärkte Mitte": das politische System, das 1879 begründet worden, ist erledigt. Aber die Frucht des Sieges fällt keineswegs allen Staaten zu, die an dem Druck auf die Mitte teilgenommen: die russische Gefahr bleibt vielmehr zunächst gebannt, und dies ist die große Leistung der deutschen und österreichischen Waffen für die germanische und weiter für die europäische Welt; wird später das neue Rußland der Sowjetrepublik den Marsch gegen Westen wieder aufnehmen, dann wird es in Mitteleuropa eine völlig veränderte Lage und darum auch veränderte politische Möglichkeiten vorfinden!

Die eigentliche Frucht des weltpolitischen Umschwunges fällt daher auf dem Kontinente Frankreich zu: es hat die stets erstrebte Straße nach dem Osten wieder sich freigemacht. Alter Tradition entsprechend sind in seiner Gefolgschaft die romanischen und slawischen Staaten, die nun ihre Körper tief nach Mitteleuropa hinein dehnen. In der ozeanischen Welt aber stehen sich die drei Nebenbuhler gegenüber: 1. England hat einen gewaltigen territorialen Gewinn zu verzeichnen; aber gegenüber Frankreichs kontinentaler Machtentfaltung ist es ohnmächtig, und seine inneren Probleme, zumal die der Verfassungsreform des Empire, sind noch nicht gelöst. Es war in den Krieg gegen Deutschland eingetreten, weil es die Niederwerfung Frankreichs und die deutsche Hegemonie befürchtet hatte: nun scheint die französische Hegemonie unvermerkt Wirklichkeit geworden. 2. Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges England in Handel, Schiffahrt und Seemacht zu überflügeln begonnen: der wirtschaftliche Mittelpunkt der Welt hat sich von London nach Neuyork verschoben. 3. Japan ist zur Hegemonie in Ostasien emporgestiegen, als Rußland zusammenbrach und die Vereinigten Staaten durch den Krieg mit Deutschland beschäftigt waren; die Fragen Europas liegen ihm zunächst noch ferne.

So sind es drei Großmächte, die den Friedensvertrag von Versailles aufgesetzt und Deutschland diktiert haben; aber jede von ihnen hat dabei andere Zwecke verfolgt. 1. Die Vereinigten Staaten, die durch ihr Eingreifen die Entscheidung herbeigeführt haben, sind von Wilson vertreten, der sich auf seine 14 Punkte verpflichtet hat, aber nicht entschlossen genug ist, sie unter allen Umständen festzuhalten. Die Regierung in Washington hat dann den Friedens-

will seine alten Ziele der Rheingrenze und der Zertrümmerung Deutschlands verwirklichen — Ziele, die den 14 Punkten völlig widersprechen. 3. England steht zwischen beiden: in dem eifrigen Bestreben, die soeben noch befürchtete kontinentale Hegemonie Deutschlands dauernd zu beseitigen, scheint Loyd George weder die letzten Ziele Frankreichs erkannt, noch auch einen ehrlichen Frieden auf Grund der 14 Punkte seinen Wählern gegenüber gewagt zu haben.

So kommt es, daß die französischen Staatsmänner siegen. Die Gedanken der Völkerversöhnung und Humanität, der Gerechtigkeit und der inneren Freiheit der Völker — Gedanken, die vielleicht geeignet gewesen wären, ein neues Zeitalter heraufzuführen — werden nur selten berücksichtigt, und sie werden so umgebogen, daß sie zum Schaden Deutschlands ausgelegt und angewendet werden können. Der Vertrag von Versailles zeigt dies in allen seinen Bestimmungen:

a) Der Völkerbund, wie er als Teil I in den Vertrag aufgenommen worden ist, erscheint hier nicht als ein allgemeiner Menschheitsbund zur Verwirklichung von Frieden und Recht in der Welt, wie er lange vor Wilson gerade von den deutschen Denkern des Zeitalters der Humanität, von Leibniz, Kant und Fichte gedacht worden ist; sondern er ist vorläufig zu einem Vertrage herabgemindert, der die Ausbeutung des Sieges und die Verewigung des aus dem Weltkriege hervorgegangenen neuen Staatensystemes gewährleisten soll. Deshalb sind die Besiegten ausgeschlossen, sie können erst nach Probezeit und nur mit Zweidrittelmehrheit aufgenommen werden; deshalb sind die Neutralen zwar zum Eintritt eingeladen, aber nur wenn sie bedingungslos zustimmen. „Stifter" des Bundes sind allein die alliierten und assoziierten Mächte, und zwar haben die Hauptmächte trotz der Gleichheit der Stimmenzahl unter den Stiftern dennoch das Übergewicht, weil auch alle englischen, amerikanischen und französischen Trabanten eine Stimme besitzen. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Entscheidungen, die der Völkerbund seitdem getroffen hat — vor allem die Entscheidungen über die Abstimmungen in den deutschen Gebieten — ausnahmslos zuungunsten Deutschlands gesprochen haben.

b) Das Nationalitätenprinzip ist in der gleichen Weise in den Friedensverträgen ausgelegt zugunsten Frankreichs und seiner Gefolgsstaaten, zum Schaden Deutschlands und des Deutschtums in dem ganzen Erdteil. Zwar ist mit der habsburgischen Monarchie der letzte dynastische Staat und mit Rußland die letzte Despotie nach orientalischem Muster verschwunden und auf diese Weise ein großer Schritt im Sinne des Nationalitätengedankens gemacht worden; im übrigen aber hat Frankreich für sich und die zahlreichen Randstaaten, durch die es in überlieferter Weise Deutschland auch diesmal wieder umstellt hat, das Nationalitätenprinzip eingeschränkt oder gebeugt. Um den Deutschen Österreichs die Vereinigung mit ihren Volksgenossen unmöglich zu machen, wählt der Vertrag von Versailles die sophistische Ausdrucksweise, daß Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs anerkenne und sich verpflichte, sie unbedingt zu achten. Wenn ferner Elsaß-Lothringen unter Berufung auf das Unrecht, das 1871 seiner Bevölkerung und Frankreich angetan worden sein soll, wieder an Frankreich gegeben

Methode das Nationalitätenprinzip ersetzt worden durch das scheinbare Recht historischer Begründungen: denn nach Geschichte und Volkstum sind diese Landschaften deutsch, auch wenn sie sich in dunklen Perioden der deutschen Vergangenheit nicht immer oder nicht in allen ihren Angehörigen als deutsch empfunden haben. Beim benachbarten Saargebiet aber ist die Entscheidung zugunsten einer vorläufigen Völkerbundsregierung ganz offenkundig gegen das Nationalitätenprinzip ausgefallen, und die für später vorgesehene Volksabstimmung will offenbar Zeit und Möglichkeit schaffen, die Saarbevölkerung Deutschland zu entfremden. Die Abstimmung in Eupen und Malmedy war lediglich ein Schein. Und nicht geringer ist die Vergewaltigung in Schleswig und ganz besonders im Osten: unter dem Vorwande des Nationalitätengedankens sind die polnischen Grenzen weit in deutsches Gebiet hinein und sehr oft gegen das Resultat der Abstimmungen festgelegt worden. Die schon bisher so schlechte Ostgrenze Deutschlands ist noch schlechter geworden; bei Birnbaum nähert sie sich nun wieder auf 160 km Berlin, wie im 7jährigen Kriege ist die Verteidigung wieder an der Oder. Schlesien liegt zwischen zwei slawischen Staaten, und Ostpreußen ist territorial sogar vom Reiche geschieden worden, indem die Verbindung nur noch durch den polnischen „Korridor" geschehen kann. Um aber Polen einen Ausgang zum Meere zu verschaffen, ist die mit dem Nationalitätenprinzip völlig unvereinbarliche, offenbar napoleonischem Vorbilde folgende Errichtung des Freistaates Danzig geschehen. Am schlimmsten ist das Unrecht, das Oberschlesien angetan wurde. Und nicht anders ist es bei der Absteckung der übrigen Ostgrenzen zugegangen: die Randstaaten an der Ostsee sind auf Grund des Nationalitätenprinzipes geschaffen und anerkannt worden; aber die Balten, die Deutschen jener Gegenden, sind unter dem Schlagwort der inneren Kolonisation ihrer Güter beraubt — wie ja überhaupt die Bodenreform, ein germanischer Gedanke, überall in der Welt nur dort durchgeführt worden ist, wo es zum Nachteile des Deutschtums geschah. Auch die Tschechoslowakei besitzt viele deutsche Einwohner, darunter das rein deutsche Sudetenland. Die Deutschen in Siebenbürgen und im Banat sind aus ungarischen in rumänische und jugoslawische Hände gekommen, wenn auch die Durchführung des Nationalitätenprinzipes hier ganz besonders schwierig sein mochte. Die Italiener haben ihre eigene Irredenta gelöst und dafür weite, rein deutsche Gebiete mit Bozen und Meran in ihren Staat einbezogen. Nun ist die Irredenta ein deutsches Schicksal geworden: von einem ganzen Kranz von Unerlösten deutschen Volkstums sind wir umgeben!

c) Die Verfügung über die Kolonien ist von ähnlicher Heuchelei diktiert. Nach der kaltblütigen Entschlossenheit, mit der England den politischen und wirtschaftlichen Vernichtungskampf in Ostindien viele Jahrzehnte geführt hat, und nach den entsetzlichen Greueln, die sich die französische Soldateska schon seit den Tagen Louis Philippes in Afrika hat zuschulden kommen lassen, wird nun auf Grund angeblicher Verfehlungen gegen die Menschlichkeit Deutschland die Fähigkeit abgesprochen, Kolonien zu verwalten und die Entwicklung der Eingeborenen zu leiten, die als eine „heilige Aufgabe der Zivilisation" bezeichnet

Der Vorwand deckt auch hier wieder das Interesse, indem England und Frankreich „Beauftragte des Völkerbundes" werden gerade für diejenigen deutschen Kolonien, die sie zur Abrundung ihres Besitzes schon lange erstreben. Für England ist Deutschostafrika besonders wichtig, dessen Schutztruppe sich unter der Führung von Lettow-Vorbeck den ganzen Krieg hindurch, bis zum Waffenstillstande, gegen die Engländer behauptet hatte.

d) Die Abrüstung ist ausschließlich gegen Deutschland durchgeführt und nur ihm auferlegt. Während die Bestimmungen des Vertrages mit unerhörter Sorgsamkeit Deutschland jede Möglichkeit einer militärischen Stärkung verschließen und sogar die polizeiliche Ordnung im Innern erschweren, rüsten die anderen Staaten, Frankreich zumal, weiter und denken nicht daran, dem Völkerbundsgedanken näherzutreten.

e) Die innerpolitische Schwächung des deutschen Staates ist absichtsvoll durch den Vertrag erstrebt. So sehr gleichzeitig die Reichsverfassung ein Gegengewicht zu geben sich bemüht durch die unitarische Gestaltung des Reiches und die rechtliche Stärkung der Staatsgewalt, so ist doch ihre Geltung an vielen Stellen durch den Friedensvertrag gehemmt.

Wenn z. B. die Verfassung die deutschen Ströme dem Eigentum und der Verwaltung des Reiches zuspricht, so unterstellt sie der Friedensvertrag demgegenüber internationalen Kommissionen. Und so ist es mit der Verfügung über zahlreiche andere Gegenstände; vor allem ist das ganze Eigentum des Reiches und der Bundesstaaten im Interesse der Reparationen für haftbar erklärt. Bei allen Bestimmungen über Handel und Verkehr, über Privateigentum in fremden Ländern fehlt es an dem Grundsatze der Gegenseitigkeit. Daß Frankreich alle Tatsachen und Bestrebungen unterstützt, die — wie Föderalismus und Separatismus — über die Reichsverfassung hinweg eine Schwächung des Reiches und des Staatsgedankens bewirken, ergibt sich aus seinem Endziel und entspricht seiner politischen Überlieferung. Vor allem greift Frankreich, um pünktliche Zahlungen zu erzielen, in den folgenden Jahren zu einer Politik der „Sanktionen", die mit der Besetzung des Ruhrgebietes ihren Höhepunkt erreicht; der Vertrag von Locarno (1925) erkennt an, daß dieses Vorgehen im Vertrage von Versailles keine Grundlage hat.

f) Die territorialen und wirtschaftlichen Verluste, die Deutschland in dem Vertrage zugemutet worden sind, machen diesen Frieden mehr als irgendeinen anderen in der Geschichte zu einem Vertrage des Unrechtes und der Gewalt.

Deutschland hat 13% oder $^1/_8$ seiner Fläche, 10% oder $^1/_{10}$ seiner Bevölkerung verloren. Es hat an Rohstoffen 30% seiner Steinkohlenförderung eingebüßt und ist nun zur Einfuhr gezwungen, während es vor dem Kriege einen großen Überschuß zum Export besaß. Und während die Erzproduktion schon vor dem Kriege nicht für den Bedarf der deutschen Wirtschaft genügte, hat Deutschland jetzt sogar 75% davon eingebüßt. Die abgetretenen Gebiete sind aber nicht nur reich an Bodenschätzen; gerade sie sind vor allem die landwirtschaftlich ertragsreichsten Gebiete, die besten landwirtschaftlichen Überschußgebiete Deutschlands. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich also in weit stärkerem Maße vermindert als die Bevölkerungszahl. Wir verloren 13% der Weizenproduktion, 18% der Roggen- und Gerstenernte, 20% der Kartoffelernte. Also ist Deutschland noch mehr als vor dem Kriege auf Einfuhr und Industrie angewiesen, seine Handels-

der Verlust der Kolonien, ferner die Waffenstillstandslieferungen, die Reparationsverpflichtungen, die Besatzungskosten und Ausgaben für interalliierte Kommissionen, die Restitutionen oder Ersatzlieferungen, die Entschädigungen an Auslands- und Kolonialdeutsche, an Offiziere und Invaliden, an Ausgewiesene. Besonders aber bedeutete die Aufstellung der von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachungen eine vollendete Täuschung. Deutschland hatte die Waffen niedergelegt auf Grund der „14 Punkte", die eine Kriegsentschädigung ausschlossen, und die Verbündeten hatten deshalb in den Waffenstillstandsverhandlungen nur Ersatz des der Zivilbevölkerung angetanen Schadens verlangt. Trotzdem nahm der Friedensvertrag von Versailles auch die Pensionen und Beihilfen in die Schadenrechnung auf, die dadurch nahezu verdreifacht wurde.

g) Die Zumutungen gegen die deutsche Ehre übertreffen alles andere.

Gegen das „Schuldbekenntnis" und die Auslieferung der „Kriegsverbrecher" bäumte sich bis zuletzt der nationale Stolz, aber der Vertrag, der nach seinen Worten und nach den Kundgebungen Wilsons kein Vertrag der Gewalt sein sollte, wurde Deutschland nicht zum Zwecke der Unterhandlung, sondern der bedingungslosen Unterschrift vorgelegt. Deutschland sollte innerhalb vierzehn Tagen entweder unterschreiben oder waffenlos den Einmarsch der Feinde über sich ergehen lassen.

So wurde der Vertrag unterschrieben, am 28. Juni 1919.

Es war das bittere Ende einer langen Kette von Hoffnungen und Enttäuschungen. Vieles hatte daran gearbeitet, das deutsche Volk zu diesem Ende zu führen. Zahllose ungelöste Probleme einer wirrenreichen Geschichte waren wieder lebendig geworden und hatten hemmend eingegriffen in das moderne Leben; dieses Leben selbst aber hatte alte Werte und Kräfte aufgezehrt, ohne die Zeit zu gewinnen, ein Neues und Besseres zu gestalten. Und zu allem waren dann die unaufhörlichen Wandlungen in der Stellung der großen Mächte getreten, ohne daß es Deutschland vergönnt war, die Ungunst seiner geographischen Lage auszugleichen durch eine glückliche Staatskunst. So mußte der Kampf unter den ungünstigsten Bedingungen aufgenommen und geführt werden, bis den Gegnern nach deutschen Heldentaten und Opfern ohnegleichen doch zuletzt noch der Sieg zufiel. Nun liegt das deutsche Volk zerschlagen, äußerlich machtlos und im Innern niedergedrückt. Zweimal — so sagt Treitschke am Eingang seiner „Deutschen Geschichte" — war der deutschen Nation ein Zeitalter der Jugend beschieden, zweimal ein Kampf um die Grundlagen staatlicher Macht und freier Gesittung; jetzt — so müssen wir heute hinzufügen — sieht Deutschland zum dritten Male, und schwerer denn jemals, den Weg vor sich als Aufgabe und Pflicht der Zukunft. Doch diesen Weg hofft Deutschland zu finden; denn ungebrochen blieb ihm in aller Enttäuschung und allem Jammer der Wille zum Leben, und unmittelbar, nachdem die alten Formen zertrümmert und wertlos geworden, schuf sich das deutsche Volk eine neue Form des staatlichen Daseins in der Reichsverfassung von Weimar.

G. Die Weimarer Verfassung.

Die Novemberrevolution hatte an die Stelle des Kaisertums die proletarische Räterepublik nach russischem Vorbilde gesetzt. Da eine zentrale Räteversammlung nicht vorhanden war, betrachtete sich der Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldaten-Räte von Groß-Berlin als oberste revolutionäre Instanz und legte sich das Recht bei, den Rat der Volksbeauftragten zu beaufsichtigen.

An der Frage, welche Verfassung an die Stelle dieser vorläufigen Ordnung treten sollte, scheiden sich alsbald die beiden Parteien, welche die Revolution gemacht haben. Die alte Sozialdemokratie will die Berufung einer auf demokratischer Grundlage gewählten, souverän beschließenden, konstitutionierenden Nationalversammlung, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei will den proletarischen Zentralrat des Rätesystems: demokratischer Parlamentarismus steht gegen die Diktatur des Proletariats. Die „Mehrheitssozialisten" erhalten in der darüber befragten Delegiertenversammlung oder „Reichskonferenz" aller A.- u. S.-Räte die Mehrheit; am 19. Januar 1919 können die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden. Die Unabhängigen erhalten nur wenige Stimmen, und die beiden sozialistischen Parteien erreichen zusammen nicht die volle Mehrheit, so daß weder das Rätesystem noch eine sozialistische Verfassung durch die Nationalversammlung beschlossen wird. Zwar versuchen Anhänger des Rätesystems, die sich „Spartakisten" nennen, durch revolutionäre Erhebungen in Berlin, München, Bremen, Hamburg sich durchzusetzen, aber es gelingt ihnen nicht; vielmehr beschließt die Nationalversammlung, die sicher vor ihren Handstreichen in Weimar tagt, eine demokratische und parlamentarische Verfassung, in der für alle aus der Geschichte überlieferten und in der Vergangenheit nicht gelösten Probleme des deutschen Staates eine Regelung versucht und für sie ein den gegebenen Tatsachen entsprechender staatsrechtlicher Ausdruck gefunden wird.

Die Weimarer Verfassung zerfällt in zwei Hauptteile, von denen der erste von „Aufbau und Aufgaben des Reiches" handelt, der zweite die „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen" aufzählt. Jeder Hauptteil zerfällt in Abschnitte, jeder Abschnitt in Artikel.

Die Abschnitte des ersten Hauptteiles handeln vom Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten, von den Organen des Reiches und ihren Funktionen, von den Aufgaben des Reiches nach der durch die Staatslehre überlieferten Dreiteilung in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege. So ergeben sich folgende Abschnitte:

1. Das Reich und die Länder. [§ 115

Das Reich besitzt den Einzelstaaten gegenüber, die nun Länder genannt werden, zum Teil ein ausschließliches Gesetzgebungsrecht, zum Teil ein konkurrierendes, das also die Zuständigkeit der Länder bestehen läßt, „solange und soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrechte keinen Gebrauch macht". In jedem Falle gilt der Grundsatz: „Reichsrecht bricht Landesrecht". Neben der Zuständigkeit des Reiches in der Gesetzgebung gibt es eine solche in der Verwaltung; auch kann das

2. Der Reichstag [§ 116

besteht aus Abgeordneten, die als Vertreter des ganzen Volkes gelten und an Aufträge der Wähler nicht gebunden sind. Die Abgeordneten werden für eine vierjährige Wahlperiode in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt, die Wahlen erfolgen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Das aktive Wahlrecht ist an das vollendete 20. Lebensjahr geknüpft, das passive Wahlrecht an das vollendete 25. Lebensjahr und an mindestens einjährige Reichszugehörigkeit: die Frauen sind den Männern gleichgestellt. Die Aufgaben des Reichstages betreffen Gesetzgebung, Bewilligung von Geldmitteln, Entscheidung über Krieg und Frieden und über Staatsverträge; der Reichstag hat das Interpellationsrecht und das Recht des Vertrauens- und Mißtrauensvotums gegenüber der Regierung, die dem Votum Folge geben muß. Die Beratungen finden in Ausschüssen und im Plenum statt.

3. Der Reichspräsident und die Reichsregierung. [§ 117

Der Reichspräsident — auf sieben Jahre vom ganzen Volke gewählt — vertritt das Reich völkerrechtlich, er ernennt und entläßt die obersten Reichsbeamten, er führt den Oberbefehl über die Wehrmacht, er kann den Reichstag auflösen und den Volksentscheid anrufen. Aber zu allen Anordnungen bedarf er der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, des Vorsitzenden der Reichsregierung. Reichskanzler und Reichsregierung bedürfen des Vertrauens des Reichstages; die Anzahl der Ministerien, die die Reichsregierung bilden, ist in der Verfassung nicht festgelegt.

4. Der Reichsrat [§ 118

stellt die Vertretung der Länder gegenüber dem Reichsganzen bei Gesetzgebung und Verwaltung dar.

5. Die Reichsgesetzgebung [§ 119

liegt allein beim Reichstag; Reichsrat und Reichspräsident haben lediglich ein Einspruchsrecht. Das Recht der Initiative besitzen auch Regierung, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat; die Einrichtung des Volksbegehrens gibt auch dem Volke unmittelbar ein Initiativrecht.

6. Die Reichsverwaltung [§ 120

umfaßt die Vertretung nach außen, die Heeresverwaltung, Zoll- und Finanzverwaltung, Post und Eisenbahnen.

7. Die Rechtspflege. [§ 121

Die Unabhängigkeit der Richter wird gewährleistet; die Justizverwaltung ist den Ländern überlassen mit Ausnahme des Reichsgerichtes und des Staatsgerichtshofes.

Die Abschnitte des zweiten Hauptteiles stellen Grundsätze für das Verhältnis der Bürger zum Staate auf. Neben den altüberlieferten Menschenrechten stehen moderne soziale Reformgedanken. Die einzelnen Abschnitte lauten:

a) Die Einzelperson.

Gleichheit vor dem Gesetze und Freiheit der Person werden gewährleistet.

b) Das Gemeinschaftsleben.

Die Ehe wird als Grundlage des Staates unter den besonderen Schutz der Verfassung gestellt, die Förderung der Familie und die Jugendfürsorge werden als Aufgaben des Staates bezeichnet. Vereins- und Versammlungsfreiheit und das

c) Religion und Religionsgesellschaften.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet; es besteht keine Staatskirche, die großen Religionsgesellschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechtes; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig.

d) Bildung und Schule.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Es werden Grundsätze festgelegt über die Einrichtung und die Aufgaben des öffentlichen Schulwesens, über Lehrerbildung, Schulaufsicht, Volksschulpflicht, über die Staatsschule und ihr Verhältnis zur Bekenntnisschule und zum Religionsunterricht.

e) Das Wirtschaftsleben

wird staatlicher Regelung unterworfen, soweit es das allgemeine Interesse als notwendig erscheinen läßt. Insbesondere betrifft dies die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Verteilung und Nutzung des Bodens: die Schaffung eines modernen Arbeitsrechtes und eines Heimstättengesetzes im Sinne der Bodenreformer wird demgemäß ins Auge gefaßt, Körperschaften auf berufsständischer und wirtschaftlicher Grundlage werden vorgesehen.

Dies ist der Inhalt der Verfassung. Der Geist, aus dem sie geschaffen ist, und die Bedeutung ihrer einzelnen Bestimmungen werden klar, wenn man die Reichsverfassung von 1919 mit den beiden anderen deutschen Reichsverfassungen zusammenstellt, der von 1849 und jener von 1871. Es ergibt sich dann, daß das Werk der Paulskirche und das Verfassungswerk von Weimar untereinander viel näher verwandt erscheinen als dies der Fall ist im Verhältnis eines jeden der beiden Werke zu der zeitlich zwischen ihnen liegenden Verfassung von 1871.

1. Während die Verfassung von 1871 in ihrer „Präambel" das Reich als einen „ewigen Bund" bezeichnet hatte, den der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes mit den Landesherren der süddeutschen Staaten schließt, heißt die Präambel der Weimarer Verfassung: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben." Während also die alte Verfassung auf Vereinbarungen zwischen den Fürsten aufgebaut war, ist die neue Verfassung auf den Gedanken der Volkssouveränität gegründet. Dem entspricht auch der Wortlaut des ersten und des letzten Artikels der Verfassung. Art. 1: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Art. 181: „Das deutsche Volk hat durch seine Nationalversammlung diese Verfassung beschlossen und verabschiedet."
2. Wenn die Schöpfung Bismarcks auf föderalistischer Grundlage aufgebaut war, so führt die Weimarer Verfassung, noch viel stärker als ehedem das Werk der Paulskirche, zu einer unitarischen Gestaltung des Reiches. Zwar bleiben den Einzelstaaten Reste ihrer früheren Stellung erhalten, und das Reich bleibt auch jetzt noch staatsrechtlich ein Bundesstaat. Aber die Organe des Reiches greifen in ganz anderer Weise als früher in die Selbständigkeit aller Länder ein. Die Verfassung zeigt dies an all jenen Stellen, an denen die Bismarckverfassung

a) Die historisch begründete Stellung Preußens, die von Bismarck so nachdrücklich gewahrt worden war, ist gebrochen nicht nur durch die Zerstörung des Heeres und des alten Bundesrates, sondern auch durch Artikel 18, der eine künftige Zerstückelung Preußens durch einfaches Reichsgesetz ermöglicht, falls die „Gebietsänderung oder Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt". Das gleiche gilt auch für die anderen Länder: ein Recht auf Integrität ihres Gebietes und ihrer Grenzen, auch nur ein Recht auf ihre Existenz ist dieser Territorialhoheit des Reiches gegenüber nicht anerkannt. Auch die innere Ordnung der Länder ist durch die Reichsverfassung (Art. 17) vorgeschrieben, ihre Landesverfassung muß republikanisch und parlamentarisch sein, die Wahlen für alle öffentlichen Körperschaften der Länder müssen nach dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht stattfinden.

b) Die Kompetenz des Reiches ist im Vergleich zu der Verfassung von 1871 und sogar zu der von 1849 gewaltig erweitert. Die Zahl der Angelegenheiten, für deren Regelung die Reichsgesetzgebung zuständig ist, hat eine große Vermehrung erfahren (Art. 6/7), wichtige Zweige der Verwaltung sind den Ländern genommen und auf das Reich übertragen (Art. 78/101). So ist den Ländern mit dem Gesandtschafts- und Konsularrecht der letzte Rest von selbständiger Anteilnahme an den auswärtigen Angelegenheiten genommen. Die Wehrmacht ist, sowohl in Kommandogewalt wie in Verwaltung, auf das Reich übergegangen. Das Zollwesen ist an das Reich übertragen, und zwar nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in der Verwaltung. Im Post- und Telegraphenwesen sind die letzten bayerischen und württembergischen Reservatrechte gefallen. Eigentum und Verwaltung der Eisenbahnen und Wasserstraßen sind dem Reiche zugesprochen: das Stromregal ist also, nachdem es jahrhundertelang im Besitze der Partikulargewalten gestanden, dem Reiche zurückgewonnen, das Wasser ist wieder wie im Mittelalter „des Reiches Straße". Nur Justiz und Justizverwaltung haben die Länder in der alten Weise zu behaupten vermocht (Art. 103).

c) Hatte das Bismarcksche Reich nicht einmal eine Finanzhoheit besessen, so sind nun dem Reiche eigene Einnahmen, besonders auch die ihm bis dahin versagten direkten Steuern, eröffnet, und die Verwaltung aller Reichssteuern ist ihm zugewiesen worden (Art. 83/84).

d) Wenn der föderalistische Charakter des Bismarckschen Reiches besonders durch den Bundesrat gekennzeichnet war, so steht der Reichsrat, der nunmehr an seine Stelle getreten ist, an Macht und Zuständigkeit ihm gegenüber weit zurück; er ist nicht Träger der Reichsgewalt, sondern er ist nur der Reichsregierung an die Seite gesetzt, um ihre Tätigkeit zu unterstützen oder im Interesse der Länder zu hemmen. Immerhin bleiben die Länder durch ihn an der Bildung des Reichswillens beteiligt und haben also durch ihre Zugehörigkeit zum Reiche ihre Staatlichkeit nicht eingebüßt. Das Reich bleibt auch jetzt noch ein Bundesstaat. Auch ist den Ländern der Vollzug der Reichsgesetze — freilich mit Vorbehalt — überlassen (Art. 14). Indem also die Schöpfer der Weimarer Verfassung sich für die Einsetzung eines Reichsrates entschieden und deshalb den 1849 gefundenen Gedanken des Staatenhauses ablehnten, bekannten sie sich zu einem Verfassungsprinzip, das in der deutschem Geschichte tief begründet, von dem alten Regensburger Reichstag über den Frankfurter Bundestag und den Bundesrat der bismarckischen Verfassung bis zu dem gegenwärtigen Reichsrate sich verfolgen läßt.

3. Wenn die Verfassung von 1849 ein parlamentarisches und demokratisches Kaisertum gewollt, Bismarck ein konstitutionelles Kaisertum geschaffen hat, so stellt sich das Deutsche Reich in der Weimarer Verfassung als eine parlamentarische und demokratische Republik

Reichsregierung sind in dieser Republik die Vertreter des parlamentarischen, demokratischen und unitarischen Prinzips.

a) Wenn die Bismarcksche Verfassung gekennzeichnet war durch die Schwäche des Reichstages, so ist der **Reichstag** jetzt zum eigentlichen Träger der Staatsgewalt geworden. An seinem äußeren Bilde hat sich wenig geändert, das Einkammersystem und das Reichstagswahlrecht sind geblieben, neu sind nur die Einführung der Verhältniswahl und des Wahlrechtes der Frauen sowie die Herabsetzung des zur Wahl berechtigenden Lebensalters. Jedoch besteht ein gewaltiger **Unterschied in der staatsrechtlichen Stellung des alten und des jetzigen Reichstages.** Der Reichstag der Weimarer Verfassung ist der Repräsentant des Volkes als des Trägers der Reichsgewalt; seine Zuständigkeit ist nur so weit beschränkt, als die Verfassung die Gewalt den anderen Organen, wie dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung und dem Reichsrate, ausdrücklich überträgt. Der Reichstag hat also die volle gesetzgebende Gewalt, und die vollziehende ist von ihm abhängig, indem Reichskanzler und Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen: Art. 54 spricht diesen Grundsatz der parlamentarischen Regierungsform aus. Der Gedanke der Volkssouveränität verlangt, daß die Volksvertretung nur durch das Volk beschränkt werden kann; die Verfassung (Art. 73) kennt daher zwei Formen unmittelbarer Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, nämlich die Gesetzesverwerfung durch **Volksentscheid** (Referendum) und den Gesetzesvorschlag durch **Volksbegehren** (Volksinitiative). Die Schweiz und nordamerikanische Einzelstaaten haben auch hierfür die Vorbilder geliefert: eine Ausschaltung des Reichstages von der Gesetzgebung bedeuten aber auch diese Institutionen nicht, sondern nur eine Einschränkung seiner Gewalt. Sehr gering nur ist auch die Einschränkung, die dem Reichspräsidenten möglich ist. Auch er besitzt kein absolutes Veto. Zwar kann er den Reichstag auflösen oder den Volksentscheid anrufen, aber er bedarf auch dazu der Mitwirkung des Reichskanzlers, dem die Reichstagsmehrheit unter Umständen durch ein Mißtrauensvotum zuvorkommen kann.

b) Der **Reichspräsident** ist also abhängig vom Reichstag, denn er bedarf zu allen Verfügungen der Gegenzeichnung eines Ministers, die Minister aber sind — im grundlegenden Unterschiede zu der alten kaiserlichen Reichsregierung — an das Vertrauen des Reichstages gebunden. Trotz dieser rein parlamentarischen Abhängigkeit des Präsidenten erfolgt seine Wahl dennoch nicht wie in Frankreich durch das Parlament, sondern unmittelbar durch das Volk wie in den Vereinigten Staaten, wo die plebiszitäre Wahl des Präsidenten seiner vom Parlamente völlig unabhängigen Stellung entspricht. Die deutsche Verfassung sucht die **parlamentarische und die plebiszitäre Präsidentschaft** miteinander zu vereinigen, indem sie den Präsidenten einerseits zwar an die Gegenzeichnung der parlamentarischen Minister bindet, andererseits ihm die Anrufung des Volksentscheides oder die Auflösung des Reichstages in die Hände gibt (Art. 41/50).

c) Die Stellung des **Reichskanzlers** und der **Reichsminister** ist nicht nur durch die Einführung des parlamentarischen Systems eine andere geworden — wobei dem Reichstage auch die Durchführung der Ministeranklage ermöglicht ist (Art. 39) —, sondern auch dadurch, daß die Reichsminister nun ihre Ressortgeschäfte unter **eigener parlamentarischer Verantwortlichkeit** führen (Art. 56/57). Die Ausnahmestellung, die Bismarck dem Kanzler gegeben hat, ist dadurch beseitigt. Indem jedoch der Reichskanzler „die Richtlinien der Politik" bestimmt und indem ferner die Fachminister nur auf seinen Vorschlag ernannt werden können, besitzt er auch jetzt noch eine große Autorität innerhalb der Reichsregierung.

d) Der demokratische Charakter der Verfassung ergibt sich auch daraus, daß die überlieferte Aufzählung der **Grundrechte**, auf die Bismarck verzichtet hatte, in die Verfassung aufgenommen ist. Und zwar sind es nicht nur die bekannten Menschen- und Bürgerrechte, die aufgezählt werden, sondern es sind zugleich [illegible]

oder die Steuerpflicht ausdrücklich genannt sind. Auch werden zugleich Richtlinien für künftige Gesetze aufgestellt. Die Artikel über **Kirche und Schule** und jene über das **Wirtschaftsleben** zeigen deutlich, wie die Verfassung das Ergebnis langer Verhandlungen und vieler Kompromisse ist: so wird die Weltlichkeit der Schule zwar als Grundsatz aufgestellt, aber die Möglichkeit kirchlichen Einflusses offen gelassen. Der Abschnitt über das **Wirtschaftsleben** enthält einerseits Bestimmungen, die ganz in dem Geiste des Sozialismus wurzeln: so die dem Reiche erteilte Ermächtigung, private wirtschaftliche Unternehmungen zu sozialisieren (Art. 7), ferner der Schlußartikel der Grundrechte (Art. 165), der das Rätesystem in die Verfassung einführt, indem er durch Betriebsräte und Wirtschaftsräte die Arbeiter und Angestellten dazu beruft, in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Der gleichzeitig vorgesehene Reichswirtschaftsrat knüpft an die alten Ideen der berufsständischen Vertretung an. Doch stehen andererseits diesen Artikeln Grundsätze gegenüber, durch die Vertragsfreiheit, Privateigentum und Erbrecht, also die Grundpfeiler der kapitalistischen Ordnung, ausdrücklich in der Verfassung verankert werden (Art. 152/4).

So stellt sich die Verfassung zwar in den Einzelheiten zahlreicher Bestimmungen als das geschichtliche Ergebnis vieler politischer Kräfte dar; durch das Ganze aber weht ein einheitlicher Geist, der das demokratische und unitarische Reich erstrebt, wie es die Männer von 1848 ersehnt hatten. Zum äußeren Zeichen dessen bestimmt die Verfassung von 1919 das Schwarz-rot-gold als Farben des Reiches. Freilich ist dieses Reich und seine Verfassung nun unter Umständen Wirklichkeit geworden, an die die Männer der Paulskirche niemals gedacht hätten: das alte Ziel ist erst nach einer Katastrophe ohnegleichen möglich geworden und sieht sich in seiner Geltung und Dauer beengt und bedroht. Denn Souveränität und Verfassung des Reiches sind angetastet durch Artikel 178, welcher erklärt, daß Verfassungsbestimmungen ruhen, wenn sie nicht übereinstimmen mit dem Friedensvertrage von Versailles. So ist in dieser Bestimmung die ganze Tragik der deutschen Geschichte noch einmal zusammengedrängt. Während die anderen Völker im Laufe der Jahrhunderte sich zu geschlossenen Nationalstaaten entwickelt und mit der Einheit von Staat und Volk eine unvergleichliche Kraft in sich geschaffen haben, hat das deutsche Volk vergebens mit diesem tiefsten und schwierigsten Problem der neueren Geschichte gerungen. Es hat die große historische Sendung des Absolutismus immer nur an den Territorien und nicht an der Nation sich erfüllen sehen, und es hat niemals den Tag der großen inneren Befreiung erlebt, wo es als einiges, frei gewordenes Volk sich seinen Staat geschaffen hätte aus eigener Kraft. Die Bewegungen, die 1813 und 1848 von reiner Begeisterung getragen waren, hatten nicht zum Ziele geführt, und als dann dem Volke 1871 das Reich durch die Genialität eines überragenden Mannes geschenkt ward, da waren zu viel geschichtliche und entgegenstrebende Kräfte zu schonen, die nur überredet und nicht überwunden waren. Und trotzdem wird es nicht zu spät sein, wenn nur die deutsche Jugend den Stolz besitzt, auch in des Vaterlandes tiefster Erniedrigung dennoch das Schicksal zu segnen, ein Deutscher zu sein. Die Jugend [illegible]

Hoffnung hochhalten! Sie hat aus der Vergangenheit gelernt, daß die Staaten ihre innere und äußere Stärke seit den Tagen der amerikanischen Erhebung und der französischen Revolution in unermeßlicher Weise gemehrt haben, indem sie alle sittlichen Kräfte des Volkes weckten und unmittelbar mit ihrem eigenen Leben verbanden, um also Staatswillen und Volkswillen zu einer Einheit zusammenzuschweißen. Solche lebendige Staatsgesinnung hat dann der deutsche Idealismus in seiner großen, klassischen Zeit aus allgemeinen Grundsätzen entwickelt und an den Erfahrungen seiner Gegenwart geprüft, und es hat eine Zeit gegeben, da die deutsche Jugend diese Gedanken mit Jubel und Begeisterung umfangen hat. Zwar ist es ihr dann nicht gelungen, danach den deutschen Staat zu formen; aber die Schuld ist dabei auf ihrer Seite sicherlich am wenigsten gewesen. Und so besitzt die Jugend heute eine große geistige Überlieferung, die ihr als Hilfe dienen soll, um für Deutschland die Entwicklung der Jahrhunderte nachzuholen: die Jugend muß in sich die Kraft bilden, die Volksgemeinschaft aufzubauen, um zwischen Fremdherrschaft und Anarchie, die heute uns umdrohen, das Vaterland emporzuführen.

H. Nach dem Weltkriege.

1921 Britische Reichskonferenz
Ermordung Erzbergers
1922 Diktatur Mussolinis in Italien
Räumung Ägyptens
Deutsch-russischer Vertrag von Rapallo
1923 Besetzung des Ruhrgebietes — Erdbeben in Japan
1924 Dawes-Plan
1925 Locarno
1926 Räumung der Kölner Zone
Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund
1927 Chinesischer Freiheitskrieg

I. Der Kampf um Rhein und Ruhr.

Aus der Vorgeschichte des Weltkrieges und aus der Lage, die er zurückließ, ergab es sich von selbst, daß ein wahrer und echter Friede nur bei einer inneren Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland möglich war, daß aber nichts in der Welt schwieriger war als gerade dies. Frankreich hatte durch den Krieg die schwersten Wunden empfangen, und es waren ihm dann mit dem kaum noch erwarteten Siege seine ältesten Wünsche erfüllt und weitere, ungeheure Hoffnungen erweckt worden. Deutschland andererseits hatte Lasten auf sich nehmen müssen, die wirtschaftlich und moralisch untragbar schienen und die aufs tiefste verwunden mußten, und wiederum waren gerade Frankreich und Belgien die Gläubiger, die nach der Ansicht des Vertrages von Versailles am ersten zu fordern berechtigt waren. Hieraus ergaben sich Konflikte, die den Kriegszustand auch noch in die Zeit des Friedens hinein verlängerten, unerhörte Zustände gesetzloser Anarchie schufen und die europäische Zivilisation an den Rand des Abgrundes brachten.

1. Die besetzten rheinischen Gebiete. [§ 122

In Ausführung des Waffenstillstandsvertrages besetzen die Alliierten die linksrheinischen Gebiete und die Brückenköpfe von Köln, Koblenz und Mainz noch im Jahre 1918; in den ersten Tagen des Jahres 1919 kommt noch der Kehler Brückenkopf hinzu. Als der Friedensvertrag dieser Besetzung langjährige Dauer verliehen hat, teilen die Alliierten das Gebiet in eine englische Zone um Köln, eine belgische um Aachen und Krefeld, eine amerikanische um Koblenz und eine französische, die das ganze Gebiet zwischen Trier und Wiesbaden und die gesamte Pfalz umfaßt. Eine „Interalliierte Rheinlandkommission“, aus je einem Vertreter der vier Regierungen

gibt ihr die Befugnis, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, „soweit dies für die Gewährleistung des Unterhaltes, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Streitkräfte der Alliierten Mächte nötig ist". Als aber die Vereinigten Staaten den Vertrag von Versailles nicht ratifizieren, ziehen sie auch ihre Truppen und ihren Vertreter in der Kommission zurück.

Unter den Besatzungsmächten erhält Frankreich in jeder Hinsicht die Führung; es erlangt nicht nur den dauernden Vorsitz in der Kommission, sondern auch bei weitem die größte Zone wird ihm überlassen; Frankreich allein stellt eine Truppenzahl, die zeitweise viermal so groß ist als die der übrigen Mächte zusammen. Die Franzosen gehen auch am rücksichtslosesten gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete vor. Die Belegung mit französischen Truppen ist mehr als doppelt so groß, als in Friedenszeiten deutsche Garnisonen in diesen Grenzgebieten gestanden hatten; darunter befinden sich starke Verbände farbiger Truppen. Jahre hindurch gleicht die französische Zone einem einzigen Kriegslager, und alle Folgen einer schrankenlosen Soldatenherrschaft brechen über das unglückliche Land herein. Die Anforderungen an Wohnungen, Kasernenbauten, an wertvollem Ackerland für Exerzier- und Flugplätze gehen ins Ungemessene; die Ausschreitungen der Truppen, zumal der farbigen, gegen die wehrlose Bevölkerung, vor allem gegen Frauen und Kinder gehören zu den schmachvollsten Vorgängen der neueren Geschichte. Die Militärgerichte bleiben lässig gegen die Angehörigen der Besatzungstruppen; aber sie erweitern zugleich willkürlich ihre Zuständigkeit und machen die Bevölkerung vollends recht- und schutzlos. Die Gesetzesbefugnis der Rheinlandkommission greift in alle Zweige der deutschen Verwaltung und legt sie lahm, die örtlichen Delegierten der Kommission hemmen die Tätigkeit der deutschen Beamten, und eine gewaltsame Kulturpropaganda, wie sie seit alten Zeiten ein Mittel französischer Staatskunst gewesen, sucht die Bevölkerung an die Seite Frankreichs zu bringen. So kommt es zur Bewegung der Separatisten, die auf Losreißung der rheinischen Lande vom Deutschen Reiche hinarbeitet (1923); sie vermag aber in den Massen der deutschen Bevölkerung keinen Fuß zu fassen und geht an dieser Tatsache zugrunde. Ein Kriegszustand mitten im Frieden ist das Kennzeichen dieser Lage: die Militärdiktatur hebt alle jene bürgerlichen Rechte auf, die im Laufe eines Jahrhunderts überall in Europa mühsam errungen und zur selbstverständlichen Grundlage alles staatlichen Lebens in der zivilisierten Welt gemacht worden sind; es gibt keine Freiheit der Presse mehr, keine Versammlungsfreiheit, keinen Schutz gegen willkürliche Verhaftungen. Deutschland ist in diesen Jahren übersät mit ausgewiesenen Flüchtlingen, die Gefängnisse des besetzten Gebietes sind überfüllt mit politischen Gefangenen. Alle diese unwürdigen Zustände steigern sich aber noch, als Frankreich und Belgien zur willkürlichen Ausdehnung der Besetzung schreiten und vor allem die Hand auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet legen.

2. Die Ausdehnung der Besetzung. [§ 123

Der Vertrag von Versailles sieht bei „absichtlicher Nichterfüllung" Zwangsmaßregeln gegen Deutschland vor; Frankreich und Belgien, die Hauptgläubiger, stützen sich auf diesen Paragraphen bei ihrem Vorgehen gegen Deutschland.

a) Frankfurt mit der Umgegend bis Darmstadt wird besetzt (1920), als die deutsche Regierung zur Unterdrückung kommunistischer Unruhen Truppen in das Ruhrgebiet, also in die „neutrale Zone" entsendet.

b) Die Brückenköpfe Düsseldorf und Duisburg werden besetzt (1921—25), als die deutsche Regierung auch angesichts eines auf den

226 Milliarden Goldmark als Höhe der Geldverpflichtung anzuerkennen. Obwohl Deutschland alsbald nach der Besetzung dem Zwange nachgibt, bleibt dieselbe dennoch durch Jahre aufrecht erhalten.

c) Das Ruhrgebiet wird am 11. Januar 1923 besetzt, weil Deutschland im Jahre 1922 mit seinen Leistungen an Kohlen und Holz im Rückstand geblieben ist. Poincaré will deshalb „Sanktionen"; seine „Pfänderpolitik" hat zum Ziele, die Kontrolle der rheinisch-westfälischen Industrie und ihrer Produktion in französische Hände zu bringen. Eine Ingenieurkommission nimmt unter dem Schutze der Truppen — die nur diesem Zwecke dienen sollen — die Gruben und Hüttenwerke in französische Aufsicht, ebenso werden die Zölle, die Steuern, die Forsten und Eisenbahnen für Frankreich als Pfand beschlagnahmt, und dieses System wird auch auf die französisch-belgische Zone des rechtmäßig besetzten Gebietes ausgedehnt. Es beginnt ein sinnloser Raubbau am Walde, die „Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines" (Micum) geht mit Wegnahme des Privateigentums voran, eine eigene Zollinie wird um das ganze Gebiet gelegt, um jeden Verkehr mit Deutschland zu unterbinden; die Eisenbahnen werden in französische Regie übernommen.

Die Bevölkerung setzt diesem Vorgehen passiven Widerstand entgegen. Massenausweisungen und Freiheitsstrafen sind die Folgen, einige Fälle von gewaltsamem Widerstand werden durch Todesurteile geahndet, unter denen dasjenige an Schlageter sogar vollzogen wird. Auch schreitet Frankreich zur Vergeltung für diesen Widerstand noch zu einigen weiteren Besetzungen; Offenburg und Appenweier werden besetzt und dadurch die Verbindung nach der Schweiz und Italien zerrissen, weil die deutsche Regierung aus Kohlenmangel die internationalen Züge von Paris nach Bukarest und Prag hat ausfallen lassen; die Häfen von Mannheim und Karlsruhe werden zur Vergeltung von Zerstörungen im Ruhrgebiet besetzt.

[§ 124

3. Die Rückwirkungen dieser Vorgänge auf das innere Deutschland.

Das Jahr 1923 bezeichnet den Zeitpunkt des tiefsten Niederganges in Deutschland; die durch den verlorenen Krieg hervorgerufenen Erschütterungen erreichen nun ihren gefährlichsten Grad. Die deutsche Währung, längst durch die Kriegskosten im Gleiten begriffen, kommt durch die ungeheuerliche Wertvernichtung des Ruhrkampfes in eine Inflation hinein, die mit der völligen Entwertung der Mark endet, mit einem unerhörten Elend der Witwen, Waisen und Kranken, dem auf der anderen Seite der leichte Gewinn des gewissenlosen und während des Krieges großgezogenen Schiebertums entspricht.

Die Unruhen — infolge der zahlreichen politischen Bünde schon bisher an der Tagesordnung — steigern sich, weil manche die Schuldfrage mit den Waffen austragen möchten; die Tätigkeit des „Parlamentarischen Untersuchungsausschusses" führt gleichfalls zur öffentlichen Erörterung der jüngsten Vergangenheit, und auch die Arbeit der Internationalen Kontrollkommission, die überall die Durchführung der Entwaffnung ohne jede Rücksicht auf das Ehrempfinden der Nation überwacht, verschärft naturgemäß immer wieder die Stimmung des Hasses gegen die Fremden und gegen die zur Ver-

Führer des neuen Staates fallen in diesen Jahren durch Mörderhand — vor allem 1921 Erzberger, der als der Mann der Friedensresolution von 1917 und weil er im Walde von Compiègne die Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben hat den aktivistischen Rechtsgruppen als Urheber von Deutschlands Unglück erscheint und der zudem noch zur Niederlegung seiner Ämter gezwungen worden war, als ein Prozeß den Zusammenhang seiner politischen und seiner persönlichen Geschäfte beleuchtete. Ein anderes Opfer war 1922 Walter Rathenau, in welchem fanatisierte Gegner des neuen Staates den sozialistischen Theoretiker, den Mann der Verständigungspolitik und den Juden treffen wollten.

Auch die parlamentarischen Parteien stehen sich scharf und feindlich gegenüber. Die „Weimarer Koalition" hat zunächst noch im Reich und in den meisten Ländern die Majorität, aber im Laufe der Jahre werden die Flügelparteien mächtiger; auch verfassungspolitisch zeigt sich dies durch eine Reaktion gegen den Weimarer Unitarismus. Die Reichspräsidentschaft von Friedrich Ebert wird 1922 durch Gesetz verlängert; aber nach seinem Tode 1925 geht Hindenburg als Reichspräsident aus der Wahl hervor. Dazu kommen noch viele andere Fragen, die Veranlassung zu grundsätzlichen Erörterungen geben, wie die Fürstenabfindung oder die Flaggenfrage; immer wieder entzündet sich der Streit.

4. Die beginnende Verständigung. [§ 125

Doch auch die Franzosen mußten die Erfahrung machen, daß sie auf dem eingeschlagenen Wege, der so verhängnisvoll die Wiederherstellung Deutschlands und Europas hemmte, nicht weiter kamen, und sie mußten einsehen, daß produktive Arbeit mit Waffengewalt sich nicht erzwingen läßt. Vor allem aber erweist sich schon bald die Politik Poincarés deshalb als undurchführbar, weil die englische Regierung sich dem ganzen Vorgehen nicht anschließt, sondern erklärt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes „ganz abgesehen von der Frage der Zweckmäßigkeit keine durch den Vertrag gerechtfertigte Sanktion" darstelle. Die englische Regierung bezeichnete die Rechtsauffassung der Franzosen und Belgier ausdrücklich als unrechtmäßig und hielt „die Einwendungen der deutschen Regierung für wohlbegründet".

Von dieser Tatsache aus erfolgt der Umschwung zunächst in Frankreich, wo Poincaré am 11. Mai 1924 gestürzt wird und ein zur Aussöhnung bereites Ministerium an die Stelle tritt.

5. Locarno. [§ 126

England und Frankreich verständigen sich im „Londoner Vertrag" (August 1924) im Sinne einer friedlichen Regelung der Sicherheitsfrage; sie kommen überein, daß die Sicherheit des Vertragsvollzuges nicht auf dem Wege gefunden werden kann, der die Franzosen an die Ruhr geführt hat. Demgemäß wird das Ruhrgebiet geräumt, die Ausweisungen aus dem besetzten Gebiete werden zurückgenommen, die Gefangenen entlassen; auch die Zölle, Forsten und Eisenbahnen werden zurückgegeben. Zugleich regelt ein von dem Amerikaner Dawes aufgestellter Plan die deutschen Reparationszahlungen.

Darin werden Normalsätze aus Steuern festgesetzt, die für Reparationszahlungen jährlich flüssig gemacht werden müssen; es werden ferner die deutschen Eisenbahnen und der gesamte deutsche Industriebesitz durch Obligationen (Schuldverschreibungen) belastet, die jährlich zu verzinsen und zu amortisieren sind. Eine neu errichtete Goldbank, an deren Aufsicht das Ausland beteiligt ist, nimmt

leistenden Zahlungen sollen die Zölle und die Steuern aus Tabak, Branntwein, Bier, Zucker dienen. Um Deutschland den Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu erleichtern und der Goldbank eine Reserve zu schaffen, wird eine internationale Anleihe aufgelegt.

Nachdem auf solche Weise der Boden geebnet ist, verständigen sich die Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in Deutschland und Frankreich, Stresemann und Briand, in dem Vertrage von Locarno (16. Oktober 1925); man kommt überein, daß künftig keine einseitige Auslegung des Versailler Vertrages mehr stattfinden solle, sondern alle Streitfragen dem Schiedsgericht des Völkerbundes vorzulegen seien. Als „Rückwirkung" des Vertrages wird die erste Zone des besetzten Gebietes — Köln — am 31. Januar 1926 geräumt, und im Herbst 1926 wird Deutschland als Mitglied des Völkerbundes aufgenommen.

Trotz aller entgegenstehenden Gefühle war der erste Schritt zur Verständigung und zur Befriedung Europas gemacht worden, weil die Not und die Unmöglichkeit des bisherigen Weges zum Zusammenschluß zwangen. Auch auf volkswirtschaftlichem Gebiete bahnte sich ein Einvernehmen durch den Internationalen Eisentrust an. Wenn es also gerade ehemalige Imperialisten waren, die nun die Führer einer Verständigungspolitik wurden, so war dies ein Ergebnis der Einsicht in die zerfahrene und unhaltbare Lage des neuen Europa.

II. Das neue Europa. [§ 127

Der Ausgang des Weltkrieges hat das beherrschende Prinzip des 19. Jahrhunderts, das Nationalitätenprinzip, sehr spät noch zum restlosen Siege geführt und die Neuordnung Europas auf diese Grundlage gestellt. Nur wo dieses Prinzip zugunsten von Deutschland sprach, war der Vertrag von Versailles davon abgegangen; im übrigen aber waren besonders die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie — dieses letzten Dynastienstaates, welcher das 19. Jahrhundert überlebt hatte — nach Volks- und Sprachgrenzen gebildet worden, ohne Rücksicht auf andere Faktoren, die sonst wohl staatsbildend in der Geschichte gewesen sind, ohne Rücksicht zumal auf natürliche Grenzen, auf geographische oder wirtschaftliche Einheiten. Die nationalen Bewegungen der europäischen Völker hatten mehrmals im 19. Jahrhundert Europa zu sprengen gedroht; aber den großen Staatsmännern des Kontinentes war es doch immer gelungen, den Erdteil zu organisieren, sei es, daß sie wie Metternich die nationale Bewegung dämpften oder wie Bismarck und Cavour das Drängen des deutschen und des italienischen Volkes nach nationaler Einheit der Erfüllung entgegenführten, um alsdann diese neuen Staaten mit dem in seinem Bestande bewahrten Habsburgerreiche zu verbinden und die Ordnung Europas auf diese Grundlage zu bauen, wie dies Bismarck seit 1879 so meisterhaft durchgeführt hatte. Nun war die nationale Bewegung in ihrer elementaren Unwiderstehlichkeit auch hierüber hinausgeschritten und hatte die letzten Folgerungen ihres beherrschenden Grundgedankens gezogen. Eine Fülle von Schwierigkeiten und die drohende Desorganisierung Europas mußte die Folge hiervon sein.

Indem also 1918 die Grenzen überall nach Sprachen, auf Grund von Volksabstimmungen gezogen werden, sind überall in die neuen Nationalstaaten starke Minderheiten fremder Nationalitäten einbezogen. Auch wo die Abstimmungen ordnungsgemäß vorgenommen worden sind und die Entscheidung streng nach den Ergebnissen der Majorität

Übergangsgebiete mit gemischter Bevölkerung zu ziehen waren, alle Nationalstaaten vor die Frage gestellt, wie sie sich gegenüber ihren Bürgern fremder Nationalität verhalten und wie sie zu ihren „unerlösten" Brüdern im anderen Lande gelangen sollten.

1. Ungarn. [§ 128

Besonders ungünstig ist die Lage der Magyaren, die in der alten Donaumonarchie schließlich die herrschende Minderheit geworden waren und durch die rücksichtslose Ausnützung dieser politischen Vormacht einen großen Haß bei den anderen Nationalitäten ihres Staates und bei den Führern der Entente gegen sich hervorgerufen hatten. So wird Ungarn durch die Friedensverträge völlig beschnitten, auf die Tiefebene von Donau und Theiß beschränkt, und es werden dem rumänischen wie dem südslawischen Staate mit den Deutschen Siebenbürgens und des Banates auch zahlreiche ungarische Untertanen zugesprochen. Als Gegenwehr gegen diese Lage entsteht eine starke royalistische Bewegung. Graf Karolyi, der 1918 den Übergang Ungarns ins Lager der Entente vollzogen und die Republik ausgerufen hat, muß schon bald fliehen; zur Wiederherstellung der Monarchie versucht Exkaiser Karl persönlich ins Land zurückzukommen, und er weicht nur dem Machtspruche der Entente. Die Regierung, die aus den Wirren hervorgeht, fühlt sich als Verwalterin der Dynastie, der auch nach dem frühen Tode des Kaisers Karl die Rückkehr auf den Thron durch die Großmächte vorerst versagt ist.

2. Deutsch-Österreich [§ 129

ist in ähnlicher schwieriger Lage. Durch die neuen Staatengründungen sind ihm alle wirtschaftlichen Verbindungen abgeschnitten, der politische Anschluß an das Deutsche Reich bleibt auch weiterhin versagt, die alte Kaiserstadt Wien ist eine Großstadt ohne Hinterland und ohne Arbeitsmöglichkeit. Schwere wirtschaftliche Not ist die Folge; während einiger Jahre entsendet der Völkerbund einen Kommissar, der rücksichtslos die Staatsfinanzen in Ordnung bringt, die Inflation beseitigen und die Volkswirtschaft in Gang setzen soll. Die Haltlosigkeit der Lage bleibt aber offenkundig. Dazu kommt noch das trübe Schicksal der zahlreichen österreichischen Minderheiten in den Nachbarländern.

3. Die Tschechoslowakei. [§ 130

Der Kampf gegen die deutsche Sprache und Schule wird jetzt mit ganz anderen Mitteln geführt, als dies den Tschechen jemals in habsburgischer Zeit möglich gewesen war. Der deutschen Universität Prag erwächst von neuem ihre alte historische Mission, das Deutschtum Böhmens zu schützen und zu bewahren. Schwer bleibt auch sonst der Existenzkampf dieses Landes, das mit seiner künstlichen langgezogenen Gestalt jeder geographischen und wirtschaftlichen Einheit entbehrt, obwohl es anderseits über reiche Besitztümer verfügt.

4. Polen [§ 131

hat zahlreiche deutsche Minderheiten, besonders in Oberschlesien, erhalten. Dauernde Konflikte schafft auch die Existenz des polnischen

Die ungeordneten und wechselnden politischen Verhältnisse im Innern des Landes sind dauernde Veranlassung zur Beunruhigung auf diesem wichtigen Raume Europas.

5. Die Randstaaten des Baltenlandes. [§ 132

Die Zerteilung des Großgrundbesitzes trifft gerade die deutsche Oberschicht. Zahlreiche Deutsche müssen im Laufe der Jahre das Land verlassen.

6. Jugoslawien, [§ 133

durch dessen Begründung den Serben, Kroaten und Slowenen nach einem Jahrhundert des nationalen Kampfes der ersehnte einheitliche Staat geworden ist, haften gleichfalls viele Unvollkommenheiten an. Der vierte südslawische Stamm, die Bulgaren, bleibt auch weiterhin abgesondert; in Österreich, in Ungarn sind Südslawen verblieben, im griechisch gewordenen Mazedonien wohnen ihrer viele und viele auch unter italienischer Fremdherrschaft. Daß dafür Deutsche und Magyaren dem südslawischen Staate angehören, kann mit diesen Tatsachen nicht versöhnen. So bleibt der Balkan nach wie vor ein europäisches Katastrophengebiet; Bulgaren, Griechen, die Südslawen des jugoslawischen Staates stehen einander feindlich gegenüber, und zwischen dem jugoslawischen und dem italienischen Staate kommt es wegen der adriatischen Küste und zumal wegen des Besitzes von Albanien zu um so schärferen Zusammenstößen, je entschiedener Italien in imperialistische Bahnen einlenkt.

7. Italien. [§ 134

Hier kommt — als Gegenbewegung gegen die unmittelbar nach Kriegsende zunächst siegreichen Sozialisten — der von Mussolini geführte Faszismus empor, der in den Formen des antiken Caesarismus durch eine militärisch organisierte Massenbewegung unter Führung des mit unbedingten Vollmachten ausgestatteten „Duce" die Ordnung und Ausbreitung des italienischen Staates sich zum Ziele setzt: der Marsch auf Rom, im Oktober 1922, bringt die Regierungsgewalt in die Hände Mussolinis. Der König überträgt — entschlossen sich über die Grundsätze des parlamentarischen Staatsrechtes hinwegsetzend — die Kabinettsbildung an Mussolini und rettet dadurch der Dynastie die Existenz neben dem Diktator.

In der inneren Politik wird den Gegnern durch ein strenges Zwangssystem jede politische Betätigung unterbunden, während mit allen Mitteln des wiedererweckten Merkantilismus die Industrie entwickelt und die für Italien so bezeichnende Massenauswanderung vermindert wird. Die auswärtige Politik fügt diesem wirtschaftlichen Motiv noch das nationalpolitische hinzu, wenn Mussolini unter starker Berufung auf das alte Römertum rings im Becken des Mittelmeeres nach neuem Landbesitze ausgreift. Schwierigkeiten mit den anderen Großmächten sind die notwendigen Folgen, zumal Italien bei der Verteilung der deutschen Kolonien leer ausgegangen ist und sich nun in Afrika und in Syrien, auf griechischen Inseln und am adriatischen Meere schadlos halten möchte. Alte politische Motive der Vorkriegszeit werden von neuem lebendig, zeitweise wird das Verhältnis zu Frankreich sehr ge-

Vor allem aber geht dieser Nationalismus rücksichtslos gegen die deutschen Minderheiten in Südtirol vor und sucht diese alten deutschen Lande gewaltsam zu romanisieren. Aus allen diesen Tatsachen und Vorgängen ergibt sich, daß sich Italien in ein friedliches Europa nur schwer einzufügen vermag und dem Völkerbund Schwierigkeiten bereitet; ein italienisch-ungarisches Einverständnis kennzeichnet die Solidarität der gemeinsamen inneren und äußeren Interessen der beiden Staaten.

8. Ergebnis.

So stehen sich heute überall in Europa die einzelnen politischen Gebilde bewaffnet gegenüber, voll Mißtrauen und innerlich verfeindet. Indem der Erdteil auf Grund des Nationalitätengedankens geordnet werden mußte, kamen die vielfach nur latent vorhandenen Gegensätze erst voll zum Bewußtsein, und sie griffen vom nationalpolitischen auf alle anderen Gebiete über. Vor allem umgibt sich jeder dieser Staaten mit hohen Schutzzöllen, um sich eine „nationale Industrie" zu schaffen. Die Lehre vom Erziehungszoll, die der Deutsche Friedrich List aufgestellt hatte, um aus dem zersplitterten Mitteleuropa ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu gestalten, dient nun umgekehrt zur Rechtfertigung von Bestrebungen, die überall Europa in Wirtschaftseinheiten kleinsten Umfanges zerteilen. Gelegentliche Versuche, größere Teile des Kontinentes zusammenzuschließen, fehlen nicht; aber sie führen nicht zur Beruhigung Europas. Getreu seiner alten Politik, Deutschland und Mitteleuropa von zwei Seiten zu umfassen, hat Frankreich zumal mehrere Nachfolgestaaten der Donaumonarchie zum Abschlusse der „Kleinen Entente" bewegt und damit nur den nachträglichen Beweis von der bedeutsamen geschichtlichen Funktion jenes alten Staatengebildes erbracht, das aus tiefen historischen Gründen fallen mußte, aber in einer anderen, den Nationalitäten gerecht werdenden Form für Europa wieder erstehen soll. Nur freilich fehlt die feste Ordnung des großen mitteleuropäischen Blockes, und so bleibt das Chaos drohend über Europa. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses ist aber in den letzten Jahren um so stärker geworden, je mehr die Räume draußen in der Welt gewachsen sind und die Kleinheit des europäischen Kontinentes wie seine schwierige Stellung im Konkurrenzkampf der Völker offenbar geworden ist. Die Kleinheit war ehemals für Europa ein Vorteil; denn ein Raum muß zuerst erforscht, bekannt, bewohnt und kulturell durchdrungen sein, bevor er nach außen wirken kann, und in dieser Tatsache ist die einzigartige Stellung Europas in der Geschichte der Menschheit begründet gewesen. In der Zeit nach dem Weltkriege aber wurde es offenbar, daß diese Hegemonie für Europa nunmehr endgültig vorüber ist und die Entscheidung der Weltgeschicke an ganz andere Räume und Völker geheftet wird.

III. Das Erwachen der kolonialen Völker. [§ 135

Wenn Europa dank der Gunst seiner Lage und Gliederung bis dahin der Mittelpunkt der Weltgeschichte gewesen war, so war dies auch in seiner Vormachtstellung gegenüber den anderen Kontinenten zum Ausdruck gekommen. Seit dem Zeitalter der Entdeckungen war eine Weltrasse nach der anderen den europäischen Großmächten dienstbar geworden, der kleine Kontinent mit seiner relativ geringen Einwohnerzahl beherrschte riesige Räume und gewaltige Bevölkerungen, und der moderne Kapitalismus des 19. Jahrhunderts hatte diese Herrschaft

päern besiedelten Gebiete — die Neuenglandstaaten Nordamerikas und die lateinamerikanischen Völker — von Europa politisch losgesagt, aber in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht erkannten sie die Vormacht Europas als Tatsache an. Schwer lastete der abendländische Kapitalismus besonders auf den Völkern der tropischen und subtropischen Zone, und England war dabei überall mit seinen Methoden der Ausbeutung und Unterdrückung vorangegangen und hatte den anderen europäischen Kolonialstaaten gegenüber gewaltigen Vorsprung, er hatte ihnen auch Muster und Vorbild gegeben.

Aber der abendländische Kapitalismus trug auch in dieser Hinsicht die Elemente seines eigenen Unterganges in sich. Er unterwarf die Länder alter oder primitiver Kultur seiner Macht, um Absatzgebiete oder Rohstofflieferanten zu gewinnen; doch um die Eingeborenen an Verkauf und Kauf zu gewöhnen, mußte er sie mit westeuropäischer Kultur erfüllen, und er lieferte auf diese Weise den kolonialen Völkern zugleich mit den Waren auch die geistigen und technischen Waffen ihrer Befreiung. An europäischen Universitäten lernten die asiatischen und afrikanischen Studenten die Technik Europas kennen, um selbst zu Hause als Erzieher zum nationalen Industriestaate aufzutreten, und sie erfüllten sich in Europa mit den Gedanken der abendländischen Philosophie und mit dem letzten und feinsten Resultat des europäischen, zumal des deutschen idealistischen Denkens, mit dem Gedanken der Autonomie. Einst hatte Kant seine Sittenlehre auf diesen Begriff gestellt, und die nationale Bewegung des 19. Jahrhunderts hatte überall unter den Völkern Europas mit dieser Parole gesiegt; nun sollte sie im 20. Jahrhundert für die „kolonialen und halbkolonialen Völker" zum Evangelium der Befreiung und Einigung werden.

Der Weltkrieg förderte diese Bewegung in mächtiger Weise; denn auf der Seite Englands fochten diese Völker in einem Ringen, das die niedrige Selbstzerfleischung der weißen Rasse blutig offenbarte und das unter dem Schlagworte von der nationalen Selbstbestimmung ausgetragen wurde. Warum sollte den unermeßlichen Völkern des inneren Asiens und Afrikas versagt sein, was den Tschechen, den Slowenen, den Kroaten und vielen anderen kleinen Völkersplittern Europas gewährt wurde? Im Hintergrunde aber erhob sich Rußlands Propaganda der Weltrevolution, und indem sie allen Völkern die Befreiung vom abendländischen Kapitalismus verkündete, brachte sie die langsam gewordene Bewegung in mächtiges Rollen. Von den Gestaden des Stillen Ozeans bis zu jenen des Atlantischen ist heute die ganze weite asiatisch-afrikanische Welt im Erwachen.

1. China. [§ 136

Erst 1840 hatten die Engländer im Opiumkrieg die Tore der chinesischen Mauer gesprengt und sich Eingang verschafft in das himmlische Reich, das zwar im Altertum syrische Kauffahrer und im Mittelalter christliche Missionare geduldet hatte, aber dann zum Schutze seiner alten und hochentwickelten Kultur sich völlig von der Außenwelt abschloß und ein geschichtsloses Dasein führte. Nun hatten sich die Engländer Eingang in die Häfen Kanton und Shanghai erzwungen, und sie hatten mit Hilfe der modernen Feuerwaffen die Chinesen zu jenen „Konzessionen" veranlaßt, die in der Erlaubnis geschlossener Fremdenniederlassungen (Settlements), in Zollfreiheiten und in der Unterstellung der

Laufe der Zeit folgten die anderen europäischen Staaten mit den gleichen Konzessionen nach, schließlich auch der moderne japanische Großstaat. Die herrschende Kriegeraristokratie der Mandschu mit der Kaiserdynastie an der Spitze war den Fremden gegenüber ohnmächtig und duldete den geistigen Austausch mit Westeuropa.

Dadurch gewinnt die fremdenfeindliche Bewegung, die noch in dem Boxeraufstand von 1900 ziellos das Fremde als solches bekämpft hat, in den ehemaligen Auslandsstudenten geeignete Führer von moderner Prägung und in den Lohnarbeitern der Hafenstädte die modernen proletarischen Massen. „China den Chinesen" wird die Parole; die Beseitigung der unwürdigen Konzessionen wird das Ziel. Die Revolution von 1911 fegt die Dynastie hinweg, China wird zur Republik erklärt; seitdem herrscht Bürgerkrieg zwischen dem radikalen Süden und der Aristokratie des Nordens, und in diesen Wirren befestigt sich auf beiden Seiten die Überzeugung von der Unmöglichkeit der Fremdenrechte; der stärkere Angriffsgeist liegt aber bei den Truppen des Südens, die mit europäischen Waffen ausgerüstet sind und von der russischen Propaganda vorgetrieben werden. 1927 geht der Kampf schon um Shanghai, den Hauptsitz der Fremden.

Die Bewegung richtet sich naturgemäß in erster Linie gegen die stärkste Kolonialmacht, gegen England: um den Schlüssel Ostasiens zu sichern, hat England in kluger Voraussicht in den Jahren unmittelbar nach dem Weltkrieg Singapore zu einem anderen Gibraltar ausgebaut; aber der fleißige chinesische Kaufmann hat längst auf friedlichem Wege das hintere Indien erobert. Außer Rußland, das auf die Mandschurei verzichtet hat und um der Weltrevolution willen die nationalchinesische Freiheitsbewegung fördert, ist auch Japan von der Seite der Bedrücker auf die der Freunde Chinas getreten: ein furchtbares Erdbeben hat 1923 die japanische Industrie vernichtet und Japan wehrlos gegenüber Amerika gemacht, es in die Reihe der Asiaten zurückgestoßen; so hat es Tsingtau an China zurückgegeben. Deutschland, das keine Kolonien und kolonialen Rechte mehr besitzt, genießt die Sympathie Chinas, das 1919 den Vertrag von Versailles nicht unterschrieben, sondern mit Deutschland einen eigenen Frieden in Peking geschlossen hat. Nur aus Zwang war es in den Weltkrieg eingetreten, um dem tödlich verfeindeten Japan den Vorwand zu Eroberungen zu nehmen. Die Tatsache, daß Deutschland zum Verzicht auf seine kolonialen Anrechte an der chinesischen Küste gezwungen war, bedeutete für die chinesische Erhebung einen mächtigen Antrieb gegen alle Besitzer kolonialer Vorrechte.

2. Indien. [§ 137

Nicht minder bedroht ist die Macht Englands in Indien.

Hier geht das System der Ausbeutung durch Kapital und Kanonen auf die Eroberung des 18. Jahrhunderts zurück; ungeheure Reichtümer haben die „Nabobs" im Laufe eines Jahrhunderts aus diesem wertvollsten englischen Kolonialgebiet herausgeholt, ohne daß England hier Kosten erwachsen wären; denn Indien hat sich durch das „divide et impera" selbst erobert. Die Gegenwehr der Hindus hatte schon 1857 zu dem blutig unterdrückten Aufstand geführt. Aber auch in Indien hat dann der englische Kapitalismus selbst — wider seinen Willen und ohne anders handeln zu können — der nationalen Bewegung vorgearbeitet. Der Ausbau der Verkehrsmittel hat alle Teile des bis dahin so zersplitterten Volkes zueinander geführt und die Wallfahrten zu einer gemeinsamen Angelegenheit gemacht; die äußere Sicherheit und Ruhe — die pax britannica — hat den Indern die Pflege ihrer kulturellen, geistigen, nationalen Werte ermöglicht.

So wurde eine Vereinheitlichung Indiens angebahnt und eine nationale Bewegung entfesselt, welcher der Weltkrieg gewaltige Nahrung gab, als die indischen Truppen für die Engländer Mesopotamien eroberten und die Türkei

recht der Völker" fechten mußten. Die Auslandsstudenten stehen auch hier an der Spitze, und unter ihnen voran die Juristen — wie ja auch im Abendlande des 19. Jahrhunderts die nationalen Bewegungen in erster Linie in der Form verfassungsrechtlicher Kämpfe sich vollzogen haben.

Unter dem Rufe „Indien den Indern!" hat vor allem der Anwalt Ghandi eine radikale Bewegung entfacht. Indien — das die Engländer aus einem Lande blühender Gewerbe zu einem Agrarlande gemacht haben — will seine eigene nationale Industrie; es will nicht mehr die Herrschaft der wenigen Engländer, die das Land regieren und, wenn sie sich reich gemacht haben, wieder nach Hause gehen. England ist schon während des Weltkrieges vor der elementaren Wucht dieser Forderungen zurückgewichen. In dem Reichskriegsrate, der in London eingesetzt wurde, erhielten — eine unerhörte Begebenheit der englischen Geschichte! — auch zwei Inder Sitz und Stimme, und diese haben dann auch auf der Pariser Friedenskonferenz ihr Land vertreten.

Sofort nach Kriegsende, noch 1919, wird nach dem Vorschlage des Staatssekretärs für Indien, Montagu, eine Art Selfgovernment eingerichtet, mit Volksvertretung und Provinzialräten und mit eng umschriebenen konstitutionellen Rechten, ganz wie einst die nationaldemokratischen Bewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts schrittweise Konzessionen erzielten; und auch jetzt steht nach jedem Zugeständnis eine radikalere Richtung auf, und sie entzündet sich an der Bedächtigkeit der Reform. Eine große nationale Universität soll den neuen Geist sammeln, pflegen und ausbreiten.

Aber auch in Indien zeigt die Bewegung, ganz wie in China, einen inneren Widerspruch in sich selbst: sie wird getragen, wie einst im Abendlande, von nationalen und religiösen Kräften; die Brahmanen, Buddhisten und Mohammedaner sind — trotz aller Gegensätze untereinander — schließlich doch solidarisch im Streben nach Freiheit von kolonialer Durchdringung. Aber gleichzeitig wird von ihnen dafür gekämpft, daß den Indern der Genuß der abendländischen Zivilisation nicht weiter versagt werden könne; der Individualismus und der industrielle Geist sind erwacht, und dies führt zur Zersetzung der indischen Kasten und der ganzen alten Kultur, aus der noch die Bewegung ihre moralischen Kräfte zieht.

Schon geht die Erhebung Indiens über die Grenzen der indischen Provinzen hinaus und fordert die Länder für sich, in denen zahlreiche Inder wohnen, Transvaal und Natal vor anderen. Und auch hier findet sich die indische Bewegung — im gemeinsamen Gegensatz gegen den englischen Kapitalismus — zusammen mit dem gewaltigen Erwachen, das gegenwärtig durch die ganze mohammedanische Welt geht; denn Indien besitzt die größte Anzahl Mohammedaner der Erde.

3. Die mohammedanische Welt. [§ 138

Nirgends schien England näher am Ziele aller seiner historischen Wünsche zu sein als in Vorderasien und Afrika, da Rußland nach der bolschewistischen Revolution ausgeschieden zu sein schien und die türkische Herrschaft zerfallen, der Sultan abgesetzt war, die türkische Republik in Angora im schwersten Ringen mit den Griechen sich befand. Weite mohammedanische Gebiete waren England in den Friedensverträgen zugesprochen worden, und überall errichtete England nach alter Methode seine „Schutzstaaten".

Aber auch hier haben die Erlebnisse des Weltkrieges tiefen Eindruck hinterlassen. Das ganze weite Gebiet von den Grenzen Indiens bis zur atlantischen Küste Afrikas und bis zum Aquator ist schon in den Jahren vor dem Kriege durch eine gewaltige religiöse Propaganda für den Islam

Negervölker des inneren Afrika — auch unter ihnen gibt es „educated Natives“ — fühlen sich solidarisch, sie sind besonders in Südafrika den Weißen an Zahl vielfach überlegen, und es werden ihrer immer mehr; so entsteht hier eine gewaltige „Schwarze Flut“. Die Ägypter glauben dadurch, daß sie im Kriege mit dem Sultan in Konstantinopel gebrochen haben, sich das Recht auf Selbständigkeit erworben zu haben; 1922 hat Lloyd George die schon von Gladstone und seither immer wieder versprochene, aber niemals vollzogene „Evakuierung“ Ägyptens durchgeführt; die Truppen wurden an den Suez gezogen. In Palästina haben die Engländer einen jüdischen Staat errichtet; unermüdlich sucht die englische Staatskunst die Bewegung zu dämpfen und zu leiten, aber die Zeit und die Verhältnisse arbeiten diesen Bemühungen entgegen. Das Kalifat ist durch den Sturz des türkischen Sultans disponibel geworden, und die Engländer haben es lange vergebens arabischen Beduinenfürsten, diesen Herren der arabischen Wüste, und dem Vizekönig von Ägypten angeboten: die höchste geistliche Würde soll keiner tragen, der nicht suverän ist! So ist ein starkes Selbstbewußtsein und eine panislamische Bewegung größten Stiles geworden, die alljährlichen Wallfahrten nach Mekka schaffen eine Solidarität und eine Einheitlichkeit über gewaltige Völkermassen, über das ganze unermeßliche Gebiet.

4. Rußland und England. [§ 139

Und diese Solidarität verbindet insgesamt alle kolonialen Völker untereinander. So groß auch die Unterschiede religiöser und völkischer Art sind — einstweilen gehen alle diese Rassen- und Religionsbewegungen gemeinsam im Gegensatz gegen die kapitalistische Herrschaft Europas und besonders Englands. Dahinter aber steht das Rußland der Sowjets, und es findet in Asien einen für Weltpropaganda und Weltrevolution vorbereiteten Boden. Darum wendet es sich zunächst von Europa ab und nach Asien hin. Es hat zwar mit Deutschland 1922 in Rapallo einen Wirtschaftsvertrag geschlossen, der von einem Willen zu gemeinschaftlicher Arbeit zeugt; aber es hat weder mit Polen noch mit Rumänien Frieden gemacht, doch ohne zunächst aus dieser Lage zum Angriff überzugehen. Vielmehr hat Rußland seine Betätigung nach dem Osten gerichtet, wie ja auch einst der panslawistische Imperialismus der Zarenzeit zwischen Europa und Asien geschwankt und seine Tätigkeit bald hierhin, bald dorthin verlegt hatte.

Mit feinem politischen Sinne merkt England das Gebot der Stunde. Es hat den Ausbau des Empire weitergeführt, die Dominions, die sich im Kriege so tapfer gehalten haben, durch Anerkennung und Steigerung der Sonderrechte belohnt und die Wehreinheit wie die Einheit der auswärtigen Politik gefördert; schon während des Weltkrieges sitzen die Dominions im Reichsmilitärkabinett, sie entsenden besondere Vertreter zum Friedenskongresse, sie werden als Mitglieder des Völkerbundes als mit dem Vereinigten Königreiche auf gleichem Fuße stehend anerkannt und erhalten Mandate über die verschiedenen Kolonien. Die Reichskonferenz von 1921 findet alsdann eine Form, die den

ist das Suchen nach einer Verfassung nicht abgeschlossen; noch ist das Reich eine lose Vereinigung autonomer Staaten, ein „empirisches, alogisches Gebäude“ — wie der Australier Hughes gesagt hat —, das einen ausgeklügelten Verfassungsplan nicht ertragen kann; aber wirtschaftlich sind alle Dominions auf den Londoner Kapitalmarkt hingewiesen. Die geistigen Bindemittel der Sprache, des gesellschaftlichen und sportlichen Lebens sind stärker geworden, und über allem steht das Königtum, das als Symbol der Einheit eine unerwartete Bedeutung gewinnt; dazu kommt als Ziel der englischen Politik die völkerrechtliche Koalition mit der anderen angelsächsischen Einheit, den Vereinigten Staaten und der ihnen zugehörigen panamerikanischen Bewegung. Um dieses Zieles willen hat England das Bündnis mit Japan gelöst und dadurch eine große englisch-amerikanische Macht im Stillen Ozean und in der Weltpolitik vorbereitet.

So beginnt sich ein amerikanisch-angelsächsischer Block dem russisch-asiatischen Blocke entgegenzustellen. Der Kampf zwischen England und Rußland um die Vorherrschaft in Asien — das ganze 19. Jahrhundert hindurch die schwerste Spannung der Weltgeschichte — ist in eine neue Periode eingetreten; aus dem Kampfe der beiden Großmächte um die Macht ist der Kampf zwischen zwei Weltprogrammen geworden. Auf der einen Seite vertritt die angelsächsische Welt das konservative Prinzip des bestehenden Zustandes herrschender kapitalistischer Staaten und abhängiger kolonialer Völker, auf der anderen Seite predigt Rußland die nationale Selbstbestimmung auch für die Völker der sogenannten niederen Rasse, und es ist dabei ebenso schwer, wie einst bei den Jakobinern, festzustellen, wo der Propagandagedanke aufhört und der Eroberungsgedanke anfängt. Und zwischen der englisch-amerikanischen und der russisch-asiatischen Welt liegt das kleine Europa, zerschlagen und zerteilt in viele Ländertrümmer, jeder Staat argwöhnisch auf der Lauer liegend, von hohen nationalpolitischen, geistigen und wirtschaftlichen Schranken umgeben, während draußen in der Welt mächtige und alte Völker erwachen und die Weltgeschichte längst von ihrem westeuropäischen Mittelpunkt nach dem Stillen Ozean gerückt ist.

Synchronistische Tabelle

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Äußere Geschichte		
1815 Die Burschenschaft in Jena 1817 Wartburgfest 1817 Union in Preußen 1818 Verfassungen in den süddeutschen Staaten			
1819 Karl Ludwig Sand; Karlsbader Beschlüsse, Demagogenverfolgung; Entlassung Humboldts in Preußen			
1821 Die Erzbistümer Köln und Posen-Gnesen 1823 Preuß. Provinziallandtage		1824/30 Karl X.	
			1826 Canning für die freie Selbstbestimmung d. Völker
1827 Die oberrheinische Kirchenprovinz			
			1829 Katholikenemanzipation
1830 Bewegung in den Mittel- u. Kleinstaaten		1830 Eroberung von Algier. 1830 Julirevolution 1830/48 Das Bürgerkönigtum	
1832 Das Hambacher Fest			1832 Parlamentsreform 1833 Sklavenbefreiung
1835 Frankfurter Putsch; die 2. Demagogenverfolgung 1837 Die Göttinger Sieben, der Kölner Kirchenstreit und d. Konflikt mit dem Erzbischof v. Posen			Irische Gesetzgebung, Kampf wegen des Kirchenzehnten u. der Auflösung der Union von 1801 1837—1901 Königin Viktoria
			1839/42 Opiumkrieg
1840/61 Friedrich Wilhelm IV.	1840 Die Rheinfrage; Frankreich auf seiten Ägyptens gegen die europäischen Großmächte; Rettung der Türkei im Dardanellenvertrag von 1841		

Tabelle

Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
	1818 Schopenhauers Die Welt als Wille und Vorstellung	1818 Preußisches Zollgesetz
	1819 Monumenta Germaniae historica — Jakob Grimms Deutsche Grammatik	1819 Friedr. Lists Denkschrift über Handelsfreiheit im Innern Deutschlands 1819 Fultons Dampfschiff von New York nach Liverpool
1820 Revolutionen in den südromanischen Ländern und Intervention der Heiligen Allianz 1821/29 Freiheitskampf der Griechen 1823 Monroedoktrin		
1825/55 Zar Nikolaus I.	1825 Grillparzers König Ottokars Glück u. Ende	1825 Dampfschiffahrt auf dem Rhein 1825 Die 1. Technische Hochschule in Deutschland (Karlsruhe)
1826 Canning für die freie Selbstbestimmung der Völker		
	1827 Heines Buch der Lieder	1828 Wöhler in Göttingen: die erste chemische Synthese.
1829 Die Freiheit Lateinamerikas endgültig 1830 Revolutionen in Belgien, Polen, Italien 1831 Königreich Belgien		1830 Die 1. Eisenbahn: Liverpool-Manchester
	1831 Hegel † 1831/56 Heine in Paris; das „Junge Deutschland“	
1832/40 Ägyptisch-türkischer Krieg; Moltke in der Türkei	1832 Goethe †	
		1833 Die 1. Fabrikgesetzgebung in England 1833 Gauß und Weber in Göttingen
1834/40 Kampf der Christinos und Karlisten in Spanien	1835 Leben Jesu von D. Fr. Strauß. — Georg Büchners Dantons Tod	1834 Zollverein 1835 Eisenbahn Nürnberg-Fürth 1837 Eisenbahn Leipzig-Dresden
1839/42 Opiumkrieg	1839/42 Menzels Illustrationen Friedr. d. Großen	1838 Eisenbahn Berlin-Potsdam
1840 Die Rheinfrage; Frankreich auf seiten Ägyptens gegen die europäischen Großmächte; Rettung der Türkei im Dardanellen-		1840 Justus v. Liebigs Agrikulturchemie

Deutschland: Innere Geschichte	Deutschland: Äußere Geschichte	Frankreich	England
1844 Die Ausstellung des heiligen Rockes in Trier: Deutschkatholizismus			
1846 Germanistentag in Frankfurt			1846 Aufhebung der Kornzölle
1846 Die Dänen vereinigen Schleswig mit dem Königreich			
1847 Der Vereinigte Landtag; Versammlungen d. Opposition in Offenburg, Heppenheim			
1848 Beginn der „Inneren Mission" (Wichern)	1848/49 Krieg mit Dänemark	1848 Februarrevolution	1848 Wellington begegnet ohne Blutvergießen der Chartistenbewegung
1848/49 Die deutsche Revolution			
1849/50 Friedr. Wilhelms IV. Unionspolitik			
1850 Preuß. Verfassung			
Olmütz		1851 Staatsstreich Louis Napoleons	
1850/77 Ketteler, Bischof v. Mainz	1852 Londoner Protokoll	1852/70 Das zweite Kaiserreich (Napoleon III.)	
		1854/56 Der Krimkrieg (1856 Pariser Kongreß)	
1857 Prinzregent Wilhelm			1857 Ostindien unter unmittelbarer engl. Herrschaft
1859/60 Badischer Kirchenstreit		1859 Magenta und Solferino	
1859 Schillerfest, Nationalverein			
1861/88 Wilhelm I.			
1861 Fortschrittspartei; Heereskonflikt			

Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
	1841 Georg Herweghs Gedichte eines Lebendigen. — Das Deutschlandlied von Hoffmann von Fallersleben	1841 Borsigs 1. deutsche Lokomotive
	1845 Richard Wagners Tannhäuser	
	1845 Robert Mayer und Helmholtz über die Erhaltung der Energie	1846 Friedrich List †
1847 Sonderbundskrieg in der Schweiz		1847 Werner Siemens erfindet die Isolierung durch Guttapercha
1848/49 Losreißungsbestrebungen in Ungarn, Böhmen, Italien; die Südslawen halten zu Habsburg		
		1850 Maximalarbeitstag in England
		1851 Die erste Weltausstellung (London)
		1851 Diskontogesellschaft
	1853 Richard Wagners Ring des Nibelungen	1853 Darmstädter Bank
1854/56 Der Krimkrieg (Pariser Kongreß 1856)	1854 Materialistenstreit	
1855/81 Zar Alexander II.	1855 Gustav Freytags Soll und Haben — Gottfried Kellers Grüner Heinrich	1855 Weltausstellung in Paris
		1855 Hamburg-Amerika-Linie
1859 Italienischer Krieg	1859 Darwinismus	
		1860 Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen
1861 Königreich Italien		
1861/65 Nordamerikanischer Bürgerkrieg		
1862 Aufhebung der Leibeigen-	1862 Hebbels Nibelungen	

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Äußere Geschichte		
1863 Frankfurter Fürstentag	1863 Bismarcks Konvention mit Rußland gegen Polen	1863 Die Franzosen in Mexiko	
	1864 Krieg mit Dänemark		
	1865 Gastein		
	1866 Krieg um d. Vorherrschaft: Königgrätz		
1867 Der norddeutsche Bund			
			1869 Anglikanische Staatskirche in Irland aufgehoben durch Gladstone; Homerulebewegung
	1870/71 Deutsch-französischer Krieg		
1871 Das Deutsche Reich		1871 Die Kommune; Thiers Präsident der Republik	
1871 Kanzelparagraph (Kulturkampf)			
1872 Jesuitengesetz; Reichsstrafgesetzbuch	1872 Dreikaiserverständigung		
1873 Maigesetze		1873 Graf Chambord als Thronkandidat	
1874 Septennat			
		1875 Parlamentarische Verfassung d. 3. Republik	
1876 Reichsbahnprojekt			1876 Kaiserreich Indien
1878 Bismarck bricht mit den Nationalliberalen: Schutzzoll, Sozialistengesetz	1878 Berliner Kongreß		
1879 Statthalter in Elsaß-Lothringen. Deutsche Gerichtsverfassung	1879 Deutsch-österr. Bündnis		1879 Landleague d. Iren
1881 Kaiserliche Botschaft		1881 Tunis	
		1882/5 Jules Ferry	
		1882/84 Erhebung Ägyptens	
1883/84 Kranken- und Unfallversicherung	1883 Dreibund		
	1884 Deutsch-Südwestafrika. — Togo	1884 Kongo	

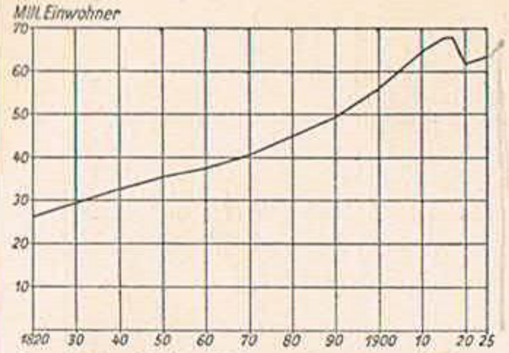
Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
1863 Aufstand in Russisch-Polen; Preußisch-russische Konvention. — Entthronung König Ottos von Griechenland		1863 Lassalles Allgemeiner deutscher Arbeiterverein
1863/67 Kaiserreich Mexiko		
	1864 Böcklins Villa am Meer	1864 Internationale Arbeiterassoziation
		1865 Allgemeiner deutscher Frauenbund
1867 Österreichisch-ungarischer Ausgleich		1867 Zweite Pariser Weltausstellung; Dynamomaschine v. Siemens
1867 Suezkanal		Karl Marx' Kapital
		Ende d. Thurn- u. Taxisschen Post
		Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes
	1870 Vatikanum	
1870 Einnahme Roms durch die Italiener	1870 Der Impressionismus v. Ed. Manet	
	1872 Universität Straßburg	
		1873 Die Gründerkatastrophe
		1874 Weltpostverein
1876/78 Russisch-türkisch. Krieg		
	1878 Anfänge Max Klingers	1878 Schutzzoll im Deutschen Reiche
1879/92 „Versöhnungsministerium Taaffe" in Österreich		1879 Henry Georges Fortschritt und Armut
1880 Sprachenordnung f. Böhmen; Gründung des österreichischen Schulvereins		
1881 Ermordung Alexanders II.		1881 Pariser Elektrizitätsausstellung
	1883 Nietzsches Zarathustra	

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Äußere Geschichte		
	1885 Deutschostafrika. — Kongokonferenz	1885 Madagaskar	
1886 Drittes Septennat			1886 Gladstones irenfreundliche Gesetze u. sein Sturz
	1887 Kriegsgefahr		
	1887 Rückversicherungsvertrag		
1888 Kaiser Friedrich III.			
1888/1918 Wilhelm II.			
1889 Invaliditäts- und Altersversicherung			
1890 Bismarcks Entlassung			
	1890 Helgoland		1890 Sansibar-Helgoland
1891 Arbeiterschutzgesetz. — Volksverein für das katholische Deutschland		1891 Die französische Flotte in Kronstadt	
1892 Zweijährige Dienstzeit		1892 Militärkonvention mit Rußland	
		1894 Franz.-russisch. Zweibund	
1895 Kaiser-Wilhelmkanal			1895 Josef Chamberlain Kolonialminister
1895 Miquels Einkommensteuer in Preußen			
	1898 Kiautschou	1898 Faschoda	
1899 Recht d. jährl. Festsetzung d. Friedenspräsenzstärke			1899/1902 Burenkrieg
1900 BGB. — Flottengesetz. — Kanalvorlage			
1900/9 Bülow Reichskanzler			
			1901/12 Eduard VII.
1902 Zolltarif			1902 Englisch-japanisches Bündnis
	1904 Aufstand in Südwestafrika	1904 Trennung von Kirche und Staat	
		1904 Französisch-englische Entente	
	1906 Erste Marokkokrisis: Algeciras		
			1907 Englisch-russi-

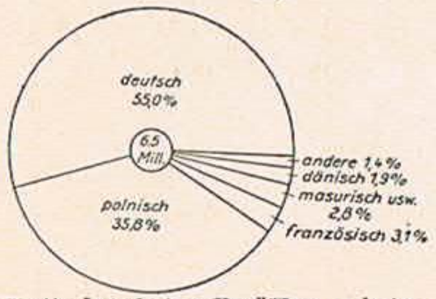
Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
1885 Kongokonferenz in Berlin		1885 Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft v. Max Eyth gegründet
1886/7 Bulgarische Revolution	1886 Elektrische Wellen von Heinrich Hertz	
		1888 Künstlicher Indigo
1889 Panamerikanischer Kongreß in Washington Japanische Verfassung	1889 Gerhart Hauptmanns Vor Sonnenaufgang	
		1891 Erfurter Programm
		1893 Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat
1894/95 Japanisch-chinesischer Krieg		
	1895 Röntgenstrahlen	
1896 Schlacht von Adua		
1897/98 Griechisch-türkischer Krieg		
1897 Badenis Sprachenverordnung in Böhmen		1897 Deutsches Innungsgesetz stellt die Zünfte wieder her
1898 Kuba und die Philippinen an d. Verein. Staaten		1898 Bodenreform in Kiautschou
1899 Russifizierung Finnlands		
1899 Erste Haager Friedenskonferenz		
1900 Boxeraufstand in China	1900 Gleichberechtigung d. höheren Lehranstalten	
1902 Englisch-japanisches Bündnis		
1904/5 Russisch-japan. Krieg		
1907 Englisch-russische Entente		
1907 Zweite Haager Friedens-		

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Äußere Geschichte		
1908 Neues Flottengesetz Enteignungsgesetz in Posen			
1909 Finanzreform m. Erbschaftssteuer gescheitert; Bethmann Hollweg Reichskanzler			
			1910 Bodenreformgesetz
1911 Verfassung v. Elsaß-Lothringen	1911 Zweite Marokkokrisis: Kongovertrag		
			1912 Mission Haldanes
		1913 Dreijährige Dienstzeit	
	1914—18 Weltkrieg		
			1915 Allg. Wehrpflicht in England
1918 D. deutsche Novemberrevolution			
1919 Reichsverfassung von Weimar	1919 Vertrag von Versailles		
1919/25 Reichspräsident Ebert			
			1920 Britische Reichskonferenz
1921 Erzberger ermordet			
1922 Rathenau ermordet			1922 England räumt Ägypten
	1923 Besetzung des Ruhrgebietes		
	1924 Dawesplan	1924 Ministerium Poincaré gestürzt	
1925 Hindenburg Reichspräsident	1925 Locarno	1925 Krieg in Marokko	1925 Reichsausstellung in Wembley
	1926 Räumung der Kölner Zone; Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund		

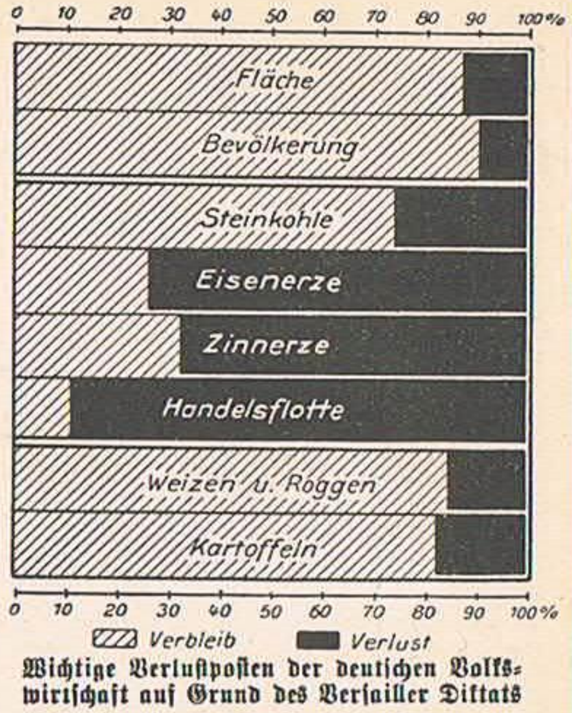
Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
1908 Annexion von Bosnien und Herzegowina	1908 Allgem. Zulassung d. Frauen zum Studium	
		1909 Haber Ammoniaksynthese
1911/12 Italienisch-türkisch. Krieg		1911 Reichsversicherungsordnung 1912 Zeppelin
1908/13 Balkankriege	1913 Freideutscher Jugendtag auf dem Hohen Meißner 1913 Hodlers „Aufbruch" in Jena	
1917 Sturz des Zarentums in Rußland: bürgerliche, dann bolschewistische Republik 1918 Brest-Litowsk. — Untergang des Habsburgischen Reiches		
1922 England räumt Ägypten 1922 Mussolini und der Faschismus in Italien		



Deutschlands Bevölkerungszunahme in den letzten 100 Jahren



Muttersprache der Bevölkerung in den von Deutschland abgetrennten Gebieten nach dem Stand vom 1. 12. 1910



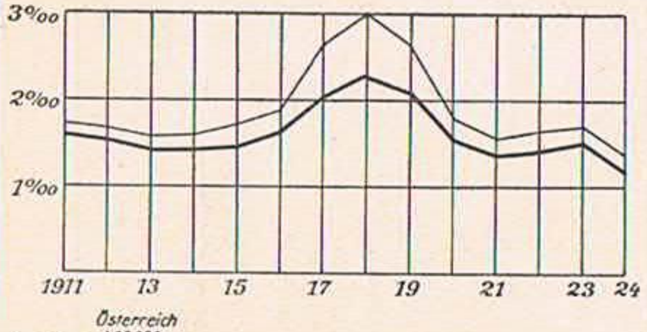
Wichtige Verlustposten der deutschen Volkswirtschaft auf Grund des Versailler Diktats

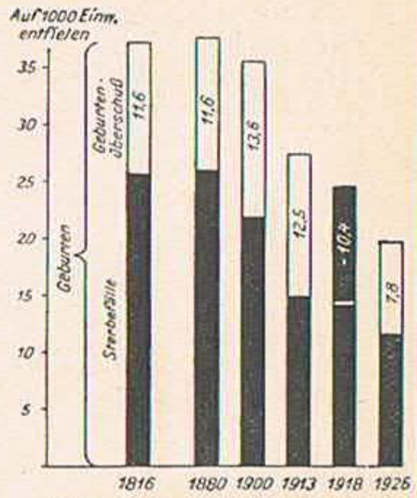
(Aus „Deutschlands Wirtschaftslage", zusammengestellt im Stat. Reichsamt 1923)

Tuberkulose-Sterblichkeit

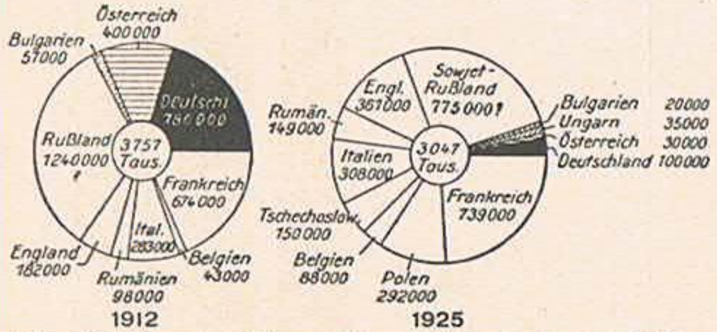
——— in ganz Deutschland

——— in deutschen Orten von mehr als 15000 Einwohnern

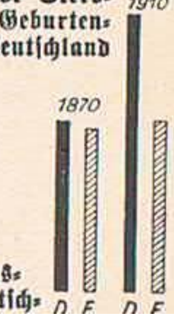




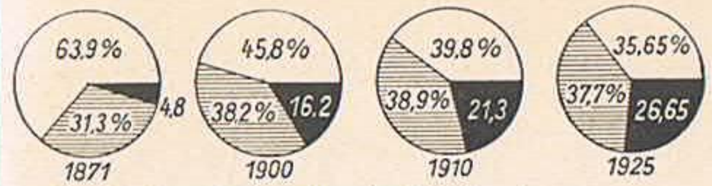
Die abnehmende Sterblichkeit und Geburtenhäufigkeit in Deutschland



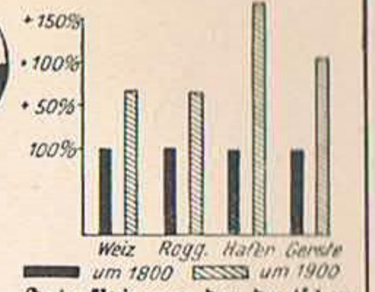
Die „Abrüstung" nach dem Kriege: Stehende Heere wichtiger



Bevölkerungszunahme Deutsch-

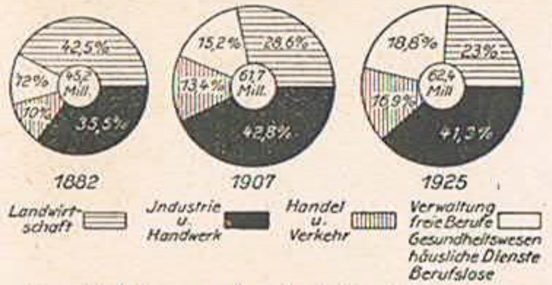


Die Bevölkerung Deutschlands in ihrer Verteilung auf Stadt und Land



Intensivierung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrh.

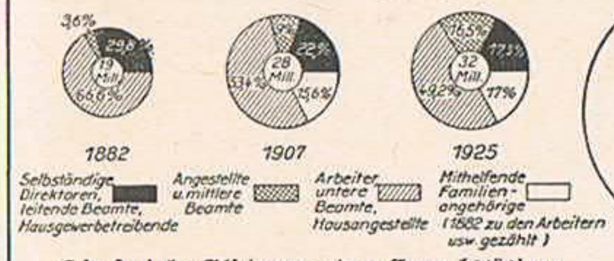
(Steigerung des Ertrages pro Hektar beim Getreidebau)



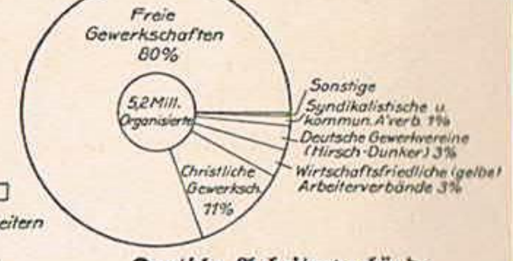
Berufsgliederung der deutschen Bevölkerung

(Erwerbstätige und Angehörige)

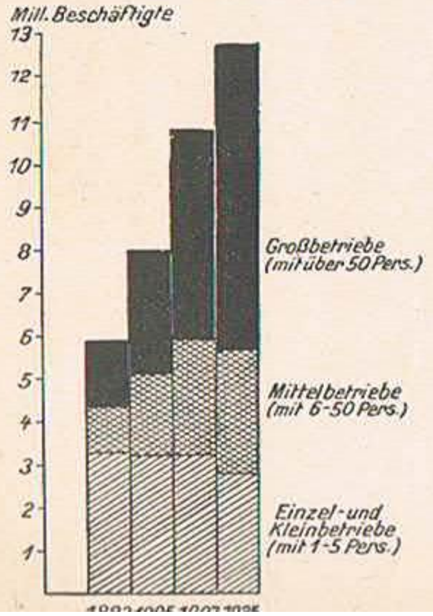
Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit im Deutschen Reiche

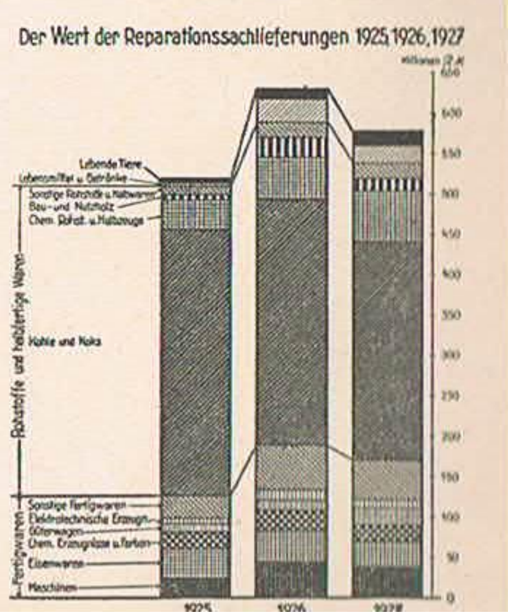


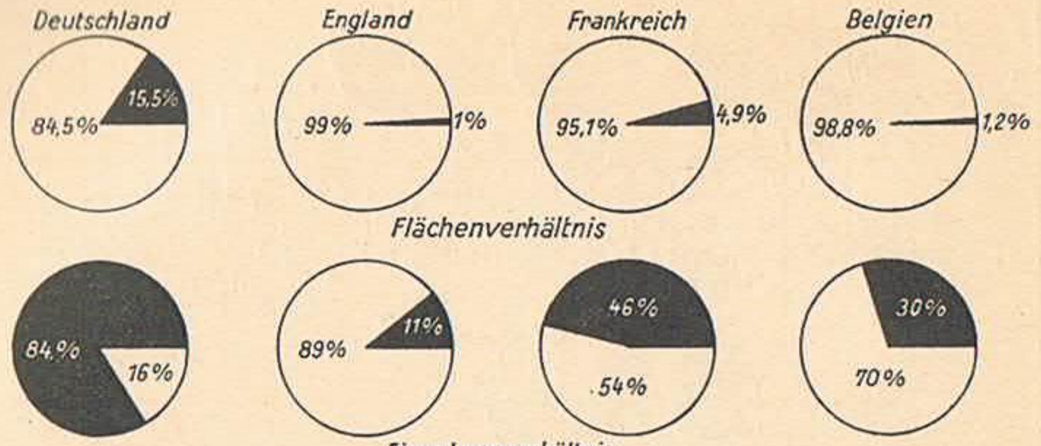
Die soziale Gliederung der Erwerbstätigen im Deutschen Reiche



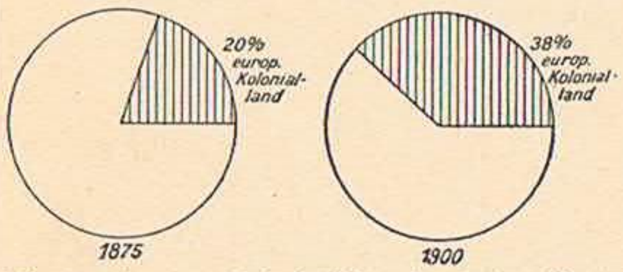
Deutsche Arbeiterverbände etwa Ende 1925





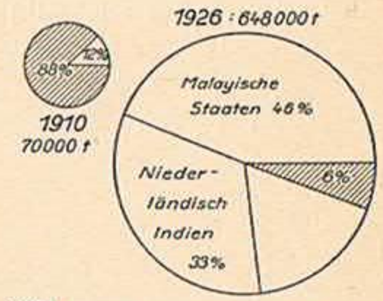


Europäischer Kolonialbesitz vor dem Kriege

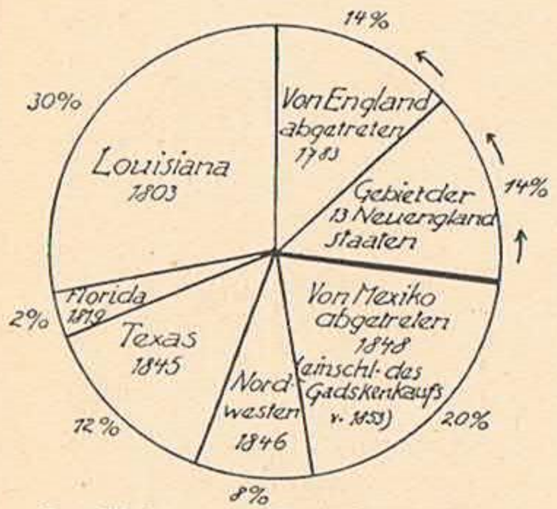


Die Zunahme des Kolonialbesitzes im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts

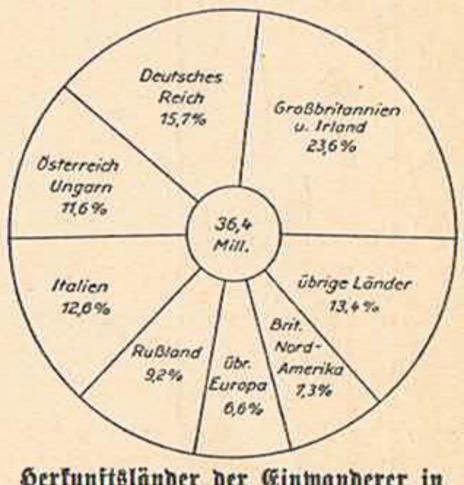
Anteil des Koloniallandes europäischer Staaten (mit Ausnahme Rußlands und der Türkei) an der Bodenfläche der außereuropäischen Erdteile



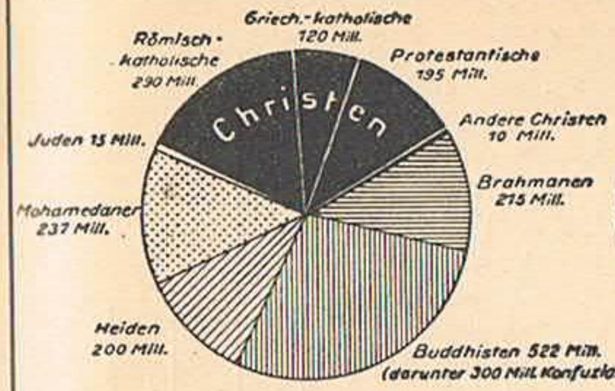
Welternte in Kautschuk



Das Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika

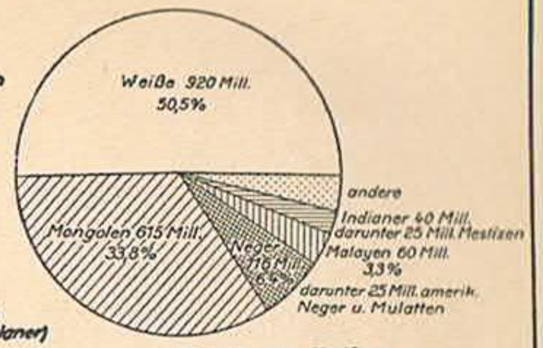


Herkunftsländer der Einwanderer in die Ver. Staaten von Amerika 1819—1925



Gesamt-Bevölkerung 1804 Millionen*)

Anteil der Religionen der Erde

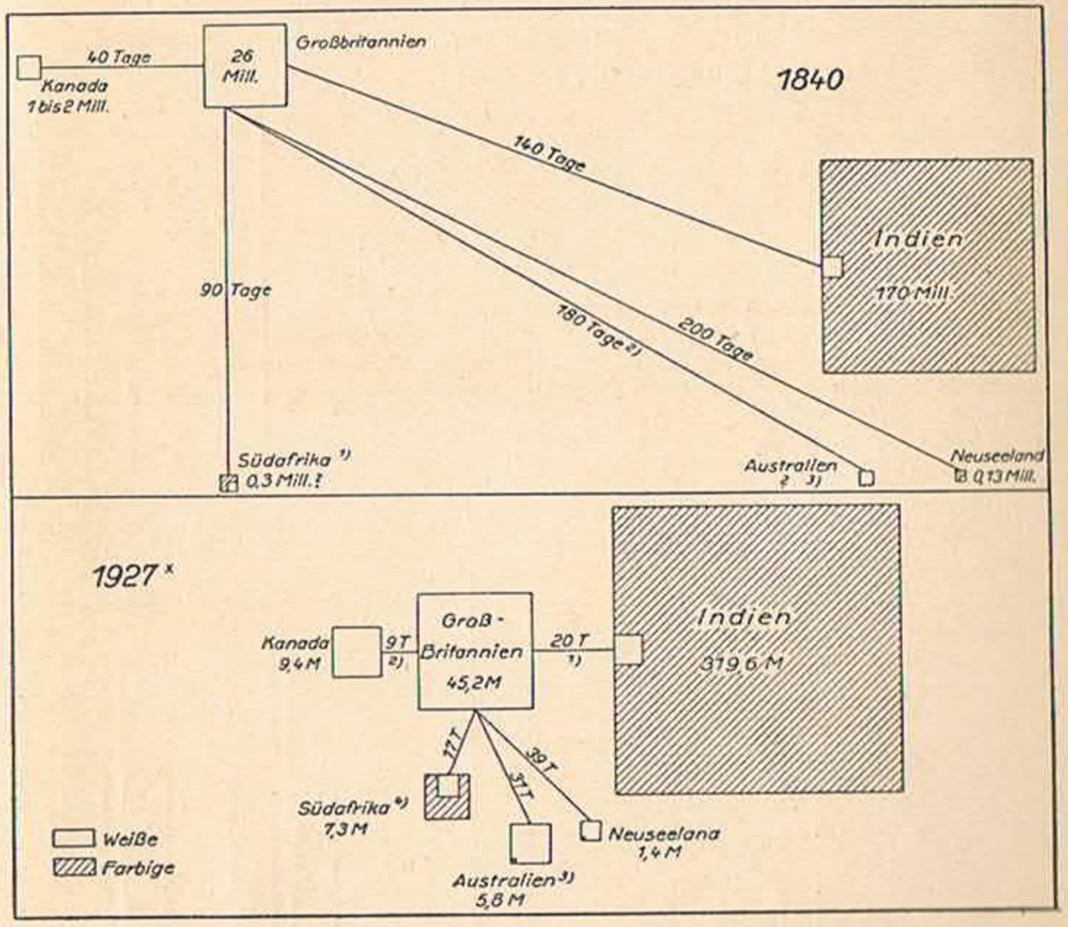


Anteil der Rassen (nach Wl. Woytinsky). Zus. 1924 etwa 1800 Mill. Menschen

*) Zahlen entnommen aus Appel, Kirchengeschichte 1925

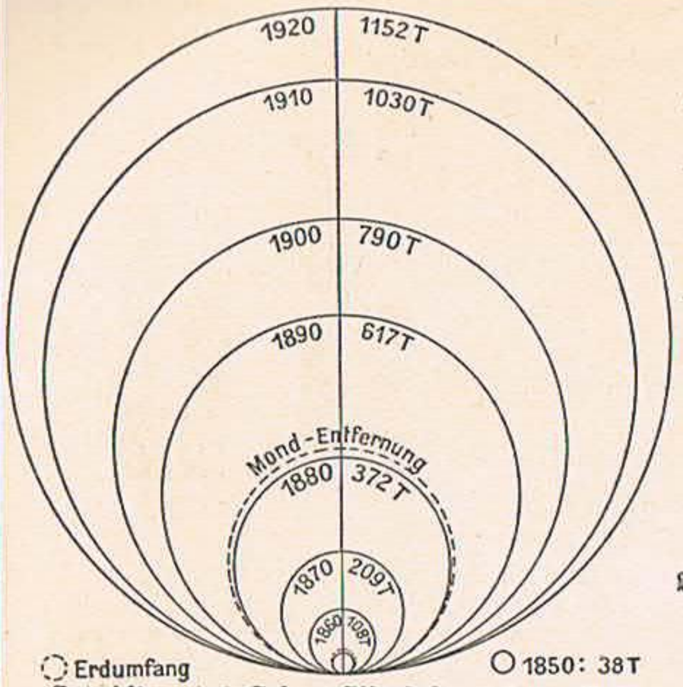
Das britische Reich nach Einwohnerzahl und Verkehrslage 1840 und 1927

(Art der Darstellung nach Vogel: Das neue Europa)

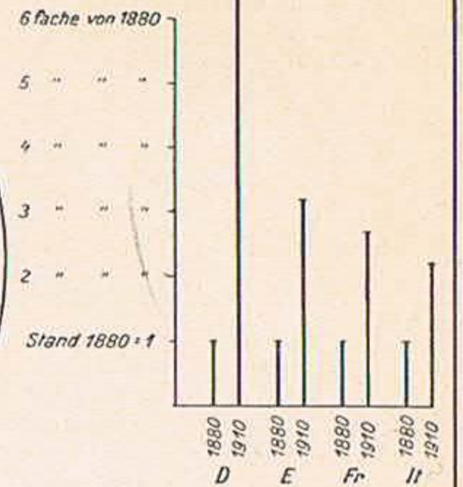


1840: 1) 1840 nur Kap der Guten Hoffnung und Natal 2) Damals üblicher Reiseweg über Indien. 3) 190 000 Weiße; Zahl der Ureinwohner unbekannt

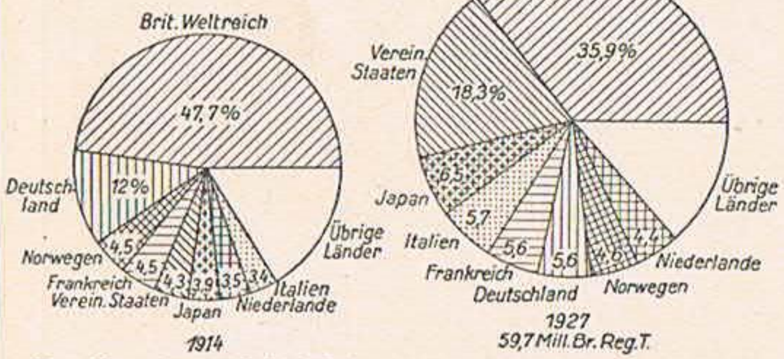
1927: 1) a) London—Bombay nur Schiff: 20 Tage, b) London—Marseille Eisenbahn, dann nur 15 Tage, c) London—Rom und dann Kairo—Karachi Bombay Flugzeug, dann 9 Tage. 2) a) Southampton—Halifax, nur Schiff: 9 Tage,



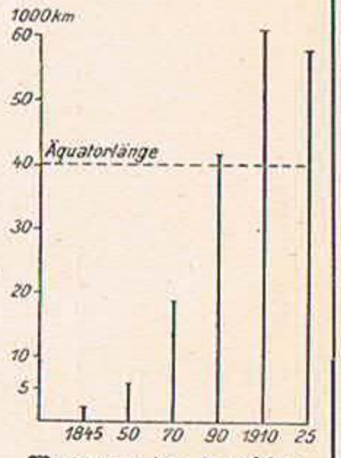
Entwicklung des Gesamt-Eisenbahnnetzes der Welt
(in 1000 Kilometern)



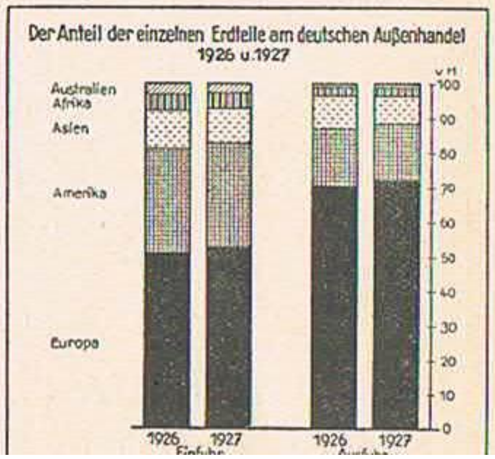
Vermehrung der Handelstonnage der wichtigsten Länder 1880—1910



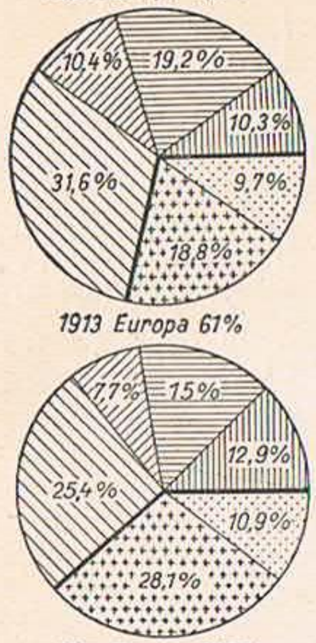
Verteilung der Welthandelstonnage unter die wichtigsten Länder vor und nach dem Kriege



Wachstum der deutschen Eisenbahnschienenlänge

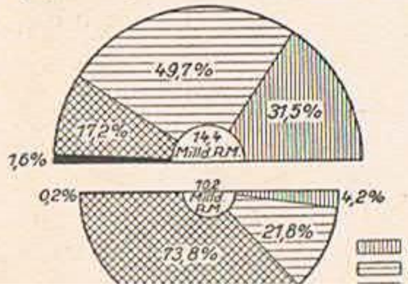


Anteil Europas und der wichtigsten Handelsstaaten am Welthandel

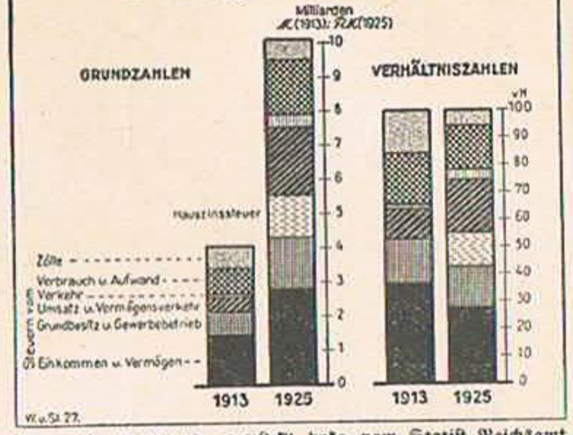


*) einschließlich Irischer Freistaat

Deutscher Außen-(Spezial-)Handel 1927 (ohne Reparations-Sachlieferung)

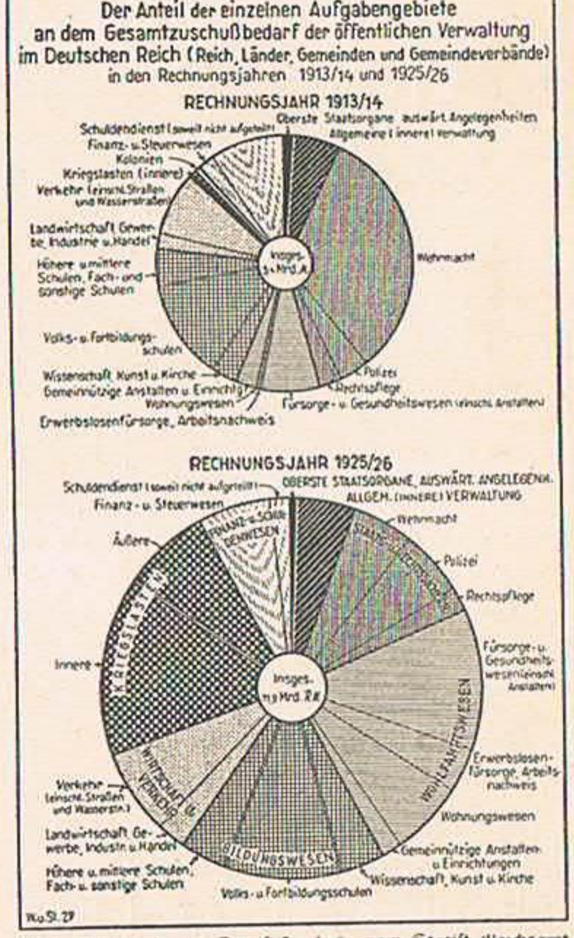


DIE GESAMTEN STEUEREINNAHMEN IM DEUTSCHEN REICH (REICH, LÄNDER, GEMEINDEN u. GEMEINDEVERBÄNDE) in den Rechnungsjahren 1913 und 1925

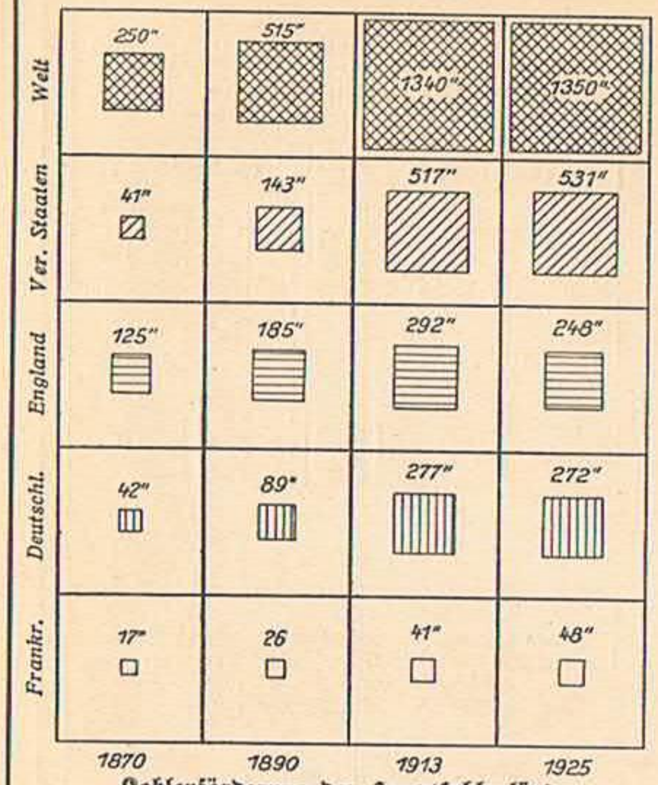


(Aus „Wirtschaft und Statistik", hrsg. vom Statist. Reichsamt, Verlag R. Hobbing, Berlin)

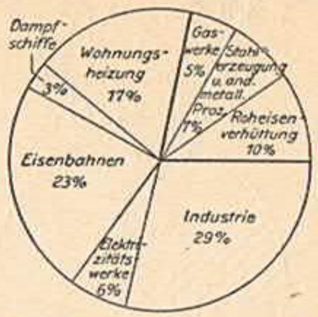
Der Anteil der einzelnen Aufgabengebiete an dem Gesamtzuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich (Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26



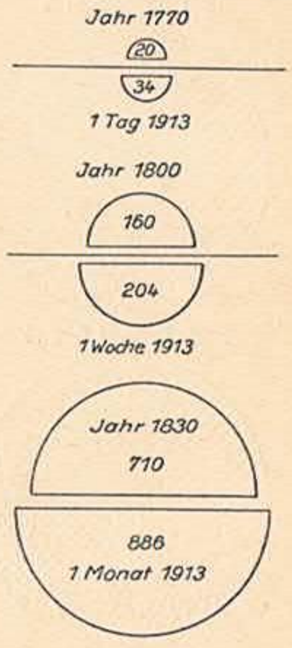
(Aus „Wirtschaft und Statistik", hrsg. vom Statist. Reichsamt, Verlag R. Hobbing, Berlin)

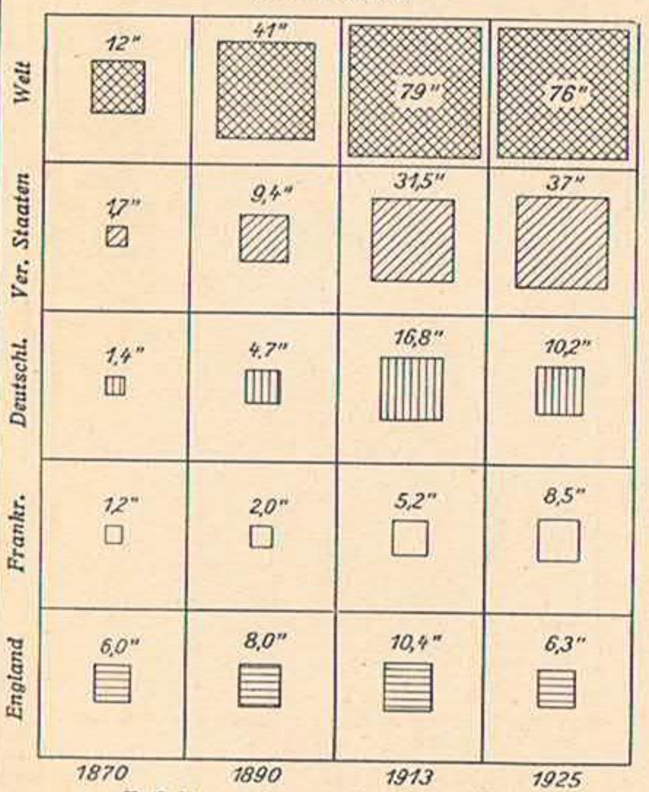


Kohlenförderung der Hauptkohlenländer
(in Mill. Tonnen)



Die 1925 in der Welt geförderte Kohle wurde zu etwa 22% als Roh- und Heizstoff, zu etwa 78% nur als Heizstoff verwendet



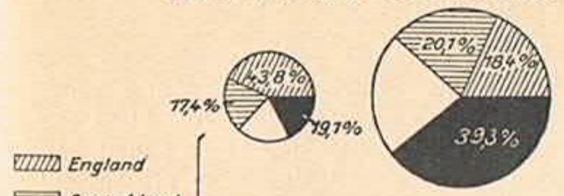


Roheisengewinnung der Hauptländer

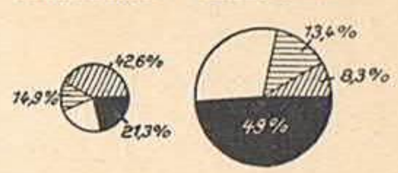
Entwicklung der Roheisenproduktion Großbritanniens in den letzten 150 Jahren

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER V.ST. v. N.A. IN DER LETZTEN ZEIT.

Weltproduktion Kohle



Weltproduktion Roheisen



Verarbeitungsland der in den V. St. geernteten Baumwolle.

Jahresdurchschnitt.

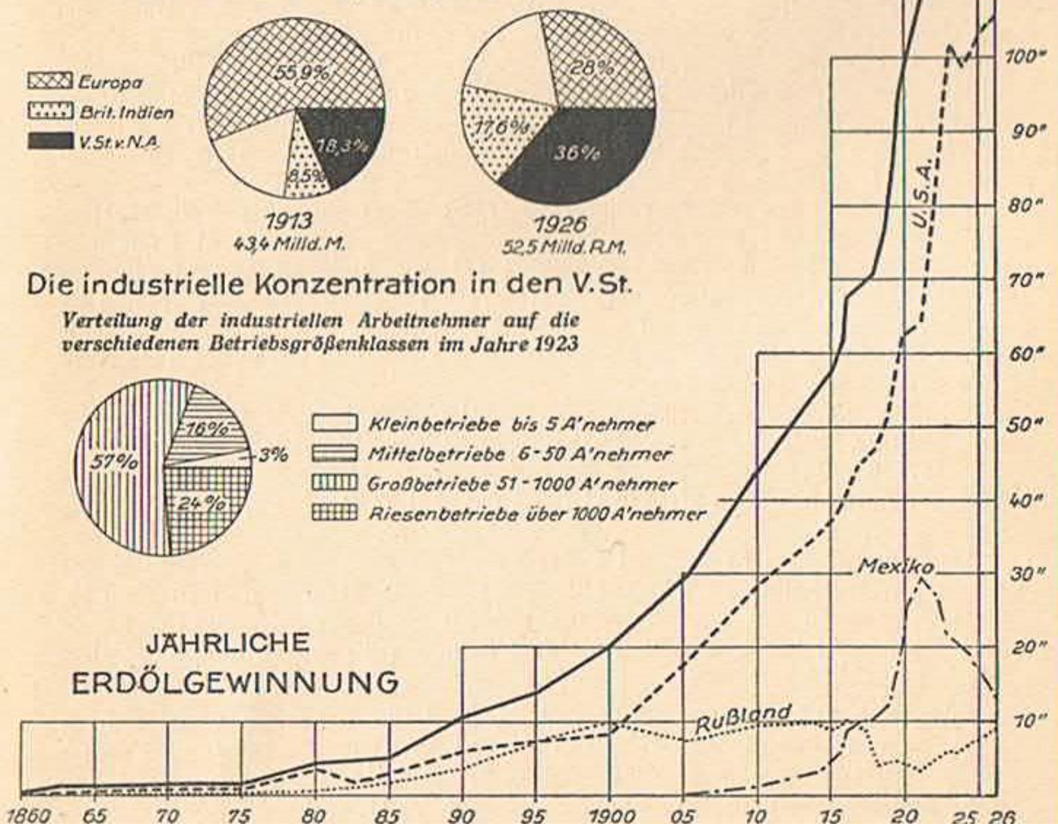
Verschiebung der Goldbestände der Welt.

(Monetäres Gold: Goldmünzen und Golddeckung der Banken, einschl. des indischen „Hortung"-Goldes)

Die industrielle Konzentration in den V.St.

Verteilung der industriellen Arbeitnehmer auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen im Jahre 1923

JÄHRLICHE ERDÖLGEWINNUNG



Sachregister.

A. Der Staat.

1. Geographische Bedingungen. Deutschlands Mittellage 75. Schlesien und Sachsen als Vorwerke Böhmens 52. Die Vogesen als staatl. Grenze 61. Das Mittelländische Meer 26. 37. Die Adriafrage 38. 80. England und die flandrische Küste 2. 114. Österreich als Donaustaat 3. Vereinigung verschiedener geographischer Individualitäten in den Vereinigten Staaten 40. Persien als Glacis der Festung Indien 106. Nationalitätenprinzip im Gegensatz zur Geopolitik 149.

2. Staatsanschauungen (Staats- und Nationalbewußtsein). Die Burschenschaft und das Wartburgfest 7. Hegels Staatsanschauung 6. Nationale und kosmopolitische Gedanken im deutschen Liberalismus 14. Der nationale Gedanke bei List 22. Die Revolution von 1848 und der nationale Gedanke in Deutschland 34. Die preußische Union 34. Liberale und nationale Gedanken nach 1848 35. Die schleswig-holsteinische Frage und der nationale Gedanke 50. Das Erwachen des deutschen Nationalgefühls 1859 38. Die Staatsanschauung Heinrich von Treitschkes 56. Der Krieg 1870/71 58. Die Kaiserproklamation von Versailles 1871 62. Staatsanschauung von Karl Marx 72. Der moderne Imperialismus und seine Staatstheorie 87.

Erwachen der Nationalitäten in Österreich 1848 28. Die italienische Einheitsbewegung 38. Nationalitätenprinzip Napoleons III. 35. Panslawismus 76. Erwachen der kolonialen Völker 152.

3. Staatsverfassung. Frankreich: Julimonarchie 12. Der Bonapartismus 37. — Parlamentsreform in England 17. — Die russische Duma 106. — Rußland, die letzte oriental. Despotie 135. Österreich-Ungarn, der letzte Dynastiestaat 135.

Bismarck und das allgemeine Wahlrecht 52. Das Problem des Parlamentarismus in Deutschland 33. Der Parlamentarismus als Grundlage der Weimarer Verfassung 142. Grundsatz der Volkssouveränität in der Weimarer Reichsverfassung 141.

Das Problem des deutschen Bundesstaates 32. Der deutsche Bund ein Staatenbund 4. Föderalistischer Grundzug der Reichsverfassung Bismarcks 61. Unitarische Gestaltung der Weimarer Reichsverfassung 141. — Bundesstaat oder Einheitsstaat in der Schweiz 25. Union oder Konföderation in den Vereinigten Staaten 40. — Der deutsche Dualismus auf dem Wiener Kongreß 4. Der deutsche Dualismus in der Revolution von 1848/49 27. Der deutsche Dualismus seit 1859 38. Bismarck und der deutsche Dualismus 42.

Deutsche Nationalversammlung von 1848 29. Die deutsche Reichsverfassung von 1849 32. Verfassung des Norddeutschen Bundes 55. Die Reichsverfassung von 1871 63. Die Frage der „Neuorientierung" in Deutschland 1917 122. Die Umbildung der deutschen Reichsverfassung Okt. 1918 122. Die Weimarer Reichsverfassung 139.

Verfassungsfragen in Preußen 7. Der Vereinigte Landtag in Preußen 25. Die oktroyierte Verfassung in Preußen 31. Die revidierte Verfassung in Preußen 35. Das Budgetrecht der Volksvertretung und der preußische Heereskonflikt 48. — Die Verfassung der deutschen Einzelstaaten nach 1815 3. — Das süddeutsche Verfassungsleben 7.

4. Stände und Klassen. Die konservative Partei in Preußen 31. Stellung des engl. Adels zu den großen Reformen 16. Das Emporkommen des 4. Standes 73. — Frauenbewegung 96. — Auflösung der indischen Kasten 155.

5. Staatsumwälzungen. Erhebung Lateinamerikas 11. Südromanische Bewegungen 39. Entthronung Isabellas von Spanien 57. Der Sturz des 2. Kaiserreichs 59. Die Pariser Commune 75. Losreißung Norwegens von Schweden 107. Russische Revolution von 1905 109. Die 1. russische Revolution von 1917 121. Die bolschewistische Revolution 1917 123. Die Novemberrevolution in Deutschland 126. Erhebungen in China, Indien und der Welt des Islam 154.

6. Staatsverwaltung. Preußisches Beamtentum nach 1815 9. Versuch einer Zentralisation in Österreich 30.

7. Selbstverwaltung. Englische Selbstverwaltung 17. Selfgovernment i. Indien 155.

8. Heerwesen. Preußisches Wehrgesetz von 1814 8. Der preußische Heereskonflikt 48. Heeresorganisation Napoleons III. 57. Heeresfragen und Wilhelm II. 90. England und die allgemeine Wehrpflicht 86. 118. Das Berufsheer in Deutschland nach dem Vertrag von Versailles 129. Deutscher Flottenbau 91.

Moltkes Strategie 1866 52. 1870/71 58. Schlieffen, Hindenburg und die Umfassungsschlacht 116. Der Vormarsch im Westen 1914 und die Marneschlacht 115. Die Durchbruchsschlacht in den Karpathen 117. Der Stellungskrieg 118. Hindenburgs „bewegliche Verteidigung" 121. Ludendorffs Frühjahrsoffensive von 1918 124. Kämpfe zur See während des Weltkrieges, U-Boote 119—120.

9. Rechtswesen. R.-Str.-G.- und B. G.-B. 65.

10. Steuerwesen. Das Steuerprogramm der Bodenreform 96. Reichssteuern in Deutschland 64.

11. Bildungswesen. Schulwesen nach 1815 8. 21. Technik und Bildung als Grundlagen der Wirtschaft bei List 22. Staatl. Schulaufsicht 68. Frauenstudium 97.

12. Zwischenstaatl. Vereinigungen und Ordnungen. Der Wiener Kongreß 2 Die Heilige Allianz 5. 12. Der Berliner Kongreß 77. Wilsons Politik 120. Die vierzehn Punkte 125. — Die belg. Neutralität 13. 113. Die schleswigsche Frage im Vertrag von Versailles 129. — Das Nationalitätenprinzip Napoleons III. 35. Das Nationalitätenprinzip im Versailler Vertrag 134. — Die Völkerbundsakte 128. Der Völkerbund 134. — Der Weltfriedensgedanke der Bolschewiki 123. Die Abrüstungsfrage im Vertrag von Versailles 136. Locarno 136. 148.

B. Die Staatenwelt.

1. Ausbreitung (Kolonisation—Imperialismus). a) Deutschland. Massenauswanderung nach Nordamerika 18. Auswanderungsfrage bei List 22. Die Geschichte der deutschen Auswanderungen 40. 80. — Kolonialgedanke bei List 22. Bismarcks Kolonialpolitik 80. Kolonialpolitik unter Wilhelm II. 91. Deutschland im Orient 92. Das Schicksal der deutschen Kolonien im Vertrag von Versailles 128.

b) Frankreich. Algier 12. Frankreichs Ziele in Nordafrika 26. Frankreichs Orientpolitik und der Krimkrieg 37. Napoleon III. in Mexiko 41. Der Suezkanal 56. Kolonialpolitik der 3. Republik 75. Kampf um das Mittelmeer 104. Faschoda 104. Marokkokrisen 108.

c) England. Koloniale Selbstverwaltung 17. Der engl. Imperialismus 84. Das Empire und der Weltkrieg 133. Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters 153.

d) Italien und Tripolis 107. Die Adriafrage 80. Die Riviera 80. Irredenta 80. Französische Türkenpolitik 37.

2. Die Orientfrage. Französische Türkenpolitik 37. Österreich als Ostmacht 3. Der griech. Befreiungskampf und die oriental. Frage 11. Die oriental. Frage 1840 25. Der Krimkrieg 37. Russisch-türk. Krieg 1877/78 76. Orientpolitik Wilhelms II. 91. 104. Die Balkankrisen 1908—13 109. Deutschland und Marokko 108. Das Bagdadabkommen von 1912 110. Die Kämpfe im Orient während des Weltkrieges

3. Frankreich. a) Innere Entwicklung. 1815—30 12. Das 2. Kaiserreich 37. Die 3. Republik 75. Frankreich nach dem Weltkrieg 133.

b) Verhältnis zu Deutschland. Napoleon III. und die Rheinfrage 51. Krieg 1870/71 56. Elsaß-Lothringen und die Rheinfrage 61. Der Revanchegedanke nach 1871 75. Zweibund mit Rußland gegen Deutschland 70. Der deutsch-franz. Gegensatz 103. Frankreichs Stellung im Juli 1914 113. Der Vertrag von Versailles 137.

c) Verhältnis zu England. 1840 26. Krimkrieg 37. Englands Haltung 1870/71 60. Faschoda 104. Franz.-engl. Entente von 1904 107.

4. England. a) Innere Entwicklung. Die Reformen von 1829/46 16. Englische Romantik 16. Die industrielle Entwicklung Englands im 19. Jahrh. 14. Der britische imperialistische Gedanke 83.

b) Verhältnis zu Frankreich: s. 3c).

c) Sonstige Stellung zu Europa. Englands Interesse an der flandrischen Küste 2. Die belgische Neutralität 13. 113. England, die Heilige Allianz und Lateinamerika 11. Englands wirtschaftliche Herrschaft über Europa 21. England und Rußland im Krimkrieg 37. Englands Verhalten 1870 60. England und der Dreibund 80. Englands Gegensatz gegen Rußland und Frankreich 104. England und Deutschland; die Bündnisangebote an Wilhelm II. 105. Eduards VII. Einkreisungspolitik 107. Die Mission Haldanes 110. Englands Stellung im Juli 1914 113. England und das bolschewistische Rußland 156.

5. Italien. Italienische Erhebung 1848 28. Custozza 31. Die italienische Einheitsbewegung 38. Cavour und Napoleon 38. Italien 1866 54. Das Königreich Italien und der Vatikan 67. Streit um Tunis 79. Dreibund 77. Tripolis 107. Italien im Weltkrieg 115. Der Faszismus 151.

6. Spanien und Portugal. Die „Liberalen" in Spanien und Portugal 11. Die spanische Thronkandidatur 1870 57.

7. Holland. Das Königreich der Vereinigten Niederlande 2. 13.

8. Skandinavien. Dänemark und Schleswig-Holstein 50. Auflösung der Union 107.

9. Polen. Zweite und dritte Teilung Polens 3. Polnische Frage auf dem Wiener Kongreß 3. Erhebung Polens 1832 13. Bismarcks Polenpolitik 1862 66. Das Königreich Polen 1916 123. Der Vertrag von Versailles 128. Nach dem Weltkrieg 150.

10. Rußland. Russisch-preußische Freundschaft 3. 51. Der Krimkrieg 37. Zar Nikolaus I. 37. Dreikaiserbündnis 76. Panslawismus 76. Russisch-türkischer Krieg 1877/78 76. Der Rückversicherungsvertrag 78. Die österreichisch-russische Feindschaft 78. Zweibund mit Frankreich 70. Rußlands Gegensatz gegen England und Österreich 104. Englisch-russische Entente von 1907 107. Der russisch-japanische Krieg 106. Innere Geschichte Rußlands seit Alexander II. 106. Russische Mobilmachung im Juli 1914 112. Die 1. russ. Revolution von 1917 121. Die bolschewistische Revolution 1917 121. Weltpropaganda 156.

11. Amerika. Erhebung Lateinamerikas 11. Monroedoktrin 11. Die Vereinigten Staaten bis zum Sezessionskrieg 39. Ausbreitung der Union über den Westen 39. Der Imperialismus in den Vereinigten Staaten 102. Die Vereinigten Staaten im Weltkrieg 120. Die Vereinigten Staaten seit dem Weltkrieg 134.

12. Japan. Geschichte Japans 103. Der russisch-japanische Krieg 107. Japan im Weltkrieg 115. Erdbeben von 1923 154.

C. Wirtschaft.

1. Wirtschaftstheorien. Adam Smith 15. Manchestertum 16. Fr. List 18. Der

III. 37. Karl Marx, das „Kapital" 70. Lassalle 73. Christlicher Sozialismus 74. Kathedersozialisten 74. Imperialistische Theorien 87.

2. Staat und Wirtschaft. Untergang des Merkantilismus, Adam Smith, Manchestertum, der wirtschaftl. Liberalismus 15. Staat und Wirtschaft bei List 21. Staat und Wirtschaft nach Marx 70—72. Die wirtschaftlichen Verluste Deutschlands im Vertrag von Versailles 134. Wirtschaftl.-Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung 141.

3. Agrarwesen. Ende der preuß. Reform 7. Zehntablösung bis 1848 8. Die Agrarentwicklung Englands im 19. Jahrh. 14. Parteibildung der Agrarier 1848 31. Liebig 36. Agrarzölle 17. 69. 94.

4. Gewerbe und Industrie. Die industrielle Entwicklung Englands im 19. Jahrh. 14. Agrarstaat und Industriestaat bei List 22. Die Anfänge des deutschen Industriestaates 36. Der deutsche Industriestaat 94.

Entstehung des Proletariats in England 14. Die Arbeiterfrage in England 16. Der Chartismus 17. Soziale Kämpfe und das franz. Julikönigtum 26. Soziale Bewegung in Deutschland vor 1848 70. Der Klassenkampf bei Marx 71. Die deutsche Sozialdemokratie 73. Die „Internationale" 72. Nationaler Sozialismus 95. Arbeiterfrage unter Wilhelm II. 94.

Arbeiterschutzgesetzgebung in England 17. Die Arbeiterfürsorge unter Napoleon III. 37. Bismarcks Sozialpolitik 73. Internationales Arbeitsrecht 128.

5. Geldwesen. Deutsche Münzreform 66.

6. Handel. Adam Smith und der Freihandel 15. Freihandel in England 17. Zolleinigung Deutschlands 18. Lists Lehre vom Erziehungszoll 21. Anfänge der deutschen Großbanken 36. Bismarck und der Freihandel 67. Bismarcks Finanzzölle 69. Bismarck und der Schutzzoll 1878 69. Deutsche Handelspolitik und Wilhelm II. 94. Der engl. Imperialismus und der Schutzzoll 86.

7. Verkehr. Eisenbahnen in Deutschland 20. Anfänge der deutschen Schiffahrt 36. Der Suezkanal 56. Die deutschen Ströme im Vertrag von Versailles 132.

8. Wirtschaft und Technik. Die großen Erfindungen in England 14. Anfänge der deutschen Ingenieurwissenschaft 21. Technische Hochschulen 21. Technik und Bildung als Grundlagen der Wirtschaft bei List 22. Naturwissenschaft, Technik, insbes. Elektrotechnik und Chemie als Grundlagen des deutschen Industriestaates 92—93. Industrialisierung Asiens 153.

D. Religion und Kirche.

Wiedereinsetzung des Papstes und Restauration des Jesuitenordens 1814 2. Katholikenemanzipation in England 16. Entwicklung des Katholizismus im 19. Jahrh. 23. 67. Protestantische Union 8. Kölner Kirchenstreit 22. Luthertum und Obrigkeitsstaat in Preußen 49. Bismarcks Religion 43. Protestantismus und Kulturkampf 68. Christlicher Sozialismus 74.

E. Die übrigen Kulturgebiete.

Die Romantik in England 16. Hegel 6. Schopenhauer 36. Die Grundrechte von 1848 30. Der Materialistenstreit 36. Karl Marx 70. Geistesgeschichte des wilhelminischen Zeitalters 98. Jugendbewegung 100.

Klassizismus 6. Das „Biedermeier" 6. — Die späteren Romantiker 6. Beethoven 6. Die romantische Musik 6. Der alte Goethe 6. Das junge Deutschland 13. Der Realismus 36. Von Richard Wagner bis Hans Pfitzner 100. Naturalismus, Neuromantik 99. Klassizismus (David) 6. Die Nazarener 6. Die späteren Malerromantiker 36. Feuerbach, Böcklin, Menzel 36. Baukunst im wilhelminischen Zeitalter 100. Impressionismus 100.

Die Blüte der deutschen Geschichtswissenschaft 6. Die „politischen Historiker" in Deutschland 36. Begründung der Nationalökonomie durch Adam Smith 15.

Namenregister.

Aachen 43. 44. 145
Abessinien 107
Aden 85
Adria 38. 80. 117
Adrianopel 109
Adua 107
Agadir 108
Ägypten 11. 26. 84. 85. 104. 107
Afrika 81. 87. 88
Albanien 110
Albert, Kronprinz bzw. König von Sachsen 59
Alexander II., Kaiser von Rußland 106
Algeciras 112
Alvensleben 43
Amiens 39. 60. 124
Anam 75
Andrassy 77. 79
Angora 155
Antwerpen 13. 116
Arago 92
Arndt, E. M. 7. 29
Arnim, Achim v. 6
Arnim, Bettina v. 6. 97
Arras 120
Artois, Karl, Graf v. 12
Asperg 18
Augustenburg Herzog v. 50
Australien 85. 87. 88

Babelsberg, Schloß 48
Bacon, Lord 14
Baden 13. 20. 27. 28. 30. 34. 54. 61. 98
Baeyer, v., Chemiker 93
Bagdad 92. 110. 118
Balkan 12. 119
Ballin, Albert 120
Banat 135
Bapaume 60
Barth, Afrikaforscher 81
Bassermann, Fr. Daniel 26
Bayern 19. 23. 54. 61. 63. 76
Bazaine, Marschall 41. 58
Bebel, August 73. 95
Becker, Nikolaus 26
Beethoven 6
Belfort 60. 61
Belgien 13. 55. 114. 115. 122. 131. 145
Benedeck, v. 51. 53
Benedetti 57
Bennigsen 66
Béranger 12
Berlin 27—29. 31. 43. 77. 78. 92. 117. 118. 126. 139
Bern 2
Bessarabien 76
Bethmann-Hollweg 109. 110. 120. 121. 122
Birmingham 86
Birnbaum 135
Bismarck 39. 41—46. 48—55. 57. 58. 60—69. 73. 75—82. 84. 89. 94. 100. 103. 105. 107. 113. 142—143. 149
Blum, Robert 32
Böcklin 36
Böhmen 52. 53. 79. 133
Bolivar, Simon 93
Bordeaux 59. 60. 115
Börne 13
Borkum 91
Borsig 20
Bosnien 109. 133
Bosporus 12. 26. 37
Bourbaki 60. 154
Boyen, v., Kriegsminister 8. 47
Bozen 136
Brahms 100
Bredow 59
Breisgau 3
Brenner 133. 139
Brentano, Clemens 6
Brest-Litowsk 117. 124. 126. 129
Briand 149
Bruckner, Anton 100
Brüssel 70
Brussilow 118. 119. 121
Büchner, Ludwig 14. 36
Bukarest 124
Bukowina 117. 118. 133
Bulgarien 76. 78. 109. 117. 118. 119. 124. 133
Bunsen, Robert 36
Buren 88
Burgstall 43
Burschenschaft 7
Byron, Lord 11. 16

Caillaux 108
Canning, Lord 11
Caprivi 89
Carlyle, Thomas 16. 87
Cavour, Camillo 38. 39
Chalons 58
Chamberlain, Josef 85. 86. 88. 105. 106
Chambord, Graf v. 75
Champagne 118
Chanzy, General 60
China 75. 91. 103. 106. 153
Cisleithanien 79
Clémenceau 122
Coblenz 45
Colombey-Nouilly 58
Compiègne 127
Cornelius, Peter 6
Coronel 120
Cromwell 16
Custozza 31. 52
Cypern 85.

Dahlmann 29
Damaschke 96
Dahn 99
Dänemark 2. 50. 51. 129
Danewerk 51
Danzig 128. 135
Dardanellen 12. 26. 107. 118
Darmstadt 146
Darwin 36
Delcassé 108
Deutscher Bund 4. 19
Deutschland 4. 13. 14. 18. 20. 27. 33. 35. 36. 38. 46. 50. 54. 57. 77. 79. 82. 84. 85. 88. 90. 92. 98. 101. 103. 104. 106—111. 114. 115. 118. 121—124. 126—130. 132. 134. 135. 137. 138. 141. 145. 152. 154. 156

Disraeli 84. 87
Dijon 60
Dobrudscha 76. 119
Dohm 97
Donau 77. 132
Döllinger 29
Dostojewsky 76
Dresden 19. 53
Droste-Hülshoff 6
Droste-Vischering 24
Duisburg 146
Düna 117
Dunajec 117
Düppeler Schanzen 50. 51
Düsseldorf 146

Ebert 127. 148
Eckernförde 50
Edison 93
Eduard VII. 107. 108. 200
Eichendorff 6
Elbe 77. 132
Elsaß-Lothringen 7. 61. 64. 65. 78. 123. 126. 128. 132. 135
Emin Pascha 81
Ems 57
Engels 31. 70
England 2. 3. 11—18. 26. 29. 33. 37. 40. 41. 44. 75—78. 80. 83—85. 88. 91. 102. 104—111. 113. 114. 118—120. 133. 134. 136. 148. 153. 154. 156. 157
Enver Pascha 109
Erfurt 34. 73. 98
Erzberger 148
Estland 129
Eupen 128. 135

Falkenhayn 118. 119
Falkland Insel 120
Faraday 92
Färoer 2
Faschoda 104. 105
Favre 59
Ferdinand I. 31
Feuerbach, A. 36
Fez 108
Fichte 22. 134
Finnland 2. 124
Flandern 13. 114. 121
Flensburg 129
Fontane 36. 99
Frankenstein 69
Frank 115
Frankfurt a. M. 4. 18. 29. 30. 45. 46. 52. 55. 61. 146
Frankfurter Fürstentag 50
Frankfurter Parlament 63
Frankreich 2. 4. 11. 14. 18. 25. 26. 35. 37—39. 41. 44. 45. 51. 53. 56. 57. 74. 75. 78—80. 83—85. 89. 90. 101. 103—106. 108. 111. 113—116. 127. 128. 131. 133—136. 145. 146. 148. 152
Franz Ferdinand 112
Franz Joseph 31. 41. 123
Freiburg 22
Freiligrath 25. 58. 70
Freytag, G. 36. 99
Friedrich v. Baden 49. 62
Friedrich III. 89
Friedrich d. Große 43. 45. 53. 116
Friedrich Karl 51. 58. 60
Friedrich Wilhelm III. 7. 24. 43
Friedrich Wilhelm IV. 24. 28. 31. 33. 34. 35. 38. 42. 44. 45
Friedrich Wilhelm, Kronprinz 49. 53. 58. 61
Friedrichsruh 89
Fröbel 97
Fürth 19

Gagern, v. 29. 30. 33
Gallipoli 117
Galizien 3. 117. 133
Gambetta 56. 59. 60. 75
Garibaldi 39. 54
Gastein 51. 52
Gauß 20. 92
Gerlach, Brüder 34. 45
St. Germain 132
Ghandi 155
Gibraltar 85. 107
Gladstone 84. 85
Gneisenau 7. 13. 53
Gnesen 23. 24
Gorlice 117
Görres 6. 24
Goethe 4. 6
Gotha 73
Gramont 57
Gravelotte 58
Grey 112
Griechenland 11. 133
Grillparzer 6
Grimm 6. 29
Grönland 2
Großbritannien 85. 127 131
Guinea 81

Haager Friedenskonferenz 110
Haber 93
Haldane 110
Haller, Karl Ludwig v. 2
Hamburg 139
Hannover 2. 13. 52. 55
Hanse 80
Hartmann, E. v. 99
Hauff 6
Hauptmann 99
Hawaij-Insel 102. 103
Hebel 6
Hebbel, Fr. 36
Hecker, Fr. 26. 29
Hegel 6. 23. 70. 73
Heine 13. 70
Helgoland 2. 91. 105. 130
Hermannstadt 118
Hertling 124. 126
Herwegh 25
Herz, Henriette 97
Herzegowina 109. 133
Hessen 19. 34. 61
Hildebrand 100
Hindenburg 116. 117. 121. 127. 148
Hofmann, A. W. 93
Hoffmann, E. Th. 6
Hoffmann von Fallersleben 25. 26
Hohenlohe 89
Holstein 50. 52
Hoyer 129
Hughes 157
Hugo, Viktor 12
Humboldt, A. v. 36
Humboldt, W. v. 6. 9. 22

Jahn 7. 29
Japan 102. 103. 106. 115. 127. 128. 131. 134. 154
Ibsen 99
Jena 7

Innsbruck 28
Joffre 115
Joseph II. 3
Josephstadt 52. 53
Irland 84
Island 2
Isonzo 117
Istrien 133
Italien 3. 28. 36. 38. 39. 52 53. 54. 57. 67. 79. 80. 102. 104. 107. 115. 117. 127. 131. 133. 151
Jugoslavien 151
Iwangorod 117

Kairo 88. 107
Kalifornien 40. 103
Kalkutta 88. 107
Kamerun 81
Kanada 16. 40. 83. 86
Kant 134. 153
Kapstadt 88
Karl I. 49
Karl V. 57
Karl X. 12
Karl, Kaiser 122. 126. 150
Karl Albert v. Savoyen 28
Karl August v. Sachsen-Weimar 4
Karlsbad 7
Karlsruhe 21. 58. 98
Kärnten 3
Karolinen-Insel 91
Karpathen 117
Karolyi 126. 150
Kästenburg 14
Kattowitz 129
Keller, Gottfried 125. 136
Ketteler 29. 74
Kiautschou 96
Kiel 2. 51. 91. 126
Kirchhoff 36
Klassizismus 6
Klenze 6
Klinger 100
Kniephof 43
Koblenz 145
Köln 23. 145. 149
Kongo 81. 108. 114
Königgrätz 52. 53. 56. 59
Königsberg 48. 116
Königshütte 129
Konstantinopel 76. 133
Konstanz 22
Kossuth 28. 31. 32
Kotzebue 7
Kowno 117
Knesebeck 43
Krain 3
Krefeld 145
Kremsir (Mähren) 31
Krim 37
Kroatien 133
Kronstadt 90. 118
Krüger, Paul 88. 105
Kuba 103
Kurhessen 13. 52. 55
Kurland 117
Kut-el-Amara 117

Lagarde 99
Lange 97
Langensalza 52
Lasalle 73
Lauenburg 51
Lavoisier 93
Leibl 100
Leibniz 134
Leipzig 3. 4. 20. 53
Le Mans 60
Lenau 6, 13
Lenin 123
Leo XIII. 68. 95
Leopold II. 81
Leopold v. Hohenzollern 57
Lettland 129
Lettow-Vorbeck 136
Liebermann 100
Liebig 36. 93
Liebknecht 73
Liliencron, v. 99
Lille 116
Liman v. Sanders 117
Lincoln 40. 41
Lisaine 60
Lissa 54
List 18—21. 77. 81. 92. 94. 152
Litauen 129
Lloyd George 122. 148
Locarno 136. 148
Lodz 117
Lombardei 3. 38
London 13. 148
Londoner Konferenz 131
Londoner Protokoll 50
Löns 99
Loretto 118
Lothringen 115
Ludendorff 116. 124. 126
Ludwig I. 11
Ludwig II. 61
Ludwig XIV. 74
Ludwig Otto 36
Lüttich 115
Luxemburg 56. 132

Mackensen 119
Mac Mahon 36. 58. 59. 75
Magenta 38
Magyaren 79
Mähren 133
Main 56
Mainz 145
Makedonien 133
Malmedy 128. 135
Malta 85
Malthus 14
Manet 100
Manchester 16. 70. 86
Mandschurei 106
Mannheim 26
Manteuffel 60
Marchand 104
Marianen-Insel 91
Marne 115. 116. 124
Marokko 107. 108. 128
Marschallinsel 81
Mars-la-Tour 58
Marx, Karl 31. 70. 71. 72. 73. 123
Masuren 117
Masurische Seen 116
Matabolen 88
Mathy, Karl 29
Max, Prinz 124
Maximilian 41
Mayer, R. 36
Mehemed Ali 11. 25. 26
Memel 128. 132
Mencken, Wilhelmine 43
Menzel 36
Meran 136
Metternich 3. 4. 5. 6. 7. 11. 14. 19. 25. 27. 28. 38. 42. 45
Metz 58—61
Meyer, H. F. 99
Mexiko 40. 41. 56. 103
Minden 24
Miquel 95
Mississippi 39
Missolunghi 93
Moldau 11. 12. 37

Moltke d. J. 115
Mommsen, Th. 36
Monroedoktrin 11. 39. 41. 103
Montenegro 76. 110
Mont Valérien 60
Mörike 6
Motz 19
Mukden 106
München 126. 139
Mussolini 151

Nachtigall, Gustav 81
Namur 115
Napoleon I. 3. 12. 13. 14. 16. 38. 39. 52. 53
Napoleon III. 26. 35. 37 38. 39. 41. 46. 51. 52. 53. 54. 55. 57. 58. 59. 74. 85. 129
Narew 116
Nassau 55
Naturalismus 99
Naumann, Fr. 95
Navarino 12
Neapel 39
Neuguinea 81
Neuhumanismus 9. 43
Neustadt a. d. H. 14
Neuilly 132
Newton 14
Niederlande 2. 3. 13
Nietzsche 99
Njemen 116
Nikolai Nikolajewitsch 116
Nikolaus I. 31. 33. 35. 37
Nikolsburg 53. 54
Nil 88
Niuport 116
Nizza 39. 80
Nordafrika 26. 83. 107
Nordamerika 18. 20. 63. 80
Norwegen 2
Nowo Georgiewsk 117
Nojon 116
Nürnberg 19

Oda 132
Oerstedt 92
Österreich 5—7. 12. 19. 30—34. 38. 44. 45. 50—54. 57. 58. 75—80. 84. 106. 109. 111—113. 115. 117—120. 122. 123. 128. 135
Oranien 2
Orléans 60
Orléans, v. 12
Ostafrika 81. 85
Ostasien 85. 115
Ostendorf 100
Osterode 116
Ostindien 84
Ostpreußen 25. 116. 128

Palästina 156
Palmerstone 84
Palauinsel 91
Panama-Kanal 103
Papin 15
Paris 26. 30. 37. 48. 56. 59. 60. 61. 75. 77. 115. 124
Paul, Jean 6
Peels 16. 86
Pestalozzi 8. 43
Peters, Karl 81
Peters, Otto 97
Petersburg 46. 78
Pfalz 34. 80. 145
Pfitzner 100
Philippinen 103
Piave 117
Pitt 16
Pius IX. 67
Poincaré 148
Polen 3. 13. 66. 117. 123. 128. 129. 132. 133
Port Arthur 106
Portsmouth 106
Portugal 2. 11. 120
Posen 24. 117. 128
Prag 28. 31. 54. 126. 131. 150
Preußen 4—7. 9. 10. 13. 18. 19. 23. 31—34. 37. 38. 44. 45. 47. 48. 51. 52—54. 57. 61. 63. 64. 68. 95. 114. 123. 142
Prittwitz, v. 28. 29
St. Privat 58
Proudhon 26
Przemysl 117
Puttkammer, Johanna v. 44

St. Quentin 60

Raabe 99
Rastatt 34
Rathenau 148
Rathenau 93
Rauch 6
Regensburg 4
Reims 116. 124
Reger 100
Rethel 36
Reuter, Fritz 14. 36. 99
Reutlingen 18
Rhein 18. 51. 75. 77. 80. 132
Rheinprovinz 3. 24
Rhodes 87. 88
Rhodesia 88
Ricardo, David 15. 70
Richter 36
Rilke 99
Riviera 80
Rom 39. 67. 117
Romantik 6
Roon 47. 48. 49. 60
Roosevelt 102. 103
Rosegger 99
Rotteck 13
Ruhr 92. 136
Rumänien 37. 76. 104. 109. 115. 118. 119. 124. 133
Rußland 4—7. 11—13. 34. 37. 38. 45. 66. 76. 78—80. 83—85. 89. 90. 103—114. 116. 123. 124. 128. 133—134. 153. 154. 155. 156. 157

Saarbrücken 58
Saargebiet 128. 135
Sachsen 3. 13. 18. 19. 34. 53. 92
Saloniki 119
Samoa 91
Sand, Karl Ludwig 7
Sansibar 105
Sardinien 36. 38
Savigny 6
Savoyen 39
Scheldemündung 13
Schiller 36. 38. 97
Schinkel 6
Schlegel, Karoline 97
Schleiermacher 7. 43
Schleswig 2. 50. 130
Schlesien 3. 18. 27. 69. 70. 117. 128. 135
Schleswig-Holstein 51. 54. 55

Schönhausen 43. 44
Schopenhauer 36
Schubert 6
Schulenburg 43
Schultze-Naumburg 100
Schumann 6
Schurz, Karl 41. 102
Schuwalow 74
Schwab 6
Schwanthaler 6
Schwarzenberg, Fürst 31. 33. 34. 45. 46
Schwarzwald 29
Schweden 2. 107
Schweinfurth 81
Schweiz 25. 44. 63. 98
Schwind 36
Scott, Walter 16
Sebastopol 37
Sedan 58. 59. 67. 85
Seeley 87
Serajewo 112
Serbien 12. 76. 78. 109. 110. 111. 112. 118. 126. 131. 133
Sèvres 132. 133
Shimonoseki 103. 105. 106
Siebenbürgen 79. 133. 135
Sibirien 104
Siemens 20
Siemens, Werner 50. 92
Simson 33. 61. 154
Sizilien 80
Skagerrak 120
Skutari 110
Slawonien 133
Smith, Adam 15. 21. 70
Solferino 38
Somme 118
Spanien 2. 11. 40. 103. 107
Spee 120
Spicherer Höhen 58
St. Stefano 76
Stein, vom 5. 7. 8
Steinmetz 59
Stendal 43
Stephan 66
Stöcker 74
Stolypin 106
Storm 36
Strauß, D. Fr. 14. 24
Straßburg 59. 61
Stresemann 149
Strindberg 99
Stuart 16
Südafrika 86. 87. 88
Suezkanal 56. 84. 85
Sundgau 3

Tagliamento 117
Talleyrand 3
Tanger 108
Tannenberg 116
Tarnow 117
Tegethoff 54
Thoma 100
Thiers 52. 59. 60
Thun, Graf v. 45
Tibet 106. 107
Tirol 3. 133
v. Tirpitz 91. 100. 120
Tissa 126
Togo 81
Tolstoi 123
Tongking 75
Toul 59
Tours 59
Trafalgar 104
Transvaal 88
Treitschke 100. 137
Trentino 80
Trianon 132
Trient 80
Trier 145
Triest 3. 80
Tripolis 107
Trotzki 123
Tsingtau 91. 115
Tübingen 18
Tunis 75. 79. 80
Türkei 3. 12. 26. 37. 76. 77. 92. 104. 107. 108. 109. 111. 117. 118. 124. 126. 133

Ukraine 124. 133
Uhland 5. 6. 14. 29. 32. 33
Ungarn 28. 31. 53. 79. 117. 133. 150

Varnhagen, Rahel 6. 97
Vatikanisches Konzil 67
Veit 97
Venetien 3. 39. 52. 54
Verdun 58. 116. 118
Vereinigte Staaten 11. 21. 35. 39. 40. 41. 84. 85. 91. 102. 103. 120. 127. 131. 134. 146
Versailles 61. 127. 132
Viktoria 84
Villafranca 38
Vionville 58
Virginien 40
Vogesen 60. 61
Vogt 36
Vorpommern 3

Wagner, Richard 34. 36. 100
Walachei 9. 11. 37. 119
Warschau 117
Wartburg 14
Wartburgfest 7
Washington 102
Waterloo 53. 104
Watt 15
Weber, C. M. v. 6
Weimar 127. 139. 141
Weißenburg 58
Welcker 1
Westfalen 3
Westpreußen 3. 128
Werder, v. 60
Werner, A. v. 100
Wessenberg 22
Wichern 74
Wien 2. 28. 31. 32. 54. 67. 77. 102. 117. 123. 150
Wiesbaden 74. 145
Wildenbruch, v. 99
Wilhelm, Prinz 29. 34. 35
Wilhelm I. 36. 39. 45. 46. 48. 57. 61. 73. 89
Wilhelm II. 89. 91. 95. 103. 104. 105. 108. 126. 127. 130
Wilhelmshaven 91
Wilson 120. 121. 125. 126. 128. 129
Windischgrätz 31
Windthorst 68
Wißmann 81
Wöhler 93
Wörth 58. 60
Wrangel 31
Wuppertal 18
Württemberg 7. 19. 54. 61. 63

Ypern 116. 118
Ypsilanti 3
Yserkanel 116

Zola 99. 109

Literaturverzeichnis.

Vorbemerkung.

Das Literaturverzeichnis zu Teubners Geschichtlichem Unterrichtswerk soll allen Schülern, die ihre Kenntnisse vertiefen oder die Gestaltung geschichtlichen Lebens durch den Dichter auf sich wirken lassen wollen, ein Wegweiser sein. Es führt nicht alle in Frage kommenden Büchertitel auf, sondern beschränkt sich nur auf eine Auswahl des Allerwichtigsten. Besonders wohlfeile Bücher sind durch Angabe des Preises oder ein Kennwort näher bezeichnet worden. Von den größeren und teueren Werken sind besonders auch solche Bücher berücksichtigt worden, die wohl in den meisten Schüler- bzw. öffentlichen Büchereien zu finden sind. Eine Weiterführung des Verzeichnisses nach dem Stande der neuesten Forschungen und Veröffentlichungen ist beabsichtigt; Wünsche und Anregungen dazu werden auch aus Schülerkreisen vom Verlage jederzeit gern entgegengenommen.

Martin Richter.

Abkürzungen.

Die mit * bezeichneten Werke eignen sich in erster Linie für solche Schüler, die für den betreffenden Gegenstand besondere Neigung haben.

Qu.: Quellen. **L.:** Schöne Literatur. **D.:** Darstellungen. **Dr.:** Dramen.
ADB: Allgemeine Deutsche Biographie.
AMuG: Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissensch.-gemeinverständl. Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. B. G. Teubner. Jeder Band geb. 2.—, von Nr. 1000 ab 3.— *RM.*
DQ: Quellensammlungen f. d. Unterr. in Geschichte, Deutsch, Erdkunde usw. Moritz Diesterweg.
DVA: Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
JB: Inselbücher. Jed. Band —.90 *RM.*
MdP: Meister der Politik. Hsg. von E. Marcks und A. v. Müller. 3 Bde. Deutsche Verlagsanstalt.
MuZ: Erich Marcks, Männer und Zeiten, Aufsätze und Reden z. neueren Gesch. 2 Bde. Quelle u. Meyer.
QuM: Quelle u. Meyer. Leipzig.
Recl: Reclams Universalbibliothek.
SchG: Schaffsteins Grüne Bändchen.
VM: Velhagen und Klasings Monographien z. Weltgesch. Pro Band durchschnittl. 7—8 *RM.*
VQ: Voigtländers Quellenbücher. Der Band von —.80 *RM* an.
VB: Velhagen u. Klasings Volksbücher. Das Heft kostet 3.50—5 *RM.*
WuB: Wissenschaft u. Bildung. Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens, hsg. v. Prof. Dr. P. Herre. Quelle u. Meyer. Jeder Bd. 1.80 *RM.*

Neueste Zeit.

A. Das Zeitalter der Restauration.

Qu.: Maurer, Quellensammlung I. DQ. Humboldt, Über die Aufgaben des Geschichtsschreibers. Jakob Grimm, Über die deutsche Sprache. Bergsträßer, Der politische Katholizismus I: 1815—1871. Drei Masken. Maßmann, Das Wart-

Wilhelm Karl, Prinz von Isenburg. Um 1800. Aus Zeit und Leben des Grafen zu Solms-Rödelheim. (1762—1818.) Degener u. Co. Hinstorff, Reuter, Ut mine Festungstid. (Auswahl.) DQ. Salomon, Englische Geschichte. Koehler. Schulze, Die ersten deutschen Eisenbahnen. BQ. F. List, Das deutsche Eisenbahnsystem. Recl. Haas, F. List als Vorkämpfer für Deutschlands Einigung. DQ. F. List, Gedanken und Lehren. JB. Meinecke, Radowitz. (In „Der deutsche Staatsgedanke".) Drei Masken. Deutsche Dichterschicksale. SchG.

L.: Anwand, Das deutsche Morgenrot. (Arndt- und Steinroman.) Bong.-Lux, Grillparzers Liebesroman. Bong. Nordling, Quasi una Fantasia. (Beethovenroman.) Wigand. Brusot, Die Stadt der Lieder. (Haydn, Beethoven, Schubert.) Xenien. Bartsch, Schwammerl. (Schubert.) Staackmann. Hohlbaum, Der Frühlingswalzer. (Johann Strauß Vater und Sohn.) Stiepel. Hauff, Das Bild des Kaisers. (Das Nachleben Napoleons.) von Höfer, In der engen Gasse. (Das vormärzliche Wien.) Reißner. Geißler, Der letzte Biedermeier. Duncker. von Handel-Mazzetti, Das Rosenwunder. Die deutsche Passion. Das Blutzeugnis. Romantrilogie. (Karl Ludwig Sand.) Kösel und Pustet. Vollbehr, Die neue Zeit I: Sebastian Rottmann. (Die erste Eisenbahn.) Seyfert. R. Huch, Das Leben des Grafen Confalioneri. (Italien. Erhebung.) Insel. Schäfer, Die Béarnaise. (Der Bürgerkönig.) (In C. Busse „Aus Väter Tagen".) Salzer. Mereschkowski, Alexander I. Piper. Dr.: Neumann, Der Patriot. (Alexander I. als Thronfolger.) DVA. Gogol, Der Revisor. (Lustspiel.) (Russ. Beamtentum.)

D.: Stern, Geschichte Europas 1815—71. (9 Bde.) Cotta. Seignobos, Histoire politique de l'Europe contemporaine. In deutscher Übers. (Kürzer.) Klinkhardt. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 5 Bde. (Nur bis 1848.) Hirzel. Ders., Die Gründung des deutschen Zollvereins. BQ. v. Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte von 1806—1871. Cotta. Kaufmann, Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Volksausgabe. Bondi. Schnabel, Deutschland in den weltgeschichtlichen Wandlungen des letzten Jahrhunderts. Teubner. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat. Oldenbourg. Schwemer, Restauration und Revolution. ANuG. Joachimsen, Vom deutschen Volk zum deutschen Staat. ANuG. Hohmann, Der Kampf des deutschen Volkes um seine innere Freiheit und Einheit 1814—1924. QM. Heigel-Endres, Politische Hauptströmungen in Europa im 19. Jahrhundert. ANuG. Charmatz, Geschichte der auswärtigen Politik Österreichs im 19. Jahrhundert. ANuG. von Srbik, Metternich in MdP. Paquet, Josef von Görres. Franz Schneider. Wentzcke, Geschichte der deutschen Burschenschaft. I: Bis zu den Karlsbader Beschl. Winter. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. 1. Bd. (Der deutsche Katholizismus von der Französischen Revolution bis 1848.) Bachem. Ranke, Friedrich Wilhelm IV. in der ADB. David, Englands europäische Politik im 19. Jahrhundert von den französischen Revolutionskriegen bis zum Tode Palmerstones. Bircher. Bergmann, Der Geist des 19. Jahrhunderts. Jedermanns Bücherei. Kleinberg, Grillparzer. ANuG. Scherwatzky, Geschichte der deutschen Musik seit Bach. QuM. (—.80.) Krebs, Haydn, Mozart und Beethoven. ANuG. von der Pfordten, Beethoven. WuB. Knapp, Die deutsche bildende Kunst der Romantik im Bilde. (—.60.) QuM. Der stille Garten. Deutsche Maler des 19. Jahrhunderts. (Reich ill.) Langewiesche. Stimming, Deutsche Verfassungsgeschichte vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. ANuG. Pohle, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert. ANuG. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts. Volksausgabe. Bondi. Damaschke, Geschichte der Nationalökonomie. 2 Bde. Fischer.

B. Revolution und Reaktion.

Straßenkämpfe in Berlin am 18. und 19. März 1848. BQ. Wentzcke, Die erste deutsche Nationalversammlung. (Ausgewählte Reden.) Drei Masken. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme 1. 1845—1871. Teubner. Bergsträßer, Die Verfassung des deutschen Reiches vom Jahre 1849. Marcus und Weber. Pagenstecher, Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848. Ders., Revolutionsbewegungen im Rheinlande. BQ. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I. Cotta. Bismarcks Briefe a. d. General v. Gerlach. Hrsg. von Horst Kohl. Häring. von Poschinger, Bismarck u. der Bundestag. Neun Berichte Bismarcks aus Frankfurt 1851—59. Hirzel. Hohlfeld, Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten. 1848—1927. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Ziehen, Deutsche politische Reden des 19. Jahrhunderts. (Von Fichte bis Wilhelm II.) Ehlermann. Deutsche Dichterschicksale. SchG. Chlodwig, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten I. 1848—70. Friedensburg, Aus den italienischen Unabhängigkeitskriegen 1: 1848—1849. 2. 1859—1866. BQ. Kaufmann, Die Deutschen im amerikan. Bürgerkriege. (Sezessionskrieg 1861—65.) Oldenbourg. Elwenspoek, Charlotte von Mexiko. Hädicke. Jutzi, Krupp 1812—1912. SchG. Fürst, Alfred Krupp. (10.—) Franz Schneider.

L.: Viebig, Das Eisen im Feuer. (Berlin 1840—66.) Fleischel. Berste, Schwarzrot-gold. Reißner. Rosner, Der deutsche Traum. (Wien und Österreich.) Cotta. Rüderer, Das Erwachen. Ein Münchner Roman. Müller-Guttenbrunn, Meister Jakob und seine Kinder. (Das Deutschtum in Ungarn.) Staackmann. Freytag, Soll und Haben. Hirzel. Ric. Huch, Geschichten von Garibaldi. I. Die Verteidigung Roms. Der Kampf um Rom. (Italien.) DVA. Rosegger, Die Kaisertragödie von Queretaro. (Sehr preiswert.) Hachmeister & Thal. Dr.: Freytag, Die Journalisten. Werfel, Juarez und Maximilian. Zsolnay.

D.: Weber, 1848. ANuG. Brandenburg, Die deutsche Revolution 1848. WuB. Domanovszky, Geschichte Ungarns. Rösl u. Co. L. M. Hartmann, Kurzgefaßte Geschichte Italiens (b. z. Einigung.) Perthes. Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung. Oldenbourg. Bergsträßer, Das Frankfurter Parlament u. die deutsche Gegenwart. Verlag Neuer Staat. Brandenburg, Reichsgründung. QuM. Marcks, 1848 in MuZ. Friedjung, Österreich von 1848—1866. Cotta. Precht, Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848—1850. Oldenbourg. Heilborn, Zwischen zwei Revolutionen. (1789—1848.) (Kulturhistorische Studie.) Bücherfreunde. A. Blos, Frauen aus der deutschen Revolution 1848. Kaden u. Co. Der stille Garten. Deutsche Maler des 19. Jahrhunderts. Langewiesche. Treitschke, Frankreichs Staatsleben und der Bonapartismus. Aufl. Hirzel. Schiemann, Geschichte Rußlands unter Nikolaus I. 4 Bde. Reimer. Rheindorf, Die Schwarze-Meer- (Pontus-)Frage 1856—1871. DVA f. Pol. u. Gesch. L. M. Hartmann, Hundert Jahre italienische Geschichte. 1815—1915. G. Müller. Sternfeld, Cavour. MdP. Luckwaldt, Lincoln. MdP. Geschichte der Vereinigten Staaten: Daenell, ANuG und Hoetzsch, VM.

C. Das Zeitalter der deutschen Einigung.

Über Bismarckliteratur: Singer, Bismarck in der Literatur. Konegen.

Qu.: Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. 3 Bde. Cotta. Klein, Der Kanzler. Briefe, Reden usw. (Preiswert.) Langewiesche-Brandt. Klemm, Was sagt Bismarck dazu? (Nachschlagewerk.) 2 Bde. Scherl. Schierbaum, Fürst Bismarck in Ausgewählten Reden. Velh. & Klas. Bismarck, Goldene Worte. Bismarcks Humor. Hsg. v. Gottwald. Sämtlich bei Recl. Herbert von Bismarck, Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin. Cotta. Stelling, Aus Bismarcks Familienbriefen. Cotta. Bismarck und die Nordschlesw. Frage. 1864—78. Deutsche Verlagsges. für Politik u. Geschichte. Heyderhoff-Wentzcke, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine polit. Briefsammlung. I: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung. 1859—1870. Kurt Schroeder, Kohl, Deutschlands Eini-

Oncken, Großherzog Friedrich I. von Baden u. die deutsche Politik 1854—71. DVA. Kurz, Moltke, Aufzeichnungen und Briefe. Langewiesche-Brandt. Rindfleisch, Feldbriefe 1870—71. Vandenhoeck & Ruprecht. Matthias, Meine Kriegserinnerungen. Beck. Kohl, Die Begründung des Deutschen Reiches in Briefen und Berichten. VQ. B. Weiß (berühmter Theologe), Aus neunzig Lebensjahren (1827—1916). Koehler u. Amelang.

L.: Strobl, Der wilde Bismarck. 3 Bde. Staackmann. Bleibtreu, Bismarck. 3 Bde. Bismarckverlag. Frenssen, Bismarck. Grote. Mügge, Der Vogt von Sylt. (Schleswig-Holstein.) Hesse. Goedicke, Up ewig ungedeelt. Janke. Niese, Aus dänischer Zeit. Grunow. Dose, Düppel. Hinstorff. von Meerheimb, Die verlorene Krone. (Der letzte König von Hannover.) Senfert. Liliencron, Kriegsnovellen. Schuster & Löffler. Klein, Fröschweiler Chronik. Beck. Bloem, Das eiserne Jahr. Volk wider Volk. Die Schmiede der Zukunft. Grethlein. Zola, Der Zusammenbruch. Volksausgabe. DVA.

D.: Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Volksausgabe. Oldenbourg. Brandenburg, Reichsgründung. (Auf neuesten Forschungen beruhend.) QuM. Lenz, Geschichte Bismarcks. Duncker & Humblot. Johannes Ziekursch, Polit. Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches 2 Bde. Frankfurter Sozietätsdruckerei. Schäfer, Bismarck. Hobbing. Egelhaaf, Bismarck. Cotta. Ludwig, Bismarck. Cotta. Marcks, Otto von Bismarck. Derf., Aufsätze über Bismarck in MuZ. Valentin, Bismarck. ANuG. Marcks, Kaiser Wilhelm I. Duncker & Humblot, gekürzt bei Janssen. Von demselben auch Aufsatz über Wilhelm I. in MuZ. Endres, Moltke. ANuG. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft. Cotta. Derselbe, Österreich von 1848—1866. Cotta. Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem. (Die innere Politik Österreichs von 1848 bis zum Untergange des Reiches.) Neuer Geist. Oncken, Napoleon III. und der Rhein. DVA. Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer. DVA. Dorner, Frankreichs natürl. Lebensraum und sein Machtstreben. Kellerer. Volz, Der westdeutsche Volksboden. Hirt. Stählin, Der deutsch-französische Krieg 1870—71. Derselbe, Elsaß und Lothringen im Ablauf der europäischen Geschichte. (1.50.) Winter. Oldenbourg. Rheindorf, England und der deutsch-französische Krieg 1870—71. (3.—). Schroeder. Endres, Gambetta. MdP. Frauenholz, Deutsche Kriegs- und Heeresgeschichte. Oldenbourg. von Böhm, Ludwig II., König von Bayern. Engelmann.

D. Das Zeitalter Bismarcks.

Qu.: Die Reichsverfassung von 1871. Klein, Der Kanzler. Langewiesche-Brandt. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. 3 Bde. Cotta. L. v. Ballhausen, Bismarckerinnerungen. von Eckardstein, Lebenserinnerungen. List. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst II. DVA. von Schweinitz (deutscher Botschafter in Wien von 1871—1876 und in Petersburg von 1876—1893.) Erinnerungen. Hobbing. Graf Dürckheim-Montmartin, Erinnerungen eines elsässischen Patrioten. Lutz. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme II: 1871—1912. Teubner. Heyderhoff-Wentzcke, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine polit. Briefsammlung. II: Im neuen Reich 1871—1890. Kurt Schroeder. Bergsträßer, Der polit. Katholizismus II: 1871—1914. Drei Masken. Ziehen, Deutsche politische Reden. DQ. W. v. Siemens, Lebenserinnerungen. (Gekürzt, 1.20.) Ehlermann. Hans, Marx, Lassalle und der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung. DQ. Vier Reden Bismarcks zur äußeren Politik. JB. Valentin, Bismarcks Außenpolitik von 1871—1890. DVA f. Pol. u. Gesch. Die große Politik der europäischen Kabinette. 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. 39 Bde. Deutsche Verlagsges. f. Politik u. Geschichte. Peters, Wie Deutsch-Ostafrika entstand. VQ.

L.: Stegemann, Die Krafft von Ulzach. (Elsaß während u. nach 1870—71.)

Volk ohne Raum. (Schicksale eines deutschen Auswanderers.) Langen. L. Braun, Memoiren einer Sozialistin. Langen.

D.: Hartung, Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden b. z. Vertrag von Versailles. K. Schroeder. Hohlfeld, Geschichte des Deutschen Reiches. 1871-1924. Hirzel. S. auch Abschnitt A. Stählin, Die Geschichte Elsaß-Lothringens. Oldenbourg. Albers, Reichstag und Außenpolitik. 1871—1879. (6.—) Ebering. Naumann, Die politischen Parteien. Die Hilfe. Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien. Bensheimer. Kronthal, Dr. Karl Marcinkowski. (M. begründete 1871 in Posen eine Organisation zur Bekämpfung des Deutschtums in der Ostmark.) Priebatsch. Kaindl, Polen ANuG. Brandenburger-Laubert, Polnische Geschichte. (1.50) de Gruyter. Hüsgen, Ludwig Windthorst. (6.—) Bachem. Philippovich, Die Entwicklung der wirtschaftlichen Ideen im 19. Jahrhundert. (Kurz und gut.) Mohr. Weber, Die Großstadt. WuB. Oncken, Lassalle. VB. Maier, Sozialistische Bewegung und Theorien. ANuG. Herkner, Die Arbeiterfrage. de Gruyter. Heyde, Abriß der Sozialpolitik. WuB. Sombart, Der proletarische Sozialismus. G. Fischer. Muckle, Die großen Sozialisten. ANuG. Wilbrandt, Karl Marx. ANuG. Liefmann, Geschichte und Kritik des Sozialismus. QuM. Vorländer, Geschichte der sozialistischen Ideen. Jedermanns Bücherei. Striemer, Der Industriearbeiter. Jedermanns Bücherei. S. auch Abschnitt E. Plehn, Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung. Oldenbourg. Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa. Perthes. Harms (Journalist), Vier Jahrzehnte Reichspolitik 1878—1918. QuM. Windelband, Grundzüge der Außenpolitik seit 1871. Zentralverlag. Becker, Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. I: Bismarcks Bündnispolitik. Heymann. Noack, Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls QuM. Kühn, Der Nationalismus im Leben der dritten Republik. Paetel. Brandenburg, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1871. (Vortrag.) Heymann. Roepke, Von Gambetta bis Clémenceau. DVA. Clauß, Das politische Frankreich vor dem Kriege. Braun. Hoetzsch, Rußland. Reimer. Hettner, Rußland. Teubner. Luther, Rußland ANuG. von Hedenström, Geschichte Rußlands 1878—1918. DVA. von Korostowetz (russ. Edelmann), Neue Väter — neue Söhne I: Drei russ. Generationen. (Das Rußland der Vorkriegszeit.) Verlag für Kulturpolitik. Zimmermann, Geschichte der deutschen Kolonialpolitik. Mittler. Zache, Das Kolonialbuch. (Aufsätze von Solf, Peters, Dominik, Frobenius, Lindequist, Liebert u. a.) Andermann. Heilborn, Die deutschen Kolonien. ANuG. Weber, Carl Peters. Franz Schneider. Hoeniger, Das Deutschtum im Auslande. ANuG.

E. Das Zeitalter des Imperialismus.

Qu.: Stoll, Das Zeitalter des Imperialismus bis zum Weltkrieg. DQ. Viktoria, Königin von England. Briefwechsel und Tagebuchblätter. Hrsg. v. Buckle, Übers. von Lennox. I: 1862—69. II: 1870—78. Siegismund. Schwertfeger, Die diplomat. Akten des Auswärtigen Amtes. Velhagen und Klasing. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen III. Cotta. Wilhelm II., Aus meinem Leben. 1859—1888. Koehler. Derselbe, Ereignisse und Gestalten. Koehler. Wilhelms II. Reden. Recl. Eyck, Die Monarchie Wilhelms II. Ullstein. Goetz, Briefe Wilhelms II. an den Zaren. 1894—1914. Ullstein. Schulgin, Memoiren aus der russischen Revolution 1905—17. Ost-Europa. Reden Bismarcks nach dem Ausscheiden aus dem Amte. JB. Bülows Reden. Recl. Hammann, Um den Kaiser. Hobbing. von Zedlitz-Trützschler, Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof. DVA. E. Jaeger, Erinnerungen a. d. wilhelmin. Zeit. (1.80.) Haas & Grabherr. B. Weiß, (berühmter Theologe), Aus neunzig Lebensjahren (1827—1916). Koehler & Amelang. H. Ehrhardt, Hammerschläge. Siebzig Jahre deutscher Arbeiter u. Erfinder. Koehler. Bebel, Aus meinem Leben. 3 Bde. Dietz.

L.: Eyth, Hinter Pflug und Schraubstock. DVA. Linberg, Der Vagant. Novelle. (Wandervogelbewegung.) Hans Ruhe. Frenssen, Peter Moors Fahrt

D.: Cartellieri, Grundzüge der Weltgeschichte. Dyk. Opitz, Völkergeschichte werdend und wirkend. Voigtländer. (Beide kurz und gut.) Egelhaaf, Geschichte der neuesten Zeit. Krabbe. Friedjung, Im Zeitalter des Imperialismus 1884 bis 1914. Neufeld & Henius. Salomon, Der britische Imperialismus. Teubner. Derſ., Engliſche Geſchichte. Köhler. Maurois, Benjamin Disraeli, Lord Beaconsfield. S. Fiſcher. Rieß, Engliſche Geſchichte, hauptſächlich in neueſter Zeit. Nauck und Jüngling. Hettner, Englands Weltherrſchaft. Teubner. Meinecke, Geſchichte des deutſch-engliſchen Bündnisproblems. Oldenbourg. Schüßler, Bismarcks Sturz. QuM. Brandenburg, Von Bismarck bis zum Weltkriege. DVA. f. Politik und Geſchichte. Herre, Weltgeſchichte der neueſten Zeit 1890—1925. Ullſtein. Hammann, Deutſche Weltpolitik. 1890—1912. Hobbing. Valentin, Deutſchlands Außenpolitik 1890—1918. Verlagsgeſ. f. Pol. u. Geſch. Stieve, Deutſchland und Europa 1890—1914 (4.—) Verlag f. Kulturpolitik. Wirth, Der Kampf um Marokko. Einhorn. Mohr, Frankreich und Marokko. Mittler & Sohn. Spickernagel, Fürſt Bülow. Alſterverlag. Haller, Die Aera Bülow. Cotta. Koerlin, Zur Vorgeſchichte des ruſſiſch-franzöſiſchen Bündniſſes. Mitteldeutſche Verlags-A. G. Donner, Die Vorgeſchichte des Weltkrieges. 1870—1914. Dtſch. Verlagsgeſ. f. Pol. u. Geſch. Sombart, Die deutſche Volkswirtſchaft im 19. Jahrhundert. Bondi. Obſt, Volkswirtſchaftslehre (8.—) Poeſchel. Stahl, Einführung in die Volkswirtſchaftslehre. (Kurz und gut!) Hirt. Haſſert, Das Wirtſchaftsleben Deutſchlands. WuB. Schöler, Helden der Arbeit. (Lebensbeſchreibungen von Ballin, Borſig, Krupp u. a.) QuM. Fürſt, Zeppelin. Franz Schneider. Stubmann, Ballin. Leben und Werk eines deutſchen Grafen Reeders. Klemm. Heuß, Friedrich Naumann. Franz Schneider. Zur „Arbeiterfrage“ ſ. oben Abſchnitt D. Ellen Key, Die Frauenbewegung. Rütten & Loening. Helene Lange, Die Frauenbewegung. WuB. Bernays, Die deutſche Frauenbewegung. ANuG. Baeumer, Die Frauenbewegung. Moeſer. von Zahn-Harnack, Die arbeitende Frau. Jedermanns Bücherei. Walzel, Die deutſche Dichtung ſeit Goethes Tod. Askaniſcher Verlag. Sulger-Gebing, Gerhart Hauptmann. ANuG. Deutſche Bildhauer um 1900. Von Hildebrand bis Lehmbruck. Bauten der Arbeit und des Verkehrs. Langewieſche. Herrle, Die Jugendbewegung. Perthes. Schlemmer, Der Geiſt der Jugendbewegung. Röſl & Co. Stählin, Der Lebensſtil. Diederichs. Kjellen (Prof. in Gotenburg), Die Großmächte der Gegenwart. Teubner. Daenell, Geſchichte der Vereinigten Staaten von Amerika. ANuG. Haushofer, Japan und die Japaner. Teubner. Derſ., Geopolitik des Pazifiſchen Ozeans. Bowinckel. Rathgen, Die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan. (Vortrag.) Heymann. Kimpen, Die Ausbreitungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. DVA. Rieß, Fürſt Ito. MdP. Menz, Flutwende. Entwicklung der Beziehungen Chinas in den letzten 100 Jahren. (8.—) Hinrichs. Becker, Bismarck und die Einkreiſung Deutſchlands. II: Das franzöſiſch-ruſſiſche Bündnis. Heymann. Galſter, England, deutſche Flotte und Weltpolitik. Scheible. Lamprecht, Zur jüngſten Vergangenheit. (1912.) Weidmann.

F. Der Weltkrieg von 1914—18.

Qu.: Goos, Das Wiener Kabinett u. d. Entſtehung des Weltkrieges. Seidel. Die britiſchen amtlichen Dokumente über den Urſprung des Weltkrieges. Deutſche Ausgabe von Lutz. Bd. 11/12: Der Ausbruch des Krieges 28. Juni bis 4. Auguſt 1914. Hrsg. von J. P. Headlam-Morley. Deutſche Verlagsgeſ. f. Politik u. Geſchichte. von Bethmann-Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege. 3 Bde. Hobbing. Derſ., Kriegsreden. SchG. Helfferich, Der Weltkrieg. 3 Bde. Ullſtein. Tirpitz, Erinnerungen. (3.50.) Koehler. Derſ., Politiſche Dokumente. Der Aufbau der deutſchen Wehrmacht. Cotta. Hindenburg, Aus meinem Leben. Hirzel. Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914—18. Mittler. Nowak, Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. 2 Bde. Verlag f. Kulturpolitik. von Hauſen, Erinnerungen an den Marnefeldzug. von Francois, Gorlice 1915. von Loßberg

Der deutſche Sieg vor dem Skagerrak. Sämtlich bei Koehler. Kannengießer, Gallipoli (Erlebniſſe eines deutſchen Generals während der Dardanellenkämpfe.) Schlieffen. Lettow-Vorbeck, Erinnerungen aus Oſtafrika. Koehler. Schnee, Deutſch-Oſtafrika im Weltkriege. QuM. von Dickhuth-Harrach, Im Felde unbeſiegt. Der Weltkrieg in 24 Einzeldarſtellungen. 2 Bde. Enthält Aufſätze von Ludendorff (Lüttich), Hindenburg (Tannenberg), Liman von Sanders (Gallipoli), Förſter (Skagerrak), Richthofen, Lettow-Vorbeck (Oſtafrika), Mackenſen (Eindrücke des Weltkrieges), Baumgarten-Cruſius (Ypern), Graf Dohna (Fahrten der Möve) u. a. J. F. Lehmann. E. von Mantey, Auf See unbeſiegt. Erlebniſſe im Seekrieg, erzählt von Mitkämpfern. 64 Einzeldarſtellungen von Admiral Souchon (Durchbruch der „Goeben“ und „Breslau“), Prinz Heinrich v. Preußen (Vorſtoß des „Blücher“), Meyer-Waldeck (Belagerung von Tſingtau), Prinz Sigismund v. Preußen (Erlebniſſe auf „U 35“), Boehmer (Scapa Flow), Tirpitz (Untergang der „Mainz“), Schön (Weddigens erſter Sieg mit „U 9“), Leuß (Graf Spee) u. a. J. F. Lehmann. Derſelbe, Unſere Marine im Weltkriege. Vaterländiſcher Verlag C. A. Weller. — In der Luft unbeſiegt. Erlebniſſe im Weltkrieg, erzählt von Luftkämpfern. 50 Einzeldarſtellungen. J. F. Lehmann. von Hötzendorff, Aus meiner Dienſtzeit 1906—1918. 4 Bde. Nicola. Müller-Guttenbrunn, Völkerkrieg. Öſterreichiſche Eindrücke und Stimmungen. Moſer. Sven Hedin, Ein Volk in Waffen. Brockhaus. Witkop, Kriegsbriefe gefallener Studenten. Teubner. Jünger, In Stahlgewittern. Mittler. Derſ., Das Wäldchen 125. Ebda. Flex, Briefe. Beck. Rotheit, Kennworte des Weltkrieges (Quellenmaterial von 1914—16.) Ullſtein. Richter, Aus der Liller Kriegszeitung. Velh. & Klaſ. Schulausgaben. Paléologue, Am Zarenhofe während des Weltkrieges. Bruckmann. Figner, Nacht über Rußland. Lebenserinnerungen. Malik. Freund, Rußlands Friedens- und Handelsverträge 1918—23. Mit Einleitung von Heilborn, Teubner. Drahn-Leonhard, Unterirdiſche Literatur im revolutionären Deutſchland während des Krieges. Geſellſchaft und Erziehung. Vier Kundgebungen des Präſidenten Wilſon. Hobbing. Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente. DVA. Noske, Von Kiel bis Kapp. Verlag f. Politik und Wirtſchaft. Scheidemann, Der Zuſammenbruch. Verlag f. Sozialwiſſenſchaft. von Reuter, Scapa Flow. Koehler. Maercker, Vom Kaiſerheer zur Reichswehr. Koehler. Seeckt, Gedanken eines Soldaten. Verlag für Kulturpolitik. Deutſch, Wehrmacht und Sozialdemokratie. Dietz. Roſenbaum, Der Vertrag von Verſailles. Recl. Wilſon, Memoiren u. Dokumente über den Vertrag von Verſailles. Liſt. Fried, Der Völkerbund. (Aufſätze vom Grafen Montgelas, Erzberger, Rooſevelt, Wilſon u. a.) Tal u. Co. Lammaſch, Wilſons Friedensplan (Briefe, Reden, Schriften von 1913—1919.) Tal u. Co. Hohmann, Völkerbundsgedanke und Völkerbund. DQ.

L.: M. L. Becker, Brandherd Paris. (Die franzöſiſche Revanchehetze als Kriegsurſache.) Seyfert. Flex, Der Wanderer zwiſchen beiden Welten. Beck. Bloem, Vormarſch. Grethlein. Derſ., Weltgericht. Ebda. Barbuſſe, Le feu. Dtſche. Überſ. Raſcher. Heſſe, Sinclairs Notizbuch. R. G. Binding, Aus dem Kriege. Rütten u. Loening. Pache, Der Weltkrieg im deutſchen Gedicht. DQ. Gorki, Das Werk der Artamonows. (Ruſſiſches Unternehmertum.) Malik. Sſerafimowitſch, Der eiſerne Strom. Roman aus der ruſſiſchen Revolution 1917. Neuer Deutſcher Verlag. Kuhls, Machabino. Sozialer Roman a. d. ruſſ. Volksleben. (Der Alkoholismus in Rußland.) Neuland. Wohlbrück, Die Frau des Schullehrers Tarnow. (Der Bolſchewismus in Rußland.) Hackebeil. Dr.: Raynal, Das Grabmal des unbekannten Soldaten. Deutſch von H. von Gerlach. (2.50) Heitz.

D.: Frauenholz, Überblick über die Geſchichte des Weltkriegs. (4.—.) Oldenbourg. Der Weltkrieg 1914—1918. (Das Generalſtabswerk!) Bis jetzt 4 Bde. (Bis zum Abſchluß der Marneſchlacht.) Mittler & Sohn. Jagow, Die Daten des Weltkrieges (bis Ende 1921). Koehler. Stegemann, Geſchichte des Krieges. DVA. Volkmann, Der Große Krieg 1914—1918. Kurzgefaßte Darſtellung auf Grund der amtl. Quellen des Reichsarchivs. Hobbing. Schlachten des Weltkrieges.

der Weltkrieg. 3 Bde. 1. Die deutsche Westoffensive bis zur Marneschlacht. 2. Die Ostoffensive in Galizien u. Rußland. 3. Verdun 1916. Der Feldherr Ludendorff. Die große Schlacht in Frankreich v. 21. 3. — 4. 4. 1918. Mittler. Kjellen, Die Großmächte der Gegenwart (bis 1914). Teubner. Derſ., Die Großmächte u. die Weltkriſe. Teubner. Derſ., Die Ideen von 1914. Teubner. Lenz, Deutſchland im Kreis der Großmächte 1871—1914. Deutſche Verlagsgeſellſchaft f. Politik u. Geſchichte. (2.—.) Meinecke, Die Probleme des Weltkrieges. Oldenbourg. Brentano, Die Urheber des Weltkrieges. Drei Masken. Stieve, Iswolski u. d. Weltkrieg. Deutſche Verlagsanſtalt f. Politik u. Geſchichte. Derſelbe, Iwolski im Weltkriege. Ebda. Bitterauf, Die deutſche Politik und die Entſtehung des Weltkrieges. Beck. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsſchuldfrage. de Grunter. Karo, Grundzüge der Kriegsſchuldfrage. (1.50.) Süddeutſche Monatshefte. Huber, Die franzöſ. Propaganda im Weltkrieg gegen Deutſchland 1914—18. Pfeiffer. Schnee, Die Weltpolitik vor, in und nach dem Kriege. QuM. Drei Aufſätze von Marcks: Wo ſtehen wir? Die politiſchen, ſittlichen und kulturellen Zuſammenhänge unſeres Krieges. Der Imperialismus und der Weltkrieg. Deutſche Geſchichte u. deutſche Zukunft. MuZ. Oncken, Die weltgeſchichtl. Probleme des großen Krieges. Heymann. B. Naumann, Profile. (Aufſätze über Hertling, Kiderlen, Vollmar, Ludwig III. von Bayern, Kronprinz Wilhelm, Kronprinz Rupprecht, Tisza, Berchtold, Burian, Kardinal Bettinger u. a.) Duncker u. Humblot. Eppſtein-François, Der deutſche Kronprinz. 2 Bde. Koch. Avenarius, Das Bild als Verleumder. Callwey. Anton, Die Lügenpreſſe. Zehrfeld. Jünger, Der Kampf als inneres Erlebnis. Mittler. Hefele, Zur Pſychologie der Etappe. Diederichs. Gold, Die Tragödie von Verdun 1916. I: Die deutſche Offenſivſchlacht. Stalling. Schauwecker, So war der Krieg. Ill. Frundsbergverl. Frantz, Rußland auf dem Wege zur Kataſtrophe. Tagebücher des Großfürſten Andrej Wladimirowitſch und des Kriegsminiſters Paliwanow, Briefe des Großfürſten an den Zaren. Verlagsgeſ. f. Politik u. Geſchichte. Platonow, Geſchichte Rußlands vom Beginn bis zur Jetztzeit. QuM. von Hedenſtröm, Geſchichte Rußlands 1878—1918. DVA. Martow, Geſchichte der ruſſ. Sozialdemokratie. Dietz. Köhler, Die ruſſ. Induſtriearbeiterſchaft von 1905—1917. Fuckner, Die ruſſ. Genoſſenſchaftsbewegung 1865—1921. Beides bei Teubner. von Freytagh-Loringhoven, Geſchichte der ruſſ. Revolution. J. F. Lehmann. Haaſe, Die religiöſe Pſyche d. ruſſ. Volkes. Teubner. Sering, Weſtrußland in ſeiner Bedeutung f. d. Entwicklung Mitteleuropas. Teubner. Blum, Ruſſiſche Köpfe. (Kerenski, Lenin, Trotzki, Radek, Sinowjew u. a.) Franz Schneider. Bykow, Das Ende des Zarengeſchlechtes. Auf Grund unveröffentlichter Dokumente. Münzenberg. Poliakoff, Die Tragödie einer Kaiſerin. Lebensgeſchichte der Zarin Alexandra von Rußland. Brückmann. Simanowitſch, Rasputin. Henſel. A. Iden-Zeller, Der Weg der Tränen. (Sibirien 1913—1924.) Recl. von Rimſcha, Der ruſſiſche Bürgerkrieg und die ruſſiſche Emigration 1917—21. Frommann. Vorländer, Von Machiavell bis Lenin. QuM. Wiedenfeld, Lenin und ſein Werk. Wieland. Derſ., Rußland in der Weltwirtſchaft. QuM. Schleſinger, Das bolſchewiſtiſche Rußland. Jedermanns Bücherei. Gumbel, Vom Rußland der Gegenwart. Laub. Stalin, Probleme des Leninismus. Verlag der Literatur und Politik. Spickernagel, Der Kardinalfehler unſrer Politik. Staatspolitiſcher Verlag. Max Hoffmann (Generalſtäbler), Der Krieg der verpaßten Gelegenheiten. Verlag f. Kulturpolitik. Nowack, Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. 2 Bde. Verlag für Kulturpolitik. Kritik des Weltkrieges. Von einem Generalſtäbler. Koehler. von Freytagh-Loringhoven, Heerführung im Weltkriege. Mittler. Roloff, Die Bilanz des Weltkrieges. Langewieſche. Niemann, Kaiſer u. Revolution. Scherl. Philipp, Die Urſachen des deutſchen militär. Zuſammenbruchs. Brunnenverlag. (1.—.) von Wrisberg, Der Weg zur Revolution 1914—18. Koehler. Parpert, Die deutſche Revolution im Kulturſpiegel der Preſſe. Engelhard. Meinecke, Nach der Revolution. Oldenbourg. Steinhauſen, Der polit. Niedergang Deutſchlands in ſeinen tieferen

Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. Frankfurter Sozietätsdruckerei. Jagow, Unter dem Joch von Verſailles. Elsner. Marcks, Verſklavung. MuZ. Oncken, Weltgeſchichte u. Verſailler Friede. Werner u. Winter. Stegemann, Das Trugbild von Verſailles. DVA. von Brockdorff-Rantzau, Dokumente u. Gedanken um Verſailles. Verlag f. Kulturpolitik. Tießen, Verſailles u. Fortſetzung. Bowinkel. von Freytagh-Loringhoven, Deutſchland u. der Völkerbund. J. F. Lehmann. J. M. Keynes (Engländer), Die wirtſchaftlichen Folgen des Friedensvertrages. Duncker u. Humblot. Nitti (ehem. italieniſcher Miniſterpräſident), Das friedloſe Europa. G. Ferrero, Die Tragödie des Friedens. Frommann. Fabre-Luce, Der Sieg. Frankf. Sozietätsdruckerei. A. Ebray (Franzoſe), Der unſaubere Friede. Verlag f. Kulturpolitik. Demartial (Franzoſe), Mobilmachung der Gewiſſen. Überſ. von Gräfin Harach. (Bekämpft mannhaft die innere Verlogenheit des „neuen Europas", beſonders die Kriegslügen der Entente.) Hobbing. Schulte, Frankreich u. das linke Rheinufer. DVA. Stegemann, Der Kampf um den Rhein. DVA. Oncken, Die hiſtoriſche Rheinpolitik der Franzoſen. Perthes. Wentzcke, Rheinkampf. (Bis 1924.) Bowinckel. Linnebach, Die gerechte Grenze im Weſten. 42 Karten mit Text. Rheiniſcher Beobachter. Krämer, Le Génie du Rhin. (Über dieſes Thema äußern ſich Victor Hugo, Alfred de Muſſet, Romain Rolland, Henry Bordeaux.) Dieſterweg. S. auch die unter H aufgeführte Literatur. Mahr von Hauff, Deutſche im Ausland. (Aufſätze.) Hirt. D. Schäfer, Deutſchtum u. Ausland. Koehler. Boelitz, Das Grenz- und Auslandsdeutſchtum. Oldenbourg. M. H. Boehm, Die deutſchen Grenzlande. Bretholz, Abriß der Geſchichte Öſterreich-Ungarns. Oldenbourg. Schreyvogl, Öſterreich, Das deutſche Problem. Bachem. Sölch, Die Brennergrenze eine natürliche Grenze? (Beides bei „Lautenſach, Geopolitik".) DQ. Herre, Die Südtiroler Frage. (12.—.) Beck. Domanovszky, Geſchichte Ungarns. Rösl & Cie. Kaindl, Böhmen. AMuG. Bretholz, Geſchichte Böhmens und Mährens. Sollors Nachf. Haſſinger, Die Tſchechoſlowakei. (Größeres Werk.) Rikola. Brandenburger-Laubert, Polniſche Geſchichte. (1,50.) de Grunter. Kaindl, Polen. AMuG. Kronthal, Dr. Karl Marcinkowski. (Bekämpfer des Deutſchtums in der Oſtmark.) Priebatſch. Recke, Die polniſche Frage als Problem der europäiſchen Politik. Stilke. Volz, Oberſchleſien und die oberſchleſiſche Frage. Hirt. Braun, Polen. Liſt und von Breſſensdorf. Tornius, Die baltiſchen Provinzen. AMuG. Rudnytzkyj, Ukraina. Land und Leute. Verlag d. Bundes z. Befreiung d. Ukraine. Schneefuß, Italieniſche Geſchichte. (1.50.) de Grunter. L. M. Hartmann, Hundert Jahre italieniſche Geſchichte. 1815—1915. G. Müller. Kjellen, Die angelſächſiſchen Großmächte nach dem Weltkriege. Obſt, England, Europa und die Welt. Bowinckel. S. auch unter E die Veröffentlichungen von Salomon und Rieß.

G. Die Weimarer Verfaſſung.

Qu.: M. Die Weimarer Reichsverfaſſung vom 11. Auguſt 1919. Die Reichsverfaſſung vom 11. Auguſt 1919 nebſt Ergänzungsgeſetzen. Recl. Die preußiſche Verfaſſung vom 30. 11. 1920. Recl. Salomon, Die deutſchen Parteiprogramme III: 1918—1920. Teubner. F. Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Hrsg. von F. Ebert jun.; dazu ein Lebensbild d. erſten Reichspräſidenten von Kampffmeyer. 2. Bde. Reißner. Rathenau, Briefe. Reißner. Stresemann, Reden und Schriften. Politik, Geſchichte, Literatur. 1897—1926. 2. Bde. Reißner. Richter, Leſebuch zur ſtaatsbürgerlichen Erziehung. (Aufſätze von Bluntſchli, Harnack, Paulſen, Wundt u. a. —.90.) Velhagen u. Klaſing.

D.: Anſchütz, Kommentar der Reichsverfaſſung Stilke. Bühler, Die neue Reichsverfaſſung. AMuG. Venator, Unitarismus und Föderalismus im deutſchen Verfaſſungsleben mit beſonderer Berückſichtigung der Verfaſſung von 1919. Vereinigung wiſſenſchaftl. Verleger. Joh. Haller, Bundesſtaat oder Einheits-

Sieben Stäbe. Otto Braun, Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem? (1,50.) Heymann. Heuß, Die neue Demokratie. Sigismund. Bröger, Deutsche Republik. Dietz. Marcks, Das deutsche Reich von 1871—1921. MuZ. Wittmayer, Demokratie und Parlamentarismus. Jedermanns Bücherei. Koellreutter, Die politischen Parteien im modernen Staate. Jedermanns Bücherei. Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien. (3.—.) Bensheimer. Federn-Kohlhaas, Walther Rathenau. Reißner. R. von Rheinbaben, Stresemann. Reißner. Schröter-Feldmann, Der deutsche Staatsbürger. (Unterrichtet ausgezeichnet über Verfassung des Reiches, der Länder und Gemeinden, polit. Parteien u. Presse, Reichswehr, Rechtspflege, Staat u. Kirche, Bildung u. Schule, Wirtschaftspflege, Völkerrecht usw. (9.50.) Metzler. Oncken, Aber die Zusammenhänge zwischen innerer und äußerer Politik. (Billig) Teubner. Vierkandt, Staat und Gesellschaft in der Gegenwart. WuB. Weber, Die Krise des modernen Parteigedankens in Europa. DVA. Montgelas, Zeitenwende. (5.—.) Bachem. Rohan, Die Aufgabe unserer Generation. (2.—.) Bachem.

H. Nach dem Weltkriege.

Qu.: Niemeyer, Jahrbuch des Völkerrechts. Bd. IX. Verträge von 1919—1926. (Wichtiges Quellenmaterial zur Geschichte des Völkerbundes.) Verlag d. Inst. f. Internat. Recht a. d. Univ. Kiel. Hohmann, Völkerbundsgedanke und Völkerbund. DQ. Krämer, Le Génie du Rhin. (Aber dieses Thema äußern sich V. Hugo, A. de Musset, R. Rolland, H. Bordeaux.) Diesterweg. Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Hrsg. v. F. Ebert jun. Mit einem Lebensbild d. ersten Reichspräsidenten von Kampffmeyer. 2 Bde. Reißner. Stresemann, Reden und Schriften. Politik, Geschichte, Literatur. 1897—1926. 2 Bde. Reißner. Freund, Rußlands Friedens- und Handelsverträge 1918—23. M. Einltg. v. Heilborn. Teubner.

L.: Steguweit, Der Soldat Lukas. (Nachkriegszeit.) Bühnenvolksbundverlag. Herwig, Sankt Sebastian vom Wedding. (Großstadtunruhen der Nachkriegszeit.) Kösel und Pustet. Bloem, Das verlorene Vaterland. Grethlein. Redelsperger, Besetztes Land. (Erlebnisse eines Elsässers im Dienste der Rheinlandkommission.) (3.50.) Verlag f. Kulturpolitik. Eulenberg, Um den Rhein. Spaeth. H. F. Blunck, Die Weibsmühle. (Auswandererroman.) Diederichs. H. L. Rosegger, Zentralbank A. G. (Die Inflation in Österreich.) Antaios. Ertl, Im Haus zum Seidenbaum. Roman. (Österreich nach dem Weltkrieg.) Staackmann. Wohlbrück, Die Frau des Schullehrers Tarnow. (Der russ. Bolschewismus.) Hackebeil. Gladkow, Zement. (Rußland nach dem Bürgerkrieg.) Verlag für Literatur und Politik.

D.: Jagow, Unter dem Joch von Versailles. Elsner. Marcks, Versklavung. MuZ. Stegemann, Das Trugbild von Versailles. DVA. Rantzau, Dokumente u. Gedanken um Versailles. Verlag f. Kulturpolitik. Tiessen, Versailles u. Fortsetzung. Bowinckel. W. von Rheinbaben, Von Versailles zur Freiheit. Weg und Ziel der deutschen Außenpolitik. Hanseat. Verlagsanstalt. von Freytagh-Loringhoven, Deutschland u. d. Völkerbund. J. F. Lehmann. Heile, Nationalstaat und Völkerbund. Meyer. Stengel, Deutschland, Frankreich und der Rhein. (1.50.) Beyer & Söhne. Wentzcke, Frankreichs Ringen um Rhein und Ruhr. Schriftenreihe (12 Hefte, je —.50.) Trowitzsch. Schulte, Frankreich u. d. linke Rheinufer. DVA. Derselbe, Grundzüge der Geschichte der Rheinprovinz 925—1925 (—.75.) Schroeder. Wentzcke, Tausend Jahre Rheinland im Reich. Bowinckel. Giersberg, Die Saarlüge. Saarverein. Stegemann, Der Kampf um den Rhein. DVA. Oncken, Die histor. Rheinpolitik d. Franzosen. Perthes. Wentzcke, Rheinkampf. (Bis 1924.) Bowinckel. Linnebach, Die gerechte Grenze im Westen. Karten m. Text. Rhein. Beobachter. Derf., Deutsche u. franz. Okkupationsmethoden 1871 bis 73; 1920—? ebda. Solemacher, Die abgetretenen u. besetzten Gebiete im deutschen Westen. Tatsachen u. Zahlen. ebda. E. Meyer, Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen. Aschendorff. Pohl, Die elsaß-

lothringische Frage. Enke. Fittbogen, Die franz. Schulen im Saargebiet. ebda. Linnebach-Montgelas, Die Sicherheitsfrage. Dokumentarisches Material. ebda. Göring, Die Großmächte u. d. Rheinfrage i. d. letzten Jahrhunderten. ebda. Pechel, Franz. Rheinpolitik in amerikanischer Beleuchtung. ebda. Briand, Frankreich und Deutschland. Einleitung von Stresemann. Reißner. Hartmann, Frankreichs Militarismus am Rhein im Lichte franz. Kritik. ebda. Mehner, Europas Kapital u. Arbeit nach dem Kriege. (Aufsatz.) Diederichs. Pinner, Deutsche Wirtschaftsführer. Weltbühne. Dalberg, Deutsche Währungs- und Kreditpolitik 1923—26. Hobbing. — Keynes (Engländer), Die Revision d. Friedensvertrages. Duncker u. Humblot. Ferrero, Die Tragödie des Friedens, Frommann. Fabre-Luce, Der Sieg. Frankf. Sozietätsdruckerei. Ebray, Der unsaubre Friede. Verlag f. Kulturpolitik. Demartial, Mobilmachung der Gewissen. (Gegen die innere Verlogenheit des „neuen Europas" u. d. Kriegslügen d. Entente.) Hobbing. Barnes, Die Entstehung des Weltkrieges. DVA. Vogel, Das neue Europa. Schroeder. Grothe, Staaten u. Völker n. d. Weltkrieg. Ehrig. Nitti (ehem. it. Ministerpräsident), Das friedlose Europa. Boehm, Europa irredenta. Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart. Verlag f. Politik u. Wirtschaft. Grunwald, Das Recht d. nationalen Minderheiten u. d. Völkerbund. (1.20). Volksverein. Domanovszky, Geschichte Ungarns. Rösl & Cie. Bretholz, Abriß d. Geschichte Österreich-Ungarns. Oldenbourg. Schreyvogl, Österreich, das deutsche Problem. Bachem. Kaindl, Böhmen. ANuG. Bretholz, Geschichte Böhmens und Mährens. Sollors Nachf. Hassinger, Die Tschechoslowakei. (Größ. Werk.) Rikola. Strobl, Die Tschechen. Zellenbücherei. E. Lehmann, Der Sudetendeutsche. (4.50.) Der weiße Ritter. Kaindl, Polen ANuG. Brandenburger-Laubert, Polnische Geschichte. (1.50.) de Gruyter. Kronthal, Dr. Karl Marcinkowski. (Bekämpfer des Deutschtums i. d. Ostmark.) Priebatsch. Harich, Das Ostproblem. (3.—) Beck. Volz (Geograph), Der ostdeutsche Volksboden. (Sammlung von Aufsätzen über Ostfragen.) Hirth. Tornius, Die baltischen Provinzen. ANuG. Drews, Die lettische Revolution und das Baltentum. Jonck und Poliewsky. Schy-Bergson. Politische Geschichte Finnlands. 1809—1919. Perthes. von Taysen, Das jugoslawische Problem. Mittler. Schneefuß, Italienische Geschichte. (1.50.) de Gruyter. L. Bernhard, Das System Mussolini. Scherl. Sarfatti, Mussolini. Paul List. Nitti (ehem. it. Ministerpräsident), Bolschewismus, Fascismus und Demokratie. Hanfstaengl. Don Luigi Sturzo (Führer d. it. Popolari, d. h. Demokraten; lebt als Flüchtling im Auslande), Italien und der Faschismus. (Ablehnung des F. als „Reaktion".) Deutsch von L. und A. Dempfe. Gilde. Schüßler, Österreich und das deutsche Schicksal. QuM. Laun, Deutsch-Österreich im Versailler Friedensvertrag. Vahlen. Sölch, Die Brennergrenze, eine natürliche Grenze? (Bei „Lautensach, Geopolitik".) DQ. Herre, Die Südtiroler Frage. (12.—.) Beck. — Menz, Flutwende. Entwicklung der Beziehungen Chinas zum Abendlande i. d letzten 100 Jahren. (8.—.) Hinrichs. Reinhard (Mitglied d. Schweizer Nationalrats), Die imperialistische Politik im fernen Osten. (China, Japan und die USA.) Bircher. Haushofer, Japan und die Japaner. Teubner. F. W. P. Lehmann, Japan. Jedermanns Bücherei. Haushofer, Das japan. Erdbeben u. f. polit. Folgen. (Bei „Lautensach, Geopolitik".) DQ. — Kjellen, Die angelsächs. Großmächte nach dem Weltkriege. ebda. Neuling, Die Stellung der drei großen Dominien im Britischen Reiche nach dem Kriege. (4.—.) de Gruyter. Sering, Westrußland in seiner Bedeutung f. d. Entwicklung Mitteleuropas. Teubner. S. auch die unter F angeführte Literatur über Rußland. Obst, England, Europa und die Welt. Bowinckel. S. auch unter E die Veröffentlichungen von Salomon, Hettner u. Rieß.

Zur Vorbereitung auf die Reifeprüfung:

Pinnow-Kappert-Berger

Deutsche Geschichte in Längsschnitten

Mit 44 Textskizzen, 48 Abbildungen auf 24 Tafeln und 1 Karte
Geb. *RM* 3.40 *[Best.-Nr. 5149]*

Das vorliegende Buch macht den Versuch, die Gesamtentwicklung des deutschen Volkes in der Form von Längsschnitten durch die wichtigsten Gebiete der Geschichte vorzuführen. Über die Bedeutung der Längsschnitte braucht heute nichts mehr gesagt zu werden, sie finden ja auch vielfach in den Prüfungen Anwendung; dem Bedürfnisse nach einer derartigen Betrachtung suchen die Lehrbücher für die einzelnen Klassenstufen in verschiedener Weise zu dienen. Dennoch dürfte auch ein zusammenfassendes Buch dieser Art der höheren Schule Dienste leisten können. Nicht immer ergibt die Zusammenstellung des in den Lehrbüchern gebotenen Stoffes ein hinreichend vollständiges Bild. Oft fehlt es an graphischen Darstellungen, an sachgemäß ausgewählten Abbildungen in einwandfreier Wiedergabe, an synchronistischen Zeittafeln. Zuweilen entsteht der Wunsch, einzelnen fortgeschrittenen Schülern oder den Arbeitsgemeinschaften der Schüler ein Buch in die Hand zu geben, das in schlichtester Darstellung einen reichhaltigeren und schwierigeren Stoff bietet, vor allem dürfte es aber zur Vorbereitung für die Reifeprüfung geeignet sein.

Aus den Urteilen und Besprechungen:

„Die Art und Weise, in welcher die Verfasser das ganze Buch angelegt haben, ist pädagogisch sehr geschickt und erfolgverheißend. Ein weiterer Vorzug ist der, daß der Lehrer durch das Buch methodisch nicht gebunden wird, sondern im Unterricht auch andere Bahnen einschlagen kann. Mit großem Geschick ist der ‚trockene Lehrbuchton' vermieden. Der Inhalt ist vielseitig und anregend und wird wirksam unterstützt durch Beifügung von anschaulichen Textskizzen und künstlerisch vollendeten Abbildungen. Ausdrücklich sei erwähnt, daß dem Schüler die Denkarbeit nicht erspart oder abgenommen werden soll. Es werden vielmehr an seine geistige Kraft und auch an seinen Fleiß allerhand Anforderungen gestellt. Das Buch, zu dessen Lobe sich noch mancherlei anführen ließe, verdient nach unserem Dafürhalten das größte Lob; uns ist keines bekannt, das die gleichen Ziele erstrebte und sie mit gleichem Erfolg erreichte. Es bietet die langst ersehnte Möglichkeit, ohne allzu raubenden Zeitaufwand die Schüler zur Behandlung von Längsschnitten anzuhalten und ihnen doch dabei die Selbsttätigkeit nicht zu ersparen; es läßt sich dann auf der Grundlage des dort Wiederholten gut weiterbauen. Auf jeden Fall aber ist dem Geschichtslehrer zu raten, es für seine Handbibliothek anzuschaffen; auch ihm, dem Vielbeschäftigten und Überbürdeten, wird es die schnelle häusliche Vorbereitung erleichtern." (Vergangenheit und Gegenwart.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Geschichte der neuesten Zeit

Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart

Von Prof. Dr. F. Schnabel

6. Auflage des Buches 1789—1919

Mit Karten und Diagrammen. Geb. *RM* 6.—

„Der Verfasser verbindet auf das glücklichste mit einer weitblickenden weltpolitischen Auffassung ein tiefdringendes Verständnis für die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Grundlagen und Bedingungen der Entwicklung. Dabei zeichnet sich die Darstellung durch strenge Objektivität aus und läßt die Tatsachen ohne jede Tendenz und Schönfärberei reden." **(Breslauer Zeitung.)**

„Diese Geschichte Deutschlands ist, um es nochmals zu betonen, eine glänzende Leistung unserer modernen Geschichtschreibung, ein Buch, das man in den Händen recht vieler Deutscher, vor allem aber der schulentlassenen deutschen Jugend, sehen möchte." **(Dresdner Nachrichten.)**

„Ich wüßte kein zweites Werk zu nennen, das so geeignet ist wie das vorliegende, als Grundlage für die vor allem der heranwachsenden Jugend so nottuende staatsbürgerliche Belehrung und Bildung sich fruchtbar zu erweisen." **(Die Zeit.)**

Deutschland in den weltgeschichtlichen Wandlungen des letzten Jahrhunderts

Von Prof. Dr. F. Schnabel

Mit 16 Bildnissen in Kupfertiefdruck. Geb. *RM* 9.—

„Das Neue und Eigenartige des Buches besteht darin, daß es eine politische, Wirtschafts- und Kulturgeschichte zugleich gibt. . . . Die Sprache des Buches ist außerordentlich lebendig, schwungvoll und aufwühlend, stellenweise gesteigert zu dramatischer Spannung. Gewaltige ethische Kraft und verhaltene innere Leidenschaft reden aus ihm; der Verfasser hat sein Bestes gegeben und seine ganze geistige Persönlichkeit darin niedergelegt, auch seine Weltanschauung. Das Buch ist vom Teubnerschen Verlag stilvoll und kunstsinnig ausgestattet und mit sechzehn Bildnissen der markantesten Persönlichkeiten versehen." **(Bad. Beobachter.)**

„Mit sicherer Stoffbeherrschung erörtert Schnabel die Entwicklung des deutschen Staates so, daß die Verflochtenheit mit den großen Fragen der Welt ebenso deutlich hervortritt wie die Beziehung zu den wirtschaftlichen und geistigen Wandlungen. Vergangenheit und Gegenwart erhellen gegenseitig ihren Sinn. Durch fesselnden, warmherzigen Vortrag, klares Sehen der inneren Zusammenhänge, gerecht abwägendes, entschiedenes Urteil eignet sich das Buch hervorragend, weitere Kreise über das folgenreiche letzte Jahrhundert deutscher Geschichte zu unterrichten und zum geschichtlichen Verstehen der problematischen Gegenwart zu führen." **(Pädagogische Warte.)**

Geopolitik

Die Lehre vom Staat als Lebewesen

Von Prof. Dr. R. Hennig

Mit 64 Karten im Text. Geh. *RM* 14.—, geb. *RM* 16.—

Das Buch bietet eine klare und allgemeinverständliche Einführung in die Wissenschaft vom Staat als Lebewesen und zeigt die geographischen Grundlagen für das politische und wirtschaftliche Leben der Staaten und Völker auf. Es bietet eine wertvolle, ja unentbehrliche Ergänzung zu jeder Weltgeschichte, und dürfte insbesondere für die Schüler der Oberklassen höherer Lehranstalten von größtem Interesse sein. Wegen seiner guten Ausstattung eignet sich das Buch auch aufs beste für Geschenkzwecke.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Teubners Quellensammlung für den Geschichtsunterricht

begründet von G. Lambeck und P. Rühlmann
herausgegeben von
Ober-Reg.-Rat Prof. Dr. P. Rühlmann und Oberstudiendir. Dr. E. Wilmanns

Hefte zu 2, 3 u. 4 Bogen zu *RM* —.75, 1.—, 1.25. Heft 1, 18/20 (6 Bogen) *RM* 1.60

Die seit langen Jahren aufs beste bewährte Sammlung ist durch großzügigen Ausbau den heutigen Bedürfnissen angepaßt. Die Einteilung ist folgende:

Reihe I: Geschichtliche Zeiträume
Reihe II: Geschichtliche Einzelerscheinungen
Reihe III: Geschichtliche Auffassungen und Urteile
Reihe IV: Geschichtliche Problematik

Die Reihen I und II bestehen bereits seit langem, die Reihen III und IV sind neu hinzugekommen.

Reihe I will es ermöglichen, im Klassenunterricht die wichtigsten Ereignisse durch Quellen zu beleuchten und so die Hauptmomente aus dem geschichtlichen Unterrichtspensum zur Anschauung zu bringen.

Reihe II enthält für einzelne geschichtliche Erscheinungen ausgiebiges Quellenmaterial, das einem tieferen Erfassen ihrer historischen Zusammenhänge, der Eigenart ihres Verlaufes und ihrer Bedeutung für die Folgezeit dient.

Reihe III bringt größere Einzelschriften und soll dem Schüler eine eingehende Kenntnis einzelner Persönlichkeiten oder Probleme vermitteln. Dabei finden sowohl Quellen im engeren Sinne wie auch die Werke der großen Historiker aller Zeiten Berücksichtigung.

Reihe IV soll an einzelnen besonders sorgfältig ausgewählten Beispielen das Verständnis des Schülers für geschichtliche Problematik anbahnen. Die Hefte bringen teils ausschließlich Quellen, teils Quellen zusammen mit Auszügen aus modernen Historikern, teils Zusammenstellungen voneinander abweichender Auffassungen anerkannter Historiker.

Neue Hefte

2. Reihe

35. **Die Kreuzzüge:** Studienrat Haring, Magdeburg /5425/
47. **Gestalten der Gegenreformation:** Studienrat Löscherbach, Wipperfürth /5447/
69. **Napoleon:** Oberstudiendirektor Dr. Wülker, Hannover /5469/
112. **Rheinische Geschichte I:** Studiendirektor Dr. Kabza, Bedburg /5512/
113. **Rheinische Geschichte II:** Studiendirektor Dr. Kabza, Bedburg /5513/
127.30. **Parteiprogramme:** Prof. Dr. Salomon, Leipzig /5527/30/

3. Reihe

1. **Plutarch, Tiberius und Gajus Gracchus:** Studienrat Dr. Friderici, Kassel /5001/
2. **Otto von Freising:** Studienass. Stahmer, Altona /5002/
3. **Burke:** Studienrat Dr. Kruse, Berlin-Steglitz /5003/
4. **Der Freiheitsgedanke bei Görres:** Dr. Münster, Berlin-Lichterfelde /5004/
5. **Lagarde:** Studienrat Meyer, Altona /5005/
6. **Friedrich Naumann über Arbeiterschaft und Staat:** Studiendirektor Dr. Günther, Wermelskirchen und Studienrat Dr. Klemmer, Wipperfürth /5006/
7. **Ranke:** Dr. Schwethelm, München /5007/
8. **Freistaat, Bundesstaat u. Einheitsstaat:** Studienrat Seifert, Barmen /5008/

4. Reihe

1. **Augustus:** Studienrat Dr. Rühm, Berlin /5031/
2. **Die mittelalterliche Kaiserpolitik im Urteil der neuzeitl. Geschichtsschreibung:** Studienrat Dr. Bartels, Hannover /5032/
3. **Mittelalterliche Geschichtsauffassung:** Privatdozent Dr. Koeniger, Köln /5033/
4. **Katholische Staatsauffassung:** Studienrat Dr. Klemmer, Wipperfürth /5034/
5. **Das Kulturproblem i. Rousseau und der deutsche Idealismus der Freiheit:** Studienassessor Dr. Hahn, Berlin-Zehl. /5035/
6. **Die Marnenschlacht 1914:** Oberstleutnant Dr. von Bergmann, Heidelberg /5036/
7. **Kannenberg:** Oberstleutnant Dr. von Bergmann, Heidelberg /5037/
8. **Das Zeitungswesen:** Dr. Münster, Berlin-Lichterfelde /5038/
9. **Das Minderheitenproblem:** Dr. Junkersdorf, Berlin-Schmargendorf /5039/
10. **Die Reichsverfassungen von 1849, 1871, 1919:** Dr. Junkersdorf, Berlin-Schmargendorf /5040/
11. **Das geopolitische Problem:** Dr. Lorenz, Wien /5041/

Vollständiges Verzeichnis vom Verlag kostenlos erhältlich.

Die Nummern in Schrägschrift sind Bestellnummern, deren Anwendung allein Gewähr für ein reibungsloses Lieferungsverfahren bietet.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Bilder
zur Kunst- und Kulturgeschichte

Herausgegeben von

Privatdozent Dr. **G. Schoenberger**

4 Hefte kartoniert je *RM* 2.40 *[Best.-Nr. 5134–5137]*
zusammengebunden etwa *RM* 10.— *[Best.-Nr. 5138]*

Ausgabe für Episkope (einseitig bedruckte Blätter in Sammelmappe) je *RM* 5.—
[Best.-Nr. 5134—5137 für Episkope]

Heft 1: Altertum, vornehmlich griechische und römische Kultur sowie frühchristliche Zeit

Heft 2: Das Mittelalter. Vorgeschichte und Entfaltung

Heft 3: Renaissance und Barock

Heft 4: Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart

Das Werk will die praktische Möglichkeit schaffen, daß die bildende Kunst die ihr in der Arbeit der Schule jetzt zugewiesene Stellung einnehmen kann. So bietet es einmal ein geeignetes Mittel für die Einführung in das Leben der bildenden Kunst als selbständiger Kulturfaktor, als Träger geistigen Ausdrucks und bestimmten Formungswillens. Überall wird ein Gesamtbild erstrebt. Historische Zusammenhänge sollen sichtbar werden. Einzelne Entwicklungslinien herauszufinden bleibt dem Unterricht überlassen. So wird die Gefahr vermieden, ein einseitiges und schiefes Bild zu geben. Andererseits können die zeitgenössischen bildlichen Darstellungen zur Verdeutlichung und Vertiefung des aus der literarischen Überlieferung (sei es im Geschichts- oder Deutsch- oder Religionsunterricht) zu erarbeitenden Bildes der verschiedenen Zeiten herangezogen werden. So vermag das Werk vor allem den Geschichtsunterricht zu beleben und zu bereichern und dazu zu helfen, daß er seine Aufgabe, die kulturkundlichen Fächer miteinander zu verbinden, erfüllen kann.

Die Weite der Aufgaben zwang bei dem aus wirtschaftlichen Rücksichten beschränkten Umfang zu sorgfältiger Auswahl. Neben sachlicher Bedeutung des Bildes war wertvolle Form entscheidend. Gerade Werke der großen Kunst zeigen einfaches volkstümliches Leben in seiner tieferen Bedeutung. Aber auch von den erzählendkulturkundlichen Darstellungen wurde höhere künstlerische Qualität gefordert. Das bewahrte vor dem Herabsinken in leere und langweilige Äußerlichkeit. Ein kurzer Text erklärt, was nicht ohne weiteres aus den Bildern herauszulesen möglich ist und hilft das einzelne zu historischer Entwicklung zusammenzuschließen.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin